Heft 7 Juli 2003 € 4,80

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A € 5,75 · L € 5,75 · CH sfr. 9,50

8 SEITEN EXTRA KONKRET-GESPRÄCH ZUR LAGE DER NATION

Deutsch-stunde:
Die Sprache der Agenda

Leistungskurs:
Hüllenloser Journalismus

Verweis für Habermas

Die Lösung des Nahost-konflikts

in konkret Juli 2003

hier konkret von Peter Vetter
In der Fernsehsendung »Report Mainz« machten Joachim Wiemeyer und Friedrich Breyer am 2. Juni Vorschläge zur Sanierung des Gesundheitssystems. Sie sprachen sich unter anderem dafür aus, auf teure Behandlungen für Patienten über 75 Jahren künftig zu verzichten. Peter Vetter, Präsident des Sozialverbands Deutschland (SoVD) e. V., erstattete daraufhin Anzeige gegen die beiden Professoren

von Konkret

an Konkret

Plötzlich in diesem Sommer von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Instrumente der Erkenntnis von Stefan Frank
Für den einen ein »Falschwörterbuch«, für den anderen ein Buch der Erkenntnis: Das Wörterbuch 2010.

Vitale Gesellschaft von Sahra Wagenknecht
Welche Konsequenzen hat die rotgrüne Gesundheitsreform? Und was kommt nach ihr?

Im Kopfumdrehn von Tina Klopp
Der überparteiliche »Bürgerkonvent« hat zwei Führer, die das Überparteiliche bei Kohl, Stoiber und Biedenkopf gelernt haben.

Parteitag der Einheit von Georg Fülberth
Wie Kritik und Protest den Konformismus innerhalb der SPD stärken.

Road to Perdition? von Sylke Tempel
Der eine würde schon können, will aber nicht; der andere würde schon wollen, kann aber nicht. Welche Chancen hat der neue Nahost-Friedensplan?

Links & Rights von Jenna L. Brinning

»Wir können hier nicht überleben« von Yoram Kaniuk, Ralf Piorr
Der israelische Schriftsteller Yoram Kaniuk über die Deutschen, die Palästinenser und das Ende aller seiner Hoffungen

Vox poebuli von Joachim Rohloff
Kein Nachruf.

Operation Mamba von Bernhard Schmid
Propaganda-Einsatz oder »Friedensstiftung«? Die EU interveniert im Kongo.

Jahrmarkt der Heiligkeiten von Horst Pankow
Den Mitgliedern aller Aberglaubensgemeinschaften hatte der »Ökumenische Kirchentag« in Berlin etwas zu bieten – auch den Sterbenden, den Bellizisten und dem deutschen Finanzminister.

Zaun ohne Zwischenraum von Sabine Lueken
Warum der »Denkort Gestapogelände« in Berlin immer noch hinter Bauzäunen verborgen ist.

(K)ein Skandal von Tjark Kunstreich

Deutsche Mannschaft von Erich Später
Eine Studie über die SS-Division »Prinz Eugen« belegt die Beteiligung der »Donauschwaben« an den NS-Verbrechen in Jugoslawien.

»Humanitärer Einsatz« von Heinz-Jürgen Schneider
Serbische Opfer des Nato-Kriegs gegen Jugoslawien haben vor dem Bonner Landgericht Deutschland auf Schadensersatz verklagt.

Massenmord in Kabul von Gert Ockert
Normal ist das nicht: Deutsche Soldaten dürfen keine Kriegs-, sondern nur Mordopfer sein.

Der Deutschland-Relaunch von Ilka Schröder, Thomas Ebermann, Ralf Schröder, Oliver Tolmein, Rainer Trampert, Hermann L. Gremliza
konkret EXTRAEin KONKRET-Gespräch über die Lage einer Nation auf dem Weg in den Untergang, regiert von Ignoranten, blockiert von Funktionären des Klassenkampfs, ausgeraubt von Simulanten, Schmarotzern und geldgierigen Greisen. Und wie Deutschland sich seiner Verderber erwehren will. Mit Ilka Schröder (Abgeordnete des Europa-Parlaments) und den KONKRET-Autoren Thomas Ebermann, Ralf Schröder, Oliver Tolmein, Rainer Trampert und Hermann L. Gremliza

Befreite Gebiete von Peter Böhm
Ein Gang durch die blühenden Landschaften der ehemaligen Sowjetunion.

» ... die armenische Rasse zu vernichten« von Corry Görgü
Die Leugnung des Völkermords an den Armeniern gehört in der Türkei und in Deutschland nach wie zur Staatsräson.

Kunst & Gewerbe von Thomas Behlert, Michael Rudolf
Universalquatschkopp

Kunst & Gewerbe von Martin Krauß
It’s only RTL, but we like it

Kunst & Gewerbe von Thomas Blum
Schutt im Herzen

Kunst & Gewerbe von Michael Rudolf
Noah, Shoah: Boah!

Hohler Kern von Peter O. Chotjewitz
Kultur-Kolumne

Bereich Recherche von Joachim Rohloff
Woran erkennt man einen deutschen »Enthüllungsjournalisten«? Daran, daß er seine Firma vor dem bewahrt, was andere über sie herausfinden.

Nach dem Weltuntergang von Stefan Ripplinger
Die Gedichte von Paul Celan in einer kommentierten Gesamtausgabe.

Buch & Deckel von Werner Jung
Peter Gay: Das Zeitalter des Doktor Arthur Schnitzler. Fischer, Frankfurt a.M. 2002, 384 Seiten, 24,90 Euro

Buch & Deckel von Michel Raus
Javier Marias: Der Gefühlsmensch. Klett-Cotta, Stuttgart 2003, 188 Seiten, 18 Euro

Buch & Deckel von Frank Schäfer
Kerim Pamuk: Sprich langsam, Türke. Edition Nautilus, Hamburg 2003, 119 Seiten, 12,90 Euro

Buch & Deckel von Frank Illing
Andrea zur Nieden: GeBorgte Identität. Star Trek als kulturindustrielle Selbstversicherung des technisierten Subjekts. Ça ira, Freiburg 2003, 13,50 Euro

Buch & Deckel von Michael Klarmann
Charles Bukowski: 439 Gedichte. Deutsch von Carl Weissner. Zweitausendeins, Frankfurt a. M. 2003, 988 Seiten, 20 Euro

Buch & Deckel von Michael Sailer
Logan Pearsall Smith: Trivia. Manesse, Zürich 2003, 320 Seiten, 16,90 Euro

Buch & Deckel von Magnus Klaue
Rudolf Arnheim: Film als Kunst. Suhrkamp, Frankfurt/Main 2002, 326 Seiten, 13 EuroDers.: Rundfunk als Hörkunst. Suhrkamp, Frankfurt/Main 2001, 238 Seiten, 10 EuroKlaus Dörner: Der gute Arzt. Schattauer, Stuttgart 2001, 334 Seiten, 35,95 Euro

Buch des Monats von Magnus Klaue
Vladimir Jankélévitch: Das Verzeihen. Essays zur Moral und Kulturphilosophie. Hg. v. Ralf Konersmann. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2003, 296 Seiten, 29,80 Euro

Ich uriniere Weisheit in die Nachttöpfe eurer Gehirne von Ulrich Holbein
Wie der Denker Salomo Friedlaender und der Groteskenschreiber Mynona übereinander hinauswollten, oder auch: hinter sich zurückblieben, kurz: miteinander zurechtkamen.

Vergiftete Träume von Magnus Klaue
Anmerkungen zur Prosa von Patricia Highsmith, aus Anlaß der Diogenes-Werkausgabe.

Diesseits ohne Illusionen von Martin Büsser
Eine Ausstellung im Sprengel Museum, Hannover, stellt die folgenreichste künstlerische Strömung der klassischen Moderne vor: den Kubismus.

Der Film danach von Manfred Hermes
Das deutsche Kino hat den 11. September entdeckt. Aber Max Färberböcks »September« taugt nur als Beleg für ein strukturelles Defizit des deutschen Films.

FilmTheater von Dietrich Kuhlbrodt
Babij JarAutofocus

FilmTheater von Jan Pehrke
Sweet Sixteen

Film des Monats von René Martens
Standing in the shadows of Motown

KEIN SCHÖNER LAND - Mistgabeln zu Wünschelruten! von Florian Sendtner
In Brennberg im Bayerischen Wald ist die Dorflinde erfolgreich umzingelt worden.

Melodie & Rhythmus von Alexander Kasbohm
Lloyd Cole: Music in a Foreign Language. Sanctuary/Zomba

Melodie & Rhythmus von Michael Sailer
Whirlwind Heat: Do Rabbits Wonder? XL Recordings/Beggars Group/Zomba

Melodie & Rhythmus von Jonathan Scheiner

Anna Maria Jopek & Friends with Pat Metheny: Upojenie. Warner Music Poland, www.annamariajopek.pl

Platte des Monats von Martin Büsser

The Hidden Cameras: The Smell Of Our Own. Rough Trade / Sanctuary / Zomba

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/03, S. 3

Peter Vetter

hier konkret

In der Fernsehsendung »Report Mainz« machten Joachim Wiemeyer und Friedrich Breyer am 2. Juni Vorschläge zur Sanierung des Gesundheitssystems. Sie sprachen sich unter anderem dafür aus, auf teure Behandlungen für Patienten über 75 Jahren künftig zu verzichten. Peter Vetter, Präsident des Sozialverbands Deutschland (SoVD) e. V., erstattete daraufhin Anzeige gegen die beiden Professoren

konkret: Wie kommt Ihr Verband dazu, zwei angesehene Mitglieder des deutschen Wissenschaftsbetriebs wegen »Verdachts der Anstiftung zum Mord aus niedrigen Beweggründen« anzuzeigen?

Vetter: Der SoVD vertritt nun schon seit Jahrzehnten die Interessen behinderter und älterer Menschen. Zugegeben, die Debatten sind härter geworden. Aber was die beiden Professoren da vorgeschlagen haben, ist ungeheuerlich: Wer eine Altersbegrenzung für medizinische Behandlungen einführen will, trägt dazu bei, eine neue Debatte über Euthanasie aus Altersgründen zu schüren. Er gehört in meinen Augen keineswegs zu den »angesehenen Mitgliedern des deutschen Wissenschaftsbetriebs«. Es ist unfaßbar, daß es sich bei Joachim Wiemeyer auch noch um einen Professor für katholische Theologie handelt, der Vorlesungen über christliche Sozialethik hält.

konkret: Die beiden Professoren sagen, die künftige »demographische Schieflage« mache radikale Reformen unverzichtbar.

Vetter: Auch der SoVD ist für eine Strukturreform der Krankenversicherung. Zu unseren Reformvorschlägen gehört, daß die Krankenversicherung nicht mehr mit versicherungsfremden Leistungen belastet und der Abrechnungsbetrug in Milliardenhöhe gestoppt wird. Was jedoch die Professoren vorhaben, hat mit Reformen nichts mehr zu tun. Es stellt das Lebensrecht älterer Menschen in Frage und sollte in einem Sozialstaat wie Deutschland keinen Rückhalt haben.

konkret: Können wir uns die gesundheitliche Versorgung aller in Deutschland einfach nicht mehr leisten?

Vetter: Diese Frage stellt sich für uns so nicht. Die Bundesrepublik Deutschland muß die umfassende Gesundheitsversorgung aller sicherstellen. Und die gesetzliche Krankenversicherung hat sich im Grunde auch bewährt. Ihre finanziellen Schwierigkeiten sind auf politische Fehlentscheidungen zurückzuführen. Und vor allem darauf, daß sich Ärzte, Bürokraten und Pharmaindustrie kräftig aus den Gemeinschaftskassen bedient haben.

konkret: Über solche Vorschläge sollte man also gar nicht erst nachdenken?

Vetter: Die Professoren handeln nicht nur gegen alle Grundsätze einer solidarischen und menschlichen Gesellschaft. Sie handeln sogar kriminell. Ich finde es ehrlich gesagt ungeheuerlich, daß man so etwas öffentlich äußern kann. Daher unsere Strafanzeige. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Wenn solche Vorschläge erst einmal hoffähig werden, dann bleibt vielleicht auch im Kopf des Arztes, der ja letztlich über die Behandlung entscheidet, die Frage hängen: Lohnt sich zum Beispiel bei einer 76jährigen noch eine teure Hüftoperation, damit die Frau wieder schmerzfrei laufen kann, oder sollte man das Geld nicht lieber für die Behandlung einer Jüngeren sparen?

konkret: In den Niederlanden ist die Sterbehilfe ja bereits weitgehend legalisiert worden. Wird hierzulande diese Frage nicht sogar relativ vorsichtig diskutiert?

Vetter: Tatsächlich haben viele unserer älteren Mitglieder bei uns angerufen, weil sie sich bei dieser Diskussion in schlimme Zeiten zurückversetzt fühlen. Diese älteren Menschen haben die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit aufgebaut und haben jetzt den Eindruck, daß man sich ihrer entledigen möchte.

konkret: Stehen die beiden Professoren allein auf weiter Flur?

Vetter: Ich hoffe sehr und bin da eigentlich auch zuversichtlich, daß die große Mehrheit der Bevölkerung diese Äußerungen ebenfalls abscheulich und gefährlich findet. Auf der anderen Seite ist es so, daß es immer mehr Verteilungskämpfe gibt und die Ellenbogenmentalität zunimmt. In einem solchen Klima ist Verständnis für kranke, behinderte und pflegebedürftige Menschen leider nicht mehr selbstverständlich. Und man hört immer wieder, daß gerade unter den jüngeren Gesundheitsökonomen Vorschläge wie die von Breyer und Wiemeyer durchaus kein Tabu mehr sind. Breyer selbst sitzt immerhin im Wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsministeriums. Beide Professoren halten Vorlesungen an Universitäten. Es handelt sich also keinesfalls um irgendwelche Randfiguren.

konkret: Die beiden Professoren sind ja nun auch keine 20 mehr. Wird man ihnen einst mit 76 das Dialysegerät ausschalten müssen?

Vetter: Ich wünsche das den beiden nicht. Von schweren Krankheiten, einer Behinderung oder Pflegebedürftigkeit kann jeder Mensch zu jeder Zeit betroffen werden. Daher kann ich nur noch mal sagen: Sie sollten ihre Aussagen überdenken.

konkret: Wenn Sie die Entwicklung in den letzten Jahren beobachten: Werden Lebensqualität und Lebenserwartung zunehmend wieder zu einer Frage des Geldbeutels?

Vetter: Ich mache mir große Sorgen um unseren Sozialstaat. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Rund zehn Prozent der Gesamtbevölkerung sind von Armut bedroht oder sogar schon betroffen. Der Ansatz der Politiker, soziale Risiken zu privatisieren, wird dazu führen, die Schwachen künftig von einer hochwertigen medizinischen Versorgung auszuschließen. »Wenn du arm bist, mußt du früher sterben«, hört man bereits. Eine solche Entwicklung muß unbedingt gestoppt werden.

Konkret 07/03, S. 4

von Konkret

Wie Geschichte geschrieben wird: Im Februar 1964 erschien die Tübinger Studentenzeitung »Notizen« mit der Titelgeschichte »Die Braune Universität – Tübingens unbewältigte Vergangenheit«. Den Titel zierte das Ölgemälde des Rektors der Jahre 1940 bis 1944 in SA-Uniform mit goldener Rektorkette, im Innern wurde die Nazi-Vergangenheit zweier noch immer tätiger Professoren beschrieben. Auf Beschluß der juristischen Fakultät gab jeder ihrer Professoren für den Kollegen Eißer, einen der beiden Porträtierten, in seiner Hauptvorlesung eine Ehrenerklärung ab, darunter auch Theodor Eschenburg, der Inhaber des einzigen Lehrstuhls für wissenschaftliche Politik. Er, dessen Mitgliedschaft in der SS damals noch nicht bekannt geworden war, nannte vor vollem Hörsaal die »Notizen« einen »Misthaufen, gegen den man nicht anstinken kann«. Der Herausgeber und Autor der Geschichte, Student bei Eschenburg, zog es vor, die Universität zu wechseln, wobei ihm Richard Löwenthal, damals Geschaftsführender Direktor des Otto-Suhr-Instituts an der FU Berlin, dadurch behilflich war, daß er ihm, in Kenntnis der Tübinger Affäre, die am OSI obligate Zwischenprüfung erließ – ausdrücklich »aus politischen Gründen«.

Was soll die Erzählung, und was soll sie hier? Gemach. Dreiunddreißig Jahre später erscheint in der Zeitschrift »Geschichte und Gesellschaft« ein Aufsatz des Historikers Dieter Langewiesche, auf den die Redaktion erst jetzt aufmerksam gemacht wurde; Titel des Beitrags: »Die Universität Tübingen in der Zeit des Nationalsozialismus: Formen der Selbstgleichschaltung und der Selbstbehauptung.« Darin heißt es, eine »komplexe Untersuchung dieser Geschichte« gebe es zwar noch nicht, »wenngleich die Universität Tübingen sich ihrer Geschichte während der nationalsozialistischen Diktatur besonders früh gewidmet hat«. Zum Beweis werden all diese Widmungen in einer Fußnote aufgezählt, alle stammen aus den siebziger und achtziger Jahren, »besonders früh« ist nur eine datiert:

Vgl. H. L. Gremliza, Die Braune Universität, Tübingens unbewältigte Vergangenheit, in: »Notizen« 53, 1964

So wird Geschichte geschrieben. Daß Seiner Magnifizenz SA-Sturmhauptführer Prof. Dr. Hoffmanns mit Draht verschnürtes Ölporträt von Redakteuren der »Notizen« in einem Keller der Universität entdeckt und fotografiert worden war, zog damals eine Anzeige der Universitätsleitung gegen Unbekannt wegen Einbruchs nach sich. Die Universität hat sich ihrer Geschichte während der nationalsozialistischen Diktatur fürwahr besonders früh gewidmet. Und widmet sich auf Langewiesches Weise noch heute.

Kommt man schon mit der Berichtigung allen Unsinns, der in den Printmedien über KONKRET und seine Autoren verbreitet wird, nicht hinterher, so lohnt das Internet nicht mal den Versuch. Da plaziert einer sein Flugblatt zum Kongreß »Spiel ohne Grenzen«, in dem Gremliza, der dort gesprochen hatte, so zitiert und kommentiert wird:

»Hätte der Stoiber den Friedmann (!) in sein Schattenkabinett geholt, dann hätte doch der Schröder keine Chance gehabt.« Wieviel Dummheit ist nötig, um nichts zu sagen und viel zu reden.

Gesagt hatte Gremliza das Gegenteil:

Wäre es Stoiber eingefallen, etwa Michel Friedman als Mitglied seines Schattenkabinetts zu nominieren, hätte Schröder erst gar keinen Wahlkampf mehr zu führen brauchen.

Weil die Wahl dann für Schröder schon gewonnen gewesen wäre. Die KONKRET-Redaktion hat, was Zitate im Internet angeht, resigniert, und bittet Leser und Leserinnen, diesem Medium vorsichtshalber nichts zu glauben, was sich nicht überprüfen läßt.

Veranstaltungshinweis: Lesung und Diskussion mit Moshe Zuckermann und Hermann L. Gremliza zum Thema »Zweierlei Israel« am 9. Juli im Berliner SO 36, Oranienstraße 190, um 19.30 Uhr.

Das sehr Gemischte Doppel aus Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer steht wieder für Lesungen bereit; Interessenten melden sich bitte beim Verlag.

Konkret 07/03, S. 6

an Konkret

Warum darf der das?

KONKRET 06/03: »Progressive overthrow« von Thomas Uwer

In Ihren Artikeln über den Irakkonflikt kommt niemals die Antwort auf eine bizarre Frage vor, die leider wichtig ist. Warum soll nur George Bush das Recht brechen dürfen, aber nicht Mohammed Atta oder ich? Friedenstiftende Funktion des Rechts. Schon mal davon gehört?

Jan Kuhlmann

per E-Mail

Hätte Hussein ohne die Unterstützung des Westens, allen voran der USA, je massenhaft morden können? Wurden 1991 nicht Zehntausende auf dem Rückzug befindliche irakische Soldaten von den Amerikanern ermordet? Wird nicht in einigen Jahren still zugegeben, daß 2003 Zehntausende irakische Soldaten starben, nicht Tausende? Bedrückend still ist es um die 1,6 Millionen Opfer der Sanktionen. Wird da nicht etwas »totgeschwiegen«? Ist der Irak denn jetzt nicht vollständig fremdverwaltet? Sollen die Iraker Ihre Handelspartner nicht selbst bestimmen dürfen? Wird Israel nicht von Amerika instrumentalisiert?

Christina Klawitter

per E-Mail

Warum nur einmal im Monat?

KONKRET 6/03: »Jenseits des Kommunismus« von Hermann L. Gremliza

Ad Gremlizas erlaubter Paranoia: Jemand hat mal geschrieben: »Paranoia, der Verfolgungswahn, der die anderen verfolgt, auf die er projiziert, was er selber möchte, steckt an« (Adorno: *Erziehung zur Mündigkeit*). Ich wäre mit der gegebenen Erlaubnis ein wenig zurückhaltend.

Ansonsten möchte ich Ihnen, Ihrer Zeitschrift, Ihren Autoren und Ihrer Autorin herzlichst alles Gute wünschen und wäre begeistert, würde die Erscheinungsweise auf wöchentlich geändert. Ich lese KONKRET bereits seit 20 Jahren regelmäßig und halte mich in Zeiten von Anti- (oder doch nicht?) Globalisierung, Poplinker, Postmoderne und ähnlichem gerne an Autoren wie Seeßlen, Gremliza, Ebermann, Theweleit, jetzt den neuen Antideutschen und vielen anderen wunderbaren Sprachmeißlern fest.

Markus Boubeva

per E-Mail

Wann endlich?

KONKRET 6/03: Buch & Deckel

Wann werdet ihr linken Holzköpfe endlich einmal begreifen, daß Rockmusik Teenieunterhaltung ist und nichts mit der kommunistischen Revolution zu tun hat? Wer ist hier wirklich das »Spatzenhirn«? Der Revolutionsromantiker, der immerhin die Musikszene verändert hat, oder der Tintenpisser, der blöd genug ist, ihm die weltrevolutionäre Absicht abzukaufen? Könnt Ihr einem Leerbrenner wie Rudolf nicht einen anderen Job besorgen?

Paul Weber

Kolbermoor

Wer geifert?

KONKRET 06/03: »In diesem Land ist noch immer alles möglich«

Es ist schon eine Ausnahme, wenn in einer KONKRET-Nummer nicht wenigstens ein Beitrag über den deutschen Antisemitismus steht. Diesmal war es das Interview mit Eldad Beck. Der israelische Journalist wirft den deutschen Medien vor, sie manipulierten die Öffentlichkeit. Das Interview mit ihm zeigt, wie man die israelische Öffentlichkeit manipuliert. Einen solch arroganten und demagogischen, wütend geifernden Journalisten habe ich lange nicht mehr erlebt.

Klaus Scheliga

Brandenburg

Wozu Politik?

KONKRET Kulturteil

Ich lese die großen Blätter des Landes und werfe neuerdings den Polit-Teil meist weg. Lese mit Interesse den Kulturteil. Diesmal fand ich den Ihrer Zeitschrift so gut, daß ich mal eine Anerkennung aussprechen möchte, besonders der Artikel von Martin Büsser (»Kosmischer Kanon«) war herausragend!

H. Pause

Eutin

Welche Absicht?

KONKRET 07/03: »Glauben Sie an Engel?« von Ulrich Holbein

Da werden zwei Seiten verwandt, um Bloch als irren Mystiker abzutun, der seine Zeit für Gespinste, das meint Anti-Marxismus vertut. Nun gibt es durchaus eine Linie vom *Geist der Utopie* zum Maß des *Prinzips Hoffnung* und den Kategorien des *experimentum mundi* ohne Brüche. Die hier benutzte Gleichsetzung von Leben und Werk führt für diese Zeit (nach 1920) nicht so recht zum Ziel. Der *Thomas Münzer* zeigt deutlich den revolutionären Gehalt von Utopien an, vielleicht fehlt gerade so etwas in unserer Misere. Die Auseinandersetzung mit Lukacs' *Geschichte und Klassenbewußtsein* läßt ihn auch kaum als irren Heiligsprecher ohne Bezug zur Wirklichkeit erkennen. Ich weiß nicht, welcher Zufall oder welche Absicht zu dieser unsinnigen Polemik führte; da ruht, wie wir Gläubigen sagen, kein Segen drauf.

W. Grünhagen

Bremen

Wozu das alles?

KONKRET 06/03: »Im Scheißdreck« von Ralf Schröder

Danke für den Artikel. Nur wozu soll das Ganze dienen? Wenn Sie schreiben, daß die Gewerkschaften mit den neuen postfordistischen Herausforderungen nicht klarkommen, so denke ich, sollten Sie sich einmal die geänderten Mitgliederstrukturen bei IGM und Verdi ansehen. Kein vernünftiger Mensch erwartet vom DGB oder den Einzelgewerkschaften systemüberwindende Vorschläge. Dies ist auch nicht ihre Aufgabe. Sie erfüllen den Zweck, die Brosamen zu verteilen, nicht das Brot.

Ottmar Ihl

Esslingen

Wem danken?

KONKRET 6/03: Kunst & Gewerbe

Heute muß ich KONKRET, deren Rubrik Kunst & Gewerbe und den Kollegen Gerhard Henschel loben. Es gehöre zum guten Ton, schreibt Henschel unter der aufmerksamkeitstätigen Überschrift »Viel zu wenig Gummibärchen«, daß die Autorinnen und Autoren wissenschaftlicher Werke allen möglichen Leuten dankten: Geldgebern und Bibliothekaren, »Sexualpartnern, Kindern und sogar Haustieren«. In einer »Schleimblütenauslese der letzten Jahre« hat mein Buch *Im Griff der rechten Szene* die Ehre, erwähnt zu werden.

Und das ist auch gut so. Im Gegensatz zur Website burks.de, die nur auf cirka eine Million Hits alias knapp 40.000 Leser pro Monat kommt, hat KONKRET natürlich viel mehr Publikum und unvergleichlich größeren gesellschaftlichen Einfluß,

zumal im Sog der genialen Diktion Hermann L. Gremlizas auch Autoren zu Ruhm und Ehre gelangen, die sonst der Spielklasse der sich irrig »Schriftsteller« nennenden Brötchentütenbedrucker wie Lutz Rathenow zuzuordnen wären, und sei es als abschreckendes Beispiel.

Da fällt mir etwas ein – die Danksagung für mein erstes Buch *Unter Männern*, das 1988 erschien und schon dem Vergessen anheimfiel. Geschützt durch eine hastig erstandene Staubmaske, habe ich noch ein vergilbtes und bücherwurmzerfressenes Exemplar entdeckt. Mit zitternden Fingern und tränenden Auges lese ich dort:

Danksagung: ... Monika für ihr tänzerisches und schauspielerisches Talent und ihre Anregungen, die Schleimigkeit des Seins betreffend, Beate, ohne die ich zweifellos bei mehreren Gelegenheiten Amok gelaufen wäre, ... meiner Wohngemeinschaft für starke Nerven, Bettina für den Stein im Brett und den Schlußakkord ...

Ich danke gerührt der gewohnt messerscharf und investigativ formulierenden KONKRET, daß ich mich jetzt an eine Nacht im Juni erinnere, irgendwann vor langer Zeit, es muß 1988 in Hamburg gewesen sein, bevor sie wieder im Dunkel der Vergangenheit versinkt ...

Burkhard Schröder

per E-Mail

Konkret 07/03, S. 9

Hermann L. Gremliza

Plötzlich in diesem Sommer

Ein Reisebericht gibt, sagt Tucholsky, oft ein erstaunlich gutes Bild von dem Reisenden. Und die Nahost-Expertise eines von dem Nahostexperten. Was nicht alles hatte der kommen sehen für den Fall eines Krieges! Nur nicht das schönste seiner Resultate: die Erkenntnis, daß »der Araber« (gerne auch: »der Moslem«) auch nur ein Mensch ist, der leben will, essen, trinken, vögeln, und nicht der stolze, unbeugsame, den Mullahs bis in den Tod ergebene Knallkopf, als der Dichter und der Denker, nämlich der Reporter und der Professor, ihn ihrem sehr geneigten Publikum verkauft hatten.

Der ersehnte und versprochene Volkssturm der Iraker toste im Wasserglas, die Lunte am Pulverfaß, als welches der Nahe Osten den Invasoren um die Ohren fliegen sollte, hat der erstbeste GI ausgeschifft. »Der Araber« ist, der Name schon sagt's, kein Deutscher, er hält Stalingrad nicht für einen guten Grund, mit dem Kriegführen erst richtig anzufangen und nicht aufzuhören, bis in Dresden kein Stein mehr auf dem andern liegt, sondern übergibt den Siegern Bagdad in einem Zustand, der den Ohren der Welt jedes künftige Benefiztrompeten irgendwelcher Virtuosi Mesopotamiae erspart.

Der Vater des Gedankens, die demütigende Erfahrung seiner Unterlegenheit werde »den Araber« zu nur noch unbändigerem Haß auf die Ungläubigen aufstacheln, war der Wunsch der Experten und ihrer Regierung, der »Nahost-Konflikt«, Ursprung allen Übels der Welt, möge zugespitzt, Israel, als Stellvertreter des Aggressors USA, in Not gebracht werden. Ihre »Sorge um die Existenz Israels« war versüßt durch die Hoffnung, den Juden werde ihr Dasein, das die Welt auf ewig daran erinnert, wozu die Deutschen fähig sind, endlich heimgezahlt.

Doch wie »der Araber« im Irak, so sein Bruder in Palästina. Als Israels Regierung ihre Armee ermächtigte, die Führer der Hamas zu töten, auch den blutrünstigen Scheich Yassin, den die deutsche Presse, weil er so viele jüdische Zivilisten auf dem Gewissen hat, ehrfürchtig »das geistige Oberhaupt« nennt, bot der Moslemorden erstmals die sofortige Einstellung aller Anschläge auf israelische Zivilisten an. Auch die Herren Gotteskrieger, die ja die Sprengstoffgürtel nicht selbst umlegen, sondern pubertierenden Jugendlichen, ziehen dem Tod als Märtyrer Allahs ein Leben als Weichei des Propheten vor.

Und auch die »arabischen Brüder« anderswo tun nicht, was sie der Professor Steinbach und sein Außenminister geheißen haben, sondern ziehen ein, was man auf gut laizistisch den Schwanz nennt. Den jeweiligen Regimes war die Not der Palästinenser seit je nichts als eine günstige Gelegenheit gewesen, den Haß kujonierter Massen auf die Juden abzulenken. Jetzt überstürzten sie sich, dem Ungläubigen am Potomac zu versichern, wie gut sie den Ernst ihrer Lage verstanden hätten. Von den dreien, die bis zuletzt die Morde der Hamas und des Djihad finanziert hatten, fiel erst der Irak aus, dann begann Syriens Assad junior die Muffe zu flattern, und in diesen Tagen werden die iranischen Ayatollahs eines Anderen, in jedem Fall Besseren belehrt.

Warum aus dem Irak nicht so etwas Fabelhaftes wie ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat werden wird, muß hier nicht noch einmal erzählt werden. *Eine* Chance aber gibt jeder Krieg dem Verlierer: sich durch das Eingeständnis der Niederlage von der Last ererbter Illusionen zu befreien und in den neuen Verhältnissen neu einzurichten. Was geschieht, wenn Verlierer die Kapitulation verweigern, ist auf Schulhöfen zu lernen oder, wer's weltgeschichtlich will, an der Dolchstoßlegende, mit der die Deutschen den ersten ihrer zwei Weltkriege gewonnen haben: Es folgt ein Nachspiel, und das endet schlimmer.

Der Sommer 2003 ist ein Moment, der bald – mit Recht und, wie zu fürchten, mit Wehmut – ein historischer genannt werden könnte. Nie war die Chance eines für beide Seiten erträglichen Arrangements zwischen Israel und den Palästinensern größer. Vor Jahren habe ich mit der Behauptung Heiterkeit verbreitet, Frieden zwischen Israel und den Palästinensern könne nur von der Hamas und Ariel Sharon geschlossen werden. Nur die böten Gewähr, daß auf beiden Seiten kein nennenswerter Widerstand bliebe. Das könnte jetzt wahr werden.

Der Sturz ihres Patrons Saddam und Sharons Ankündigung, die Hamas, wenn sie nicht kapituliert, zu liquidieren, legen den Palästinensern nahe, sich ihre Niederlage einzugestehen und jenen vernünftigen Frieden zu schließen, der ihnen an der Seite Israels ein besseres Leben verspricht, als es all ihre »Brüder« in ihren national befreiten Staaten haben. Aber Achtung: Das gilt nur fürs schnöde Lebensglück. Den Ansprüchen, die deutsche und andere Antisemiten hier und anderswo an den Ruhm und die Ehre des palästinensischen Volkes stellen, wird es überhaupt nicht gerecht.

Noch sind die US-Einheiten vor Ort, noch droht dem Syrer Assad und anderen Finanziers des Terrors Strafe, die auf dem Fuße folgt. Noch auch ist die Unfähigkeit der USA, die Region anders als bloß mit Soldaten zu dominieren, nicht offenbar geworden. Und noch hat Euro-Deutschlands Bourgeoisie die Angst vor der eigenen Courage, die Bushs Blitzsieg im Blitzkrieg unter ihr verbreitet hat, nicht überwunden, wenn auch der jüngste Aufruf ihrer *Elder Statesmen* (Giscard d'Estaing, Schmidt de Langenhorn) zur »Einheit der westlichen Welt« den USA eher eine Warnung als eine Genugtuung

sein sollte, denn »vereint werden wir vom Rest der Welt als Übermittler einer Vision und großer Weisheit betrachtet, gespalten werden wir Verlierer sein«, auch du, George Dabbelju!

Wenn es den Palästinensern auch schlechter geht, den Israelis geht es schlecht genug. Nie, sagt Avi Primor, sei Israel von den USA so abhängig gewesen – ob finanziell oder politisch, brauchte er nicht zu sagen, es kommt auf eins raus. Will Ariel Sharon Israel nicht als Kostenstelle im Haushalt einer Großmacht verewigen, deren Interessen in der Region ja nicht unwandelbar sind, muß er größere Risiken eingehen als seine Vorgänger. Macht er den Frieden, den der Vertrag mit den Palästinensern bringen soll, zur Voraussetzung von Verhandlungen, wird es keinen geben.

Der günstige Augenblick ist kurz. Die Europäer bereiten ihre Rückkehr in den Nahen Osten vor. Auf dem Deutsch-Arabischen Wirtschaftsforum 2003 brüstete sich Günter Rexrodt, einst Bundesminister für Wirtschaft und heute dementsprechend Präsident der GHORFA, der Arabisch-Deutschen Vereinigung für Handel und Industrie, in der arabischen Welt sei die Stimmung für die deutsche Wirtschaft »noch nie so gut« gewesen wie zur Zeit, »aus den naheliegenden Gründen, die ich jetzt nicht erläutern muß«. Schon auch hat, angeregt von Joschka Fischer und seinem französischen Kollegen Villepin, Kofi Annan die Entsendung von Uno-Truppen nach Israel und in die Palästinensergebiete vorgeschlagen, um den Europäern Zeit zu geben, den Nachschub für ihre palästinensischen Freunde wieder in Gang zu setzen, und dem von israelischen Soldaten verletzten Hamas-Führer Abdel Aziz al-Rantisi die Ruhe, sich für die Beseitigung des »zionistischen Gebildes« zu stärken, »das auf dem Raub eines kostbaren Teils des Landes der Moslems errichtet wurde«.

Konkret 07/03, S. 10

Herrschaftszeiten

Zarte Bande

April/Mai, »Der Mittelstand – Unternehmermagazin des BVMW«:

Als eine Gegenreaktion entstand Attac, ein Netzwerk von Globalisierungsgegnern, das gegen die Macht multinationaler Konzerne und für die Einführung einer Devisentransaktionssteuer eintritt. Für beide Ziele gibt es im Mittelstand, der Säule und dem Rückgrat der deutschen Wirtschaft, durchaus einige Sympathie.

Sudetengeschichte

15. April, »Landeszeitung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien«:

Den Angehörigen der jüdischen Gemeinden wurde weisgemacht, in Theresienstadt würden sie eine Stadt zur Selbstverwaltung erhalten, weshalb viele Juden voller Hoffnung anreisten. Sie wurden aber schwer enttäuscht. Zwar erhielten die Juden eine Ghetto-Selbstverwaltung, mit dem »Obersten Juden« an der Spitze, doch die wirklich Macht hatte die Gestapo, und diese wußte sie auch einzusetzen. Die Ordnung im Ghetto war äußerst restriktiv, die persönlichen Freiheiten der Bewohner waren aufs engste eingeschränkt.

Heute mußt du gut im Babywickeln sein, dann kannst du im Beruf ruhig scheitern. Der Sozialstaat wird sich schon um dich kümmern.

Udo Jürgens, Lustgreis

Chemical reaction

28. April, »Focus«:

Ein US-Anwalt will deutsche Firmen wegen ihrer Lieferung für das irakische Giftgasprogramm zur Verantwortung ziehen. Gary B. Pitts hält eine 1994 beim Staatsgerichtshof im texanischen Brazoria County eingereichte Sammelklage gegen die internationalen Helfer Saddam Husseins in diesem Jahr für »entscheidungsreif«. Insgesamt 56 Unternehmen sollen mit dem Irak bis 1991 Chemie-Geschäfte gemacht haben, darunter 14 deutsche Firmen. Der Anwalt vertritt 5.000 Soldaten aus dem Golfkrieg von 1991, die mehrere Milliarden Dollar fordern. Von der Sammelklage betroffen sind die deutschen Firmen Schott Glas und Klöckner mit US-Niederlassungen. Hauptprofiteure des Waffengeschäfts sind laut Pitts auch die frühere Hoechst AG (heute Aventis), Preussag und Weco Chemie. Gegen Ceilcote Luftreinhaltung, Herberger Bau, Karl Kolb, Ludwig Hammer und Reininghaus Chemie werde in Deutschland geklagt, falls man sich nicht außergerichtlich einigen könne.

Und wer arbeitet?

10. März, »Neues Deutschland«:

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland liegt nach Einschätzung von Experten weit über den offiziell angegebenen 4,7 Millionen Menschen ohne Job. Eugen Spitznagel vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit schätzt die reale Zahl um 2,5 Millionen höher – also auf rund 7,2 Millionen.

Kretins?

6. Mai, »PR Newswire«:

Der Dortmunder Verein Deutsche Sprache kritisiert die Namensgebung für den geplanten »Girl's Day« am 8. Mai. An diesem Tag sollen junge Mädchen in Betriebe und Lehranstalten gehen, um Hemmungen vor dem Berufsleben abzubauen. »Diese an sich begrüßenswerte Idee wird durch die Namensgebung pervertiert«, erklärte der VDS-Vorsitzende Prof. Dr. Walter Krämer. »50 Jahre nach Kriegsende kapituliert Deutschland damit zum zweiten Mal, diesmal kulturell.«

Trottel!

Vor hundert Jahren, Karl Kraus:

Gewiß, man muß Fremdwörter nicht gerade dort gebrauchen, wo es nicht notwendig ist, und man muß nicht unbedingt von Kretins sprechen, wo man es mit Trotteln zu tun hat.

Aasgeier

7. Mai, »Tagesspiegel«:

Dr. Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen signiert sein Buch *Gott helfe unserem Vaterland – Das Haus Hohenzollern 1918 bis 1945* in der Fachabteilung Bücher, 3. Etage, gegenüber dem Parkhausübergang, KaDeWe.

Anal History

8. Mai, »Tagesspiegel«:

Ganz wohl war es Marcello Pera, dem Präsidenten des italienischen Senates, wohl nicht, als er den Vortrag las, den Ernst Nolte auf seine Einladung hin in einem Nebensaal des römischen Senats gehalten hat. Da zog Nolte nämlich Parallelen zwischen der Politik Hitlers und Israels. Ausgehend davon, daß Nolte die Sowjetunion, das Dritte Reich und Israel als »ideokratische«, sprich: ideologisch begründete Staaten auf eine Stufe stellt, nennt er Auschwitz als »einzigen Unterschied« zwischen der Politik Hitlers und Israels. Israel betreibe seit frühesten zionistischen Zeiten eine Kolonialisierungspolitik wie Hitler-Deutschland. Heute habe man deshalb im Westen mehr Mitleid mit den Palästinensern als mit den Opfern des Holocaust ... Die Israelis verhielten sich wie die Nazis, der arabische Terrorismus sei nur eine Antwort auf den israelischen, das internationale Judentum finanziere Israel, die gegenwärtige amerikanische Regierung sei von jüdischen Kreisen majorisiert.

Die Welt kann sich die USA nicht mehr leisten!

Werbetext der Deutschen Verlags-Anstalt

Basta? Basta!

18. Mai, »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung«:

Allein in München kehrten in diesem Jahr 200 Sozialdemokraten der SPD den Rücken, in ganz Bayern waren es zwischen 2.000 und 3.000. Die hessische SPD verlor in den ersten drei Monaten durch Austritt 900 Mitglieder, die meisten verließen aus Protest gegen Schröders Reformpaket Agenda 2010 und dessen »Basta«-Politik die Partei. »Im vierten Monat nacheinander ist die Mitgliederentwicklung im Jahr 2003 schlechter als in dem bereits schlechten Jahr 2002«, heißt es in einem vertraulichen Schreiben des Parteivorstands. Um 28.000 auf 673.000 sank die Zahl der Mitglieder von April 2002 bis heute.

Letzte Gefechte

23. Mai, PDS-Jugend Sachsen:

Der jugendpolitische Sprecher des Landesvorstandes der PDS Sachsen, Thomas Grundmann, und Karsten Thürling, Mitglied im Beauftragtenrat der PDS-Jugend Sachsen, fordern den Rücktritt von MdL Heiko Kosel. Grund dafür ist sein gestriger Auftritt bei der Dresdner Burschenschaft »Cheruscia Dresden«. Die PDS versteht sich selbst als antifaschistische Partei, dies bedeutet aber auch, keine Vorträge bei latent faschistischen Vereinigungen zu halten. Daß die Burschenschaft »Cheruscia Dresden« eine faschistische, nationalistische und geschichtsrevisionistische Vereinigung ist, läßt sich unter anderem daran erkennen, daß einen Monat vor Heiko Kosel der General a. D. Franz Uhle-Wettler einen Vortrag über die Beeinträchtigung des Geschichtsbildes durch die politische Korrektheit gehalten hat. Dieser General schreibt unter anderem auch für die rechtsextreme Zeitung »Junge Freiheit«. Eine Zusammenarbeit mit Heiko Kosel ist für uns nicht mehr vorstellbar.

Täter- und Opfervolk – das sind unsinnige Begriffe. Die saubere Unterscheidung zwischen Täter und Opfer würde man in keinem Krimi mehr goutieren.

Jörg Friedrich, deutscher Historiker

Ausländer raus (1)

2. Juni, »Hamburger Morgenpost«:

Flüchtlinge, die in Hamburg Schutz suchen, werden künftig sofort festgesetzt. Auf dem Wohnschiff »Bibby Altona« richtet Innensenator Ronald Schill die Zentrale Erstaufnahme ein für Asylsuchende und Menschen, die Duldungsanträge stellen. Hier werden sie erkennungsdienstlich behandelt und vernommen. Hier müssen sie wohnen. Ob sie das Schiff verlassen dürfen, entscheidet die Innenbehörde. Die »Bibby Altona« wird für die Flüchtlinge zu einem Internierungslager.

Errungenschaft

2. Juni, »Frankfurter Allgemeine«:

Im Jahr 2000 hat die Erbschaftssteuer den alten Ländern rund drei Milliarden Euro eingebracht. In den neuen Ländern wirkt der Sozialismus nach, der es verhinderte, daß besteuerbare Hinterlassenschaften in größerem Umfang aufgebaut werden konnten. Nicht einmal 50 Millionen Euro brachte diese Steuer den Finanzministern im Osten ein. In den nächsten Jahren soll es kaum mehr werden.

Von der Wehrmacht nichts gelernt

3. Juni, »Süddeutsche Zeitung«:

Der Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Günter Grass hat die Beteiligung Polens am Irakkrieg kritisiert. »Ich denke, daß ein Volk, das die deutsche und russische Besatzung überlebt hat, besonderen Unwillen zur Teilnahme an einem Krieg haben sollte«, sagte der Schriftsteller.

Deutschländer Würstchen

5. Juni, »Bild«:

Bundesaußenminister Joschka Fischer hat unsere Botschaften angewiesen, bei Empfängen nach Möglichkeit nur deutsches Bier auszuschenken. Auch bei Auslandsbesuchen von Bundespräsident oder Kanzler soll nur Deutsches fließen. »Bild« meint: Gute Wirtschafts-Politik.

Ausländer raus (2)

7. Juni, DPA:

Im Mai beantragten nur 3.758 Flüchtlinge Asyl in Deutschland – 6,3 Prozent weniger als im April und 29,7 Prozent weniger als im Vorjahr.

Hoffnungsschimmer

7. Juni, DDP:

Deutschland steht ein drastischer Bevölkerungsschwund bevor. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts wird die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2050 von heute 82 auf 75 Millionen sinken. Die Abnahme entspricht der Einwohnerzahl von Berlin, Hamburg, München und Köln zusammen.

Trauergemeinde

10. Juni, »Frankfurter Rundschau«:

Wer Möllemann auf dem Gewissen hat? Die Juden natürlich! Mossad, zionistische Weltverschwörung, jüdisches US-Kapital – suchen Sie sich was aus. Willkommen in der Welt der »Focus«-Foristen. In den Diskussionszirkeln der Online-Ausgabe des Nachrichtenmagazins steppt seit Möllemanns Sprung in den Tod der Bär, und der Pelz von Meister Petz schimmert in der Internet-Community der Münchner bevorzugt in Brauntönen. Immerhin starb da einer, wie wir lesen dürfen, für »die Meinungsfreiheit und Wahrhaftigkeit in unserem Land«. Die Leute im »Focus«-Forum trauen sich. Daß allerdings einer der mutigen Querden- ker einen Beitrag mit »Heil Hitler« zeichnete, ging der »Communityleitung« dann doch irgendwie zu weit. Der Urheber wurde gesperrt. Was die Mehrzahl der Teilnehmer am kaffeebraunen PC-Kränzchen empörend fand, irgendwie antidemokratisch. Die Forums-Verwaltung machte einen Vorschlag zur Güte: »Wer ist für oder wer ist gegen den Nazigruß im ›Focus‹-Forum?«

Ein Hitlerjunge kehrt heim

11. Juni, »Süddeutsche Zeitung«:

Günter Grass hat in Kaliningrad einigen Wirbel verursacht. Der Literaturnobelpreisträger sprach sich auf einer Leserreise ins ehemalige Königsberg gegen ein Denkmal für Alexander Marinesko aus, der Kommandeur des sowjetischen U-Bootes, der im Januar 1945 die »Wilhelm Gustloff« versenkte und mit ihm 9.000 Menschen, meist Flüchtlinge. Zudem hatte er zum 750. Jubiläum der Stadt kritisiert, daß der Name »Königsberg« abgelehnt werde: »Man darf die Jugend nicht täuschen über die Geschichte ihrer Stadt«, habe Grass gesagt. »Bestenfalls ein Fehler, schlimmstenfalls eine Provokation«, nannte Wiktor Gemanow, ein lokaler Schriftsteller und Befürworter des Denkmals, Grass' Auftritt.

Vox pöbuli

13. Juni, »Bild«:

Bundespräsident Johannes Rau geht mit Deutschlands Managern hart ins Gericht. Viele Firmenchefs verdienten zu viel. Sie würden selbst dann mit millionenschweren Abfindungen belohnt, wenn ihre Fehler zum Abbau von Arbeitsplätzen führen. Der Bundespräsident verlangte ein Umdenken unter den Wirtschaftsführern.

Ja-Sager

14. Juni, »Hamburger Abendblatt«:

Vor dem Sonderparteitag in Cottbus hat sich die Grünen-Spitze zuversichtlich gezeigt, von der Basis die nötige Unterstützung für die Agenda 2010 zu bekommen. Fraktionschefin Krista Sager erklärte, sie erwarte eine lebhafte Diskussion über das Reformkonzept, aber letztendlich eine große Mehrheit.

Es gibt Dinge, die wir nicht kennen. Aber es gibt auch unbekannte Unbekannte.

Donald Rumsfeld, Kriegsminister

Konkret 07/03, S. 12

Stefan Frank

Instrumente der Erkenntnis

Für den einen ein »Falschwörterbuch«, für den anderen ein Buch der Erkenntnis: Das Wörterbuch 2010.

In der Redaktion der »Süddeutschen Zeitung« herrschte kürzlich Aufregung. Der Schriftsteller und Theaterleiter Ivan Nagel hatte dort am 30. Mai einen Beitrag über das »Falschwörterbuch der Sozialreformen« veröffentlicht (»Abwärts in der Doppelhelix«). Ihm war aufgefallen, daß eine Diskussion über die »Richtigkeit und Nützlichkeit« der »Agenda 2010« gar nicht stattfinde, sondern statt dessen »die immergleichen extremliberalen Dogmen vorausgesetzt und uns eingehämmert« werden. Dies gehe mit einer verlogenen Sprache einher, für die er einige Beispiele nennt (»Sozialreform«, »Flexibilisierung des Arbeitsmarktes«, »Differenzierung der Lohnstrukturen«).

Zwar ist der Text garniert mit den Dummheiten, die man von einem Theaterleiter, der im Feuilleton der »Süddeutschen Zeitung« schreibt, mit Fug erwarten kann (z.B.: »Wieviel Desinformation des Volkes verträgt eine Demokratie, ohne daß die Volks-Herrschaft daran, blind und lahm, zugrunde geht?« – Die Antwort gibt Nagel leider nicht). Trotzdem sah die Redaktion den guten Ruf der »Süddeutschen« als rechtsliberales Käseblatt kurzzeitig in Gefahr und schickte gleich am 2. Juni »eine Antwort« des Wirtschaftsredakteurs Nikolaus Piper. Sie lautet (leicht gekürzt): »Wirtschaft ist kompliziert ... Flexibilisierung bedeutet die Chance, schnell auf Veränderungen zu reagieren ... So ist es bei vielen Wirtschaftsbegriffen. Sie reflektieren mal mehr, mal weniger gut, ökonomische Zusammenhänge, die mal mehr, mal weniger gut belegt sind ... Es gehört zu den schlechteren Traditionen der deutschen Intellektuellen, ›die Wirtschaft' als ein (!) der Gesellschaft fremden, wenn nicht gar feindlichen Bereich zu betrachten ... Die Begriffe der Wirtschaftssprache (sind) wertvolle Instrumente der Erkenntnis. Wer sie verbannen will, der erteilt Denkverbote ... Im Grunde verlangt Ivan Nagel von den Wirtschaftsjournalisten, daß sie lügen.«

Irgend etwas müssen doch auch Wirtschaftsjournalisten tun, warum nicht einfach das, was sie am besten können? Sie müssen es ja nicht so nennen, sondern können statt »Lüge« auch »Wahrheit« sagen. Wenn jemand sagt, Arbeitslosen und Rentnern gehe es zu gut, dann ist das keine Lüge und auch keine Meinung, sondern eine Wahrheit. Meistens taucht die *Wahrheit* in der Pluralform auf: *Wahrheiten* müssen gesagt werden. Es handelt sich dabei in der Regel nicht um bequeme *Wahrheiten,* sondern um *unbequeme. Unbequem* ist eine solche Wahrheit allerdings nicht für den, den sie betrifft (denn *»die Bürger wollen, daß man ihnen die Wahrheit sagt«,* sind sich alle Kommentatoren einig), sondern für den, der sie ausspricht. Das Aussprechen erfordert Mut. Den braucht man, weil überall *Tabus* und *Denkverbote* lauern. Über das Tabu schreibt Sigmund Freud (in *Totem und Tabu*):

»Die Strafe für die Übertretung eines Tabu wird wohl ursprünglich einer inneren, automatisch wirkenden Einrichtung überlassen. Das verletzte Tabu rächt sich selbst. Wenn Vorstellungen von Göttern und Dämonen hinzukommen, mit denen das Tabu in Beziehung tritt, so wird von der Macht der Gottheit eine automatische Bestrafung erwartet. In anderen Fällen, wahrscheinlich infolge einer weiteren Entwicklung des Begriffes, übernimmt die Gesellschaft die Bestrafung des Verwegenen, dessen Vorgehen seine Genossen in Gefahr gebracht hat.«

Heute ist auf Götter und Dämonen leider kein Verlaß mehr. Die Gesellschaft, statt die Tabubrecher zu bestrafen, lobt sie und zeichnet sie aus. *Tabubrecher* sind so hoch angesehen, daß jeder dazugehören möchte. Schimpfe bekommt, wer keine Tabus bricht. Wer so töricht ist, trägt vermutlich *Scheuklappen, bzw. ideologische Scheuklappen*. Scheuklappen werden nicht nur von Pferden und Gewerkschaftern getragen, sondern offenbar auch von Rezepten, weswegen der grüne Tabubrecher Metzger kürzlich einmal *Rezepte ohne Scheuklappen* forderte.

Ohne Scheuklappen heißt also auch: Man darf, wenn's gegen die Arbeiter, Arbeitslosen und Rentner geht, nicht nur an das unmittelbar vor der Nase Liegende denken. Gefragt sind Leute mit einem weiten Horizont und einem weiten Gewissen.

Bewegung, *Stillstand* und *Veränderung* sind zentrale Begriffe in der Propaganda für die *Agenda 2010*. Da es keine Linke mehr gibt, ist jede Bewegung selbstverständlich eine nach rechts. Das vereinfacht die Arbeit: Wenn das Ziel nicht zur Debatte steht, braucht auf die Werbung für dieses Ziel keine Kraft verschwendet zu werden, sondern man konzentriert sich darauf zu sagen, es müsse sich etwas verändern. Dabei werden so einleuchtende Thesen vorgebracht wie etwa die, daß *Bewegung* notwendig ist, wenn es keinen *Stillstand* geben soll. Wohin die Reise geht, ist egal, wenn es nur *vorangeht*. Hauptsache, »*die tun was«* (Slogan der Ford-AG, der SPD und einiger anderer Firmen).

Auseinandersetzungen in der Gesellschaft sind längst keine zwischen Kapital und Arbeit mehr, sondern zwischen *Reformern* und *Strukturkonservativen* bzw. *Traditionalisten.* Die Reformer sind für *Freiheit* und *Eigenverantwortung*. Wer dagegen ist, ist ein *Bremser* oder *Blockierer*. Bremser saßen früher auf jedem Eisenbahnwaggon. Heute sind Bremser unbeliebt, der Zug soll nur noch mit Volldampf fahren. Prallt er allerdings auf ein *Beschäftigungshemmnis,* kann das böse enden. Am Bahnhof muß darauf geachtet werden, daß es keine *Einstiegsbarrieren* gibt. Die Zugverbindung ist für die

Eisenbahngesellschaft nämlich nur profitabel, wenn genügend *Leichtlohngruppen* mitfahren. Nicht mitfahren dürfen Gewerkschafter, denn die denken nur an ihre *Klientel*.

Dann kann *die Konjunktur Fahrt aufnehmen*; in den Abteilen sitzen lauter glückliche *Arbeitsplatzbesitzer,* die sich sagen: »*Sozial ist, was Arbeit schafft«*. Sie blicken *verantwortungsvoll* und *bescheiden* in die *tarifpolitische Landschaft* und winken denjenigen zu, die im *Reformstau* stecken.

Niemand kann sich vorstellen, wie ein Reformstau wohl aussehen mag. Da aber ein Deutscher nichts im Leben mehr haßt als Stau und ihn allein das Wort schon schaudern läßt, war diese Vokabel geeignet, 1998 die Regierung Kohl zu stürzen. Schröder versprach, den *Reformstau aufzulösen*. Seine Wahlkampfhelfer dachten hier wohl an Werbung für Rohrreiniger oder Abführmittel. In Werbefilmen für solche Produkte sieht man meist lauter renitente Krümel, die etwas zum Stillstand gebracht haben. Wird dann der Rohrreiniger oder das Abführmittel oben eingefüllt (oft dargestellt als eine Schar impulsiver Pfeile), löst sich der Stau auf. »Schröder verkaufen wir wie ein Abführmittel«, werden sich die Wahlkampfpsychologen der SPD gedacht haben.

Eine ganze Reihe von Bildern aus dem Werbefernsehen ruft auch die Formulierung *»verkrustete Strukturen«* wach: Wer »verkrustet« hört, denkt an das Scheuerpulver, das auch hartnäckiges altes Fett beseitigt und an die Kalkkrusten, die den Tod der Waschmaschine bedeuten. Wer nicht will, daß mit *Deutschland* dasselbe passiert wie mit der verkalkten Waschmaschine, muß regelmäßig SPD einfüllen. *Strukturen* sind überhaupt in der Journalistensprache meist etwas Unerfreuliches, häufig sind sie verfilzt, gerne auch mafiös.

Weil der Staat nicht genügend Auslauf hat, hat er Fett angesetzt: »Das Gemeinwesen ist verfettet«, sagt Roman Herzog. Die Fettleibigkeit hemmt wiederum die Beweglichkeit und *Flexibilität,* ein Teufelskreis. *Verschlankt* werden muß auch das Handwerksrecht. Damit der Staat *schlank* wird, müssen Arbeitlose, Sozialhilfeempfänger und Rentner auf Diät gesetzt werden. Sie sind in der Regel faul, neigen dazu, sich *auszuruhen* und müssen deshalb *gefordert* werden. Je mehr man ihnen wegnimmt, desto mehr *Anreiz* haben sie, fleißiger zu arbeiten. An ihnen klebt zwar immer noch das *Anspruchsdenken,* was dazu führt, daß sie ihre üppigen *Besitzstände* wahren wollen, aber das wird sich legen, wenn die Reformen nur *schmerzhaft* genug sind. Schmerzhaft aber müssen sie in jedem Fall sein, sonst wirken sie nicht.

Opfer bringen müssen *wir alle*, vor allem aber die *Arbeitsplatzbesitzer*. Dies Wort kannte man bis vor kurzem noch nicht. Kaum zu glauben, daß ein so wichtiges Wort so lange seiner Entdeckung harren mußte. Wer sich bislang nur ausbeuten lassen durfte, kann sich nun ausbeuten lassen und sich dabei privilegiert fühlen. Daß ihm der Lohn gekürzt wird, kann er da leicht verschmerzen; das ist *Solidarität* und führt auf irgendeine (bislang noch wenig erforschte) Art und Weise zu *Chancengleichheit*. Mit Chancengleichheit ist gemeint, daß es allen Arbeitlosen und Sozialhilfeempfängern gleich schlecht geht und Arbeiter (bzw. eben: Arbeitsplatzbesitzer) bessere Chancen erhalten, arbeitslos zu werden. Der Kündigungsschutz, den manche bislang irrtümlich für eine Ausstiegsbarriere hielten, ist in Wirklichkeit natürlich eine *Einstiegsbarriere* und muß deshalb weg.

Ivan Nagel hat übrigens unrecht, wenn er in seinem Text in der »Süddeutschen« behauptet, über »Armut« dürfe nicht geschrieben werden. Sogar das Wort »Verelendung« war kürzlich zu lesen. SPD-*Vordenker* Peter Glotz sagte, wenn man auf Studiengebühren verzichte, führe das zur *Verelendung* der Universitäten.

Wer bislang noch nicht *reformfreudig* ist, sollte die Sache sportlich sehen, der Kampf der *Standorte* ist wie ein Fußballspiel. Uli Hoeneß, der Manager des FC Bayern, sagt: »Die Vereine, die sich heute aus der Fußball-Bundesliga verabschieden, können in der nächsten Saison mit viel Ehrgeiz und etwas Glück ganz schnell wieder aufsteigen. Für Deutschland gilt das leider nicht. Wenn eine Volkswirtschaft erst mal richtig in der Krise steckt, dann dauert das länger als eine Spielzeit.« Der Vergleich Deutschlands mit einem Fußballverein hat einiges für sich. Hier wie dort gibt es welche, für die sich die Sache auszahlt, und andere, die zugucken und dafür zahlen (darunter viele Hooligans). Eine weitere Gemeinsamkeit: Warum sich der Fan für seinen Verein begeistert, kann niemand verstehen, der nicht denselben Knall hat.

Hoeneß fordert: »Bei den Reformen darf jetzt nicht gemauert werden, sonst geht die Wirtschaftskrise in die Verlängerung.« Das wäre bitter, da der Stürmer Adam Smith schon jetzt nicht mehr sehr fit wirkt und Keynes verletzt auf der Bank sitzt.

Nikolaus Piper hat mit seiner Antwort in der »Süddeutschen« zweifellos recht: Die Sprache wäre ärmer ohne die vielen neuen Wörter, mit denen sie im Zuge der *Reformdebatte* beschenkt wurde. Es handelt sich bei ihnen um nichts anderes als um »wertvolle Instrumente der Erkenntnis«; sie dienen dazu, die Wirklichkeit »geistig zu verarbeiten«. Die Wirklichkeit stellt sich der durchschnittliche Zeitungsleser so vor: Der Wirtschaft geht es schlecht, weil sie vom Staat zu sehr geregelt wird (Planwirtschaft!), die Gewerkschaften zu mächtig sind (Seilschaften!), weil die Produktion zu langsam läuft, die Arbeiter zu wenig arbeiten und zuviel verdienen. Wer das für Unsinn hält, dem müssen eben die »Instrumente« gezeigt werden, wie man das schon bei der Inquisition nannte.

Wörter wie *Zukunft*, *Flexibilisierung*, *Reformstau*, *Bremser* oder *Eigenverantwortung* können zusammenhanglos in Reden und Kommentare eingestreut werden, es reicht, daß sie da sind. Niemand weiß, was sie bedeuten, jeder ahnt, was sie bedeuten sollen: Es muß »uns« schlechter gehen, damit es »Deutschland« besser geht. Davon haben dann ja »alle« etwas,

wenn man auch nicht so genau sagen kann, was. Jedenfalls ist *allen klar*, daß *etwas getan* werden muß (das sagt ja schon das Wort »Agenda«). Daß etwas getan werden muß ist entweder eine Folge der *Globalisierung*, der *wirtschaftlichen Lage* oder des *demographischen Problems*.

»Wat mut, dat mut« meinte Schröders Vorläufermodell Engholm noch etwas unbeholfen. Schröder sagt: »Reformen sind notwendig.« Damit hat er wahrscheinlich sogar recht. Schon Spinoza wußte, »daß dasjenige mit Notwendigkeit existiert, wovon kein Grund und keine Ursache vorhanden ist, welche es verhinderte zu existieren«. Daraus, daß es im Moment keinen Grund gibt, der Schröder daran hindert zu existieren, muß man folglich schließen, daß Schröder notwendig ist.

Stefan Frank schrieb in KONKRET 6/03 über den Abstieg des Dollar

Konkret 07/03, S. 14

Sahra Wagenknecht

Vitale Gesellschaft

Welche Konsequenzen hat die rotgrüne Gesundheitsreform? Und was kommt nach ihr?

Im Vergleich zu den illustren Ideen, mit denen die von Schröder installierte Rürup-Kommission im vergangenen halben Jahr öffentlich brillierte, mag das Ende Mai vom Kabinett verabschiedete Gesetzespaket zur »Gesundheitsreform« harmlos erscheinen. Wir erinnern uns: Nach Geschmack des Herrn Rürup sollten die Kassenbeiträge vollständig von den Löhnen abgekoppelt und jeder Versicherte zur Zahlung einer einheitlichen »Kopfprämie« von 200 Euro verpflichtet werden; abgedeckt werden sollte damit natürlich nur der medizinische »Grundbedarf« – beziehungsweise das, was die wohldotierte und gewiß exklusiv privatversicherte Expertenrunde dem Normalsterblichen als unerläßlich zubilligen mochte. Genauer Definition dessen enthielt man sich, aber soviel immerhin drang durch: Der Anspruch, Zähne im Mund zu haben oder beim häuslichen Sturz von der Leiter das gebrochene Bein eingegipst zu bekommen, gehörte nicht dazu. Da schon der Akt, einen Arzt aufzusuchen, statt mobil, flexibel und fit bis zum Umfallen der Kapitalverwertung zur Verfügung zu stehen, offenbar eine Zumutung an die Gemeinschaft darstellt, sollten die Deliquenten per Praxisgebühr dafür löhnen. Im Gegenzug waren in Rürups Wunschwelt die Arbeitgeber von dem Ärgernis, die Krankenversicherung ihrer Beschäftigten mitfinanzieren zu müssen, ganz zu befreien. Tusch bei den Verbänden!

Ulla Schmidt hat die Rürupsche Rezeptur mit etwas Wasser verdünnt und mit reichlich Süßstoff verrührt, um ihr den allzu bitteren Geschmack zu nehmen. Dadurch freilich wird aus einem Brechmittel noch kein Honigkuchen. Die Praxisgebühr beispielsweise fällt jetzt nur an, wenn der Facharzt ohne vorherige Konsultation des Hausarztes aufgesucht wird. Das scheint auf den ersten Blick nicht unvernünftig, so wie gegen eine gestärkte Stellung des Hausarztes generell nichts einzuwenden ist. Immerhin gehört dessen Job mit Rücksicht auf Verdienst wie öffentliches Ansehen bisher zu den undankbarsten im Gesundheitswesen, was in keinem Verhältnis zu der Verantwortung steht, die gerade Hausärzte haben, und zu der aufreibenden Arbeit, die die meisten von ihnen leisten. Auch gegen »Gesundheitszentren« zur integrierten Versorgung und zur Vermeidung von Doppeluntersuchungen ist nichts zu sagen. Allenfalls werden die Bewohner der östlichen Landstriche sich fragen, weshalb ihre Polikliniken erst zerschlagen werden mußten und sie jetzt selbige als neue Reformidee verkauft bekommen. Aber sei’s drum, besser spät gelernt als gar nicht.

Der Haken liegt woanders. Es ist mit der Praxisgebühr wie mit den Zuzahlungen: Ist der Damm erst gebrochen, schwemmen die Fluten immer mehr grüne Wiesen ins Wasser. Als Blüm 1983 erstmals wieder private Zuzahlungen der Versicherten einführte, ging es zunächst um relativ niedrige Beträge mit großzügigen Ausnahmeregelungen. Die Entwicklung, die das Zuzahlungswesen seither genommen hat, ist bekannt. Gleiches ist im Fall der Praxisgebühr zu erwarten: Hat die Öffentlichkeit sich erst daran gewöhnt, daß ein Arztbesuch unter bestimmten Umständen ebenso Geld kostet wie der Besuch beim Friseur oder KFZ-Mechaniker, wird die Frage auftauchen: Warum nur in dem besonderen Fall und nicht überall? Und warum nicht für Spezialisten mehr als 15 Euro? Oder abgestuft nach dem Alter des Patienten? Dem Einfallsreichtum sind keine Grenzen gesetzt.

Auch die Entwicklung hin zu gesetzlichen Kassen, die gerade noch den Minimalbedarf abdecken, während persönliche Bonität und private Absicherung über den Rest entscheiden, wird mit Schmidts Gesetz kräftig vorangetrieben. Erneut werden medizinische Leistungen aus dem Kassenkatalog gestrichen: diesmal Brillen sowie die Kosten für künstliche Befruchtung und Sterilisation. Wer Arzneien braucht, wird künftig noch tiefer in die Tasche greifen müssen. Die Zuzahlungen pro Packung steigen bis maximal acht Euro. Wer das Pech hat, ein Medikament zu benötigen, das nicht der Verschreibungspflicht unterliegt, darf künftig den vollen Preis aus eigener Tasche zahlen. Noch teurer werden auch Krankenhausaufenthalte und Zahnersatz. Rentner werden durch absehbar höhere Kosten, die sie künftig für ihre medizinische Versorgung zu berappen haben, und durch höhere Beiträge gleich doppelt geschröpft.

Von Rürupschem Geiste tief durchdrungen ist schließlich die Herausnahme des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung: Die sieben Milliarden, die hierfür jährlich aufgewandt werden, müssen die abhängig Beschäftigten künftig alleine zahlen, was einer erneuten Kürzung des Reallohns gleichkommt. Auch zeigt dieser Vorgang noch einmal überdeutlich, daß es bei all der geheuchelten Aufregung über »hohe Beiträge« letztlich nur um den profitrelevanten Teil derselben geht. Denn selbst wenn das Reformpaket sein erklärtes Ziel erreichen sollte, den Durchschnittsbeitrag von derzeit 14,3 Prozent auf 13 Prozent zu senken, werden die Beschäftigten am Ende mehr zu zahlen haben als jetzt. »Versichertenbezogene Finanzierung« heißt dieser Vorgang in Schmidts Gesetz. Zudem gilt für das Krankengeld natürlich das gleiche wie für die Praxisgebühr: Es sind die nach Einführung privater Zuzahlungen nächsten entscheidenden Schritte, dem System der paritätischen Finanzierung den Garaus zu machen. Weiterungen werden nicht lange auf sich warten lassen.

Schmidts Gesetzespaket als weichgespülten Rürup zu deuten, der uns vor der Hardcore-Version bewahrt, wäre daher ein grobes Mißverständnis. Es ist in Wahrheit die erste Stufe zu seiner Realisierung. Als die Rentenreform einst in Riesterscher

Urfassung beschlossen wurde, kleidete Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, seinen Optimismus in die Worte: »Nach der Rentenreform wird mit Sicherheit vor der Rentenreform sein.« Analoges ließe sich über Ulla Schmidts Projekt sagen: Nach der Gesundheitsreform ist mit Sicherheit vor der Gesundheitsreform. Worauf es jetzt ankommt, ist nicht die Schrittweite, sondern die Weichenstellung.

Die Ziellinie hat der BDI am 13. Mai bei Vorstellung seiner »Initiative vitale Gesellschaft« noch einmal deutlich umrissen: vollständiger Rückzug des Staates aus dem Gesundheitsbereich, gänzliche Abschaffung der paritätischen Finanzierung, Abkoppelung der Beiträge von den Einkommen, individuelle Wahlfreiheit hinsichtlich des Versicherungsumfangs. Es gäbe keinen Grund, wurde den versammelten Damen und Herren bei Vorstellung der Initiative erläutert, weshalb die Krankenversicherung »nicht genauso wie eine Autoversicherung« strukturiert sein solle.

Man beklage sich nicht über Zynismus. Was hier ausgesprochen wird, ist die Konsequenz einer Privatisierung des Gesundheitswesens. Dem privaten Kapital, das auf maximale Verwertung sinnt, ist es völlig schnurz, ob der Gegenstand der Versicherungspolicen Autos, Häuser oder eben die Gesundheit der Leute ist. Private Versicherungen wirtschaften unter allen Umständen nach dem Kriterium maximaler Einnahmen bei möglichst geringen Ausgaben, was beispielsweise eine je nach Risikoeinschätzung unterschiedliche Behandlung der Kunden nahelegt. Wer bereits Unfälle hatte, von dem nimmt man an, daß er auch in Zukunft mit höherer Wahrscheinlichkeit welche baut; also hat er seiner Autoversicherung mehr zu zahlen als einer, der seit Jahrzehnten unfallfrei fährt. Und wer aus purer Liebhaberei einen kaum noch fahrtüchtigen Oldtimer versichern will, muß (in Ländern ohne Tüv, denn nur da gibt’s das Problem) entsprechend tief in die Tasche greifen, so er überhaupt noch eine Versicherung findet. Eigenbeteiligungen sorgen zusätzlich dafür, ein (für die Versicherung!) Ausgaben-schonendes Verhalten zu erzwingen.

Übertragen auf die private Krankenversicherung bedeuten diese Regeln: Wer häufiger krank ist, zahlt mehr als der Gesunde, Ältere mehr als Junge, Frauen mehr als Männer. Wer bereits schwerkrank ist, wird gar nicht erst genommen. Und wer krank wird und den Eigenanteil an den Reparaturkosten nicht zahlen kann? Wer sich kein Auto leisten kann, der kann eben keins fahren, und daß im Fall der Gesundheit auch kein Neukauf als Alternative zu aufwendigen Reparaturen in Frage kommt, geht die Versicherung nichts an. Sie wirtschaftet nach ihren Prinzipien, ihr Ziel heißt nicht Wohlfahrt, sondern Rendite – und wer den Radius der privaten Krankenversicherung immer mehr ausweitet, sollte die Konsequenzen kennen.

Besonders demagogisch ist es, den schleichenden Systemwandel unter dem Ticket »Einsparungen« zu verkaufen. In Wahrheit ist der übergroße Teil des angeblichen »Einsparbetrages« von 13 Milliarden Euro, den zu realisieren Schmidts Reform verspricht, ein Umverteilungsbetrag: weg von den Unternehmen, hin zu den Beschäftigten, weg von den Gesunden, hin zu den Kranken. Und generell: weg von den Reicheren, hin zu den Ärmeren. Denn letztere sind im statistischen Durchschnitt deutlich häufiger krank als Wohlhabende – auch über die Gründe dafür lohnte es nachzudenken.

Daß ein überwiegend privatisiertes Gesundheitssystem insgesamt noch nicht einmal billiger ausfällt als ein öffentliches, belegen die Vereinigten Staaten, die zu den Ländern mit den höchsten Gesundheitsausgaben pro Kopf der Bevölkerung gehören. Im Jahr 2000 wurden für einen US-Bürger im Schnitt 4.631 Dollar aufgewandt. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik waren es nach Angaben der OECD umgerechnet 2.748 Dollar. Während in Deutschland allerdings drei Viertel dieser Ausgaben immer noch öffentlich getätigt werden, handelt es sich in den USA zu mehr als der Hälfte um Ausgaben des privaten Sektors. Die Kehrseite des teuren US-Systems bilden mehr als 40 Millionen Amerikaner, die gänzlich ohne Krankenversicherung leben müssen, weil sie sich die teuren Prämien nicht leisten können. Und sofern die durchschnittliche Lebenserwartung als Indiz für den Nutzwert eines Gesundheitssystems gelten kann, ist das US-amerikanische unter denen der 14 größten Industriestaaten das schlechteste.

Die Privatisierung hat also keineswegs zu sorgsamerer Mittelverwendung oder gar besserer Gesamtversorgung geführt, sondern zu einer extremen Kluft zwischen medizinischen Spitzenleistungen für eine kleine wohlhabende Klientel auf der einen Seite und einer katastrophalen Unterversorgung gerade ärmerer Bevölkerungsschichten auf der anderen. Genau das ist der Weg, auf dem die Bundesrepublik sich mit Schmidts Gesetz jetzt auch befindet. Und damit der gesundheitspolitische Sinkflug ja nicht ins Stocken gerät, hat BDA-Chef Hundt das Reformvorhaben bereits vorsorglich als unzureichend kritisiert: Mit den Plänen sei für 2004 »noch nicht einmal eine Senkung unter 14 Prozent realistisch«, ließ er verlauten.

Schlimm ist, daß der Mann voraussichtlich recht behalten wird, gerade weil Schmidts erneute Streich- und Umverteilungsrunde an die tatsächlichen Gründe der Beitragsmisere nicht rührt. Denn daß die Kassen auf keinen grünen Zweig kommen, liegt weder am erhöhten Anteil älterer Versicherter noch am medizinischen Fortschritt und schon gar nicht an »überwuchernden Leistungen«. Es liegt auch nur zu einem geringen Teil an bürokratischen Strukturen oder an dem Anreiz, den gleichen Bluttest bei einem Versicherten dreimal zu machen, den das System in seiner heutigen Form setzt.

Anders als die Legende von den »explodierenden Gesundheitskosten« vermuten läßt, ist deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik ohnehin über die Jahre erstaunlich konstant geblieben. So lag der BIP-Anteil der Gesundheitsausgaben der Kassen 1980 bei 6,1 Prozent, im Jahr 2001 waren es 6,5 Prozent. Was allerdings tatsächlich explodierte, waren und sind die Beiträge, die 1980 noch bei 11,4 Prozent lagen, drei Prozentpunkte unterhalb des

gegenwärtigen Niveaus. Dieser Kontrast führt uns zum Kern des Problems: Zwei Jahrzehnte kapitalhöriger Umverteilungspolitik bei nahezu völlig ausbleibendem Widerstand der Gewerkschaften haben die Lohnquote in diesem Land um annähernd zehn Prozent abgesenkt. Mit den Löhnen aber schmilzt genau jene Größe, relativ zu der die Kassenbeiträge erhoben und berechnet werden. Billigjobs, Lohndumping und immer weiter steigende Arbeitslosigkeit formieren einen Trend, der das lohnbezogene Sozialversicherungssystem in all seinen Elementen auf tönerne Füße stellt. Das Problem ist somit vor allem eines wegbrechender Einnahmen, und dieses Problem läßt sich durch immer neue Kürzungen auf der Ausgabenseite allenfalls verlagern, aber nicht in den Griff bekommen. Auch die 13 Milliarden, die Ulla Schmidt jetzt zur Entlastung der Kassen den Versicherten direkt aufhalst, sind nichts im Vergleich zu dem erneuten absehbaren Schwund an Beitragseinnahmen, den die Umsetzung der Agenda 2010 mit sich bringen dürfte.

Hinzu kommt, daß die Existenz einer Beitragsbemessungs- und einer Versicherungspflichtgrenze dazu führt (und führen muß), daß gesunde Besserverdienende von den privaten Kassen abgeworben werden. Beiträge auf hohe Gehälter, denen relativ geringe Gesundheitskosten gegenüberstehen, fließen somit in den Solidartopf gar nicht erst ein. Hohe Gehälter sind außerdem die einzigen, die derzeit noch relevante Steigerungen verbuchen. Aus all diesen Gründen wird Hundt recht behalten, und die sich ungeachtet aller »Reformen« weiter verschlimmernde Lage der Kassen wird demnächst wieder Vorwände bieten, den nächsten Privatisierungsschritt zu fordern.

Allerdings: Auch wenn das Hauptproblem der Kassen ein Einnahmeproblem ist, trifft zu, daß Gesundheit tatsächlich billiger zu haben wäre – als Gut, nicht als Ware. Wer wissen will, in welchem Winkel der Volkswirtschaft sein persönliches Beitragssoll als »Haben« auftaucht, findet unterm 16. November 2001 unter der in der »Handelsblatt«-Rubrik »Anlage-Empfehlung« – Überschrift »Pharma-Aktionäre stellen hohe Ansprüche« – folgende Denkhilfe: »Als Gewinn- und Cash-Generatoren werden die großen Pharma-Konzerne derzeit wohl nur noch von der Ölindustrie übertroffen. Die (international) führenden 20 Arzneimittelhersteller erwirtschafteten im vergangenen Jahr einen Betriebsgewinn von zusammen fast 70 Mrd. Dollar ... Davon wurde ... mehr als die Hälfte in Form von Dividenden und Aktienrückkäufen an die Aktionäre ausgeschüttet.« Der Geldregen ist auch in den beiden Rezessionsjahren 2001 und 2002 nicht schwächer geworden. »Pharma ist bei bester Gesundheit«, titelte das »Handelsblatt« vor einem guten Jahr. Tatsächlich konnte der Pharmakonzern Fresenius Medical Care seinen Gewinn 2002 erneut um über 18 Prozent steigern, Schering gar um 107 Prozent. Die Namen beider Unternehmen finden sich, wie der von BASF, auch auf der Liste der zwölf Dax-Konzerne, die Anfang 2003 ihre Dividenden erhöhten.

Kein Wunder also, daß just steigende Arzneimittel-Ausgaben zwei Drittel des Kassendefizits von 2,96 Milliarden Euro im letzten Jahr verursacht haben. Dieser Ausgabeposten hatte bereits 2001 um 11,2 Prozent zugelegt, 2002 kamen nochmals 4,8 Prozent – zwei Milliarden Euro – dazu. Und zwar nicht, weil die Leute immer mehr Pillen schlucken, sondern weil die Arzneimittelpreise um weitere fünf Prozent in die Höhe schnellten, obwohl sie eigentlich durch die Aut-item-Regelung um 4,6 Prozent gesenkt werden sollten. Folgerichtig legt das »Handelsblatt« seiner vermögenden Klientel unverändert den Kauf der betreffenden Aktien ans Herz, wissend, daß Schmidts halbherzige Regelungen jedenfalls an Preistreiberei und horrenden Gewinnen dieser Branche nichts ändern werden.

Zu all dem gibt es nur eine ernstzunehmende Alternative. Sie läge in einem System, in dem Kranke nicht länger dazu dienen, als »Cash-Generatoren« das Portefeuille wohlhabender Aktionäre anzureichern, sondern Gesundheit als schützenswertes Gut und Recht jedes Menschen anerkannt wird. Ein erster Schritt wäre die gesetzliche Kontrolle der Preise für Pharmaprodukte, die diese um etwa ein Drittel verbilligen könnte (denn die durchschnittliche Gewinnmarge allein der Hersteller beträgt im Pharmabereich 30 Prozent). Als nächstes stünde die Beitragspflicht *aller* Einkommensarten für die gesetzliche Krankenversicherung an, also auch der Einkommen aus Gewinn und Vermögen, die in den letzten Jahren massiv gewachsen sind. Ein dritter Schritt wäre die Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze, so daß auch gesunde Gutverdiener gesetzlich versichert bleiben. Der vierte Schritt ergibt sich als Konsequenz aus dem dritten und bestünde in der Abschaffung privater Krankenversicherungen; damit hätte jene zynische Konkurrenz um die lukrative Kundschaft der jungen Gesunden mit hohem Salär ein Ende. Diese Regelungen würden die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherungen so weit entlasten, daß Defizite ebenso der Vergangenheit angehören könnten wie private Zuzahlungen jeder Art. Das wäre eine Gesundheitsreform, die diesen Namen verdient. Genau besehen wäre es natürlich mehr als eine Reform, denn private Pharmakonzerne und ihre Shareholder werden sich mit einem solchen Projekt kaum anfreunden können.

Von *Sahra Wagenknecht* erscheint im August das Buch »Kapitalismus im Koma. Eine sozialistische Diagnose« (Edition Ost)

Konkret 07/03, S. 17

Tina Klopp

Im Kopfumdrehn

Der überparteiliche »Bürgerkonvent« hat zwei Führer, die das Überparteiliche bei Kohl, Stoiber und Biedenkopf gelernt haben.

Im »Handbuch für den Vorgesetzten« erfährt der Leser, wie man »Recht behalten kann, auch wenn man Unrecht hat«. Regel Nummer eins der »Power Rhetorik«: Konzentrieren Sie sich auf die Behauptungen des Gegners, die Ihren eigenen Interessen am meisten widersprechen. Regel Nummer zwei: Stützen Sie die gegnerische Position scheinbar, um dann zum Gegenzug auszuholen. Allerdings warnt der Herausgeber: »Auch dann Recht zu bekommen, wenn ihr Widerpart absolut korrekte Schlußfolgerungen gezogen hat, ist ein nicht einfaches Geschäft.«

Einem solchen hat der Ratgeber Gerd Langguth sich selber verschrieben. Der Universitätsprofessor, der in Bonn zugleich ein Beratungsbüro und einen Fachverlag für Unternehmer und Führungspersönlichkeiten betreibt, ist seit Mai Geschäftsführer des »Bürgerkonvents«, einer Vereinigung für die Gesundung Deutschlands. Eigentlich, verbreitet der Konvent in Fernsehspots und ganzseitigen Zeitungsanzeigen, sei »Deutschland besser als jetzt«, schließlich habe es den Oderfluten gewehrt und die Berliner Mauer gestürzt. Ähnliche Anstrengungen seien jetzt gefragt, denn »andere Völker haben uns eingeholt und mitunter überholt«. Und zwar deshalb, weil sie »oft bescheidener« seien. Not tue also Konsumverzicht, Eigenvorsorge, Abbau des Sozialsystems.

Leider sei jedoch die Politik im »Wahrheitsstau« blockiert. Meinhard Miegel, der Sprecher des »Bürgerkonvents«, versucht als Gast in zahlreichen Talkshows und in Zeitungs-Interviews der Wahrheit eine Gasse zu bahnen. Überzeugungsarbeit aber kostet auch Geld. Die Fernsehspots der Werbeagentur Abels & Grey, die schon für Bundeswehr und Volkszählung tätig war, haben bisher drei Millionen Euro gekostet. Sechs Millionen will der Konvent in diesem Jahr ausgeben.

Wo kommt das Geld her? Weder von Unternehmern, noch von Politikern, noch aus schwarzen Kassen, versichert Miegel, sondern von fünfhundert Mitgliedern, die der Konvent habe, wovon neun, zehn Leute deutlich mehr gegeben hätten als der große Rest. Genaueres wird nicht verraten. Es fallen Namen wie Rupert Scholz (CDU), Lord Ralf Dahrendorf und Otto Graf Lambsdorff (FDP), Rolf Ackermann (Deutsche Bank), Eberhard von Kuenheim (ehemals Vorstandschef von BMW). Eine deutsch-amerikanische Verschwörungstheorie macht im Netz die Runde: Es gebe Überschneidungen zu Mitgliedern der Atlantik-Brücke, deren Vorsitzender Arendt Oetker einmal gesagt hat, man wolle zu den 200 Familien, von denen die USA regiert würden, gute Kontakte halten. Ist also der Bürgerkonvent ein verlängerter Arm der amerikanischen Bourgeoisie? Das »Handelsblatt« fragte, ob das Geld vielleicht von Scientology oder aus den schwarzen Kassen der CDU stamme.

Mehr erfährt, wer das Schwarze nicht unterm Nagel oder in den Kassen sucht, sondern bloß fragt, was Langguth und Miegel denn sonst so in ihrem Leben getrieben haben.

Meinhard Miegel war Mitarbeiter von Kurt Biedenkopf, als der sich Anfang der achtziger Jahre in der CDU als einer der Scharfmacher der »neokonservativen Wende« hervortat. Biedenkopf und Miegel organisierten das »Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik« (IWG), einen neoliberalen Think Tank, dessen Vorsitzender Miegel ist. Ende der Neunziger leitete Miegel im Auftrag der Ministerpräsidenten Stoiber und Biedenkopf die »Zukunftskommission«, deren »negative Utopie des Neoliberalismus« bereits ausführlich auseinandergenommen wurde: von Joachim Bergmann (»Leviathan« 26/1998) oder Claus Offe (»Blätter für deutsche und internationale Politik« 3/1998).

Gerd Langguth, der in diesen Wochen nur noch »Professor« sein will, hat seine Liebe zur Christdemokratie einst offener bekannt. Etwa als es darum ging, sein Buch über die Ära Kohl zu bewerben. Langguth kannte den späteren Kanzler schon aus seiner Zeit als Bundesvorsitzender des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), in der er und Kohl »gemeinsamen Widerstand« gegen den »linken Terror« an den Hochschulen leisteten. Mit Kohls Hilfe wurde Langguth Bundestagsabgeordneter, Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung, Mitglied im Bundesvorstand der CDU, schließlich Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Miegel und Langguth, die Kämpfer gegen Verbands- und Parteiinteressen, haben verstanden, was der Politologe Frank Nullmeier so formulierte: In einer Zeit der Durch-Ökonomisierung aller Lebensbereiche muß, wer seine eigenen Interessen durchsetzen will, mit Allgemeinwohl-Interessen argumentieren. Andersrum gesagt: Partikularinteressen sind zu verschleiern.

In ihrem Manifest strapazieren die beiden Professoren die erste Person Plural in auffällig hoher Dosierung: »Wir müssen bei Einkommen und sonstigen Arbeitsbedingungen Abstriche hinnehmen«, »wir werden wieder vermehrt in Bereichen arbeiten müssen, die in den letzten Jahrzehnten vom Markt gedrängt worden sind, oft mäßig bezahlt und gesellschaftlich gering angesehene Tätigkeiten«. Man sieht Langguth und Miegel förmlich vor sich, wie sie sich den Kaviar vom Mund absparen. Weil aber einer Reform der Arbeitslosen- und Sozialversicherung auch zustimmen muß, wer nach Inkrafttreten

der Maßnahmen den Spargel zu stechen und die Latrinen zu putzen hat, muß der Bürgerkonvent als eine Bewegung von unten glaubhaft gemacht werden. Langguth, der Wahrheit bei Kohl gelernt hat, spricht geradezu von einer »grass-roots-Bewegung«.

Schon in seiner Auftragsarbeit für Stoiber und Biedenkopf hatte Miegel geklagt: »In modernen Volkswirtschaften bilden Arbeitnehmer- und frühere Arbeitnehmer-, das heißt Rentnerhaushalte, die große Mehrheit, die in der Demokratie entscheidet.« Miegels und Langguths Frage heißt: Wie gewinnt man die Zustimmung der Mehrheit für eine Politik gegen die Mehrheit? Und ihre Antwort: Indem man ihr den Kopf verdreht. Die Minderheit, nämlich zwei Drittel der befragten Leser des »Handelsblatts«, hält für möglich, daß dem Bürgerkonvent da etwas gelingen könnte.

Allerdings hat sich der Bürgerkonvent mit Konkurrenz aus dem eigenen Lager herumzuschlagen. So wurden zunächst auch der ehemalige Industriepräsident Hans-Olaf Henkel und Unternehmensberater Roland Berger als mögliche Mitstreiter genannt. Tatsächlich aber planten die beiden, selbst einen ähnlichen Konvent zu gründen, es gab auch Gespräche darüber mit Miegel – und nun ärgern sich Berger und Henkel über den frechen Namens- und Ideenklau.

Die im Oktober 2000 von Ex-Bundesbankchef Hans Tietmeyer gegründete Initiative »Neue Soziale Marktwirtschaft« hatte allein in den ersten drei Monaten zehn Millionen Euro für Anzeigen und TV-Spots verplempert, und dabei gelernt, daß weitaus mehr, bis zu 300 Millionen Euro, nötig wären, um die Debatte nachhaltig zu dominieren. Es sei denn, man findet Hilfswillige, die einem kostenlosen Zugang ins Hauptprogramm verschaffen oder auf die Seiten von KONKRET. Da rettet nur der Rückgriff auf Regel Nummer sieben der Langguthschen »Power Rhetorik«, die er ausdrücklich als die härteste Maßnahme in besonders lästigen Fällen empfiehlt: »Blockieren Sie Ihr Gegenüber durch bewußtes Ignorieren.« Aber: »Vorsicht, dieses Vorgehen kann auf Dauer destruktiv wirken.«

Tina Klopp ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als freie Journalistin in Hamburg

Konkret 07/03, S. 18

Georg Fülberth

Parteitag der Einheit

Wie Kritik und Protest den Konformismus innerhalb der SPD stärken.

»Im Atemholen sind zweierlei Gnaden:

Die Luft einziehen, sich ihrer entladen;

Jenes bedrängt, dieses erfrischt;

So wunderbar ist das Leben gemischt.

Du danke Gott, wenn er dich preßt,

und dank ihm, wenn er dich wieder entläßt.«

Johann Wolfgang von Goethe

Heute wollen wir uns mit der Frage beschäftigen, weshalb Karl Marx sein Hauptwerk *Das Kapital* genannt hat und nicht »Die Arbeit«. Die zweite Variante wäre durchaus möglich gewesen. Schließlich wird in dem Buch gesagt, daß in der bürgerlichen Gesellschaft allein die Arbeit Wert schafft (die andere Voraussetzung unseres Gedeihens, die Natur, gibt es umsonst) und wie die Mehrarbeit den Mehrwert erbringt. Von dort aus ließe sich ganz schnell die Berechtigung des Sozialismus nachweisen.

Weshalb ist Marx nicht den geraden Weg gegangen, sondern den komplizierten, auf dem wir uns zum Beispiel durch das Fetischkapitel quälen müssen? Antwort: Er war nicht gern ein Schelm, der mehr gibt, als er hat. Wenn es ihm persönlich schon oft kratzig ging, dann wollte er sich wenigstens in seinen besseren Stunden, die er im British Museum verbrachte, mit einer Sache befassen, die funktionierte, also mit dem Kapitalismus.

Dem Sozialismus konnte man derlei Tüchtigkeit jedenfalls nicht nachsagen, und seine Anhängerinnen und Anhänger, die Sozialistinnen und Sozialisten, nervten den Doktor oft. Schon im Gründungsdokument seiner Bewegung, dem »Manifest der Kommunistischen Partei«, mußten er und Friedrich Engels mit allerlei seltsamen Gestalten, ja sogar Reaktionären abrechnen, die sich rot drapiert herumtrieben.

Nun sind seine Urteile über den Kapitalismus allerdings nicht freundlich. Er zählt viele Grausamkeiten auf, und außerdem habe diese Produktionsweise ohnehin keine Zukunft. Dies sagt Marx an den schwächeren Stellen seines Buches. Die Elendsschilderungen lesen sich für das heutige Europa-West ein bißchen veraltet, und wenn er sich darauf freut, daß die Expropriateure expropriiert werden und die Totenglocke läuten wird, wohnen wir ganz gewiß nicht einer Analyse bei.

Dennoch mußte auch das sein. Hätte Marx sich nämlich damit begnügt, den wunderbar logischen Mechanismus der von ihm abgelehnten bürgerlichen Gesellschaft zu untersuchen, dann wäre das eine Art Affirmation gewesen. Er hätte nicht gezeigt, wie der Kapitalismus kaputtgeht, sondern wie und daß er funktioniert. Letzteres glauben die Liberalen ohnehin. Im zaristischen Rußland hatten sie eine besondere Fraktion: die Legalen Marxisten. Diese lasen aus dem *Kapital* die Legitimation der von ihnen geschätzten Eigentumsordnung.

Wer im gefestigten Kapitalismus sich aufhalten muß, kommt lebendig nicht wieder heraus. Irgendeine Anpassung läßt sich nicht völlig vermeiden (und bestehe sie nur darin, daß Sie Ihre Rechnungen bezahlen); ist sie total, können die Folgen bis an Suizid heranreichen. Deshalb muß beides sein: der Kapitalismus und allerlei Placebos. Dazu gehören Kritik und manchmal sogar Protest.

Jetzt verstehen wir den Berliner Sonderparteitag der SPD vom 1. Juni 2003 schon sehr gut. Als der Delegierte Schreiner die Agenda 2010 zerpflückte, wurde er bejubelt. Danach stimmten mindestens 90 Prozent der Anwesenden für dieses vorher so gebeutelte Dokument. Sie verhielten sich nicht schizophren, sondern zivilisiert. Jeder Gentleman weiß, wann und wo er sich gesittet zu benehmen hat und an welchen Orten und zu welchen Zeiten er sich ein bißchen gehen lassen darf, ja muß. Im Freudenhaus gelten andere Regeln als Unter den Linden. Würde das verwechselt und machten das alle so, wäre ein erträgliches Zusammenleben nicht möglich. Dies lehrt uns Norbert Elias in seinem Werk *Über den Prozeß der Zivilisation*. Entlastung und Disziplin gehören zusammen wie Freiheit und Ordnung.

Das zeigte die Delegierte Andrea Ypsilanti sehr fein: Als hessische Oppositionspolitikerin unterstützte sie ein Mitgliederbegehren gegen die Agenda 2010, als Mitglied einer auf Bundesebene regierenden Partei stimmte sie für Schröder.

So will es der Brauch. Auf dem Dresdener Parteitag 1903 hatte die SPD in großer Einhelligkeit den Revisionismus verdammt. In den folgenden Jahren ging ihre badische Landtagsfraktion dazu über, dem Etat der großherzoglichen Regierung zuzustimmen. Dies wurde dann wieder auf einem Reichsparteitag verurteilt. Als man den badischen SPD-Führer

Ludwig Frank fragte, ob er denn das nächste Mal den Etat ablehnen werde, erzählte er eine Geschichte aus seiner Heimat: Eine Bäuerin war beim Holzdiebstahl ertappt und mit einer Geldbuße belegt worden. Danach ermahnte sie der Förster, sie solle das nie wieder tun. Sie aber antwortete: »Ich stehl' mei Holz, und ich zahl mei Straf.«

Manche meinen nun, am 1. Juni 2003 sei die Mehrheit aber so breit ausgefallen, daß von dem üblichen nötigen Spagat zuletzt nichts mehr zu sehen gewesen sei. Und das sei nicht gut für die Seele der Partei. Die aber hat so etwas schon oft erlebt, ohne Schaden zu nehmen, im Gegenteil.

Bestimmt erinnern Sie sich noch an den Würzburger Parteitag der SPD vom 14. bis 20. Oktober 1917. Von den äußeren Umständen her muß das eine traurige Veranstaltung gewesen sein. Die Fraktion hatte seit dem 4. August 1914 immer wieder den Kriegskrediten zugestimmt. Wer einen guten linken Namen hatte, gehörte ihr nicht mehr an, sondern war in der USPD. Die Verbliebenen – sie nannten sich nun »Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands« (MSPD) – waren aber dennoch guter Dinge. Einer von ihnen, der Genossenschaftspolitiker Dr. August Müller, war bereits kaiserlicher Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt. Bei einem Truppenbesuch ließen sich sozialdemokratische Funktionäre vor einem Offizierskasino fotografieren. Gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien hatte die SPD-Fraktion im Reichstag eine Friedensresolution verabschiedet, mit der sich sogar der Kanzler Bethmann Hollweg anfreunden konnte. Auch eine neue Theorie war erfunden worden: die Lehre vom »Kriegssozialismus«.

Im näheren Hinblick zeigt sich, daß die USPD-Mitglieder gar nicht so sehr aus eigenem Antrieb die SPD verlassen hatten, sondern hinausgedrängt worden waren. Die Führer wollten beim Ankommen nicht durch das Gequengel der Linken gehemmt und bei ihren neuen Freunden nicht durch solch bucklige Verwandtschaft diskreditiert werden. Auf einem Parteitag in Görlitz gab sich die SPD 1921 ein ödes Programm, das ihrer Praxis voll gerecht wurde.

Ihre Rechnung ging auf. Nach einiger Zeit waren sogar viele der Linken von 1917 wieder da. Die USPD hatte sich 1920 gespalten. Ein Teil ging zur KPD, die anderen standen noch ein wenig verlegen herum und kehrten dann zur SPD zurück. Weil die nun ja wieder einen linken Flügel hatte, beschloß sie 1925 ein Programm, das an sein marxistisches Vorläuferdokument, das 1891 in Erfurt verabschiedet worden war, erinnerte. Im Wahlkampf 1928 agitierte die SPD gegen den Bau eines Panzerkreuzers. Als sie daraufhin in die Regierung kam, stimmten ihre Minister dafür. Der Magdeburger Parteitag 1931 billigte die neue Wehrfreudigkeit. Ein paar Linke, die nicht mitmachen wollten, verließen die SPD und gründeten die »Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands« (SAPD). Ihr schlossen sich auch junge Leute an, die bisher noch parteilos gewesen waren. Nach 1945 landeten viele von ihnen wieder in der SPD, darunter der spätere IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner und Willy Brandt. Noch vor der Erfindung der Atmenden Fabrik gab es die Atmende Partei.

Godesberg 1959 galt für einige Kritiker als ein Ereignis, das nicht mehr unterboten werden konnte. Sie irrten. Dem Eintritt in die Große Koalition 1966 folgte auf dem Parteitag in Nürnberg 1968 die Verabschiedung eines Dokuments mit dem Titel »Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren«. Es war noch rechts vom Godesberger Programm. Draußen vor dem Saal demonstrierte die Apo und beschimpfte Herbert Wehner, der ja früher ebenfalls... In den Folgejahren traten einige der Protestanten in die SPD ein, denn sie hatten erkannt, daß beim langen Marsch durch die Institutionen die Sozialdemokratie eine der Einrichtungen war, die nicht übersehen werden durften.

Es besteht also kein Anlaß zur Aufregung über das Ereignis vom 1. Juni 2003, und auch nicht zur Sorge um die Zukunft. Am nächsten Tiefpunkt wird es ebenfalls Applaus von links geben – entweder sofort oder ein bißchen später.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 6/03 über die Zerreißverschlußproben in SPD und PDS

Konkret 07/03, S. 20

Sylke Tempel

Road to Perdition?

Der eine würde schon können, will aber nicht; der andere würde schon wollen, kann aber nicht. Welche Chancen hat der neue Nahost-Friedensplan?

Die Antwort folgte prompt. Alle drei sogenannten palästinensischen Widerstandsgruppen – die islamisch-fundamentalistischen Organisationen Hamas und Jihad al-Islami sowie die der PLO-Fraktion Fatah nahestehenden Al-Aksa-Brigaden – übernahmen in einer gemeinsamen Erklärung die Verantwortung für den Angriff auf einen Armeeposten am Erez-Grenzübergang in Gaza, bei dem am Pfingstwochenende vier israelische Soldaten und die palästinensischen Angreifer getötet wurden. Mahmud Abbas, alias Abu Mazen, der neue palästinensische Premier, will, wie er in seiner Rede während des Friedensgipfels im jordanischen Akaba angekündigt hatte, ein »Ende der Militarisierung dieser Intifada«. »Ohne uns«, war die Botschaft der Terrorgruppen. Man werde »vielleicht« auf Attentate gegen die israelische Zivilbevölkerung verzichten. Auf keinen Fall verzichten werde man aber auf den bewaffneten Kampf gegen jüdische Siedler und israelische Soldaten.

In einem stupiden Reflex reagierte Israels Premier Sharon auf das Attentat der »Widerstandsgruppen« mit einem Anschlag auf den Führer des politischen Flügels der Hamas, Abdel Aziz al-Rantisi. Was ungefähr so klug ist, wie sich mit dem Bodyguard eines Mafiabosses anzulegen. Rantisi hat mit den Aktionen des militärischen Flügels der Fundamentalisten nur indirekt zu tun. Die militanten Kämpfer der Islamisten werden größtenteils von ausländischen Kräften unterstützt. Rantisi gilt unter Palästinensern als *politischer* Führer – wie problematisch das auch immer ist, schließlich tritt er vor allem als Verkünder neuer Gewalttaten in Erscheinung. Nach dem fehlgeschlagenen Angriff der Israelis erklärte sein Kollege Mahmud al-Zahar, man werde nun mit gleicher Münze heimzahlen, und es müsse nun auch mit Selbstmordattentaten auf israelische Politiker gerechnet werden.

Phase I der sogenannten *roadmap* sieht ein Ende der gewalttätigen Auseinandersetzungen vor sowie eine Räumung mindestens der »illegalen Außenposten«, die israelische Siedler regelmäßig auf den Hügelspitzen der Westbank errichten – in der berechtigten Hoffung, daß die Armee nichts dagegen unternehmen und die Regierung, gleich welcher Couleur, sie nach einigen Erpressungsversuchen schon genehmigen würde. Ausgerechnet der Patron der ideologisch motivierten Siedler, Sharon, will nun die Auseinandersetzung mit dem harten Kern der jüdischen Fanatiker aufnehmen – und gegen die illegalen Außenposten vorgehen.

Beide Seiten – das neue palästinensische Kabinett unter Abu Mazen und die israelische Rechtskoalition – führen gegenwärtig nicht so sehr einen Kampf gegen die Fanatiker in den eigenen Reihen, sondern einen um die Sympathien der breiten Masse. Anders als noch vor zwei Jahren erklärt eine eindeutige Mehrheit der Israelis, sie seien »unbedingt« für die Räumung von Siedlungen – und nicht nur der illegalen Außenposten – im Austausch für ein akzeptables Maß an Sicherheit, und um den Bestand des israelischen Rechtsstaates zu sichern. Ariel Sharon, nicht eben ein mitreißender Redner, hat in Akaba genau die richtigen Worte gefunden, um die Stimmung im israelischen Mainstream zu beschreiben: In der israelischen Gesellschaft gelte immer noch Recht und Gesetz.

Für die meisten Israelis ist es völlig in Ordnung oder zumindest nachvollziehbar, wenn die Siedler mit politischen Mitteln um den Erhalt eines Teiles der Siedlungen kämpfen. Oder um eine Lösung, die den Großteil der Siedler auf israelischen Territorium beläßt, wie es der in Taba Anfang des Jahres 2001 ausgehandelte Plan vorsah. Absolut unannehmbar ist jeglicher Versuch, sich der Staatsgewalt mit anderen als zivilen Mitteln entgegenzustellen. Genau wie die palästinensische Gesellschaft ist die israelische unter keinen Umständen an einer Eskalation der Lage interessiert. Sonst – und das weiß der Großteil der Siedleraktivisten sehr wohl – verlöre ihre ideologische Bewegung jegliche Sympathie nicht nur in der Bevölkerung, sondern vor allem in der politischen Elite.

Steht eine Entscheidung zwischen dem realpolitischen Erhalt des israelischen Staatswesens und einem rein ideologisch motivierten, sicherheitspolitisch, wirtschaftlich und juristisch fragwürdigen Unternehmen wie dem Erhalt aller Siedlungen zur Debatte, dürfte die Entscheidung sogar unter Israels Konservativen klar sein: Israel darf nicht für eine Handvoll fanatischer Siedler aufs Spiel gesetzt werden. Sharon hat es als erster rechter Politiker klar ausgesprochen: Die Alternative lautet: Herrschaft über Millionen von Palästinensern, die in nicht allzu weiter Ferne die Mehrheit bilden werden. Oder ein jüdischer demokratischer Staat ohne die Westbank und Gaza.

Rechtsstaat oder Chaos heißt die Alternative auch bei den Palästinensern. Nur kann die palästinensische Gesellschaft nach zwei Jahren Intifada nicht, wie die *roadmap* es vorsieht, zu einem »Zustand vor dem Ausbruch der Intifada zurückkehren«. Jegliche soziale und politische Struktur der Palästinenser wurde in der Zeit des »gewaltsamen Widerstandes« zerstört. In jedem kleinen Ort regieren mittlerweile Warlords, die ihre »Aktionen« auf eigene Faust betreiben – und die Bevölkerung nach Gusto schurigeln. Der israelisch-palästinensische Konflikt hat sich in den letzten Jahren in einen typischen »low

intensity war« verwandelt, wie ihn der Militärhistoriker Martin van Crefeld oder der Berliner Professor Herfried Münkler beschreiben: Die palästinensischen Regionalfürsten haben jedes politische Ziel aus den Augen verloren – es zählt nur noch die Aktion, nicht das Ergebnis.

Yassir Arafat hatte sich für den bewaffneten Aufstand entschieden und damit wissentlich die politische Fragmentierung der Palästinenser in Kauf genommen – in der Hoffnung, daß er dabei die Oberhand behalten würde. Schon vor dem Beginn der Intifada wäre es wesentlich einfacher gewesen, mittels Verhandlungen statt mittels Gewalt zum Ziel zu kommen. Mit dem deutlichen Interesse, das die US-Regierung nun am israelisch-palästinensischen Konflikt zeigt, mit Bushs Erklärung, daß ein »lebensfähiger palästinensischer Staat« am Ende aller Verhandlungen stehen solle, scheinen Verhandlungen wieder aussichtsreicher geworden zu sein.

Daß ausgerechnet in diesem Moment ein gemeinsames Attentat von Hamas, Jihad al-Islami und den Al-Aksa-Brigaden begangen wird zeigt: Die Warlords der Palästinenser werden die Stellung, die sie errungen haben, nicht so schnell aufgeben. Wenn sie auch politisch nichts erreichen können, so sind sie doch in der Lage zu stören, zu schwächen, zu sabotieren, zu töten. Mahmud Abbas bieten sich unter diesen Umständen nur zwei Optionen: Kooptation oder rücksichtslose Bekämpfung der Fanatiker. Derzeit scheint er noch immer an einen Waffenstillstand zu glauben, der ihm Luft läßt, neue Institutionen und eine Infrastruktur aufzubauen, die der Mehrzahl der Palästinenser die Rückkehr zu ihren Jobs in Israel, ein erträgliches Alltagsleben und ihm als Premier die Chance ermöglichen würde, wenigstens einen Teil der »neuen politischen Kräfte« in den politischen Entscheidungsprozeß zu integrieren.

Es ist deshalb klug, daß Phase II der *roadmap* Neuwahlen für die wichtigsten politischen Körperschaften der palästinensischen Gesellschaft vorsieht: für das Parlament, das Amt des Präsidenten sowie Lokalwahlen, die von besonderer Bedeutung sind, weil sie den Palästinensern eine direkte Kontrolle ihrer Politiker versprechen. Wenigstens die der Fatah nahestehenden Kräfte könnten somit zum Teil in den politischen Prozeß reintegriert werden.

Allerdings fordert der Weg in die Phase II ein gerüttelt Maß an Unbeirrbarkeit der »Kontrollinstanzen«, sprich der US-Regierung als einzige Macht, die den nötigen Druck ausüben, aber auch ausreichend Anreize geben kann. Was bedeutet, daß sie sich zuerst gegen den selbsternannten Kompagnon im »Kampf gegen den Terror«, Ariel Sharon, wenden muß. Sogenannte »targeted killings« wie der Anschlag gegen Abdel Aziz al-Rantisi sind nicht nur inakzeptabel – sie sind vor allem dumm. Auch wenn es pervers erscheint, daß ein Mann wie Rantisi nach jedem Attentat ungestört Interviews gibt, in denen er in aller Seelenruhe neue Anschläge ankündigt.

Das ist eines der größten Mankos des Friedensplans: Er ist ein Patchwork aus verschiedenen Ideen, die, vom Abschluß des Osloer Vertrages angefangen bis zum Gipfel von Taba und zu den verschiedenen Detailplänen wie dem »Tenet-Waffenstillstandsplan«, in den letzten Jahren durchgespielt worden sind. Was fehlt, ist ein klares Konzept, welche Sanktionen gegen welche Partei angewendet werden, wenn Stufen des Planes oder auch nur einzelne seiner Bedingungen nicht erfüllt werden. Im Zweifelsfall muß dann auch Israel mit groben Reaktionen von seiten seiner bisherigen Schutzmacht rechnen: Israel kassiert immer noch eine große Summe an Auslandshilfen von den USA. Sollte die Regierung Sharon ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, nur kosmetische Räumungen von Außenposten vornehmen und keinen definitiven Stopp des Aus- und Neubaus von Siedlungen verfügen, dürfte der Anlaß gegeben sein, diese Auslandshilfen empfindlich zu kürzen.

Für die Palästinenser gilt: Die Verwendung der finanziellen Zuwendungen, die sie bislang erhielten, sollte überprüfbar gemacht und allein dem Budget des Kabinetts von Abu Mazen zugeschlagen werden. Was sich vor allem die Europäische Union hinter die Ohren schreiben sollte, die gegen jedes bessere Wissen weiter Millionensummen an Arafat überwies. Der wiederum keine Gelegenheit ausläßt, jeglichen Ausgleichsversuch von Mahmud Abbas zu torpedieren.

Niemand konnte sich zu Beginn des Osloer Friedensprozesses ausmalen, wie sein Ende aussehen könnte. Das hat sich – trotz des Krieges der letzten beiden Jahre – grundlegend geändert. In Taba wurden die Fundamente einer Lösung gelegt. Die Frage lautet also schon längst nicht mehr »Wohin?«, sondern: »Wem überlassen wir die Initiative?« Sollte Mahmud Abbas die Extremisten in seiner Gesellschaft nicht kontrollieren können, sollte Ariel Sharon weiterhin auf die Option setzen, jenen Fundamentalisten in die Hände zu spielen, indem er mit völlig sinnlosen Gegenschlägen antwortet, werden beide dazu beitragen, den israelischen Alptraum zu verwirklichen: Trennung auf eigene Initiative, sprich einseitiger Rückzug, den zumal Israels Rechte scheuen. Oder einen faktisch binationalen Staat, in dem die Palästinenser das Schicksal des jüdischen Staates über ihre Geburtenrate bestimmen.

Sylke Tempel schrieb in KONKRET 6/03 über Mahmud Abbas

Konkret 07/03, S. 21

Jenna L. Brinning

Links & Rights

Glaubt man den Medien, ist Möllemann ein Politmobbing-Opfer. Man habe ihn in den Tod getrieben, lautet der Vorwurf seiner Witwe, Carola Möllemann-Appelhoff, selbst Ratsfrau im FDP-Kreisverband Münster. Die inoffizielle Gedenkseite http://www.gedenkseite-moelle

mann.de.vu/ nennt Möllemanns Selbstmord einen »moralischen Mord« und die FDP-Spitze »einfach nur Intriganten, Egoisten und verlogene Politiker!!!«. Das Kondolenzbuch der Website wurde als Plattform für »freie Meinungsäußerung« genutzt, weswegen ihr Betreiber ein getrenntes Forum zu diesem Zwecke einrichtete. Möllemann starb zwar »für die freie Meinungsäußerung«, wie uns User des »Focus«-Forums erinnern (http://forum.focus.de/H/HF/HFB/hfb. htm), aber Ordnung muß sein.

Im UDL-Forum der privaten Arbeitsvermittlung unter http://www.unser-augsburg.de/cgi-bin/forenserver/foren/

F_0085/cutecast.pl geht es sogar noch lustiger zu: In drei Threads zu den Themen Möllemann, FDP und Friedman gibt Möllemanns Fangemeinde, die in den Tagen nach seinem Tode noch gewachsen ist, dem Antisemitismus in Deutschland einen neuen Schub. Beschimpfungen à la »kleiner Zionistenfreund« sind ebenso an der Tagesordnung, wie braune Sprüche und Morddrohungen. Der Moderator sichert zu, keine Beiträge zu löschen, und gibt seinem Publikum einige Nachhilfe: »Ich glaube auch ... das (!) Jürgen M. nicht freiwillig diesen Weg gegangen ist!« Haßtiraden auch im Forum der offiziellen Möllemann-Site http://www.juergenwmoellemann.de/. Hier laufen rege Diskussionen über die Verantwortung des Mossad für Möllemanns Tod, der »im Interesse der illegalen Besatzungsvereinigung mit dem Namen Israel« gewesen sei. Schließlich sah sich Möllemann selbst als politisches Opfer einer Mossad-Verschwörung, wie er in seinem Buch *Klartext* schrieb. Nach einem »Stern«-Interview beschwor er die Reporter, »wenn etwas sehr Unvorhergesehenes passiert«, sollten sie an seine Worte über die Gefahr denken, die ihm vom Mossad drohe (www.stern.de). Selbst im jüdischen Forum http://www.juden.de/ forum5/index.php debattiert man über eine Verschwörung gegen Möllemann: »Warum sollte der Mossad so ein kleines Lichtchen wie Mölli umbringen? Ich habe irgendwo gelesen, daß es der syrische Geheimdienst gewesen sein soll.«

Das private Linkarchiv des Internationalen Instituts für Medienanalyse und Friedensforschung schließlich möchte keine Hypothese zum Todessturz ausschließen und bringt Links zu Fallschirmtechnik und Fremdmanipulation (http://www.medienanalyse-international.de/fallschirmtod.html). Da kann man wenigstens noch was lernen.

Konkret 07/03, S. 22

Yoram Kaniuk, Ralf Piorr

»Wir können hier nicht überleben«

Der israelische Schriftsteller Yoram Kaniuk über die Deutschen, die Palästinenser und das Ende aller seiner Hoffungen

KONKRET: Ihr Roman Der letzte Berliner *ist in Deutschland erschienen, bevor er in diesen Tagen in Israel verlegt wurde. Wer oder was verbirgt sich hinter diesem Titel?*

Kanjuk: Es ist die Geschichte meiner Reisen durch Deutschland in den letzten 16 Jahren. Der Grund, warum ich den Roman *Der letzte Berliner* genannt habe, liegt darin, daß wir in den dreißiger Jahren in Tel Aviv geradezu wie Berliner aufwuchsen. Mein Vater und seine Freunde identifizierten sich mit diesem schillernden und künstlerischen Berlin der zwanziger Jahre. Und als sie durch den Nationalsozialismus gezwungen waren, Deutschland zu verlassen, entstand in einigen Straßenzügen in Tel Aviv, in denen nur deutsche Juden lebten, ihr eigenes Berlin. Unsere Eltern schwärmten geradezu von diesem Deutschland der Weimarer Republik. In einem bestimmten Sinne wurden wir so zu einem Stadtplan eines Berlins, das es längst nicht mehr gab. Und ich bin der letzte Berliner dieser Zeit.

Sie schreiben, daß Sie weniger aus Neugier als aus einer Art Heimweh nach Deutschland reisen, Heimweh nach einem Land, in dem Sie vor Ihrem ersten Besuch Mitte der achtziger Jahre noch nie waren.

Mich hat ein Satz der deutsch-jüdischen Lyrikerin Nelly Sachs sehr beeindruckt: »Wir werden zurückkehren ohne Schritte.« In dieser Zeile spricht sie über sich selbst und all die, die gezwungen waren, Deutschland zu verlassen, und die, die im Holocaust umgebracht wurden. Von dieser Art von Rückkehr handelt mein Buch, davon, wie ich versuche, den Fußspuren meines Vaters und seiner Freunde zu folgen, um festzustellen, ob sich im heutigen Deutschland noch etwas von ihrem Deutschland wiederfinden läßt. Wo liegt dieses Berlin ihrer Träume, die Melodien und Bilder? Mein ganzes Leben habe ich zu verstehen versucht, wie es zu dieser einzigartigen Verbindung zwischen Juden und Deutschen gekommen ist. Seit der Renaissance gab es in Europa nichts der Hochblüte der deutsch-jüdischen Kultur Vergleichbares. Karl Marx, Albert Einstein und Sigmund Freud, Jakob Wassermann und Stefan Zweig, Erwin Piscator und Ernst Lubitsch, Walter Benjamin und Else Lasker-Schüler, Gustav Mahler und Arnold Schönberg – sie alle haben ihre Werke nicht als Juden, sondern als Deutsche vollbracht.

Ich habe die Orte und Städte besucht, an denen das stattgefunden hat. Für mich ist die offensichtliche Abwesenheit des Jüdischen in Deutschland erschreckend. Juden gibt es nur noch im Museum oder auf den Friedhöfen. Und so sind diese Besuche für mich wie Reisen in die Hölle. Die Menschen, über die ich geschrieben habe, waren damals ein Teil des Landes, Dichter, Wissenschaftler, Kino- und Theaterleute. Sie alle lebten als Deutsche, aber sie endeten als Juden.

Glauben Sie, daß das Jüdische in Deutschland heute vermißt wird?

Ich glaube nicht, daß die Juden hier vermißt werden. Vielleicht fehlen den Deutschen die herausragenden künstlerischen Leistungen eines Franz Kafka, aber ihnen fehlt die Person Kafka nicht. Die Anwesenheit von Juden ruft in den Deutschen immer ein Gefühl von Schuld hervor. Als ich 1991 mit Günter Grass in Berlin diskutiert habe, sagte ich zu ihm: »Ihr Deutschen werdet den Juden Auschwitz niemals verzeihen.« In dem Augenblick, in dem ich ihm als Jude begegnetet bin, hatte er Angst vor mir. Er dachte sofort, ich wollte etwas verlangen oder einfordern. Wir Juden sind oft Störenfriede, wie Heine oder Tucholsky, und darüber bin ich sogar glücklich. Aber das heißt auch, daß man uns deswegen nicht unbedingt lieben muß. Bringt uns bloß nicht um, das ist alles. Der Rest ist Spaß.

Die Deutschen haben es in den letzten fünfzig Jahren ganz gut ohne die Juden geschafft. Aber ich bin kein Richter, sondern ich beobachte Dinge und erzähle sie. Ich mache mich in dem Buch über Israelis lustig und über Deutsche. Es gab positive und unangenehme Erfahrungen. Aber die Spuren meines Vaters und seiner Freunde habe ich nicht wiedergefunden. Sie haben ihre Träume und Vorstellungen von der deutsch-jüdischen Kultur nach Israel gebracht und dort ein neues Berlin geschaffen, eines mit dem Anstrich von Weimar. Deutschland hat das auch nach dem Krieg nicht gebraucht. Man ist auch so wieder zurecht gekommen.

»Jeder Deutsche ist die Antwort auf die ungestellte Frage jedes Juden und umgekehrt«, heißt es im letzten Absatz Ihres Buches. Eine mehrdeutige Formulierung, die aber auch als Aufforderung zu lesen ist, den deutsch-jüdischen Dialog wieder aufzunehmen?

Ja, natürlich, das war auch mit dem Buch beabsichtigt, aber es ist gescheitert. Es gab ein paar sehr gute Kritiken, es gab ein paar schlechte, aber im großen und ganzen wurde das Buch ignoriert. Ich habe gehofft, es würde eine Diskussion auslösen, aber es passierte nicht. Man hat mich als »paranoid« bezeichnet und eine Kritikerin nannte das Buch eine »unverzeihliche Provokation«. Aber ich bin nicht provokativ, ich bin wütend. Ich liebe die deutsche Kultur, aber ich hasse sie auch. Dabei geht es mir gar nicht um Erfolg. Im Buch schreibe ich über viele Dinge, und ich weiß, daß einige Leute entsetzt sind – auch gerade deutsche Juden. Aber warum reden sie nicht darüber? Warum schreit niemand auf? Eine Debatte könnte doch

wundervoll sein und die Dinge klären. Aber nichts passiert, das enttäuscht mich sehr. Irgendwie erinnert mich das ganze an einen jüdischen Witz: Ein Jude schmuggelt Kaffee in einem Zug und wird von einem Polizisten erwischt. Der fragt ihn, was er dort bei sich trage? Der Jude antwortet: »Vogelfutter.« Mißtrauisch öffnet der Polizist den Sack und sieht die Kaffeebohnen. »So, du willst mir erzählen, daß Vögel *das* essen?« – »Na ja«, erwidert der Jude gleichmütig, »wenn sie das essen wollen, werden sie es halt essen, wenn nicht, dann eben nicht.« – Genauso geht es mir mit dem Buch.

Die Beziehung zwischen Deutschen und Juden hat immer noch eine andere Qualität. Selbst sechzig Jahre nach Auschwitz ist diese historische Tatsache einfach immer noch zu bedeutend. Man fühlt sich nicht wirklich behaglich mit dem anderen. Als es in Djenin, einer Stadt in der Westbank, zu Kämpfen kam, bei denen 23 Israelis und 56 Palästinenser getötet wurden, haben verschiedene Zeitungen über ein »neues Auschwitz« berichtet – auch in Deutschland. Wenn das Töten von 56 Menschen wie Auschwitz ist, dann kann Auschwitz nicht so schlimm gewesen sein. Es ist das Wort, das die Begebenheit gestaltet, und nicht nur die Begebenheit, die das Wort erzeugt. So wie die Nazis eine eigene Sprache der »Endlösung« entwickelt haben. Es ist schon schwierig, sich überhaupt gegenüber zu sitzen. Ich kann mir nicht helfen, aber ich frage mich auch jetzt: Was hat Ihr Großvater getan? – Vielleicht hat er den Onkel meines Vaters umgebracht, ich weiß es nicht.

Sie setzen sich nach wie vor intensiv mit der Gedächtniskultur in Israel und in Deutschland auseinander. Sie haben es sogar in einem Zeitungsartikel gewagt, Yad Vashem, die zentrale Gedenkstätte in Israel, zu kritisieren.

Ich habe Yad Vashem nicht als ganzes kritisiert. Sie leisten dort unverzichtbare Arbeit, indem sie die Erinnerungen der Überlebenden sammeln und dokumentieren. Aber ich mag es nicht, wenn sie zum Beispiel den ehemaligen amerikanischen Präsidenten Nixon nach Yad Vashem karren, ihm eine Kipa aufsetzen und er ganz betroffen aussehen muß. Warum muß er eine Kipa tragen? Er ist kein Jude und Yad Vashem keine Synagoge. Sie haben ihm die komplette Show geboten, mit Unterschrift und den ganzen psalmodierenden Chören. Ich schrieb damals, daß sie aus Yad Vashem zunehmend das Disneyland der Juden machen. Ich will das nicht. Yad Vashem an sich ist eindrucksvoll genug. Es geht um die Shoah und nicht um die Show, nicht um ein Musical. Deswegen mag ich auch das Jüdische Museum in Berlin nicht. Das ist auch ein Musical.

Die Erfahrung und die Folgen des Holocaust sind zentrale Themen ihrer Werke. Der Roman Adam Hundesohn *handelt ebenso davon wie* Der letzte Jude *und* Glück im Exil*. Warum kehren Sie immer wieder zu diesem Themenkomplex zurück?*

Ich glaube, Israel wäre 1947 kein Staat geworden ohne den Holocaust. Ich habe damals auf einem Schiff gearbeitet, das europäische Flüchtlinge nach Palästina brachte, die illegal in das Land eingeschleust wurden. Wohin sollten sie auch gehen? In Polen und Rumänien flammte der Antisemitismus wieder auf. Die USA, England und andere westliche Länder hielten ihre Grenzen geschlossen. Als ich sah, in welchem Zustand sich die Überlebenden von Verfolgung, Ghetto und Konzentrationslager befanden, fühlte ich mich schuldig, nicht einer von ihnen gewesen zu sein. Warum hatte ich das Glück, im beschaulichen Tel Aviv geboren und aufgewachsen zu sein, während Menschen meines Alters in die Verbrennungsöfen geworfen wurden? So habe ich vielleicht eine Art Schuldkomplex entwickelt, der mich dazu angetrieben hat, über vierzig Jahre diese Romane und Erzählungen zu schreiben. Sie sind nicht einfach zu lesen, denn ich mußte mich dazu bringen, auch über die Dinge zu lachen, sie ins Groteske zu steigern. Ich hätte es sonst nicht geschafft, überhaupt darüber zu schreiben. Aber jetzt bin ich davon befreit. *Der letzte Berliner* war das Schlußkapitel. Mein nächstes Buch heißt *Die Königin und ich,* und darin kommen keine Juden vor, keine Deutschen, keine Nazis, kein Gas, nur Königin Elisabeth und ich.

Sie gehörten viele Jahre zur Spitze der israelischen Linken, die eine friedliche Lösung des Palästina-Konflikts forderte, und wurden zu einem Vorreiter des israelisch-palästinensischen Dialogs. Ende der achtziger Jahre gründeten Sie mit dem 1996 verstorbenen Dichter Emil Habibi ein palästinensisch-israelisches Komitee, das sich für den Dialog zwischen beiden Gruppen einsetzte. Glauben Sie noch an diesen Dialog?

Emil Habibi war einer meiner besten Freunde, und ich vermisse ihn wirklich sehr. Wir haben schon seit Ende der sechziger Jahre gemeinsame Wege gesucht, um über eine Lösung des Konflikts nachzudenken. 1989 haben wir das Komitee gegründet. Später fand ich heraus, daß Arafat die Arbeit des Komitees als Versuchsballon für seine Oslo-Politik benutzte. Er wollte testen, wie die israelische Gesellschaft auf einen Plan der Zweistaatlichkeit reagieren würde. 1995 schlug uns der französische Verleger Emmanuel Moses vor, gemeinsam ein Buch zu schreiben (*Das zweifach verheißene Land*). Mein Thema war mein Leben mit den Arabern, und Habibi sollte über sein Leben mit den Juden schreiben. Was kam dabei heraus? Er klang, als wäre er ein Rädchen in der nationalistischen Propaganda der PLO. Die arabischen Intellektuellen in der Westbank, in Gaza, Jordanien und Ägypten haben mit uns zusammengearbeitet, solange sie die Kooperation für sich nutzen konnten. Seitdem es nicht mehr opportun scheint, uns zu treffen, boykottieren sie uns. Im letzten Jahr hat man mich zusammen mit einem palästinensischen Herausgeber nach Berlin eingeladen. Als wir uns abends in der Bar des Hotels trafen, schimpfte er nur über Arafat. Er hatte es in seiner Zeitung gewagt, die palästinensische Führung um Arafat zu kritisieren. Sein Büro in Ost-Jerusalem wurde daraufhin von der PLO geschlossen und die Zeitung wurde ihm weggenommen. Er war ruiniert. Am nächsten Tag saßen wir mit einem Reporter des »Tagesspiegel« für ein Gespräch

zusammen. Er zog ein vorbereitetes Papier aus der Tasche und verlas eine Arafat-freundliche Erklärung. Danach schaute er mich nur an und zuckte mit den Schultern. Später, wieder im Hotel, sagte er zu mir: »Was kann ich schon machen?«

Ich liebe Emil Habibi sehr, und ich vermisse ihn, aber er hat mir nicht die ganze Wahrheit gesagt. Vielleicht wollte er es, aber er konnte es nicht.

Geben Sie angesichts der zahlreichen Selbstmordattentate heute einem israelisch-palästinensischen Friedensprozeß überhaupt noch eine Chance?

Ich habe vierzig Jahre meines Lebens damit verbracht, einen friedlichen Weg zu suchen. Ich wurde dafür von der israelischen Polizei geschlagen und verhaftet. Ich war einer der ersten, die sich für zwei gleichberechtigte Staaten stark gemacht haben. Aber so resigniert es auch klingen mag, ich habe keine Hoffnung mehr. Nach den Verhandlungen mit Barak und Arafat auf Einladung von Clinton in Camp David im Sommer 2000 und nach den gescheiterten Friedensverhandlungen von Taba im Februar 2001, als den Palästinensern wieder eine Lösung auf der Grundlage einer territorialen Teilung angeboten wurde und sie erneut ablehnten, glaube ich nicht mehr an eine friedliche Lösung. Sie können uns im Mittleren Osten einfach nicht akzeptieren. Das ist tragisch. Ich bin der Auffassung, daß wir die Westbank und den Gazastreifen räumen müssen, und eines Tages wird das auch geschehen, aber es wird nichts lösen. Es ist für die Palästinenser eine Frage von Alles oder Nichts. Sie werden nie eine Teilung akzeptieren. Sie werfen uns vor, wir seien Nazis. Wenn man sieht, wie die Busse, die Kinos und Cafés zerfetzt werden, wenn man diese jungen Menschen sieht, aus denen Hackfleisch gemacht wird, dann muß ich fragen: Das ist die Art von Krieg, den ihr führen wollt?

Das sind sehr pessimistische Töne von einem Mann, der sich jahrzehntelang für andere Lösungen des Konfliktes eingesetzt hat. Wie soll denn die Zukunft aussehen?

Es gibt fast 350 Millionen Araber, und sie mögen uns wirklich nicht. Dabei geht es gar nicht darum, wer gut oder wer schlecht ist. Sie haben das Recht auf das Land, und wir haben das Recht auf das Land. Eines Tages werden sie stark genug sein, um uns den Garaus zu machen. Mit einer Bombe können sie Israel zerstören. Diese Einschätzung wird von vielen Israelis geteilt. Manchmal denke ich darüber nach, daß ich zwar Kinder habe, aber vielleicht keine Enkel haben werde. Wir können hier nicht überleben. Es fällt mir nicht leicht, das festzustellen, immerhin habe ich im israelischen Unabhängigkeitskrieg gekämpft. Und Europa steht auf der Seite der Palästinenser, nicht auf unserer. Es gibt scheinbar keinen Kompromiß, und wie man auch in Israel sagt: »Such is life – and it's getting sucher and sucher.«

Interview: Ralf Piorr

Yoram Kaniuk, geb. 1930 in Tel Aviv, gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller Israels und erhielt für sein Werk u.a. den Brenner-Preis, den höchsten Literaturpreis Israels. 1947 kämpfte Kaniuk als junger Soldat der Palmach im israelischen Unabhängigkeitskrieg. Seit den sechziger Jahren gilt er mit seinen Essays und Schriften als einer der profiliertesten Befürworter eines Frieden im Nahen Osten. Zuletzt erschien der Roman *Der letzte Berliner* (List Verlag; Rezension in KONKRET 6/02).

1986 kam Kaniuk, der – wie er selbstironisch einräumt – selbst Fieberthermometer aus deutscher Fabrikation ablehnte und ganz bewußt einen französischen Wagen fuhr, der ihm »siebenhundertundfünfzig Tage in der Werkstatt und astronomische Preise« einhandelte, nur um sich keinen deutschen Volkswagen anzuschaffen, auf Einladung des deutschen Bundespräsidenten zum ersten Mal nach Deutschland. Viele weitere Reisen zu »diesem jüdischen Friedhof« sollten folgen. Dabei ist er kein stiller Besucher, sondern der Israeli Kaniuk sucht den Disput, seine Variante des deutsch-jüdischen Dialoges. 1991 kritisierte er die Haltung der deutschen Friedensbewegung im zweiten Irakkrieg, und das darauf folgende Streitgespräch mit Günter Grass kommentierte Kaniuk so: »Wir blieben dort nackt, ich war mein Großvater, er sein Großvater, der Deutsche gegen den Juden.«

Konkret 07/03, S. 24

Joachim Rohloff

Vo poebuli

Kein Nachruf.

Zwei Drogenopfer waren innerhalb weniger Tage zu beklagen. Während der gewöhnliche Junkie, der auf dem Bahnhofsklo gefunden wird, höchstens drei Zeilen im Lokalteil wert ist und es auf die vorderen Seiten nur schafft, wenn er mit allen, die sein Schicksal teilten, die jährliche Statistik bildet, wurde der Tod dieser beiden an hervorragender Stelle gemeldet und kommentiert. Genau genommen, lebt der eine zwar noch, er ist aber schon den schrecklichsten aller Tode gestorben, dessen wachsende Wahrscheinlichkeit den anderen dazu trieb, Selbstmord zu begehen. Man wußte vom Scheiterhaufen, vom Bauchschuß und vom Gas; diese Mittel, jemanden umzubringen, müssen geradezu barmherzig sein im Vergleich zu dem, was Sabine Christiansen und tags darauf Helmut Markwort den »bürgerlichen Tod« nannten.

Aber seien Sie beruhigt, Sie und mich wird er verschonen.

Denn er wird nicht vom Alkohol oder vom Kokain herbeigeführt, sondern von jenem Genußgift, das Sabine Christiansen die »Droge Politik« und Helmut Markwort tags darauf die »Droge Aufmerksamkeit« nannte, und er kommt nicht mit einer Überdosis, sondern im Gegenteil mit dem Entzug. Markwort definierte ihn als »das langsame, qualvolle Verschwinden aus der Öffentlichkeit«, welches im Falle Möllemann vermutlich zwei Jahre Gefängnis auf Bewährung, verbunden mit einer Geldstrafe von einer halben Million, bedeutet hätte und dann ein endloses Siechtum auf Gran Canaria, ohne »Interview am Morgen«, ohne Parteitage und ohne einen einzigen Anruf Genschers.

Von solchen Qualen macht man sich an der Theke des »Schluckspecht« oder auf den Fluren des Sozialamts einfach keine richtige Vorstellung. Verständlich, daß Möllemann den leiblichen Tod wählte. »Verständlich ist auch der Schmerz seiner Frau«, schrieb Markwort, »subjektiv und solidarisch. Jürgen W. Möllemann hat ihr zwar keinen letzten Willen hinterlassen, aber sie wußte auch ohne Text, wen er an seinem Grab auf keinen Fall hätte sehen wollen.« Und weil der Bundespräsident keinen Staatsakt anordnete, blieb es Möllemann erspart, auf seiner eigenen Beerdigung dem perfiden Westerwelle noch einmal die Hand schütteln zu müssen.

So human, so stilvoll, so solidarisch geht es also auch. Nähme Friedman, der zweite prominente Drogentote dieses Frühsommers, sich doch nur ein Beispiel und das Leben! Aber weil sein Leichnam immer noch irgendwo umherläuft, gibt es keine Witwe, die auch ohne Text wüßte, wessen Nachruf er ganz bestimmt nicht lesen wollte. »Michel, auch du Kokain?« lallte sein angeblicher Freund Franz Josef Wagner ihm in »Bild am Sonntag« hinterher. »Einmal wurde ich Zeuge, wie er sich mit einem fast gelähmt wirkenden Lächeln im Spiegel betrachtete. Selbstverständlich wußte er mehr über sich als ich über ihn. Starrte ihm aus dem Spiegel, es ist ein halbes Jahr her, ein sturmdrohender Himmel entgegen? Heute weiß ich, was für ein armer Teufel mein Freund Michel war und ist. Er hat sein Leben lang unter dem Zwang gelebt, sich würdig zu erweisen.« Würdig? Wessen? Der Freundschaft Wagners? Oder der am Anfang dieser Nachrede erwähnten Tatsache, daß er nur deshalb geboren werden konnte, weil seine Eltern den Holocaust überlebten? Wagner wird es selbst nicht ahnen, denn die Volksdroge Nummer eins ist, jeder Statistik zum Trotz, immer noch die Dummheit.

Während in »Bild« und im »Spiegel« jedes belanglose Detail seines Falles ausgebreitet und Friedman des Kokaingebrauchs und ehrenrühriger Beziehungen zum »Rotlichtmilieu« und zu »ukrainischen Schlepperbanden« verdächtigt wurde, machten die seriösen Kommentatoren sich Sorgen. Womöglich sogar antisemitische, ganz gewiß aber kleinbürgerliche, spießige Abneigungen gegen diese Person, von der die Freunde Möllemanns seit langem wußten, daß sie ihres doppelten Amtes im Zentralrat der Juden und im staatlichen Fernsehen nicht würdig war, könnten nun ihre Bestätigung finden. Manch einer malte die Ressentiments dabei so genüßlich aus, als wären es seine eigenen. »Ohne Frage, der Mann ist schwer erträglich. Rosa Krawatte an Sonnenbankbräune mit Glanzhaar, das ist schon kühn, das hat, wie man früher sagte, einen Stich. Die Schadenfreude geht also schon in Ordnung; man kann durch die Medien nicht beliebter werden als man sich selber macht.«

Gustav Seibt ließ aber seine Leser rätseln, ob er dem Befund zustimmte oder sich bloß in den gewöhnlichen Stammtischsitzer hineindachte, der Friedman aus dem Fernsehen kannte, ihn seit jeher haßte und aus sämtlichen Zeitungen nun nachträglich seine guten Gründe erfuhr, also beispielsweise in den Berliner Kabarettisten und Frisurenberater Wiglaf Droste. Dieser fügte nämlich dem Befund noch etwas Erhebliches hinzu. Der »outrierte Lackel«, der Streber Friedman, »fand es offenbar lustig, seine telefonischen Bestellungen unter dem Pseudonym Paolo Pinkel aufzugeben – Paolo Pinkel, harr harr. Dem Proletigen ist das Toilettige zugehörig – und Koks wird ja bevorzugt von Klosettdeckeln in die Nasenlöcher gezogen. Das genuin Stilfreie gibt sich gern verrucht, riecht aber bloß nach Lokus.« Die Information stammte von einem Beamten des BKA und sie war falsch. Droste hatte sie von »Bild«, er dachte sich bei ihr dasselbe, was Millionen Leser dachten, formulierte es zwischen ein paar Gedankenstrichen, und schon wieder war eine Kolumne auf der Witzseite voll.

Während Droste den Abonnenten der einzigen Tageszeitung mit einer regelmäßigen Hanfbeilage erklärte, warum Koks nichts taugt, begründete ein Kollege die Forderung nach Friedmans Rücktritt. »Er polarisierte und brillierte wie wenige andere. Gerade durch dieses eckige Wesen, das nicht daran dachte, sein öliges Image der Öffentlichkeit zuliebe zu ändern, führte er etwas vor, was vielleicht einmal zu einer irgendwie gearteten Normalisierung zwischen Juden und Nichtjuden führen könnte. Ein Selbstbewußtsein nach dem Motto: Ich bin deutsch und laut und Jude – und es ist mir egal, ob ich euch gefalle. Auch deshalb war Friedman ein Gewinn für diesen Staat und seine Juden.«

Nun aber hatte das eckige Wesen ein Gesetz gebrochen. Es hatte getan, was alle tun, und sich dabei erwischen lassen. So sehr wir die Polarisierung und die Brillanz auch schätzen, wir müssen doch immer darauf achten, daß sie im Rahmen der gültigen Straßenverkehrsordnung bleiben. Friedman war kein Gewinn mehr, die Normalisierung mußte abgesagt werden. Er hatte das Teuerste verloren, was ein Politiker, Repräsentant und Fernsehmann besitzt: die Glaubwürdigkeit. Zwar sorgt sich nur ein Lügner um seine Glaubwürdigkeit, aber ein Lügner war Friedmann ja auch. Denn er hatte der Öffentlichkeit verheimlicht, was sie nichts anging. Hoffen wir, daß andere aus seinem traurigen Fall lernen! Vielleicht beginnen schon morgen alle Zeitungsartikel und alle Parlamentsreden mit einem Bekenntnis: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Leser! Ich heiße Joachim und bin Alkoholiker.

Konkret 07/03, S. 25

Bernhard Schmid

Operation Mamba

Propaganda-Einsatz oder „Friedensstiftung"? Die EU interveniert im Kongo.

Nach einer Giftschlange haben die französischen Militärs den »humanitären Einsatz« benannt, der am 1. Juni im Nordosten der République démocratique du Congo (RDC) begann: »Operation Mamba«. Die EU-Kommission in Brüssel dagegen entschied sich für den Namen der griechischen Jagdgöttin Artemis.

Erstmals interveniert die Europäische Union ohne Rückendeckung der Nato auf einem auswärtigen Kriegsschauplatz. 1.500 Soldaten werden daran teilnehmen, darunter 900 französische Militärs. Der Beschluß für den Einsatz, der auch von den USA gebilligt wurde, fiel auf dem G8-Gipfel in Evian.

Auch 350 deutsche Soldaten sind für den »Kongo-Einsatz« vorgesehen. Am 18. Juni (also nach Redaktionsschluß dieses Heftes) sollen ihn alle im Bundestag vertretenen Parteien beschließen. Das wird auch Zeit: Denn die Franzosen sind bereits in Feuergefechte mit örtlichen Milizen verwickelt worden.

Die Deutschen werden freilich kein großes Risiko eingehen. Denn ihre Militärs werden lediglich vom 300 Kilometer Luftlinie entfernten Entebbe im Nachbarland Uganda aus logistische Hilfsdienste leisten. Ob es für sie bei einem harmlosen Einsatz bleibt, wird sich aber erst noch herausstellen müssen. Denn eine Alternative gibt es nur zwischen zwei schlechten Möglichkeiten:

Entweder bleibt der EU-Einsatz, der momentan bis zum 1. September dieses Jahres befristet ist (danach ist die Ablösung der Truppe durch UN-Blauhelme vorgesehen), vorwiegend symbolischer Natur. Bisher beschränkt sich das Mandat für den Einsatz auf das Stadtgebiet und den Flughafen von Bunia. Wenn, wie zu erwarten ist, die Milizen der Warlords, die seit 1999 die Bevölkerung im Distrikt Ituri terrorisieren (allein dort soll es bis Mitte Juni rund 50.000 zivile Opfer gegeben haben), sich in das Umland zurückziehen, muß die EU-Truppe sie gewähren lassen. Bleibt, auch im Fall weiterer Massaker außerhalb Bunias, der Einsatz aber auf Bunia beschränkt, dient er vor allem ideologischen Zwecken: der Selbstberuhigung des »westlichen Gewissens«.

Oder, und das ist die zweite schlechte Option, der Einsatzauftrag wird mit der Zeit auf »aktive Friedensstiftung« ausgeweitet. Was militärische Operationen gegen die Akteure vor Ort und deren Entwaffnung einschlösse. In diesem Fall dürfte der Einsatz eskalieren, denn in der Region des östlichen Zentralafrika hat gerade Frankreich in jüngster Vergangenheit eine Rolle gespielt, die die Warlords der Gegend kaum vergessen haben werden.

Die übliche Interpretation der blutigen Konflikte als »Stammeskriege« ist Unfug und basiert auf einer kolonial geprägten Wahrnehmung. Archaische Bindungen sind längst weitgehend zerfallen; an ihre Stelle aber sind keine funktionierenden anderen gesellschaftlichen Beziehungen getreten – Individuen und einzelne Bevölkerungsgruppen wurden auf sich selbst zurückgeworfen. Die Staaten der Region sind zwar nach dem Modell anderer moderner Staaten errichtet worden. Da es für den größeren Teil der Bevölkerung jedoch nichts zu verteilen, sondern lediglich Elend zu verwalten und das, was der Weltmarkt übrigläßt, für Auserwählte zu reservieren gibt, dienen die Staatsapparate einer rein klientelistischen Politik. Um sie zu steuern wurden bestehende Sprach- und Herkunftsunterschiede scharf gemacht. Nach der Implosion der Diktatur Mobuto Sese Sekos, der zwischen 1965 und 1997 das von ihm Zaire genannte Land – mit Unterstützung Frankreichs und der USA – beherrschte und auspreßte, führen partikulare Mächte dieses Spiel fort. So kommt es zu einem Prozeß regionaler Warlordisierung, wobei die lokalen Herrscher direkt den Weltmarkt bzw. die an der Ausbeutung der Rohstoffe interessierten Firmen bedienen. In schlimmeren Fällen der Eskalation kann es zum Genozid kommen, wie 1994 in Ruanda.

Eine wichtige Konfliktlinie in Zentralafrika verläuft entlang der Grenze zwischen der englischen und der französischen Sprachzone. Diese aus der Kolonialzeit stammende Sprachgrenze prägt bis heute die Definition etwa der französischen Interessen auf dem afrikanischen Kontinent. Als ab 1990 die »Ruandische Patriotische Front« (RPF) das Regime des Präsidenten Habyarimana in Ruanda zu bedrohen begann und dies von Stützpunkten im benachbarten Uganda aus tat, reagierten französische Ministerialbürokraten und Afrikapolitiker ganz nach diesem Schema: Uganda ist, als frühere britische Kolonie, englischsprachig, folglich konnte es sich nur um ein anglo-amerikanisches Komplott gegen den französischen Einflußbereich in Afrika handeln, zu welchem das ruandische Regime gehört.

Um das Wirken der regionalen Warlords zu verstehen, muß man sich im übrigen mit der Frage beschäftigen, wo das Gold oder das Coltan landet, das im Nordosten der RDC reichlich vorhanden ist. Ferner werden im früheren Zaire Edelsteinvorkommen ausgebeutet, und man vermutet dort bedeutende Ölvorräte. Grund genug, daß die kapitalistischen Metropolen sich besorgt um die Sicherheit der Bewohner dieser Region geben. Doch ein Krieg, dessen siegreicher

Abschluß solche Profite verspricht, dürfte nicht so schnell zu Ende gehen.

Bernhard Schmid schrieb in KONKRET 6/03 über die Demontage des französischen Sozialstaats

Konkret 07/03, S. 26

Horst Pankow

Jahrmarkt der Heiligkeiten

Den Mitgliedern aller Aberglaubensgemeinschaften hatte der »Ökumenische Kirchentag« in Berlin etwas zu bieten – auch den Sterbenden, den Bellizisten und dem deutschen Finanzminister.

Manchmal treibt das linke Bedürfnis nach Solidarität mit den Angegriffenen und Ausgegrenzten merkwürdige Blüten. Auch ich war vor einigen Jahren zum Beispiel für kurze Zeit der Versuchung ausgesetzt, mich mit deutschen Katholiken zu solidarisieren. Das kam so: Der Papst hatte im Zuge einer Europatournee auch einen Auftritt in der Reichshauptstadt angekündigt. In den deutschen Medien brach daraufhin eine wüste Debatte aus, die etwa die folgende Frage zum Thema hatte: Sind katholische Rituale, vatikanische Philien und Phobien überhaupt einer modernen demokratischen Zivilgesellschaft angemessen oder handelt es sich nicht vielmehr um Relikte längst überwundener Zeiten? Und wie das bei deutschen Debatten meistens so ist, war auch diese Frage eine rhetorische, die Antwort stand längst fest. Ein Höchstmaß an Unzeitgemäßheit wurde nicht nur den heimischen Katholiken, sondern dem ganzen katholischen Weltverein bescheinigt.

Was die Debatte für ein breites Publikum unterhaltsam gestaltete, waren ihre zentralen Themen: Sex und Paranoia. Als äußerst degoutant empfand man die Anmaßung eines Kirchenoberhauptes, dem Großteil seines Funktionärsapparates Ehelosigkeit zu verordnen und Frauen aus dem Apparat weitgehend auszusperren; als geradezu gemeingefährliche Frechheit wurde die Haltung des Vatikanchefs gegenüber Scheidung, Abtreibung und Homosexualität gewertet, vor allem wo es doch in katholischen Pfarrhäusern und Sakristeien von lüsternen Päderasten nur so zu wimmeln schien. Am schlimmsten litt man unter dem päpstlichen Anspruch, alles besser wissen zu wollen als die gewählten Politiker. Ein Unfehlbarkeitsanspruch und das Beharren darauf, der einzige Stellvertreter Gottes auf diesem Planeten zu sein – leistete so etwas nicht gefährlichen Tendenzen der Absonderung des Kirchenvolkes vom demokratischen Konsens Vorschub? Überhaupt mußte so etwas in einer Zeit als Provokation aufgefaßt werden, in der man es sich hierzulande gerade angewöhnt hatte, von einer *demokratischen Weltinnenpolitik* und *internationalen Eingreiftruppen* zu schwärmen, und man gerade dabei war, sich für einen *internationalen Strafgerichtshof* ins Zeug zu legen.

Vor diesem Hintergrund dürfte die kurzzeitige Versuchung Horst Pankows zur Solidarität mit deutschen Katholiken – so hoffe ich – eine milde Bewertung erfahren. Es handelte sich um den immer fragwürdigen Wunsch, etwas falsches Besonderes gegen ein grundfalsches Allgemeines zu verteidigen. Immerhin konnte ich davon ausgehen, daß es sich bei den Objekten meiner Solidarität keinesfalls um jene armen, von psychischer Tortur und Gehirnwäsche bedrohten Opfer handelte, wie sie häufig in den deutschen Medien beschrieben wurden. Die Mitgliedschaft in der katholischen Kirche war doch schon seit längerem eine freiwillige, jeder konnte rechtzeitig wissen, was im Falle eines Mitmachens auf ihn zukommen und von ihm erwartet würde. Eine Frau mit dem unstillbaren Wunsch, den Beruf einer Priesterin auszuüben, wäre doch von Protestanten, Anthroposophen, Scientologen und anderen mit offenen Armen empfangen worden. Ein Mann, der Priester sein *und* legalisiert vögeln, der schwul *und* gläubig zugleich sein wollte, konnte doch einfach – und kann es wohl noch – woanders eintreten oder mit Gleichgesinnten – und davon schien es viele zu geben – seinen eigenen Verein aufmachen. Ich hatte also ausreichend Anlaß, bei der seinerzeitigen antikatholischen Stimmungsmache von einer ideologischen Homogenisierungskampagne auszugehen.

Meine Versuchung zur Solidarität sollte bald tiefempfundener Reue weichen. Das wurde durch eines meiner ekelhaftesten Fernseherlebnisse bewirkt. In der Liveübertragung eines Berliner Lokalsenders sah man den Papst in seinem »Papamobil« von Polizisten und Politikern eskortiert, von servilen Journalisten kommentiert – darunter nicht wenige, die noch kurz zuvor ihrer ernsthaften Besorgnis vor allzu viel vatikanischer Eigenmächtigkeit Ausdruck verliehen hatten und die nun ebenso beredt von der Ehre, die der Besuch des »Heiligen Vaters« für die Hauptstadt bedeutete, Zeugnis ablegten – durch den Tiergarten zum Brandenburger Tor rollen. Und dort standen sie, jene »Divisionen des Vatikans«, deren zahlenmäßige Stärke J.W. Stalin einem hartnäckigen Gerücht zufolge einmal bei der Vorbereitung eines seiner stalinistischen Verbrechen mit einem sardonischen Grinsen unter dem Kaukasierschnauz bezweifelt haben soll.

Zusammengekarrt aus allen Landesteilen waren Tausende junger Leute aufmarschiert und skandierten: *Johannes Paul der zweite, wir stehn auf deiner Seite!* Ein gleichermaßen eitel wie verbittert ausschauender alter Mann nahm diese Fußtruppen wohlwollend zur Kenntnis und zum Anlaß für eine Lobpreisung jenes Schöpfers, dem er den Fall der Mauer und den wohlverdienten Untergang des Kommunismus zugute schrieb. Ein nicht minder eitler Regierender Bürgermeister ergänzte die päpstlichen Offenbarungen durch Ausführungen über die Segnungen der abendländischen Zivilisation und die auf dieser Stadt ruhende Verpflichtung, diese Segnungen zu verteidigen und zu verbreiten. Im Laufe der Zeit hatte sich bei mir das unabweisbare Gefühl eingestellt, seit dem Mauerfall nichts Beklemmenderes mehr gesehen zu haben, und ich wollte gerade den Fernseher ausschalten, um mich der Beschaffung von in solchen Situationen einzig hilfreichen Alkoholika widmen, als von anderer Seite gänzlich unerwartet sich Trost einzustellen schien.

In einer pluralistischen Gesellschaft rufe ein Großereignis wie der Papstbesuch selbstverständlich nicht nur Zustimmung, sondern auch Ablehnung, ja sogar Protest hervor, war da die Stimme eines TV-Lokaljournalisten zu vernehmen, und ein pluralistisches Medium habe natürlich die journalistische Pflicht, auch solcherlei zu zeigen. Inzwischen war die Kamera auf eine Gruppe von Menschen geschwenkt, die sich gerade in einem Gerangel mit der Polizei befanden. Selten ist mir ein aufrichtigeres *Gott sei Dank!* entfahren. Es schien sie noch zu geben, die aufgeklärten Linken, und so konformistisch sie in den letzten Jahren geworden sein mochten, es gab offenbar auch für sie immer noch Situationen, in denen die Erkenntnis *Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!* mit Macht zum Durchbruch kam. Aber als dann die Kamera kleine Gruppen von Protestierern, die sich offenbar unter die Schaulustigen und Jubelnden gemischt hatten, von Nahem zeigte, war's mit meiner Euphorie vorbei.

Zumeist irgendwie karnevalistisch im Stil der bis vor kurzem bei Berliner Linken sehr beliebten »Jubelparaden« gekleidet, ging es ihnen – viele hatten sich die Berufskleidung von Priestern, Nonnen und Mönchen angelegt – um eine wohl satirisch gemeinte Denunziation der von den gewöhnlichen Massenmedien in den Tagen zuvor inkriminierten katholischen Besonderheiten. Nur manchmal wurde dies durch milieutypische Slogans mit den üblichen Bekenntnissen gegen Rassismus, Sexismus usw. ergänzt. Als die Kamera auf einer Gruppe mit dem Transparent *Don't forget Tibet* verharrte, war wohl den meisten klar, daß es sich hier nicht um einen klerikalen Studienkreis handelte, der die Lektüre der Evangelien durch die des »Tibetanischen Totenbuches« ergänzen wollte, und man hätte der Ansicht des kurz darauf gezeigten Transparents *Free Tibet* nicht bedurft, um zu wissen, daß der Geist des Dalai Lama und seine Vision von einem reinrassigen, weil chinesenfreien Tibet auch bei diesem Großereignis präsent war. Nun war es wirklich an der Zeit, meine emotionale Achterbahnfahrt wg. Solidarität und Widerstand durch Ausschalten des Fernsehers zu beenden. Der Eindruck, unfreiwilliger Zeuge eines staatsbürgerlichen Gesamtkunstwerkes der besonderen deutschen Art geworden zu sein, wollte hingegen nur langsam Angenehmeren weichen.

Ein paar Jahre später – Ende Mai diesen Jahres – wurde die Erinnerung an diesen Eindruck allerdings jäh durch ein weiteres christliches Großereignis wachgerufen. 200.000 Besucher hatte der *Ökumenische Kirchentag* nach Berlin gelockt. Diesmal waren Katholiken, Protestanten und Protestierer in trauter Eintracht gemeinsam erschienen und hatten sich den Dalai Lama gleich mitgebracht. »Seine Heiligkeit«, wie der tibetische Separatistenchef nicht nur von der Springerpresse devot bezeichnet wurde, gewährte dem deutschen Außenminister und dem hessischen Folterbefürworter Roland Koch, mit dem ihn »eine Freundschaft jenseits der Kameras« (»Welt am Sonntag«) verbindet, Audienzen und hielt eine vielbeachtete Rede vor etwa einem Zehntel der Kirchentagsbesucher in der Berliner Waldbühne: »Immer wieder klatschten die aufmerksamen Zuhörer, als er von der Gleichheit der Menschen sprach und das Streben nach Glück als zentrales Ziel aller bezeichnete. Der Dalai Lama erklärte, daß auch aus Schmerzen und Leid Kraft geschöpft werden könne, und spielte auf seine persönliche Situation, das Leben im Exil, an« (»Welt«).

Das sprach der deutschen Opfergemeinschaft tatsächlich aus der Seele, und wer wollte, konnte sich in dem wohlfeil angebotenen Bändchen mit kurzen Texten des Redners (*Ratschläge des Herzens*) über die künftigen Kosten des Strebens nach Glück kundig machen. Darin finden sich in einem Ratschlag »An die Sterbenden und alle, die ihnen beistehen« jene deutlichen Worte, die sich die deutsche Gesundheitsministerin derzeit noch nicht offen auszusprechen traut, von denen aber jeder weiß, daß wir sie bald hören werden: »Gibt es keine Hoffnung, den Sterbenden wieder zu Bewußtsein zu bringen, und wäre dies außerdem ein viel zu kostspieliges Unterfangen, das die Angehörigen oder andere in Schwierigkeiten bringen könnte, dann ist es besser, sich einfach vom Sterbenden zu verabschieden.«

Nur unverbesserliche Defätisten werden hier »Euthanasie« anmerken, und auch die in letzter Zeit in Erscheinung getretenen 150prozentigen »Bellizisten« aus ehemals linksradikalen Kreisen dürften der im Ratschlag »An alle, die Krieg führen« enthaltenen Erkenntnis »Das einzige akzeptable Ziel eines Krieges ist das Glück aller und nicht irgendwelche privaten Interessen« wohl ebenso vorbehaltlos zustimmen wie die diversen verteidigungspolitischen Ausschüsse anderer Richtungen. Die Anregung »Zumindest müßte man dem Krieg wieder eine menschliche Dimension verleihen« könnte sogar durchaus das Motto für Gespräche zur konstruktiven Überwindung der deutsch-amerikanischen Differenzen abgeben.

Neben einem zentralen theologischen Thema standen vor allem die nationalen Anliegen des Sozialabbaus und der militärischen Außenpolitik im Mittelpunkt. »Wir können den Charakter unseres Sozialstaates nur erhalten«, verkündete Katholikenchef Lehmann den Gläubigen, »wenn wir ihn verändern« – sprich abschaffen. Protestantenführer Kock ergänzte: »Wir sind an manchen Punkten an das absehbare Ende des Finanzierbaren gekommen.« Unklar bleibt, ob es die Macht des ökumenischen Gottes war oder die des bekanntlich blinden Zufalls, die den Kirchentag kurz vor dem SPD-Parteitag, der mit der Annahme der »Agenda 2010« die endgültige Liquidierung von traditionellen Sozialstaatsresten beschloß, terminierte und kurz vor dem Parlamentsbeschluß über die Beteiligung deutscher Militärs an einer europäischen »Friedenstruppe« im Kongo.

Selbst die »Taz« wollte in diesem Zusammenhang ihrer Leserschaft die Erkenntnis »Die deutschen Kirchen sind immer für den Frieden – außer wenn Deutschland Krieg führt« nicht verhehlen. Nur allzu deutlich wurde auf dem Kirchentag, daß

deutsche »Friedensverantwortung« derzeit vor allem Konfrontation mit dem US-Konkurrenten bedeutet. Schon der Titel des Vortrags einer Völkerrechtlerin sprach da Bände: »Die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren«. Insofern war es verständlich, daß Außenminister Fischers Ansprache gelegentlich von Buhen und Murren begleitet wurde, denn trotz allem schlägt in ihm von Zeit zu Zeit ein kleines Bellizistenherz: »Die Beseitigung des Hussein-Regimes ist ein Anlaß zu großer Freude.« Der Bundeskanzler hingegen wurde mit frenetischem Applaus bedacht. Man fragte sich, warum keine der anwesenden linken Restinitiativen dies für eine Intervention nutzte, warum etwa die Gruppierung »Linksruck«, die auf den Friedensdemos vor ein paar Wochen noch mit dem Slogan *Kanzler sperr den Luftraum* erschienen war, jetzt nicht mit *Kanzler zieh uns das Fell über die Ohren* brillierte.

Das zentrale theologische Thema lautete »Überwindung der Kirchenspaltung«. Wer dies fast fünfhundert Jahre nach der Reformation für ein wenig unzeitgemäß hält, sei auf die oben beschriebenen antikatholischen Ressentiments verwiesen. Die spielten auch auf dem Kirchentag eine bedeutende Rolle, wurden aber hier vor allem von Katholiken selbst vorgetragen. Im Mittelpunkt stand die alles entscheidende Frage: Dürfen Katholiken und Protestanten gemeinsam »das Abendmahl feiern«? Die letzten wollen gern, die ersten dürfen nicht. Und so brachte der Kirchentag eine neue Form des Priester-Guerilleros hervor: Katholische Rebellen zelebrierten Kulte, bei denen auch Protestanten die Hostie überreicht wurde, und nahmen ihrerseits an protestantischen Abendmahlen teil. Dies erzürnt die katholischen Autoritäten, und das Publikum darf sich auf unterhaltsame Abstrafungen der Abweichler freuen. Wodurch nun wiederum der katholische Eigensinn als Fremdkörper an der Nation deutlich wird und die Verfestigung der wahren Kirche namens Deutschland weiter flott voranschreitet.

Horst Pankow schrieb in KONKRET 6/03 über die ideologische Umtopfung Ulrike Meinhofs und Rudi Dutschkes

Konkret 07/03, S. 28

Sabine Lueken

Zaun ohne Zwischenraum

Warum der »Denkort Gestapogelände« in Berlin immer noch hinter Bauzäunen verborgen ist.

Parkinsons Gesetz besagt: Eine Institution beginnt abzusterben, sobald sie den Zustand der Improvisation verläßt und ihr neues Haus bezieht. Im Falle der ehemaligen Gestapo-Zentrale direkt gegenüber dem Berliner Abgeordnetenhaus kann die interessierte Öffentlichkeit nun seit über zehn Jahren studieren, wie eine anarchische Mischung aus Inkompetenz und Berliner Bausumpf das Kunststück fertigbringt, eine hochgelobte und notwendige Erinnerungsstätte auch schon ohne neues Haus zu blockieren und damit zur Wirkungslosigkeit zu verurteilen.

Die Weisung an den Fahrer: »Prinz-Albrecht-Straße acht!« ließ zwölf Jahre lang den unschuldig Verhafteten das Blut stocken. Aus den weiß gekachelten Zellen in den Kellern, dem »Hausgefängnis«, gab es nur zwei Auswege: Friedhof oder Sondergericht und Konzentrationslager. Hier wurde von den politisch gesäuberten vormaligen Kripobeamten der Weimarer Republik nicht mehr »ermittelt«, sondern von denselben Beamten, mittlerweile in SS-Dienstränge aufgestiegen, mit Prügelorgien und Wasserfolter solange »verhört«, bis das Opfer zusammenbrach. Wenige Ausnahmen sind bekannt – ein Mitglied der Roten Kapelle etwa griff sich in einem günstigen Moment seinen Verhörer und stürzte sich mit ihm durch die großen Atelierfenster der einstigen Kunstgewerbeschule in den gemeinsamen Tod.

Harro Schulze-Boysen, der in Sichtweite gegenüber auf der anderen Straßenseite im Vorzimmer Görings und mit dessen Unterschriften alle geheimen Informationen anforderte, die Stalin haben wollte, soll beim Verhör als einer der wenigen nicht die Contenance verloren haben (»Ihnen wird ihr dreckiges Grinsen auch noch vergehen!« – »Nicht solange ich Sie sehe, Herr Kommissar!«). Für Harro und Libertas Schulze-Boysen gibt es eine winzige Gedenknische in der Mauer gegenüber, und man kann die Bundesbeamten ganz schön nerven, wenn man sich das Gedenkzimmerchen im Finanzministerium aufschließen läßt.

Spurlos verschwunden ist das Gebäude Prinz-Albrecht-Straße Nr. 9, die Zentrale der SS und Himmlers Amtsitz; selbst Fotos von diesem ersten »Hotel Vier Jahreszeiten« sind schwer zu finden, man fühlt sich an den jüdischen Fluch erinnert: Nicht gedacht soll seiner werden! Nicht alle Mordbüros lagen auf diesem Gelände, man denke an die Tiergartenstraße 4 (»Euthanasie«-Aktion T4) und das Büro IV B 4 in der Kurfürstenstraße 116, wo in einem ehemaligen Logenhaus Eichmanns Dienststelle war. Mit nur 16 Planstellen organisierte er hier die Transporte von Millionen europäischer Juden ins Gas. Heute ist das Grundstück bis in den letzten Winkel meterdick zubetoniert, der Turm des Hotels Sylt dort sieht so trostlos aus, als würde hier gelegentlich ein einsamer Hotelgast aus dem Fenster springen.

Wand an Wand neben dem Gestapohaus, in Richtung Anhalter Bahnhof, befand sich auf einem Gartengrundstück das »Prinz-Albrecht-Palais«, ein prächtiges Barockschlößchen mit Springbrunnen, Blumenrabatten und einer pariserisch wirkenden Kolonnade als Straßenabschluß, erbaut um 1737 für einen französischen Seidenhändler, Baron Vernezobre de Laurieux. Prinz Heinrich Albrecht, ein preußischer Königssohn, erwarb es hundert Jahre später, ließ den Modearchitekten Schinkel Reitställe anbauen und eine Eisbahn für die Damen der Residenz, Lenné den Barockgarten zu einem romantischen Landschaftsgarten umgestalten. Diese exotische Remise war hundert Jahre später genau das Richtige für Himmlers graue Eminenz und eleganten *womenizer* Reinhard Heydrich, er errichtete 1934 dort die Zentrale des SD. Der ganze Gebäudekomplex bildete ab Kriegsbeginn 1939 die Zentrale des Reichssicherheitshauptamtes der SS. Noch vor einigen Jahren äußerte der Berliner Bürgermeister Diepgen, er könne sich gut vorstellen, dieses architektonische Kleinod getreu wieder aufzubauen.

Walter Momper, auch mal Berliner Bürgermeister und gelernter Historiker, gab kürzlich den Schirmherrn eines Symposions zum traurigen Jubiläum der Ausgrabungen der »Topographie des Terrors« vor 20 Jahren. Er kam von einem Spargelessen des Journalistenverbandes, »deswegen etwas zu spät«. Die angekündigte Kulturstaatsminister*in* Christina Weiss kam gar nicht, der Berliner Senator für Stadtentwicklung, Strieder, schickte nur seinen Senatsbaudirektor »Poller-Hans« Stimmann. 20 Jahre Bemühungen um das Gelände, das von vielen als einer der wichtigsten Erinnerungsorte deutscher Geschichte angesehen wird: »Fast eine Art Klassentreffen« nannte es Andreas Nachama, der Geschäftsführer der »Topographie«-Stiftung, denn viele der Anwesenden sitzen seit 20 Jahren zusammen in Ausschüssen und Bürgerinitiativen.

Die Bemühungen dauern nun schon so lange, daß man sie selbst bereits in verschiedene Phasen des Umgangs mit der deutschen Vergangenheit periodisieren kann. Zunächst die Verdrängung, dann die Wahrnehmung des Geländes als »Opferort« – anfangs noch verharmlosend »Prinz-Albrecht-Gelände« genannt – mit dem »Hausgefängnis« der Gestapo, dann – seit Beginn der neunziger Jahre – zunehmend als »Täterort«: Von diesem Zentrum aus verbreiteten SS-Führung, Gestapo und Reichssicherheitshauptamt (RSHA) europaweit Völkermord und Terror.

Bis Ende der siebziger Jahre war das gesamte Gelände in einer Abseitslage, verstärkt seit dem Mauerbau. Es war eine Brache: Berge von Abrißschutt, Sandpisten zum »Fahren ohne Führerschein«, Werbung für »Dreamboys Lachbühne« des Autodrom-Betreibers und Travestie-Künstlers »Straps-Harry« befanden sich hier. Alte Autos, alte Reifen, spontan wuchernde Robinien, aufgewühlte Erde; schließlich Planungsreserve für den Autobahnbau. Ein »Spiegelbild des gesellschaftlichen Verdrängens von Geschichte«, wie Stefanie Endlich in einem Wegweiser zum »Lernen und Gedenken an historischen Orten« schrieb.

Einzelpersonen, Verfolgtenverbände und Bürgerinitiativen lenkten – im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Ruine des Kunstgewerbemuseums zum Ausstellungshaus »Martin-Gropius-Bau« – die Aufmerksamkeit auf das Gelände und forderten hier ein Denkmal für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft. Der erste Gestaltungswettbewerb 1983/84 scheiterte, und man beschloß eine »provisorische Herrichtung« des Geländes: Stabile Holzdächer wurden errichtet, eine Aussichtsfläche angelegt, Fotos und Aktenstücke ausgestellt. Grabungen legten Spuren der zerbombten und abgerissenen Gebäude frei: Keller- und Fundamentreste sowie Spuren der Zellengefängnisse. Eine Dokumentationsausstellung in einer provisorischen Halle und Informationstafeln erschlossen den Besuchern den Zugang. Diese Form entsprach dem Ort und fand große öffentliche Zustimmung.

Das Provisorium war zunächst nur für ein halbes Jahr gedacht; eine Fachkommission empfahl, auch weiterhin auf eine künstlerische Überformung zu verzichten und kein monumentales Denkmal, wie zuerst geplant, zu errichten. Statt dessen sollte der provisorische Charakter des Ortes erhalten blei- ben. Der Stand der Dinge: Es soll ein Gebäude als Dokumentations- und Besucherzentrums entstehen, und ansonsten »der Boden sprechen«, wie der Schweizer Architekt Peter Zumthor, der Sieger des zweiten Bauwettbewerbs, sagt.

Nun ist das Geld ausgegangen: Die Robinien haben sich bereits wieder der drei fertiggestellten Treppenhäuser des begonnenen Baus bemächtigt, die Fundamente sich mit Wasser gefüllt. Die jährlich cirka 250 000 Besucher streifen über das Gelände und versuchen erfolglos, in den wilden Erdspuren die Rudimente der Folterkeller zu erkennen.

Aber: »Alles ist inzwischen denkbar, vielleicht sogar der Fortgang des Bauvorhabens«, sagt hoffnungsvoll Nachama. Fakt ist, daß niemand weiß, ob und wann der Entwurf Zumthors realisiert werden wird. Eine Baufirma ist darüber bereits pleitegegangen. Und es gibt keine, die den anspruchsvollen Bau zur festgelegten Bausumme realisieren möchte. Der Betrag von nunmehr 39 Millionen Euro ist gedeckelt und soll nicht mehr erhöht werden. »Gegen seine Ehre« ginge es Bausenator Strieder, wenn er beim Bund um eine Erhöhung betteln müßte. Allerdings ging es nicht gegen seine Ehre, z. B. für das fehlgeplante Tempodrom – auch so ein Bau Marke »Parkinsons Gesetz« – zusätzliche Mittel lockerzumachen. Oder für den Neubau der Akademie der Künste am Pariser Platz, oder das Abgeordnetenhaus. Die inzwischen offen eingestandene Usance der Berliner Baupolitik, Kosten zu niedrig anzusetzen, damit die Projekte schnell genehmigt werden, und dann in einem Nachtragshaushalt die fehlenden Summen zu bewilligen, soll hier offenbar an einem Exempel gegeißelt werden.

Der Baustillstand geht jetzt ins fünfte Jahr, der historische Ort ist hinter einem Bauzaun versteckt und unkenntlich geworden. Der Erinnerungsort erinnert nicht an die NS-Zeit, sondern vor allem an Probleme der Gegenwart. »Zehn Jahre warten und dann eine Billigversion akzeptieren«, das kann sich Reinhard Rürup, Kopf der Stiftung, nicht vorstellen. Denn die beiden anderen Projekte der vermeintlichen Trias – Holocaust-Denkmal und Jüdisches Museum – stammen von bedeutenden Architekten. »Man könnte daraus den Schluß ziehen, man wolle sich vor dem Umgang mit der Tätergeschichte drücken.«

Ausgerechnet die Stätte, bei der es um die Dokumentation deutscher Verbrechen geht, wird nicht fertig gebaut. Inzwischen hat der Architekt sich bereit erklärt, sein Projekt zu überarbeiten, damit es mit der bewilligten Bausumme realisiert werden kann. Die teuren »Knoten«, die die filigranen Betonsäulen des »schwebenden« Baus miteinander verbinden, sollen von 17.000 auf 6.000 reduziert werden, die Doppeldecke eine einfache Decke werden. So ließe sich ein technologisch einfacherer, aber ästhetisch gleichwertiger Bau realisieren.

Aber niemand weiß, ob man sich auf diese Pläne verlassen kann, ob es zu einer Wiederaufnahme der Bauarbeiten kommen und ob das Geld dann reichen wird. Diese bürokratischen Gedankenspiele sind allerdings nicht für alle wichtig, die das Projekt befürworten. Eine Zuhörerin aus dem Auditorium zitierte zum Abschluß Christian Morgenstern:

Es war einmal ein Lattenzaun,

mit Zwischenraum, hindurchzuschaun.

Ein Architekt, der dieses sah,

stand eines Abends plötzlich da –

und nahm den Zwischenraum heraus

und baute draus ein großes Haus.

Der Zaun indessen stand ganz dumm,

mit Latten ohne was herum.
Ein Anblick gräßlich und gemein.
Drum zog ihn der Senat auch ein.
Der Architekt jedoch entfloh
nach Afri – od Ameriko.

Sabine Lueken schrieb in KONKRET 4/03 über Wissenschaft im Nationalsozialismus

Konkret 07/03, S. 29

Tjark Kunstreich

(K)ein Skandal

Die globale Krise, die mit einiger Verspätung Deutschland erreichte, hat auf die Geschichtsklitterungskonjunktur keinen Einfluß – und wenn, dann einen belebenden. Schon vor dem Krieg, der die Heimat entgegen anderslautend artikulierter Bedürfnisse nicht erreichte, war der Startschuß gefallen für eine neue Runde streng wissenschaftlicher Vergleiche. Jörg Friedrich gelang mit Der Brand der Seller des Frühjahrs, weil die Deutschen gern hören, daß sie Opfer (gewesen) seien, um ihre Aggression als Reaktion rechtfertigen zu können. Prof. Dr. Udo Steinbach erledigte den Auftrag für sein Fachgebiet: Er ist Leiter des vom Außenministerium finanzierten Deutschen Orient-Instituts, von dem Fischer erfährt, mit welchem arabischen Despoten er als nächstes Appeasement treiben soll.

Ein kluger Mann trifft keine Feststellungen, er wirft Fragen auf: »Müssen wir uns nicht fragen, was los ist, wenn ein anständiger und normaler junger Mann, der leben will, wie jeder andere auch, sich einen Sprengstoffgürtel umschnallt und sich in die Luft sprengt, nur weil er sonst keinen Ausweg sieht, sich seine Würde zu bewahren?« Fragen jedoch genügt nicht: »Wir müssen dann auch einmal darüber nachdenken, was wir als Terrorismus bezeichnen wollen.« Genug gedacht, kurzer Umweg, nächste Frage: »Wenn wir sehen, wie israelische Panzer durch palästinensische Dörfer fahren und sich die verzweifelten Menschen mit Steinen wehren, dann müssen wir im Blick auf Warschau und im Blick auf den Aufstand der Juden im Warschauer Ghetto auch fragen dürfen: War das dann nicht auch Terror?«

So fragte und dachte Steinbach am 6. Januar 2003 in der Epiphanias-Kirche in Salzgitter öffentlich nach; die Antworten dürften dem Publikum geläufig gewesen sein: Entweder sind die Palästinenser, die sich heuer anderer Mittel als Steine bedienen, solche Terroristen, wie es die Juden im Warschauer Ghetto waren. Oder sie sind es, weil ihr Widerstand ebenso legitim ist wie der der Juden, eben nicht – aber dann sind die Israelis die Nazis von heute. Wie man es dreht und wendet: Die Juden sind schuld und die Deutschen entlastet.

Es gab einmal eine Zeit, da wäre Steinbach nach solcher Äußerung nicht mehr lange Leiter des Orient-Instituts gewesen. Nun ist über ein halbes Jahr vergangen, und die Proteste gegen Steinbach finden nicht einmal in die Öffentlichkeit: Alexander Brenner, der Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde forderte seine Absetzung, das internationale Simon-Wiesenthal-Center ebenfalls. Aber seit dem letzten Jahr darf man Israel endlich richtig »kritisieren«, Möllemann sei Dank.

Konkret 07/03, S. 30

Erich Später

Deutsche Mannschaft

Eine Studie über die SS-Division »Prinz Eugen« belegt die Beteiligung der »Donauschwaben« an den NS-Verbrechen in Jugoslawien.

Am 19. März 1943 schreibt Arthur Greiser, Reichsstatthalter im »Warthegau«, dem von Nazi-Deutschland annektierten Westpolen, an Heinrich Himmler über seinen Besuch im Massenvernichtungslager Chelmo: »Ich habe ... eine Haltung der Männer des Sonderkommandos vorgefunden, die ich nicht verfehlen möchte, Ihnen, Reichsführer-SS, zur gefl. Kenntnis zu bringen. Die Männer haben nicht nur treu und brav in jeder Beziehung konsequent die ihnen übertragenen schweren Pflichten erfüllt, sondern darüber hinaus auch noch haltungsmäßig bestes Soldatentum repräsentiert ... Die Männer haben mir weiterhin ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, unter ihrem Hauptsturmführer Bothmann möglichst geschlossen weiterhin eingesetzt zu werden. Ich habe den Männern versprochen, Ihnen, Reichsführer, diesen Wunsch zu übermitteln.«

Die 85 Männer hatten zu diesem Zeitpunkt mehr als 100.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder in den Gaskammern des deutschen Vernichtungslagers ermordet. Nach einem von Himmler großzügig gewährten Urlaub meldeten sich die Mordspezialisten im April 1943 bei ihrer neuen Einheit: der Volksdeutschen SS-Freiwilligen-Division »Prinz Eugen«. Im Frühjahr 1942 aufgestellt, ist die SS-Division bereits seit einem Jahr im Einsatz gegen die kommunistische Aufstandsbewegung in Bosnien und verantwortlich für unzählige Massaker, denen Zehntausende jugoslawischer Bürger zum Opfer fielen.

Der Frankfurter Politologe und stellvertretende Direktor der Schulen des deutschen Buchhandels, Thomas Casagrande, beschreibt in seinem Grundlagenwerk *Die Volksdeutsche SS-Division »Prinz Eugen«* den Weg der vorwiegend aus Angehörigen der »deutschen Volksgruppe« Jugoslawiens rekrutierten Einheit von ihrer Aufstellung und Ausbildung im Frühjahr 1942 bis zu ihrem Ende in den Maitagen des Jahres 1945. Akribisch rekonstruiert er die Kampfeinsätze der Jahre 1942-44 gegen die kommunistischen Partisanen und die damit einhergehenden Massenmorde an der jugoslawischen Zivilbevölkerung.

Casagrandes Studie ist aber nicht nur die erste wissenschaftlich fundierte Geschichte der 7. SS-Division »Prinz Eugen«. Gleichzeitig erzählt sie die Geschichte der sogenannten Volksdeutschen in Jugoslawien, analysiert ihre politische und militärische Rolle bei der Zerschlagung Jugoslawiens im April 1941 und beschreibt ihre zentrale Bedeutung für die Durchführung der deutschen Ausplünderungs- und Vernichtungspolitik in den Jahren 1941-45. Casagrandes materialreiche Studie zeichnet das Bild einer volksdeutschen Tätergesellschaft, die die deutsche Aggressions- und Vernichtungspolitik politisch und militärisch unterstützte und von ihr profitierte. Auf eindrucksvolle Weise widerlegt sie den in Deutschland populären Mythos von den »Vertriebenen« als den letzten Opfern Hitlers und der Alliierten.

5. Kolonne

Die letzte jugoslawische Volkszählung vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs (1931) verzeichnete cirka 500.000 Personen (= 3,6 Prozent der Bevölkerung), die sich als ethnische Deutsche klassifizierten. Allgemein wurden die jugoslawischen Bürger deutscher Herkunft auch als »Donauschwaben« bezeichnet. Diese Bezeichnung verbreitete sich erst in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und bezieht sich neben der Herkunft der Siedler auf ihr hauptsächlich entlang der Donau sich erstreckendes Siedlungsgebiet. Nach dem Zerfall des multinationalen Kaiserreichs Österreich-Ungarn 1918 wurde das bisherige Siedlungsgebiet der »Donauschwaben« unter drei souveränen Staaten aufgeteilt. Siedlungsschwerpunkte der Deutschen im neuentstandenen »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen« (ab 1929 Königreich Jugoslawien) waren Kroatien, Slowenien und vor allem das südwestliche Banat sowie die Batschka an der Grenze zu Ungarn, wo über 300.000 »Banater Schwaben« in geschlossenen Siedlungsgebieten lebten.

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 radikalisierte sich die Politik der deutschen Minderheit in Jugoslawien. Die Ablösung der alten »donauschwäbischen« Führungsgruppen, die den Rahmen der jugoslawischen Staatlichkeit akzeptiert hatten, durch die Gruppe der »Erneuerer«, die sich am Nationalsozialismus orientierten, bedeutete eine Orientierung der »Volksgruppe« an Herkunft, Sprache und »Rasse«. Die Schaffung eines homogenen Stammes der »Donauschwaben« war dabei das politische Ziel der neuen NS- Volksgruppenführung. Um diese Einheitlichkeit nach außen dazustellen, wurde eine »Einheitstracht« für Männer und Frauen entwickelt und der »Hitler-Gruß« eingeführt.

Die ersten bewaffneten Verbände, die »Deutschen Mannschaften«, werden gegen Ende der dreißiger Jahre aufgestellt. Casagrandes Beschreibung der freiwilligen Gleichschaltung und politischen Ausrichtung der »Donauschwaben« nach NS-Prinzipien läßt sich durch einen Vergleich mit der Formierung von Konrad Henleins Sudetendeutscher Heimatfront 1933 in der tschechoslowakischen Republik bestätigen. Der Kampf gegen Verräter, Volksfremde und Juden zur Sicherung des homogenen deutschen Stammesgebiets und die Unterstützung der deutschen Aggressionspolitik sind politische

Reaktionsmuster der deutschen Minderheiten auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten im Deutschen Reich, die sich trotz unterschiedlichster kultureller, ökonomischer und politischer Traditionen in beiden Ländern nicht wesentlich unterschieden.

In seinem Einleitungskapitel analysiert Casagrande die gesellschaftlichen Voraussetzungen und die politische Mythologie des radikalen Rassismus und Nationalismus. Er versucht, die dabei entwickelten Kriterien für seine Analyse der »donauschwäbischen« Volksgemeinschaft nutzbar zu machen. Sein eher universalistischer Ansatz, der nach allgemeinen Merkmalen zur Erklärung ethnischer Konflikte sucht, trägt allerdings wenig bei zum Verständnis des revolutionären deutschen Nationalismus, der 1933 zur Staatsmacht wird und dessen gesellschaftliche Attraktivität weit über die NSDAP hinausreicht. Hegemonial wird eine revolutionäre Konzeption von deutscher Nation, die sich in radikaler Frontstellung gegen alle Vorstellungen einer universalen Menschheit befindet. Die deutschen Minderheiten in Europa sind in ihrer übergroßen Mehrheit fasziniert von den Vorgängen in Deutschland. Sie hoffen auf die Vereinigung mit dem revolutionären Mutterland und sind bereit, für die Ausbreitung der deutschen Macht alles zu tun.

Die militärische Zerschlagung und territoriale Zerstückelung Jugoslawiens durch die Koalition der Achsenmächte unter Führung Deutschlands im April 1941 wird von den bewaffneten irregulären Verbänden der Volksdeutschen, den »Deutschen Mannschaften«, tatkräftig unterstützt. Während der in erster Linie durch die Kapitulation kroatischer Verbände verursachten Auflösung der jugoslawischen Armee können die paramilitärischen Formationen der Volksdeutschen einige militärische Erfolge erzielen, wie die Besetzung des Militärflughafens Semlin bei Belgrad.

Casagrande kommt in seiner Bewertung der Rolle der deutschen Minderheit bei der militärischen Besetzung Jugoslawiens zu dem Schluß, daß der jugoslawische Vorwurf des Verrats und der militärischen Unterstützung der deutschen Aggression durch die Volksdeutschen berechtigt ist. Denn »obwohl die Teilnahme der bewaffneten Einheiten der Volksgruppe an den Kämpfen im April 1941 deren Ausgang sicherlich nicht entscheidend beeinflußt hat, ist sie doch Ausdruck einer nicht nur ideellen, sondern auch organisatorischen Parteinahme der deutschen Volksgruppe für das ›Dritte Reich‹. Bezieht man die folgenden Jahre deutscher Besatzungspolitik, das Verhalten der donauschwäbischen Bevölkerung in jenen Jahren ... mit ein, so wird der jugoslawische Vorwurf mehr als verständlich.«

Gegen die Juden

Ende Mai 1941 begann in den Siedlungsgebieten der Deutschen im Banat die »offizielle« Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. »Sühnezahlungen«, das Tragen des »Judensterns« und schließlich die Deportation in ein Belgrader Lager waren die Stationen der Ausgrenzung, der Ausplünderung und schließlich der Ermordung durch Erschießungskommandos und Gaswagen. Ziel der Enteignung der jüdischen Bevölkerung war, die Stellung des »Deutschtums« zu stärken. Die deutsche Bevölkerung war begeistert über die neuen Möglichkeiten zur persönlichen Bereicherung. In einem Aktenvermerk zu einer Besprechung deutscher Verwaltungsstellen über die Verwendung des »Juden-Vermögens« wird berichtet: »Seit der Erwerb wirtschaftlicher Unternehmen aus undeutscher Hand möglich ist, wurde auf eine breite Heranführung von volksdeutschen Kaufinteressenten Wert gelegt. Es erfolgte diesbezüglich eine Bekanntmachung des Hauptamtes für Volkswirtschaft in geeigneter Weise ... öffentlich durch die Zeitung ›Banater Beobachter‹. Die Auswahl zwischen den Anmeldungen wurde im Hinblick auf früheren volkspolitischen Einsatz und nach sozialen Gesichtspunkten getroffen.«

Insgesamt hatte im Banat die »Arisierung« dazu geführt, daß 80 Prozent der enteigneten Vermögensobjekte auf Volks- oder Reichsdeutsche entfielen, während es in Restserbien mit seinem geringen Anteil deutschsprachiger Bevölkerung immerhin noch 52 Prozent waren. Neben der massenhaften Beteiligung an der Beraubung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung, profitierten die Volksdeutschen in Serbien noch auf andere Weise von den Maßnahmen der deutschen Militär- und Besatzungsbehörden. Die Enteignung der serbischen Bevölkerung nördlich der Donau vergrößerte den Landbesitz der volksdeutschen Bauernwirtschaften. Für die Tilgung der dem serbischen Staat vom Deutschen Reich auferlegten Schulden in Höhe von mehreren Hundert Millionen Dinar wurde den Volksdeutschen ein besonders fruchtbarer Landstrich übertragen, das »Pancover Ried«.

Casagrande belegt, wie sich die Volksdeutschen in allen gesellschaftlichen Bereichen Privilegien verschafften. Ihre hohe Bereitschaft diese Privilegien auch bewaffnet zu verteidigen, wird durch den freiwilligen Einsatz sowohl in den volksdeutschen Milizen als auch in den Formationen der deutschen Wehrmacht und SS deutlich.

Partisanenkrieg

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 intensivierte sich der Widerstand der jugoslawischen Partisanen. Um die dringend benötigten Divisionen für die Ostfront freizumachen, das heißt von der Aufgabe der Zerschlagung des kommunistischen Widerstands zu entlasten, entwickelte die deutsche Volksgruppenführung bei mehreren Besprechungen mit hohen SS-Führern in Berlin den Plan, die bewaffneten »Selbstschutzeinheiten« der Volksdeutschen zu

verstärken und sie zur Kerntruppe einer neuen SS-Freiwilligendivision heranzubilden. Neben einem Regiment Banater Volksdeutscher mit 3.000 Mann konnte man auf die SS-ähnliche Formation »Einsatzstaffel«, etwa 2.500 Mann stark, zurückgreifen. Diese beiden volksdeutschen Einheiten bildeten im Frühjahr 1942 den personellen Grundstock der 7. SS-Freiwilligen Gebirgsdivision »Prinz Eugen«.

Für die Führung der »Volksgruppe« bedeutete ein Erfolg bei der Aufstandsbekämpfung die endgültige Sicherung ihrer Privilegien. Im übrigen versprach der Einsatz von orts- und sprachkundigen volksdeutschen Soldaten gegen die Partisanen eine größere militärische Effizienz als ihr Einsatz an der Ostfront. Die Rekrutierung der volksdeutschen Mannschaften lag allein im Zuständigkeitsbereich der Waffen-SS. Nach einem Bericht über die »landsmannschaftlichte Zusammensetzung« der SS-Division vom 20. Februar 1944 dienten in der Division zu diesem Zeitpunkt ca. 1.400 volksdeutsche SS-Männer, die aus Serbien, dem Banat und Kroatien stammten. Hinzu kamen Volksdeutsche aus Rumänien, der Slowakei und Ungarn, sowie reichsdeutsche Angehörige der Division. »Bis zum Ende des Krieges zog die Division brandstiftend zerstörend und mordend durch Serbien, Herzegowina und Montenegro«, heißt es zusammenfassend in einem Artikel der Belgrader Zeitung »Politika«.

Casagrande schildert in eindrucksvollen Passagen das Vorgehen der Division gegen die Zivilbevölkerung. Im Verlauf ihrer verschiedenen Unternehmungen gegen die Partisanenbrigaden und Stützpunkte des kommunistischen Widerstandes ermordete sie wahllos alle Einwohner mehrerer Dörfer. Allein 30.000 Menschen fielen der Division während der Operationen »Schneesturm« und »Waldrausch« im Dezember 43 und Januar 44 im Grenzgebiet zwischen Bosnien und Serbien zum Opfer. Casagrande urteilt nach Auswertung der Dokumente und Berichte über das Vorgehen der SS-Division: »Bei den ›Operationen‹ der volksdeutschen SS-Division ›Prinz Eugen‹ war jeder vom Tod bedroht, der andere ethnische oder nationale Merkmale der Sprache und der Herkunft hatte.«

Die militärische Niederlage NS-Deutschlands besiegelte auch das Schicksal der Volksdeutschen Jugoslawiens. Die überwiegende Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung hatte die deutsche Besatzungsherrschaft unterstützt und von ihr profitiert. Nur sehr wenige hatten auf Seiten des Widerstandes gekämpft oder sich öffentlich von der Deutschen Volksgruppe distanziert. Diese wurden laut Beschluß des Antifaschistischen Rates vom 21. November 1944 von den Maßnahmen der Internierung, Enteignung und Aussiedlung ausgenommen. Die direkten und indirekten Folgen der Zerschlagung Jugoslawiens und der deutschen Besatzungsherrschaft hatten weit über eine Million Menschenleben gefordert. Die verbliebenen 200.000 Deutschen wurden, mit den genannten Ausnahmen, in den Jahren 1945 bis 1947 enteignet und ausgewiesen.

1943 hatte der Führer der deutschen Volksgruppe, Sepp Janko, verkündet: »Das deutsche Volk im Reich hat freudigen Herzens von unserem Dasein Kenntnis genommen und uns wieder in seine Gemeinschaft aufgenommen, und unsere Gegner haben uns als Deutsche kennengelernt.« Genau so war es.

Thomas Casagrande: *Die Volksdeutsche SS-Division »Prinz Eugen«. Die Banater Schwaben und die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen.* Campus Verlag, Frankfurt a.M. 2003, 368 Seiten, 34,90 Euro

---

Erich Später schrieb in KONKRET 6/03 über das »Sudetendeutsche Kontaktbüro« in Prag

Konkret 07/03, S. 32

Heinz-Jürgen Schneider

»Humanitärer Einsatz«

Serbische Opfer des Nato-Kriegs gegen Jugoslawien haben vor dem Bonner Landgericht Deutschland auf Schadensersatz verklagt.

Der 30. Mai 1999 ist ein Sonntag. In der serbischen Kleinstadt Varvarin sind die Menschen in der Mittagszeit zu Tausenden auf dem Markt oder auf dem kirchlichen Fest der Heiligen Dreifaltigkeit. Der seit 68 Tagen andauernde Bombenkrieg der Nato gegen Jugoslawien hat bisher woanders stattgefunden. Varvarin ist sicheres Gebiet, Militär gibt es nicht, Menschen aus Belgrad werden hierher evakuiert.

Zwischen 13 und 13.25 Uhr greifen Nato-Kampfbomber die am Ortsrand liegende Brücke über den Fluß Morava an. In zwei Angriffswellen werden vier Raketen abgeschossen. Sanja Milenkovic und ihre Freundinnen Marijana Stojanovic und Marina Jovanovic sind, zu Fuß unterwegs, in der Mitte der Brücke, als sie Flugzeuggeräusche hören. Wenige Sekunden später detonieren zwei Raketen. Die Frauen werden in die Luft geschleudert und stürzen mit den Brocken der Brücke in den Fluß. Sanja ist am schwersten verletzt und verliert kurzzeitig das Bewußtsein. Dann kommt die zweite Angriffswelle, nochmals treffen zwei Raketen die Brücke. Bevor die drei Frauen geborgen werden können, vergeht über eine Stunde. Sanja Milenkovic stirbt noch am selben Tag im Krankenhaus von Krusevac. Sie ist 15 Jahre alt. Ihre Freundinnen überleben schwer verletzt.

Predrag Macic steht zum Zeitpunkt des ersten Angriffs am Ufer der Morava und angelt. Die Druckwelle schleudert ihn mehrere Meter durch die Luft. Von der Brücke kann er sich wegschleppen, bevor es zur zweiten Detonation kommt. Der Mittvierziger überlebt mit inoperablen Splittern im Körper und psychischen Dauerproblemen.

Nach den ersten Exlosionen laufen Bozidar Dimitrivic, Tola Apostolovic und Stojan Rictic wie Hunderte andere vom Markt in Richtung Brücke. Im Fluß sehen sie ein Auto treiben. Die drei Männer wollen die Insassen retten und geraten so in den zweiten Angriff. Zwei von ihnen werden getötet. Dimitrivic wird von der Druckwelle in die Büsche geschleudert. Er überlebt. Zehn Menschen werden durch den Angriff getötet, 17 schwer verletzt.

Im *Operation Allied Force Update* aus Brüssel mußte man am Folgetag lange nach der Erfolgsmeldung suchen. Doch mit Grenzposten, Petroleumlagern und Sendemasten war dort auch die *highway bridge* von Varvarin ein erfolgreich zerstörtes legitimes strategisches Ziel. Und dort stand auch: »Die Nato ist nicht in der Lage, serbische Berichte über Opfer zu bestätigen.«

Vom Kollateralschaden zur Staatshaftungsklage

Mit dem Krieg gegen Jugoslawien wurde das Wort »Kollateralschaden« populär. Gemeint war eine Art Kriegsverbrechen *light* – die Tötung von Zivilisten ohne irgendeine Folge für die Täter. Daß es nun eine Ausnahme gibt, ist dem Engagement einer kleinen Gruppe von deutschen Kriegsgegnern zu verdanken. Sie schufen die finanziellen und juristischen Voraussetzungen für eine Premiere in der deutschen Justizgeschichte. Vor dem Landgericht Bonn konnten die Angehörigen der Toten und die Verletzten aus Varvarin eine Schadensersatzklage gegen die Bundesrepublik Deutschland erheben. Unter dem Aktenzeichen 1 0 361/02 geht es um Staatshaftung, rund 3,5 Millionen Euro und den ersten deutschen Angriffskrieg seit 1945.

Vom Bürgerlichen Gesetzbuch bis zum Humanitären Völkerrecht reichen die juristischen Ausführungen. Zwei Hauptargumente sollen die Klage begründen: ein schwerer Verstoß gegen das internationale Recht und eine gesamtschuldnerische Mithaftung des Nato-Tatbeteiligten Deutschland.

Die Regeln des Krieges und der besondere Schutz der Zivilbevölkerung wurden im 20. Jahrhundert völkerrechtlich kodifiziert. Die Haager Landkriegsordnung und die Genfer Konvention sind die bekanntesten Vereinbarungen. Ihre Einhaltung gilt als zivilisatorisches Minimum in einem Krieg. Die Verletzung dieser Regeln bildet die Grundlage der Varvarin-Klage.

Nicht im Prozeß juristisch nutzbar, aber politisch im Hintergrund stehen: Die Verletzung des Gewaltverbots der Uno-Charta durch den Angriffskrieg sowie dessen Verfassungswidrigkeit nach Artikel 26 des Grundgesetzes und Paragraph 80 des deutschen Strafgesetzbuchs. Individuelle Klagrechte ergeben sich aus diesen Normen aber nicht.

Über 30 Artikel im 1. Zusatzprotokoll von 1977 zur Genfer Konvention handeln vom Schutz der Zivilbevölkerung und unverteidigter Orte in Kriegszeiten. Schonung und Schutz der Zivilisten ist die Grundregel. Kriegshandlungen dürfen sich nur gegen militärische Ziele richten. Dies sind nur solche Objekte, die nach Zweckbestimmung und Standort wirksam zu militärischen Handlungen beitragen und deren Zerstörung einen eindeutigen militärischen Vorteil darstellt. Schon die Androhung von Gewalt mit dem hauptsächlichen Ziel, Schrecken unter der Zivilbevölkerung zu verbreiten, ist verboten.

Bei der Wahl der Mittel und Methoden sind alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen gegen zivile Opfer zu treffen. Angriffen muß eine wirksame Warnung vorausgehen, unverteidigte Orte dürfen nicht angegriffen werden. Die Verletzung dieser Regeln hat Schadensersatzansprüche zur Folge.

In Varvarin befanden sich keine militärischen Einrichtungen. Die nächste Kaserne war 22 km entfernt. Die jugoslawische Staatsgewalt bestand aus drei Polizisten. Die Kleinstadt ist rund 200 km vom Kosovo entfernt, in diese Richtung verläuft eine Autobahn. Varvarin erreicht man nur über Nebenstraßen. Die rund 75 Jahre alte Brücke hatte nur eine Traglast von zwölf Tonnen und war für Schwertransporte nicht passierbar. Für Militärverkehr wurde sie während des Krieges nicht genutzt. In Richtung Kosovo führen die Straßen ins bergige Nirgendwo. Verteidigenswerte Anlagen gab es weder in der Stadt noch sonst in der Region. Für die Nato-Piloten herrschten bei gutem Wetter klare Sichtverhältnisse. Eine Warnung vor dem Ausklinken der Raketen erfolgte nicht. Alle Toten und Verletzten waren Zivilisten. Ein Bruch des humanitären Völkerrechts also, ein Kriegsverbrechen.

Die Nationalität der am Angriff beteiligten Maschinen ist nicht geklärt. Für den Prozeß ist dies aber nicht entscheidend. Die BRD ist Mittäter. Deutsche politische und militärische Handlungen waren arbeitsteilig in Nato-Strukturen für den Krieg wie für den konkreten Angriff auf Varvarin und seine Folgen verantwortlich.

Im Oktober 1998 wurden mit deutscher Zustimmung im Nato-Rat die Operationspläne für den kommenden Krieg verabschiedet. Wie es danach weiterging, hat General Walter Jertz dem »Focus« erläutert: »Ihre militärischen Vorstellungen und Wünsche mußten die einzelnen Nationen vor einer Militäroperation einbringen und mit den Partnern abstimmen. Auch in der Zielauswahl und der Frage, welche Ziele überhaupt angegriffen werden durften, mußten die Beteiligten vorher übereinstimmen. Wenn eine Nation mit einem Ziel nicht einverstanden war, wurde es von der Liste gestrichen.«

Während des Krieges sah die deutsche Praxis dann so aus: Tornados der Bundesluftwaffe flogen Einsätze zur Aufklärung und als Begleitschutz, besonders aber zur Ausschaltung oder Behinderung der jugoslawischen Luftabwehr. Deutsche Stabsoffiziere waren Teil der Kommandokette, die Zielorte und Angriffszeiten festlegte. Es gab nie ein Veto.

Völkerrechtskonforme Gründe hätte es dafür genug gegeben. International bekannt geworden waren bereits die »Kollateralschäden« bei Angriffen auf einen Flüchtlingskonvoi bei Prizren, auf das RTS-Sendezentrum in Belgrad und den Marktplatz von Nis. Mit den Bomben auf die chinesische Botschaft hatte sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschäftigt. Nach den zivilen Opfern der Bombardierung von Djakovica am 14. April – so Nato-Vertreter nach dem Krieg gegenüber Amnesty International – wurden die Piloten angewiesen, ihre Sicherheitshöhe von 15.000 Fuß zu verlassen und visuell zu ermitteln, daß sich keine Zivilisten in der Nähe des Ziels befinden.

Das Szenario von Varvarin am 30. Mai war eindeutig: Angriff um die Mittagszeit, keine Vorwarnung, PKW und Fußgänger auf der Brücke, größere Menschenmengen in ihrer unmittelbaren Nähe. Die Toten sind auch die Toten von Schröder, Fischer und Scharping.

Gegen Deutschland

Die Besonderheit des Bonner Verfahrens – sein prozessuales Ende ist noch nicht absehbar – liegt darin, daß das neueste Deutschland für Kriegshandlungen haften soll.

Als Rechtsnachfolger früherer Reiche ist die Bundesrepublik seit den 90er Jahren schon häufig verklagt worden. Bekannt wurde die »Distomo-Klage« in Griechenland. Andere griechische Opfer von Wehrmachtsverbrechen prozessieren vor deutschen Gerichten. Klagen von Zwangsarbeitern und Arbeitssklaven im Nationalsozialismus wurden in der BRD und den USA erhoben. In diesem Jahr leitete die namibische *Herero Peoples Reparation Corporation* in New York ein Verfahren gegen Bundesregierung, Deutsche Bank u.a. ein. Sie verlangen zwei Milliarden Dollar für Kolonialverbrechen im ehemaligen »Deutsch-Südwestafrika« in den Jahren 1904-07.

Wer klagt muß mit Gegenwehr und juristischen Problemen rechnen. Nach robuster Intervention des Berliner Außenministeriums fand sich ein Sonderausschuß des Obersten Gerichts in Athen bereit, die bis dahin erfolgreiche Distomo-Klage abzuweisen. Über die Klage griechischer Opfer in Deutschland wird der Bundesgerichtshof entscheiden, beide Vorinstanzen haben die Kläger verloren. Die zahlreichen Zwangsarbeiter-Verfahren führten nicht zu rechtskräftigen Urteilen, sondern nur zur Gründung einer Entschädigungsstiftung. Was die »FAZ« heute noch schmerzt: »Obwohl es keinen rechtlichen Anspruch gab, führte die Drohung mit ›Nürnberger Prozessen‹ gegen die deutsche Industrie letztlich zur Zahlung von zehn Milliarden Mark.«

Rechtliches Neuland betreten auch die Varvariner. Die von der Bundesregierung beauftragte Anwaltskanzlei hat beantragt, ihre Forderungen abzuweisen. Da der Sachverhalt nicht zu bestreiten ist, soll es der Klage an Zulässigkeit mangeln.

Die Argumente dafür stützen sich auf die klassische Auslegung und Praxis des Völkerrechts. Seiner Entstehungsgeschichte nach regelte es nur die Rechtsverhältnisse zwischen Staaten. Opfer von Kriegsverbrechen sollen auf Friedensverträge und Reparationsleistungen warten. Verliert »ihr« Heimatstaat, gibt es eben keine Entschädigung. Eine direkte Klage vor

Gerichten des »Schädigerstaates« sei ausgeschlossen. Anderenfalls drohe ein »Wettlauf individueller Anspruchsteller, der leicht zu erheblichen diplomatischen Verwicklungen führen könnte«, wie die Regierungsanwälte vorausschauend schreiben.

Das federführende Bundesverteidigungsministerium hat seinen Juristen auch einen politischen Angriff verordnet. Nach kurzem Bedauern der Opfer kommen sie schnell zur Sache. Der Prozeß verfolge unlautere Zwecke (»Nato-Tribunal«), der Kosovokrieg sei eine gute Sache gewesen (»Einsatz zur Abwendung einer drohenden humanitären Katastrophe«), und der Balkan sei undankbar (»Finanzhilfen der Bundesregierung ... für die humanitäre Hilfe und Demokratisierung« nach dem Krieg).

Im Schriftsatz von 19. Dezember 2002 – Gerhard Schröder gibt gerade erfolgreich den Friedenskanzler – geht es dann noch um Leichen. »Der Umstand, daß es nur in 0,4 bis maximal 0,9 Prozent der Einsatzfälle zu zivilen Opfern kam, belegt, daß die Nato alles ihr Mögliche getan hat ...«

Wie viele tote Zivilisten die deutsche Regierung als unvermeidlich hinzunehmen bereit ist, ergibt sich aus einer Anlage des Schriftsatzes: 495.

Hans-Jürgen Schneider schrieb in KONKRET 2/02 über das Ei als Waffe

Konkret 07/03, S. 34

Gert Ockert

Massenmord in Kabul

Normal ist das nicht: Deutsche Soldaten dürfen keine Kriegs-, sondern nur Mordopfer sein.

»Die Mutter eines Toten weint. Sie läuft zum Bild ihres Sohnes, das mit Trauerflor geschmückt ist. ›Ich will mein totes Kind zurück‹, fleht die Frau.«

»Die Welt«, 10.6.03

Seit sie wieder Krieg führen, haben die Deutschen nicht ein einziges Mal Krieg geführt. Sie intervenierten humanitär, sie setzten sich friedenssichernd ein, sie verteidigten die Freiheit. Aber ein ordentliches Gemetzel mit Siegern, Bluträuschen und vielen, vielen Leichensäcken mochten sie nicht veranstalten. Jedenfalls nicht offiziell – denn veranstaltet haben sie so was natürlich doch, vor allem in Jugoslawien 1999.

Damit sie wieder mitschießen dürfen im Klub der Imperialisten, behaupteten die Deutschen, es ginge ihnen bloß darum, dem Schießen auf der Welt ein Ende zu bereiten. Und weil man außerhalb ihres Landes durchaus nicht vergessen mag, wer den Holocaust erfunden hat, erfanden sie Völkermorde bei jeder Gelegenheit, die sich bot, um beim Kriegführen aus der großen Tradition ihrer Nation, die seit 1870 Kriegführen heißt, zu entkommen.

Das alles ist sehr schizophren und überfordert nicht allein die Dialektik solcher Masterbrains wie Angelika Beer. Und wirklich schwierig wird es, wenn im Krieg, der keiner sein soll, den Kriegern, die keine sein dürfen, das passiert, was in einem richtigen Krieg regelmäßig passiert, nämlich der Tod durch Gewalt des Feindes. Am 7. Juni sprengte ein Freischärler in Kabul, Afghanistan, sich selbst sowie einen Bus mit Heimaturlaubern der Bundeswehr in die Luft. Vier Soldaten starben, 29 wurden verletzt.

Nun war dies nicht das erste Mal, daß Angehörige der Bundeswehr beim Überschreiten der Nato-Grenzen ihr Leben ließen. Bei Unfällen mit den eigenen Panzern, Hubschraubern, Pistolen und Sprengkörpern hatten einige Dutzend bereits heimgefunden zum himmlischen Oberbefehlshaber. Aber Opfer eines militärischen Angriffs hatte die Truppe noch nie begraben müssen.

Die erste Reaktion aus der Heimat war Verwirrung. »Es ist«, stammelte der Kanzler, »ein Einsatz für ein friedliches Morgen. Der Selbstmordanschlag war feige und hinterhältig.« Doch nicht feiger oder hinterhältiger als die Bombardements, die er seit ’99 seine Tornado-Piloten fliegen läßt. Schröder hat Soldaten in eine Gegend geschickt, die seit einem Vierteljahrhundert kein Morgen mehr kennt, geschweige denn ein friedliches, und möchte dennoch nicht wahrhaben, daß sie sich in einem Kriegsgebiet aufhalten. Er ist allerdings nicht alleine damit: »(Der) wahre Ausgang des Krieges«, raunte Ulrich Ladurner in der »Zeit«, »entscheidet sich im Frieden – und der ist ein gefährliches Geschäft.« Zumal wenn man die Grundlagen des Geschäfts ignoriert und so tut, als wäre ein Krieg beendet, nur weil man sich und allen anderen weiterhin weismachen will, es habe so was wie einen Krieg nie gegeben.

Auch die Opposition, die noch keiner Lüge Schröders, Scharpings, Fischers oder Strucks widersprochen hat, traut sich weiterhin nicht, Krieg zu nennen, wo bewaffnete Hegemonialkämpfe drin sind. Ins »Kreuzfeuer des Terrorismus« sei die Bundeswehr geraten, schwindelte Christian Schmidt, Friedenssicherungsexperte der CDU, am 10. Juni. Und forderte die Verschiffung von Leopard-Tanks nach Afghanistan. Zum Schutz einer »Schutztruppe«, die um Gottes willen nicht den Eindruck einer Invasionsarmee machen darf. Der Verteidigungsminister und sein Generalinspekteur wiesen Schmidts Forderung denn auch umgehend zurück: »Man erfülle einen Friedensauftrag. Ein martialischer Auftritt mit Panzern wäre ungeeignet, so der Minister« (»Welt«). Die afghanischen Guerilleros werden einen Frieden, der so laumichelt, zu schätzen wissen: Noch zwei, drei gelungene Feuerüberfälle, und sie haben zumindest die Deutschen aus dem Land vertrieben.

Was die Konfusion in der Reichshauptstadt und auf Seite drei nicht wenig beförderte, war natürlich auch die Undankbarkeit dieses Feindes. Überall, wo islamischer Aberglaube zu Hause ist, hatte man sich wenige Monate zuvor sehr gefreut über die Solidarität der Deutschen mit dem Irak. Für Verbündete des Erzfeindes, des amerikanischen Teufels, konnte sie doch wirklich niemand mehr halten! »Die Offenheit ist das Markenzeichen der Deutschen«, betonte die »Welt« am 10. Juni in einem ziemlich hilflosen Versuch, die Bombe gegen Bundeswehr-Troupiers als schlimme Ausnahme herunterzuspielen: »(Ihr) Auftreten auf den Straßen von Kabul macht die Soldaten beliebt.«

Auch das »Neue Deutschland« versuchte am 10. Juni, sich einen Reim darauf zu machen, warum die Taliban ihre deutschen Freunde nicht mehr mögen: »›Die Washingtoner Politik‹, erklärte der PDS-Europaabgeordnete André Brie ..., ›hat wesentlich zur Verschärfung der innenpolitischen Lage in Afghanistan ... beigetragen.‹ ... Während die US-Amerikaner relativ sicher in ihren Militärbasen sitzen und nur schwer bewaffnet ausrücken, bieten die Isaf-Einheiten, die durch

möglichst wenig martialisches Auftreten ... Vertrauen schaffen wollen, gute Zielscheiben ... Die Isaf-Soldaten müssen sozusagen stellvertretend ihre Köpfe hinhalten.«

So kann man es natürlich auch erklären. Und es ist schön zu wissen, daß die pazifischste der Parteien dem großen Schwindel von den Kriegern, die keine sein sollen, nicht nur aufsitzt, sondern ihn nach Kräften befördert. Die Verlogenheit deutscher Politiker und Leitartikler beim Kriegspielen ist aber ein auslaufendes Modell.

Geostrategen mit etwas mehr Schneid als so ein Struck oder Brie haben den Angriff auf die Heimaturlauber rasch als Chance erkannt, das anstrengende Geeier zwischen »Genozidverhinderung« und »Vertrauensbildung« demnächst aufstecken zu können. Wolf Heckmann, Chefideologe der »Hamburger Morgenpost«, motzte am 10. Juni den Bombenüberfall erst einmal zu einem »Massenmord in Kabul« auf (so was hat man in seiner Zeitung seit Jahren bei keinem Attentat auf israelische Schulbusse gelesen), um anschließend eine gewisse Genervtheit über die Weichspüler in Berlin erkennen zu lassen: »Kann man ... näher tretenden Einheimischen harmlos entgegenlächeln, auch wenn sie unter weiten Gewändern Knarren haben können?«

Kann man natürlich nicht, ohne dem imperialistischen Gedanken zu nahe zu treten. Am deutlichsten hat es, am 11. Juni, Karl Feldmeyer in der »FAZ« gesagt: »(Der Einsatz der Bundeswehr) ist mitentscheidend dafür, welchen Rang Deutschland international einnimmt und welche Gestaltungsmöglichkeiten es hat. Gerade weil dies so offenkundig ist, erstaunt es, daß dieser Aspekt humanitären Begründungen weichen muß, wenn es darum geht, Auslandseinsätze für die Öffentlichkeit zu begründen ... (Die) Wahrnehmung nationaler Interessen« – nach einem »Massenmord in Kabul« zumal – »ist nichts Unanständiges, sondern die Pflicht der Politik.«

Und weil die »FAZ« schon heute weiß, was morgen Politik ist, dürfen wir uns jetzt darauf freuen, wie Angelika Beer, befreit von jahrelangem Hirnschwurbel, demnächst am Hindukusch und anderswo das deutsche Dosenpfand gegen Coca-Cola verteidigt.

Gert Ockert schrieb in KONKRET 5/03 über Experten im Bush-Krieg

Konkret 07/03, S. 35

Ilka Schröder, Thomas Ebermann, Ralf Schröder, Oliver Tolmein, Rainer Trampert, Hermann L. Gremliza

Der Deutschland-Relaunch

konkret EXTRA

Ein KONKRET-Gespräch über die Lage einer Nation auf dem Weg in den Untergang, regiert von Ignoranten, blockiert von Funktionären des Klassenkampfs, ausgeraubt von Simulanten, Schmarotzern und geldgierigen Greisen. Und wie Deutschland sich seiner Verderber erwehren will. Mit Ilka Schröder (Abgeordnete des Europa-Parlaments) und den KONKRET-Autoren Thomas Ebermann, Ralf Schröder, Oliver Tolmein, Rainer Trampert und Hermann L. Gremliza

Gremliza: In den Medien ist Land unter. Rezession, Steuerdesaster, Staatsversagen. Deutschland steht, sagen der »Spiegel« und alle anderen, vor dem »Infarkt«, ist ein Sanierungsfall, Deutschland sei, schreibt die »Süddeutsche Zeitung«, »ein Land in Lähmung«, die »Frankfurter Allgemeine« sieht Deutschland »am Abgrund«. Von einem »schwarzen Donnerstag« berichtet das »Handelsblatt«, der »Spiegel« stellt Vergleiche mit der Endphase der Weimarer Republik an.

Nichts, meint der »Spiegel«, könne mehr so bleiben, wie es ist. Ihre diensthabenden Philosophen Habermas und Derrida rufen gemeinsam nach einer »neuen Konzeption und einer neuen Praxis der Staatsgewalten«. Bundeskanzler Schröder will eine neue Mentalität, in der »FAZ« schreibt Arnulf Barning: »Wir dürfen nicht zulassen, daß alles weiter bergab geht, hilflose Politiker das Land verrotten lassen.« Der Industrie-Lobbyist Hans-Olaf Henkel sagt, »eine neue Staatsmaschine« müsse her, der Präsident des BVerfG sagt, »Politik heißt wehtun und wehtun müssen«, der Staatsrechtler Hans Joachim Koch formuliert ein neues Demokratie-Programm: »Es geht nicht, daß alle mitreden, wenn doch immer jemandem etwas weggenommen wird.« In einer Titelgeschichte faßt der »Spiegel« die Stimmung im Land, die auch die seine ist, in die Frage: »Ist die drittgrößte Industrienation der Erde überhaupt noch regierbar?« Und antwortet: »Auf der Basis ihrer 54 Jahre alten Verfassung eher nicht.« Der Föderalismus habe »sein Verfallsdatum überschritten«, der Bundesrat sei abzuschaffen, wichtige Politiker seien vom Volk direkt zu wählen, Plebiszite einzuführen, die Macht der Verbände, vor allem der Gewerkschaften, müsse »grundgesetzlich eingeschränkt«, die Rechtswege abgekürzt werden. »Mit weniger Justiz und weniger Richtern werden Staat und Gesellschaft beweglicher.«

Was ist los? Ist das Hysterie? Ist das, weil die deutsche Bourgeoisie wieder einmal den Hals nicht voll genug kriegt, einer der üblichen Versuche, eine günstige Gelegenheit zu nutzen? Immerhin ist Deutschland derzeit so reich wie nie: Das BIP steigt Jahr für Jahr, 2001 um 37,6 Milliarden Euro auf 2063 Milliarden. Oder kann die Bourgeoisie, wenn sie ihre Weltmachtrolle halten und ausbauen will, wirklich nicht anders?

Trampert: Sie kann *so* besser. Aber ich sehe drei Gründe. Meines Erachtens deuten Wachstumsgrenzen, Kapitalflucht in die Finanzen und Kapitalkonzentration, also Aufkauf von fremdem Profit, darauf hin, daß das geschieht, was Marx mit dem tendenziellen Fall der Profitrate gemeint hat.

Es geht um eine Sanierung der Profitrate, die auch durch eine gewachsene Zahl von Menschen belastet wird, die keinen Mehrwert produzieren, ihn aber wegfressen: Rentner, Arbeitslose, Kranke – zu Lasten des Profits, zu Lasten der Staatshaushalts und zu Lasten der Entlohnung der Leistungsträger.

Zweitens geht es darum, dem Standort Konkurrenzvorteile zu verschaffen, indem man den aus kapitalistischer Sicht nutzlosen Menschen mehr Wert abpreßt, um ihn in Kapital zu verwandeln – für neue Techniken, für Rohstoffe, für den Aufkauf ausländischer Firmen, für Rüstung, Kriege, die Durchdringung Chinas. Nachdem der Westen sein gemeinsames Ziel, den Sowjetblock in den Markt zurückzuholen, erreicht hat, stürzt er zurück in den klassischen Imperialismus.

Drittens ist neu, daß die USA, die über ein Drittel des Weltsozialproduktes und über etwa 40 Prozent des Weltmilitärspotentials verfügen, ihren großen Vorsprung gegenüber ihren Konkurrenten jetzt endlich nutzen wollen. Dagegen will Deutschland einen Gegenblock etablieren, der von Westeuropa über Rußland bis nach China reicht. Die Regression zum klassischen Imperialismus hat dazu geführt, daß der Mehrwertraub aus der übrigen Welt, der eine gefallene Profitrate in den Zentren ausgleichen kann, heute nicht mehr nur über Handel und Wandel oder Terms of Trade geschieht, sondern auch militärisch. Darauf muß ein Imperium wie Deutschland, das Großes vorhat, vorbereitet sein, dafür muß es sich wappnen.

Das macht die Schärfe aus, mit der jetzt vorgegangen wird. Die Agenda 2010 und die Debatte darum verströmt ja einen Leichengeruch. In jeder Talkshow werden Rentner, Kranke und Arbeitslose nicht mehr als Menschen bezeichnet, sondern als Lohnnebenkosten, die man senken muß. In ihrer Verdinglichung zu lästigen Kosten spielt der Tod mit. Wie die beiden Professoren aus Konstanz und aus Bochum, Wiemeyer und Breyer, neulich in »Report Mainz«, die verlangt haben, die frühere Altentötung durch Abschaltung der medizinischen Versorgung, die ja auf Wissenschaftskongressen schon lange diskutiert werde, endlich in die öffentliche Debatte zu bringen.

Das ist nun wirklich etwas ganz Neues. Die Agenda 2010 mit dem Godesberger Programm zu vergleichen, führt in die Irre. In Godesberg hat die SPD nur ihr Programm von der sozialistischen Propaganda befreit, ihre Politik war schon vorher nur

Marktwirtschaft plus Versicherung. Heute geht es tatsächlich um einen Bruch, nämlich um die Aufkündigung der kollektiven Versicherung zu Gunsten der Privathaftung gegenüber allem, was der Kapitalismus zu bieten hat.

Ralf Schröder: Zur Antwort auf die Eingangsfragen: Wir müssen bei der Analyse unterscheiden zwischen dem, was politökonomisch wirklich los ist, und dem, was sich im diskursiven Überbau tut. Hinsichtlich der neoliberal geprägten Reformpolitik konnte man bisher feststellen: Es ist ja nicht falsch, daß sich die Verbände, Lobbygruppen und Interessenvertretungen, die sich in den letzten 50 Jahren gebildet haben und die jetzt alle beschimpft werden, tatsächlich gegenseitig blockieren oder hemmen. Ich sehe gegenwärtig nicht die politische Kraft, die das zerschlagen und eine im weitesten Sinne autoritäre oder faschistoide Krisenlösung durchsetzen könnte. Obwohl aus den »Spiegel«-Zitaten implizit und teils auch explizit die Drohung mit populistischen Bewegungen herauszulesen ist.

Bei der Agenda 2010 und den Anschlußvorhaben geht es um die Frage, wie man den dauerhaften Ausschluß von zirka 30 Prozent der Bevölkerung aus dem, was man so Arbeits- oder Erwerbsleben nennt, und dann eben auch aus den sozialen Versicherungs- und Versorgungssystemen organisiert. Die Quote der Überflüssigen entspricht im übrigen auch in etwa der Anzahl der Leute, die nicht mehr wählen gehen.

Trampert: Nur kurz zu den Kräften, die das tun sollen. Schröder hat auf dem SPD-Parteitag jetzt gesagt: »Wer, wenn nicht wir« – das klingt ziemlich nach Noske.

Tolmein: Ich bin nicht der Stratege, der auf der Weltkarte die großen Heere hin und her schiebt und der den Lauf der großen weiten Welt unter Zuhilfenahme der MEW politökonomisch umfassend erklären könnte. Ich nehme deswegen ein bescheideneres Beispiel, aus dem Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik, und frage mich: Ist die Deregulierung und die Auflösung des historisch gewachsenen Systems von Sozial- und Krankenversicherung, die wir im Augenblick hier erleben, wirklich etwas spezifisch Deutsches?

Und das ist es ganz sicherlich nicht. Ähnliche Prozesse können wir auch in anderen westeuropäischen Staaten beobachten und die USA sind für diese Art von Deregulierung und Ökonomisierung sicher ein wichtiges Vorbild. Das heißt aber für Deutschland jetzt eine Deregulierung voranzutreiben, die es woanders auch gibt. Diese Entwicklung im Gesundheits- und Sozialsektor, für die Agenda 2010 auch steht, ist also eine Sache, die für die deutsche Gesellschaft und ihre Entwicklung ganz verheerende Konsequenzen hat, aber sie ist so nichts Orginäres.

Diese Entwicklung wird – und da knüpfe ich an das an, was Rainer über den Geruch des Todes gesagt hat – von einer Diskussion begleitet, in der es auch darum geht, Euthanasie wieder zu legitimieren, auch als eine Form von Rationierung von Gesundheitsleistungen. Diese Debatte entwickelt sich in Deutschland interessanterweise aber sogar zurückhaltender als in manchen anderen europäischen Ländern, beispielsweise in Großbritannien oder den Niederlanden, insbesondere aber auch als in den USA.

Ein anderes Beispiel dafür, daß nicht alles einfach schlimmer wird und wir es nur mit einer Entfesselung eines kapitalistischen deutschen Imperiums zu tun haben, ist der gesellschaftliche Umgang mit HIV. Da gab es in den achtziger Jahren, ich sage nur: Peter Gauweiler – in einem reaktionären Mainstream die Forderung, die Infizierten zu asylieren und auch sonst mit einem polizeistaatlichen Arsenal von Zwangsmaßnahmen gegen sie vorzugehen. Davon ist im Zentrum der Gesellschaft nicht viel geblieben.

Heute ist das Problem, daß man durch die neuen Behandlungsmöglichkeiten enorme Behandlungskosten hat, die für kassenversicherte Patienten in Deutschland gerade noch finanziert werden, also etwas mehr als 10.000 bis 20.000 Euro pro Jahr pro Patient, die jedoch für Infizierte in afrikanischen und asiatischen Ländern unbezahlbar sind. Hier droht also, mit Blick auf die Kostensenkungsdebatte im Gesundheitswesen, eine ökonomische Ausgrenzung, aber das aggressive, gesellschaftlich ausgrenzende Moment ist wenigstens in Stück weit zurückgedrängt worden – nicht zuletzt dadurch übrigens, daß bürgerrechtliche Elemente einer Antidiskriminierungsstrategie aus den USA hier in Deutschland von den Betroffenen aufgegriffen werden konnten. Sicherlich gibt es noch eine Stigmatisierung in diesem Bereich, aber gesellschaftlich gesehen entwickelt sich hier etwas nach vorne. Die Diskussionen gehen heute eben nicht um Asylierung, sondern darum, wie man die Krankheitskosten in den Griff bekommen kann – das kann sich gegen die »teuren« Kranken wenden, aber es wird auch von NGOs und manchen Ärzten gegen die pharmazeutische Industrie, ihre Medikamentenpreise und das kostentreibende System des Patentschutzes gewendet.

Was ich mit dem Beispiel sagen möchte, ist, daß Hermanns »Spiegel«-Zitate und Rainers Politökonomie mir zu einfache Schlüsse nahelegen, die die ambivalenten Entwicklungen, die es gerade in der Gesundheits- und Sozialpolitik gibt, nicht richtig erfassen.

Interessanterweise gibt es heute, anders als in den frühen achtziger Jahren, zudem eine internationale Opposition, nämlich Attac, für die Gesundheits- und Sozialpolitik ein zentrales Thema ist. Attac, das ja ein zusammengewürfelter Haufen ist, hat viele Probleme, das zentrale Problem von Teilen dieser Szene, das sie aus der linken Geschichte mitgenommen haben, ihr Antisemitismus, ist in KONKRET aufgegriffen und zu Recht scharf angegriffen worden. Aber Attac ist eben auch eine

oppositionelle außerparlamentarische Bewegung, die an wichtigen Punkten ansetzt, die für die traditionelle Linke lange Zeit keine Bedeutung hatten.

Ich finde, alles in allem, die Entwicklung nicht ganz so eindimensional und stromlinienförmig, wie sie dargestellt wird, zumindest dann nicht, wenn man an einem Punkt mal ein bißchen in die Tiefe gräbt. Was allerdings nicht heißt, daß es Anlaß zu Optimismus gäbe.

Ilka Schröder: Das Problem an den Bewegungen, die du gerade genannt hast, ist nicht, daß sie sich nicht gegen den Abbau des Sozialstaats wehren – das tun wir ja alle – , sondern daß der Zwangscharakter dieses Sozialstaats überhaupt nicht mehr thematisiert und so getan wird, als wäre alles, was vor den Einschränkungen da war, positiv und das einzige, was man erhalten muß. Man kann nicht gegen die Einschränkungen protestieren, ohne klar zu machen, welche Aufgaben ein Sozialstaat hat. Er hat auch dafür zu sorgen, daß ein paar Leute nicht hinten runterfallen, und vielleicht ist die Akzeptanzschwelle, wie viele runterfallen dürfen, ein bißchen gesunken, vielleicht dürfen inzwischen ein paar mehr Leute verwahrlosen, was definitiv der Fall sein wird, wenn durchgesetzt wird, was jetzt ansteht – aber grundsätzlich bleibt doch Aufgabe von Sozialpolitik, die Leute so weit bei der Stange zu halten, daß sie als doppelt freie Lohnarbeiter funktionstüchtig bleiben.

Nun zu der Frage, was jetzt eigentlich neu ist. Die Einschränkungen sind es nicht. Neu ist, wie das antiamerikanische Ressentiment, das bestimmte deutsche Politiker im Irakkrieg mobilisiert haben, jene massenhafte Stimmung erst möglich gemacht hat, in der Änderungen durchgesetzt werden können, die eigentlich unter dem Label Amerikanisierung durchgehen würden, nämlich als Privatisierung. Diese antiamerikanisch mobilisierte Massenzustimmung, die jetzt genutzt werden kann, um diese Sachen gegen ganz geringen Widerstand durchzusetzen, das ist ein Teil der neuen Qualität, das ist spezifisch deutsch.

Das spiegelt sich dann wieder in der Außenpolitik, zum Beispiel beim Auftreten Deutschlands gegenüber Rußland im Fall von Kaliningrad, nach der Devise: O.k., wir haben vielleicht den Zweiten Weltkrieg verloren, aber den Kalten Krieg haben wir ganz sicher nicht verloren, und deshalb diktieren wir euch jetzt, wie ihr mit unserem Königsberg umzugehen habt. Wir sind bereit und fähig, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs rückgängig zu machen.

Ebermann: Ich habe eben darüber nachgedacht, ob man überhaupt den internationalen Vergleich benötigt. Das Scheußliche als scheußlich zu besprechen, würde mir immer ausreichen.

Ich frage mich, warum wir bei jeder Umfrage eine so hohe Zustimmung haben zu den Schweinereien, die ja die unteren Schichten wie bekannt schröpfen. Zwar lautet die Umfrage-Frage nicht: Wollt ihr geschröpft werden? Sie lautet: Haben wir über unsere Verhältnisse gelebt? Und dann sagen achtzig Prozent »Ja«.

Dieses Wir-haben-über-unsere-Verhältnisse-gelebt speist sich in den Köpfen der Menschen sehr oft aus dem Vergleich, der ihnen aufgedrängt wird. Im Fernsehen werden Bilder aus Armutsregionen ja keineswegs schamhaft verschwiegen, sondern sie werden vorgezeigt, um den Gedanken zu befördern: Vergleichsweise geht es uns ganz gut.

Das zweite ist, daß man schlichten Maßnahmen der Sanierung der Profitrate nationale Identitäten verleiht. Der *Shareholder value,* der über Deutschland hereingebrochen ist, ist eigentlich artfremd, nicht angemessen dem verantwortungsvollen Unternehmensführer. Deutsch ist der Mittelstands-Patriarch, der immer nur an die Gesellschaft und seine Mitarbeiter denkt.

Wenn Nationen, die gleich produktiv sind, die eine ungefähr gleiche Zusammensetzung von fixem Kapital und lebendiger Arbeit, ungefähr gleich lange Maschinenlaufzeiten haben, sich gegeneinander in Stellung bringen, dann ist der Faktor der Nicht-Alimentierung der nicht mehr Wertproduzierenden ausschlaggebend in der zwischenstaatlichen Konkurrenz.

Und da können wir zuerst einmal feststellen: Deutschland hat einen guten Ausgangspunkt, eine hohe Deregulierungsreserve. Wir kennen alle ungefähr die Exportziffern. Sie beweisen, daß hier billig produziert wird. Deutschland kann jetzt schon gut konkurrieren mit Staaten oder Volkswirtschaften, die ihre Deregulierung schon hinter sich haben, wie Großbritannien, wo alle sozialen Standards und die subventionierte Industrie weggemäht wurden, als sie gemerkt haben, daß die Versorgung von Nichtproduktiven wie auch die Subventionierung von defizitärer Industrie auf die gesamte Profitrate drückt.

So weit sind die Prozesse in Deutschland noch nicht gediehen. Sie treffen hier auf etwas Besonderes, auf den Grundgedanken jedenfalls des etwas Älteren, der stolz ist auf seine Anpassung. Dessen Bewußtsein geprägt ist von der Rede, daß die Italiener ihre Wirtschaft kaputtstreiken und wir und die Schweiz die wenigsten Streiktage haben. Und daß der Deutsche sich noch mit dem Gipsarm zur Arbeit schleppt, während der Italiener schon bei Heuschnupfen krankfeiert. Der eigene Verzicht auf Rebellion, die Demütigung im Arbeitsleben, die Selbstaufgabe, die Unterwerfung unter den Arbeitsrhythmus hat die Erwartung genährt, daß man dafür im konsumtiven Bereich Belohnung erfährt. Das war das Modell, und das ist jetzt in Frage gestellt.

Darauf reagieren nun einige grundfalsch. Meine Meinung zu dem, was sich oppositionell dünkt, ist schlecht. Sie reagieren insofern grundfalsch, als sie glauben, der Nachweis, daß es doch eigentlich ginge, habe etwas mit Emanzipation zu tun. All die Bücher, die wohl empirisch nicht ganz falsche Fakten aufzählen: Geld ist genug da für Umverteilung, die Knappheit der Staatsfinanzen ist durch Steuerpolitik gemacht, Profite addieren und so was und sagen, eigentlich ist genug Geld da, oder Frau Wagenknecht, die sich alle Mühe gibt, eine alternative Rentenformel aufzustellen – ich muß das gar nicht ausführen ...

Tolmein: Könntest du?

Ebermann: Ja natürlich, es ist doch immer wieder eine Nebenbei-Aufgabe, der auch wir nachgehen – also, wenn seit zehn Jahren behauptet wird, daß deutsches Kapital flüchtet, dann rechnet man doch ab und zu mal zusammen, daß 92 Prozent im Inland investiert werden, die Kapitalflucht also zur Einschüchterungs- oder Angstmachrhetorik gehört. Deutschland steht nicht mit dem Rücken zur Wand. Das Verheerende dabei ist, neben dem, was Ilka angesprochen hat, die Idealisierung der vorangegangenen Jahrzehnte. Man vergißt die Demütigung im Arbeitsleben, die Verwandlung des Menschen in eine industrielle Maschine, und sagt, mein Gott, das war doch eine schöne Zeit, damals hatten wir noch Tarifverträge – eine furchtbare Sache.

So furchtbar wie die Schlaubergerei, die vorgibt, den Kapitalismus besser als die, die es tun, verwalten zu können, ist die Anklage in neun von zehn sich links dünkenden Artikeln, daß wir es mit Versagern zu tun haben, die nur nicht wissen, daß wir jetzt eigentlich die Kaufkraft stärken müßten oder welchen Investitionsprogramms es jetzt zur Ankurbelung der Konjunktur bedürfe. Diese Schlauberger dürfen schon nicht nach Japan gucken, denn dann käme dabei raus, daß entweder die ökonomische Basis der Gesellschaft flutscht oder nicht, und wenn sie es nicht tut, Keynes nicht hilft, sondern die Probleme nur aufschiebt und sie größer macht.

Der Nachweis, daß wir zu viele Nieten in Nadelstreifen haben, zu viele unfähige Regierungsmitglieder und sonst was, ist Tüdelkram. Richtig ist: Der Kapitalismus kehrt in seine authentische Form zurück, und das hat für das Menschenmaterial, wenn es nicht den Kapitalismus bekämpft, verheerende Folgen.

Tolmein: Wobei die Rückkehr »des Kapitalismus« in seine »authentische Form« sehr unterschiedliche Ausprägungen haben kann. Und über die müssen wir – in Ermangelung der Möglichkeit, den Kapitalismus abzuschaffen – reden, wenn wir uns nicht darauf beschränken wollen, was natürlich die Aufgabe des Kritikers ist: Kritik zu üben. Für Menschen mit Behinderungen, um ein Beispiel zu nennen, macht es durchaus einen Unterschied, wie genau die Gestalt denn aussieht, in die der Kapitalismus zurückkehrt, ob es eine mit hohen Bordsteinkanten, ohne Gebärdendolemtscher und mit großen Heimen, statt flächendeckender ambulanter Assistenzdienste ist, ob man also innerhalb dieses Projektes, das man nicht insgesamt ändern kann, einen Versuch emanzipatorischer Reformen durchsetzt oder nicht.

Trampert: Wer hat was gegen Reformen, die das Leben verbessern! Kapitalismus ist seinem Wesen nach nichts anderes als die Übertragung der darwinistischen Natur auf die menschliche Gesellschaft. Und es gibt eine hundertfünfzig Jahre lange Geschichte sozialer Kämpfe, die diesem Kapitalismus pur Kompromisse abgerungen haben. Um die Beseitigung dieser Kompromisse geht es jetzt.

Daß die Beseitigung so besonders aggressiv verläuft, liegt an den immensen deutschen Weltmachtambitionen und der immer noch großen Kluft zu den USA. Es geht in Deutschland um eine grundsätzliche Entscheidung: international weiter an der Seite der USA mitzuprofitieren oder einen Gegenblock zu bilden, mit allen Risiken, die das hat und mit dem, was es sozialpolitisch nötig macht, dagegen ankonkurrieren zu können.

Deshalb heißt es: Keiner wird in Zukunft noch von der Rente leben können. Deshalb sagt der Grüne Fraktionsvorstand: Jeder Arbeitslose wird arbeiten, niemand wird dem entrinnen können. Und deswegen verlangt der »Bürgerkonvent« die »Ökonomisierung der Verfassung«.

Solange man über die sozialistischen Staaten noch kritisch reden konnte, hat man noch über Sozialismus gesprochen. Heute wird darüber noch nicht mal mehr geredet. Der Wegfall der sozialistischen Befreiungsidee hat auch zu einem Bewußtseinsverfall geführt. Was auch damit zusammenhängt, daß dem unteren Drittel der Bevölkerung täglich beigebracht wird, daß ihr Suizid dem System am besten dienen würde.

Ich weiß nicht, wo Oliver Widerstand sieht. Bei Attac sehe ich ihn nicht. Bei Attac sehe ich nur, daß alles Böse aus Amerika kommt, die vagabundierenden Finanzen kommen aus New York, und die Eingeweihten wissen schon, dort sind die Juden zu Haus. Attac verteidigt das gute Imperium Europa gegen das böse Imperium USA. Damit ist Attac, bei allem, was seine Leute beklagen, bereits Teil des Imperiums.

Ilka Schröder: Einen EU-Imperialismus gibt es für die gar nicht. Der Hauptfeind aber müßte das eigene Staatenbündnis sein, die europäische Union. Hauptsächlich sie müßte analysiert und kritisiert werden. Dabei käme heraus, daß das, was da im Irakkrieg Frieden genannt wurde, nur ein Ausdruck dafür war, daß Europa meinte, mehr gewinnen zu können, wenn es sich nicht militärisch beteiligt. Solche Analysen fehlen völlig, nicht nur bei Attac.

Dann hat Oliver gefragt, warum man, wenn irgendwas eine Verbesserung für eine Gruppe von Menschen wäre, sich nicht dafür aussprechen könne. Das kann man, aber nur wenn man immer weiter thematisiert, daß die relative Verbesserung nicht den Zwangscharakter der gesellschaftlichen Verhältnisse aufhebt.

Ralf Schröder: Es gibt, glaube ich, bisher keine brauchbare politökonomische Analyse dessen, was man so als Post-Fordismus oder Globalisierungsphase des Kapitalismus bezeichnet. Wenn man sagt, der Kapitalismus kehrt zurück zu seiner authentischen Form, dann klingt das etwas einfach. Der Witz ist ja gerade, dass sich die kapitalistische Nutzung der menschlichen Arbeitskraft verändert und entwickelt, eine Tatsache, auf die auch die heutigen Keynesianer auch nur die staatsverherrlichenden Antworten der siebziger Jahre haben. Ich glaube, daß da noch eine Menge Arbeit vonnöten ist, um das überhaupt richtig erfassen zu können.

Wenn gesagt wird, Deutschland habe Weltmachtambitionen, ist das als These erst mal korrekt. Aber in den Kassandra-Rufen, die zu Beginn zitiert wurden, kommt ja auch ein bißchen die Verzweiflung darüber zum Ausdruck, daß es aktuell kein organisierendes Zentrum innerhalb der herrschenden Klasse gibt, das diese Ambitionen innen- und sozialpolitisch in der gewünschten Schärfe umsetzt.

Ein schönes Beispiel für die vielbeklagte gegenseitige Blockade der Interessen ist der gerade geführte Streit um die Handwerksordnung. Da treffen konservative und neoliberale Interessen knallhart aufeinander. Die in diesem Fall neoliberale Sozialdemokratie sagt, wir machen Schluß mit diesem ständischen Unfug aus dem vorletzten Jahrhundert, und dann kommt der Handwerks-Präsident und sagt: Nein, das geht auf keinen Fall, soll denn plötzlich ein Heer von selbständigen Schuhputzern die Ökonomie hier voranbringen? Soweit es aber um die von den Handwerksmeistern beschäftigten Lohnarbeiter geht, ist derselbe Präsident natürlich gleichzeitig für die totale Deregulierung und die völlige Aufhebung des Kündigungsschutzes.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie zerrissen die Interessen auch sind, und deshalb sind diese Weltmachtambitionen, die zweifellos vorhanden sind, noch nicht so weit gediehen, wie Rainer meint. Dieses Deutschland ist zum Glück noch nicht soweit.

Gremliza: Aber es kommt heftig voran. Begonnen hat dieser Anlauf ungefähr 1993, als Marion Döhnhoff und Helmut Schmidt zusammen mit Thierse und anderen ihr Manifest gemacht haben mit dem Titel: »Weil das Land sich ändern muß«. Dieses Manifest gipfelte in der Forderung nach der Einführung eines Arbeitsdienstes. Dann kam Roman Herzog mit seinen verschiedenen Ruck-durch-das-Land-Reden. Als Schmidt und Döhnhoff ihr Manifest losließen, hat die bürgerliche Intelligenz noch die Nase gerümpft, man wußte noch, was Arbeitsdienst war. Bei Herzogs reaktionärem Geschwafel war das schon anders, und heute ist jede Widerrede verstummt. Wenn heute der Vorsitzende einer der staatstragenden Parteien die Gewerkschaften ungestraft »eine Plage für unser Land« nennen kann, Gewerkschaften, die doch in ihrer Loyalität zu diesem Staat unübertroffen sind, wird klar, welche Dynamik die Entwicklung angenommen hat.

Ein schönes Beispiel ist die Rede von der demographischen Entwicklung und ihren Zwängen. Noch vor zwanzig Jahren wäre jedem linksliberalen Leitartikler dabei aufgefallen, daß die Frage, wieviel Geld eine Gesellschaft für ihre unproduktiven Mitglieder, für Alte und Kranke, ausgeben will, immer eine moralische ist. Versicherungsmathematisch, als Frage der demographischen Entwicklung und ihrer Kosten betrachtet, gibt es nur eine richtige Antwort: Euthanasie.

Die dazu passende Sprache wird schon gesprochen. Im »Spiegel« heißt es: »42 Prozent des Bundesetats werden an Bedürftige aller Art ausgereicht ... 127 Mrd. werden für Renten und Schuldendienst ausgegeben, also jeder zweite Euro geht für die Vergangenheit drauf.« Die Sprache verrät, wer statt jeden zweiten Euros draufgehen soll.

Ebermann: Man sollte mit Blick auf die letzten zehn Jahre davon ausgehen, daß alles so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird. Und nicht der Hoffnung frönen, daß manches angekündigt wird und dann versandet. Ich erinnere daran, was alles viele Linke für nicht machbar erklärt haben. Ich habe zweihundert, dreihundert Artikel darüber gelesen, daß es eine Illusion der Herrschenden sei, mit Asylrechts-Änderungen und so etwas der Migration Herr zu werden. Die sind der Sache völlig Herr geworden.

Gremliza: Heute gibt es pro Monat noch dreitausend Asylanträge, von denen zehn Prozent eine Chance bekommen. Tendenz beider Zahlen: stark fallend.

Ebermann: Und der Widerstand? Nach allen klassischen Kriterien müßten wir die Gewerkschaften gelbe Gewerkschaften nennen. Jede Talkshow läuft ja so ab, daß der geschmähte anwesende Gewerkschaftsmensch zu seiner Verteidigung eine Riesenlatte aufzählt, was er alles mitgemacht hat: Flächentarifvertrag freiwillig außer Kraft, längere Arbeitszeiten bei VW, Kampf gegen Schwarzarbeit und Sozialschmarotzertum undsoweiter, um dann zu sagen: Jetzt geht ihr vielleicht ein Stück zu weit. Die Gewerkschaften organisieren den niedrigeren Lebensstandard der unteren Schichten der Gesellschaft mit – das ist der einzig realistische Befund zu dem man kommen kann.

Was uns angeht: Wir finden da kein Gehör. Wir haben uns abgewöhnt, uns irgendwo aufzudrängen. Flugblätter, die keiner haben will, verteilen wir nicht mehr. Die vernünftelnde, gegenkonzeptelnde, Reformbedarf-akzeptierende-aber-die-

Reform-anders-gestaltenwollende Welt des schlaubergerischen Keynesianismus und der Gegenkonzepte ist von uns getrennt, sie will uns nicht mehr, weil sie weiß, daß es dort, wo man einige der Argumente plausibel machen könnte, eine Rebellion gegen die vorgegebene institutionelle Linie geben müßte.

Wir könnten also, selbst wenn wir das wollten, im Moment keinen Anschluß an gesellschaftliche Kräfte finden, die sich mit einiger Vehemenz in nicht konstruktiver sondern egoistischer, besitzstandswahrender Absicht gegen Verschlechterung wehren. Denn diese Kräfte gibt es nicht mehr. Und deshalb ist die freie Wahl, die Oliver nahegelegt hat, nämlich ob man sich daran beteiligt oder nicht, eine Erfindung.

Tolmein: Man kann ein Schreckensszenario zeichnen, und man kann feststellen, daß es keine Koalitionspartner gibt und auf weiter Flur niemanden, der unsere Flugblätter haben will, weshalb wir sie gar nicht mehr schreiben und auch sonst niemanden, der mehr mit uns sprechen will, weshalb wir uns in einem kleinen Clubraum zusammensetzen und nicht in einer öffentlichen großen Veranstaltung. Wir sind uns ja in 90 Prozent, na, vielleicht in 83 Prozent der Beschreibung des Grauens einig – mir gefällt aber der Gestus, mit dem derzeit bilanziert wird, nicht mal zu 20 Prozent.

Die Zitaten-Melange von Hermann faßt die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht. Nehmen wir als Beispiel die Misere der Altenpflege. Die gibt es – nur: Mitte der siebziger Jahre gab es sie auch, da war sie vermutlich noch krasser. Damals hatten nämlich die Leute, die in Pflegeheimen lebten kaum Möglichkeiten sich an jemanden zu wenden. Ihre Situation hat auch gerade in der Linken keinen nachhaltig interessiert. Mittlerweile ist die Lage auch nicht rosig, aber es gibt es immerhin eine Reihe von Qualitätsverordnungen, von Selbstverwaltungsgremien und Selbstbestimmt-Leben-Zentren außerhalb, an die sich Leute wenden können, die raus wollen.

Im Augenblick sind wir allerdings in einer Situation, daß diese Verbesserungen, die auch mit einem veränderten Selbstbewußtsein alter oder behinderter Menschen zu tun haben, durch materielle Verknappungen wieder rückgängig gemacht werden. Aber man muß sehen, daß es da eine Entwicklung gegeben hat, die bestimmte Probleme überhaupt erst mal bewußt gemacht hat.

Das Bild, die Arbeiterbewegung hat was erkämpft, heute wird es ihr wieder weggenommen, stimmt nicht, weil es diese Arbeiterbewegung nicht mehr gibt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich, auch wenn wir uns nach wie vor, wie zu Beginn des letzten Jahrhunderts im Kapitalismus bewegen, grundlegend verändert. Und das kommt mir in diesen Analysen zu kurz.

Ralf Schröder: Wir reden darüber, ob die Reaktion in diesem Land in diesem Augenblick auf einem großen Sprung nach vorne ist. Hermann hat den Beginn der zugehörigen Diskussion auf 1993 datiert, mit dem Manifest von Schmidt und Dönhoff, dann kamen Herzogs Ruck-Reden, das Schröder-Blair-Papier. In der großen Debatte um die Steuerreform 1999/2000 wurden etwa vom »Spiegel« schon fast wörtlich dieselben Argumente gebracht wie heute. Man könnte den Beginn des reaktionären Aufbruchs auch auf 1982 datieren, den Beginn neoliberalen Wirtschaftens unter Reagan-Thatcher-Kohl.

Die Frage ist: Haben wir tatsächlich einen Punkt erreicht, von dem man sagen kann, jetzt geht die Post ab. »Die Zeit« titelte vor ein paar Wochen: »Wenn Tatsachen putschen«. Diese Idee des Putsches, das diktatorische Gerede, jetzt müsse autoritärer regiert werden, das kriegt allerdings in diesen Wochen schon eine neue Qualität.

Die Mehrheiten dafür wären wahrscheinlich zu organisieren, wenn man das richtige Personal, das richtige Programm hätte. Aber ich sehe, wie gesagt, im Moment die politische Kraft und die politische Organisation nicht, die das umsetzen kann, und ich glaube auch nicht, daß die SPD es so umsetzen kann, wie es die Redakteure der »Zeit«, des »Spiegel« und der »FAZ« gerne hätten. Das traue ich der SPD nicht zu. Da würde sie vorher weggespült, von wem auch immer. Also: Weil sich die Reaktionäre untereinander sehr uneins sind, kommt ihr Vormarsch derzeit nur schrittweise voran. Und nicht etwa, weil eine starke Opposition sie behindern würde.

Trampert: Es muß doch Gründe haben, warum der SPD-Linke Michael Müller sagt, die Agenda 2010 entscheide darüber, ob Europa verliert oder ob es Amerika Paroli bietet, es muß ja Gründe haben, warum jahrzehntelang der Begriff Reform für soziale Verbesserung stand und heute Schrecken verbreitet. Du fragst immer nach denen, die das umsetzen können, und die machen längst ein Gesetz nach dem anderen.

Die Phase Ausbau und Aufbau der sozialen Sicherungssysteme ist abgelöst worden von einer Phase des Abbaus. Das Proletariat, das diese sozialen Reformen einmal erkämpft hat, verteidigt sie so gut wie gar nicht. Auch im Spektrum der sozialen Bewegungen kann ich größere Widerstände nicht erkennen.

Was ich sehe, ist eine halbe Million auf einer Friedensdemonstration in Berlin, die klatschen, wenn der Friedenskoordinator zum Schluß Deutschland, Frankreich, China und Rußland dankt für ihre friedfertige Haltung, und im Namen der Demonstranten diesen vier Staaten die Kraft wünscht, durchzuhalten. Wenn da keiner pfeift, sind diese halbe Million Köpfe schon Gefangene dieses Gegenimperiums. Dessen Staaten morden auf der Welt in Stellvertreterkriegen lustig

herum, und China mit seinen jährlich 15.000 auf Marktplätzen vollstreckten Todesurteilen für seine Friedfertigkeit zu danken – das gilt heute als Widerstand.

Ebermann: Die, denen das Leben sauer gemacht wird, bekommen quasi als Entschädigung die Quälerei derer angeboten, denen es noch dreckiger geht. Hätte man vor fünf Jahren gefragt, ob so ein Stadtstaat wie Hamburg sich Brechmittel-Einsatz gegen Dealer erlauben kann, hätte man von den Grünen gehört, das sei Folter, von der SPD, das sei menschenverachtend, und auch die CDU hat nicht danach gerufen. Inzwischen ist in Hamburg dieser Brechmittel-Einsatz, an dem dann ja auch ein Mensch krepiert ist, gerade nicht klammheimlich eingeführt worden, sondern mit einer großen Zahl von Top-Stories in den lokal dominanten Medien: Wie hat er sich gequält, wann hat er gekotzt, wurde er ohnmächtig, wie wurde er gefesselt, wie hat er sich gewehrt, wie hat man ihm die Kanüle angesetzt und so fort. Einen zivilgesellschaftlichen Widerstand dagegen gab es nicht, die Zahl der Demonstranten hat meiner Erinnerung nach nie die 200 erreicht.

Das Angebot des Staates heißt: Wir machen euch fertig, aber wir lassen euch an dem Erlebnis teilnehmen, wie wir die anderen noch ganz anders fertig machen, die Dealer, das Projektionsgefäß schlechthin. Und es wird angenommen. Am wenigsten noch bei den Grünen, von deren Wählern in einer Umfrage nur 71 Prozent Ja zum Brechmittel-Einsatz sagten, bei der CDU waren es 94 Prozent. Der demonstrativ harte, folternde Staat ist der beliebte, er entschädigt dafür, was gerade den unteren Schichten in diesem Prozeß des Quälens zugemutet wird. Und mit den Kräften der Gegenwehr, auf die man hoffen konnte, ist nicht viel los.

Wir können das spezielle Drangsalieren der Nicht-Produktiven nur begreifen, wenn wir es einerseits als ökonomischen Vorgang sehen: Was die nicht kriegen, fließt dem Akkumulations-Raum zu, und andererseits als Stabilisierung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Deswegen ist die Sprache, die Hermann zitiert hat, immer so voll von Phantasien von Härte und Brutalität und Durchgreifen.

Ilka Schröder: Die Weltmacht-Ambitionen werden verkauft werden als etwas, das mit positiven Werten besetzt ist, wozu die Friedensbewegung freiwillig oder unfreiwillig die Stichworte liefert mit ihrem Gerede von Völkerrecht und Menschenrechten. Wobei der einzige Streit darüber läuft, ob man das mit den USA macht oder gegen sie. Wenn sich Leute über Guantanamo oder die Todesstrafe in den USA aufregen, aber den Hamburger Brechmittel-Einsatz und die deutsche Folter-Debatte ohne Protest hinnehmen, sieht man, daß diese Opposition oder der Widerstand nur noch den Feinden des eigenen nationalen Kollektivs gilt.

Trampert: Das steht sich sehr gut gegenüber: Der Protest gegen die Todesstrafe in den USA und der Dank der Friedensbewegung an China.

Tolmein: Na ja, es gibt jetzt gerade ein neues EU-Auslieferungsabkommen mit den USA und einen deutschen Zusatz dazu über juristische Zusammenarbeit. Darin wird die Auslieferung von Inhaftierten an die USA auch dann erlaubt, wenn ihnen dort die Todesstrafe droht. Dagegen regt sich bislang kein zivilgesellschaftlicher Protest. Es gibt insgesamt eine Verrohung auch der »Zivilgesellschaft«.

Ralf Schröder: Das ist richtig, und trotzdem haben wir auf der EU-Ebene insgesamt einen ähnlichen Prozeß wie in Deutschland. Derzeit herrscht bei der Diskussion über die europäische Verfassung und den dazu gehörenden Konvent von deutscher Seite ebenfalls diese autoritäre Rhetorik vor: Wir müssen jetzt endlich einen starken Mann haben, einen Ratspräsidenten, der das Sagen hat, der den USA Paroli bietet. Wir müssen die Rüstungsindustrie schnell weiter europäisieren und zentralisieren, wir brauchen rasch mehr militärische Schlagkraft, und es ist nicht hinnehmbar, daß die Polen von ihren EU-Subventionen Kampfflugzeuge in den USA kaufen …

Aber in der EU geht es zu wie in Deutschland: Die Hau-Ruck-Rhetorik ist da, die Weltmachtambitionen sind da – und die gegenseitigen Blockaden durch ein Konglomerat unterschiedlicher Interessen und unterschiedlicher strategischer Orientierungen sind ebenfalls da. Das betrifft auch die europäischen Großkonzerne, die miteinander in erbitterter Konkurrenz verbunden sind.

Europa wird, wie Deutschland, immer reaktionärer und regressiver, aber schrittweise. Es ist nicht der große Sprung, so daß man sagen könnte, jetzt sei der Knoten geplatzt.

Ilka Schröder: Der Durchbruch findet gerade statt. Jetzt, am Ende des Irakkrieges, tritt ein neu formiertes Kern-Europa ganz explizit aus der Nato aus, nachdem es sich im Kosovokrieg bereits darauf vorbereitet hat.

Ralf Schröder: Das sind auf jeden Fall neue Qualitäten. Auch jede Rüstungsfusion ist eine Dosis zu einer neuen Qualität – aber beim nächsten Mal sind Deutschland und die Europäer vielleicht wieder mit der Nato dabei. Ich bin nicht sicher, daß die Nato tatsächlich schon erledigt ist.

Ilka Schröder: Sie war noch nie so sehr in Frage gestellt wie jetzt.

Trampert: Es gibt ja für das Ganze ein materielles Fundament. Deutschland, Frankreich, China, Rußland, die aus dem Irak rausgeflogen sind, hatten Öl-Verträge mit Saddam für 39 Milliarden. Diese Aufträge werden jetzt von den USA und zum

Teil von Großbritannien übernommen. Im Schatten des Afghanistankrieges haben die USA militärische Stützpunkte in allen Ländern Zentralasiens eingerichtet, die Öl-Kontrakte sind verknüpft mit Industrieprodukten von Telekommunikation bis Hotelbau. Das geht jetzt alles an amerikanische Firmen – bisher war die deutsche Industrie um das Kaspische Meer herum führend. Im Iran, das die USA jetzt bedrohen, sitzen 400 deutsche Firmen.

Die deutschen Weltmachtambitionen lassen sich gegen die USA nur mit Europa durchsetzen. Das macht einen Teil der Aggressivität jetzt aus. Und wenn dann nicht gleich alles gelingt und erst mal nur Deutschland und Frankreich sich binden und Polen seine vierte Teilung befürchtet und deshalb erstmal an die Seite der USA geht – das kriegen sie schon hin. Verheugen, der deutsche Euro-Kommissar, läßt die Polen schon mal wissen, wo in Zukunft ihr Markt ist und von wem sie ihr Geld kriegen oder nicht, wenn sie sich nicht von den USA lösen.

Gremliza: Die Frage, die mir noch nicht geklärt scheint: Was ist die Ursache für die Brutalität des Deutschland-Relaunchs, den wir gerade erleben? Ergibt sich die Enteignung und fast schon physische Bedrohung der Unproduktiven aus einem tatsächlichen Mangel an Mitteln oder aus dem Willen, die für den Griff nach der Weltmacht nötigen Profite so schnell und so umfangreich wie irgend möglich zu akkumulieren?

Ebermann: Es ergibt sich aus beidem. Erstens: Wenn durch die Entwicklung der Produktivität eine größere Zahl von Menschen für den Produktionsprozeß überflüssig wird, könnte eine Lage entstehen, in der die Alimentierung der Überflüssigen den gesamten Profit auffrißt. Dann würde das Kapital aufhören als Kapital zu fungieren – das kann der Kapitalismus nicht zulassen. Zweitens: Wenn wir davon ausgehen, daß die Produktivität doch weitgehend ausgereizt ist, wird der Wechsel von Staatskonsum und Sozialtransfer in den Fonds der Profite oder der Akkumulation tatsächlich ausschlaggebend für die Konkurrenz. Die Kapitalisten haben also nicht die Freiheit, sich von den Herren Schuby und Huffschmid beraten zu lassen, sondern sie können schon plausibel begründen, warum sie den sozialen Tüdelkram in den Wind schießen.

Gleichzeitig ist aber dieser Tüdelkram eine Maschine, die das Interesse des einzelnen transformiert in das Interesse des Allgemeinwohls. Wenn einer, dem es dreckig geht, sagt, er will mehr Geld, oder wenn er Mittel und Wege findet, umsonst irgendwo hinzukommen, wo man sonst bezahlen muß, bin ich schon mal mit ihm zufrieden. Transformiert er diesen Wunsch, mehr Geld zu haben, in den Gedanken, daß seine Kaufkraftstärkung auch dem Gemeinwesen, den Staatseinnahmen und dem Florieren des Mittelstands dient, hat er in seinem Kopf die Entscheidung, daß man nicht vom eigenen Interesse ausgehen darf, sondern stets das große Ganze zu berücksichtigen hat, schon vollzogen. Dann muß ihm nur noch beigebracht werden, daß er durch Selbstaufgabe dem großen Ganzen noch mehr dient, als durch die Stärkung seiner Kaufkraft.

Das macht das Argumentieren gegenüber denen, die ja oft tatsächlich einen ursprünglichen Impuls gegen bestimmte Ungerechtigkeit haben, so schwierig, weil sie sich selber schon als Staat definieren. Weil sie die Plausibilität ihres Interesses schon daraus ableiten, daß es dem Gemeinwohl dienlich sei. Du kommst an die Leute also nicht ran. Es ist kein Widerspruch zwischen schroffer oder weniger schroff. Sondern es ist zunächst die Fragestellung: Gehst du mit deinem Mitleid oder deinem Solidaritätsgefühl von einem egoistischen Standpunkt aus oder nicht.

Tolmein: Hermanns Frage war, ob Deutschland wie jeder Staat, der als Weltmacht antreten will, ob jetzt alleine oder im Verbund mit anderen EU-Staaten, gezwungen ist, sich dafür fit zu machen indem er gegen seine nicht so fitten Bürger vorgeht und sie immer weniger alimentiert.

Ich denke, die ökonomische Seite ist dabei wichtig, sie ist aber nicht das einzige. Es gibt jenseits der ökonomischen Rationalität, die diesem Prozeß innewohnt, noch ein ganz irrationales Moment, das sich zum einen in der Praxis des zunehmend autoritären Sicherheitsstaates zeigt, der in einem enormen Maße Geld verschlingt, obwohl er rational gesehen gar nichts bringt, und dessen Schärfe sich mit rationalen Kriterien gar nicht erklären läßt, denn man kann ganz wunderbar Weltmacht werden ohne Brechmitteleinsatz und ohne Folterdrohungen auf den Polizeirevieren, möglicherweise sogar besser, weil man als menschenrechtlicher Musterstaat die Menschenrechte leichter auf der ganzen Welt einfordern kann.

Im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik gibt es eine Tendenz beispielsweise gegen emanzipatorische Bestrebungen zur Abschaffung von Institutionen oder gegen weitreichende Formen von Integration, die ökonomisch gesehen durchaus kontraproduktiv sein kann. Man möchte bestimmte Gruppen, etwa Behinderte, ausgrenzen und fremdbestimmt leben lassen, obwohl das Gegenteil ökonomisch effizienter sein könnte. Das scheint mir auch interessant für das Verhältnis Deutschland/USA. In der Frage der ökonomischen Effizient gleicht sich Deutschland den USA an, da gibt es eine Amerikanisierung, oft beifällig beklatscht von Leuten, die sich sonst als Antiamerikaner profilieren. Aber mit Blick auf Bürgerrechte, ein Ansatz, dem Linke ja bisweilen wenig abgewinnen können, die aber doch ein gewisses emanzipatorisches Potential haben, gibt es keinen Ideen-Import aus den USA. Dabei geht es eben nicht nur um ökonomische Rationalität.

Gremliza: Es geht auch um sozialpsychologische Rationalität, also um die Frage, wie effizient ein Sozialstaat ist, ein Staat mit effizienten Gewerkschaften und gut organisierter Reproduktion von Arbeitskraft. »Unser Modell des Sozialstaates« war über Jahrzehnte die PR-Nummer aller Parteien, die Begründung dafür, daß Deutschland, wie man im aktuellen

Wirtschaftsjargon sagen würde, besser aufgestellt ist für den internationalen Konkurrenzkampf als beispielsweise, früher, die wild streikenden Engländer und Italiener, oder heute die USA, deren wild wachsender Kapitalismus um kurzfristiger Profite willen seine eigenen künftigen Chancen zerstört.

Trampert: Wenn die sozialpolitische Korrektur und der Widerstand aus dem Denken herausgehen, setzt die Marktphilosophie sich totalitär in die Köpfe, und die ist die permanente Selektion von stark und schwach, von wertem und unwertem Leben. Das Unproduktive auszumerzen ist die einzige Philosophie, die der Markt kennt. Wer seinen Konkurrenten, seinen Gegner ruiniert, ist berechtigt, sich über dessen Kadaver herzumachen: Personal, Maschinen, Kundenstamm. Das geht, als Denken, bis nach unten durch. Je weniger das Korrektur erfährt im Denken und Handeln, desto totalitärer wird diese Marktphilosophie der Ausmerzung, des unnützen Menschen.

Ebermann: Oliver hat recht, wenn er sagt, daß man wirklich etwas falsch machen würde, wenn man, bei allem was man beobachtet, nur nach dem ökonomischen Nutzen sucht. Ein Beispiel: Die Hamburger Müllbeseitigung, die tarifär bezahlt wurde, ist tatsächlich sehr viel kleiner geworden. Man hat über den Arbeitsdienst das Leeren von Papierkörben und das Suchen unter den Sträuchern nach Kacke und Taschentüchern den Sozialhilfeempfängern aufgebürdet. Aber diese unendliche Freude, die du beobachten kannst, wenn die Würstchen, die Arbeitsplätze haben, an denen vorbeispazieren, und das Suhlen in der Demütigung, die der andere erfährt, ist natürlich ein unglaublicher Ansporn, da nie hinzukommen. Und sich allen neuen Anforderungen des Arbeitslebens sklavisch zu unterwerfen. Die haben Freude und Angst.

Das Bild des Lebenskünstlers ist ja aus allen Diskussionen verschwunden. Die bevölkerten in den 80er Jahren die Talkshows. Aussteiger, Manager, die jetzt endlich den Sinn des Lebens gefunden hatten, auch Betrüger, Hochstapler. Das Wort Lebenskünstler ist verschwunden, und daß die gequält werden müssen, ist ja Genuß. Ich sehe das immer wieder, daß der Politiker der beliebteste sein wird, der irgendein Ritual des Quälens am exzessivsten betreibt.

Wir sehen jetzt in jeder Talkshow die doppelte Anklage: gegen den Sozialschmarotzer und gegen den zu hoch abgefundenen Manager. Der starke Mann der Zukunft wird auch gegen die sogenannten Prasser vorgehen.

Gremliza: Es ist ja alles andere als Zufall, daß die wesentlichen Topoi aus den Parteiprogrammen der rechten und rechtsextremistischen Parteien der Weimarer Republik fröhliche Wiederkehr feiern: der zerstörerische Egoismus von einzelnen und Gruppen, das Parteiengezänk, die Korruption, die Schmarotzer unten und die prassenden Plutokraten oben. Und mir scheint, wir führen die richtigen Debatten immer zur falschen Zeit. Wir haben über die Faschisierung der BRD zu einem Zeitpunkt miteinander gestritten, wo sie nicht wirklich ein Thema war, und nun scheinen Begriff und Überlegung zu einem Zeitpunkt, wo es wirklich ein Thema wird, verbraucht. Mit Faschisierung meine ich nicht die Wiederkehr des Nationalsozialismus, sondern eine Ent-Demokratisierung, eine Ent-Sozialisierung der bürgerlichen Demokratie und ihre Transformierung in eine autoritär formierte Gesellschaft.

Ebermann: Warum möchtest du denn so apodiktisch ausschließen, daß eine bestimmte Form der Diktatur nicht wiederkommt? Ich habe mich dazu jetzt sehr zurückhaltend geäußert, weil ich insgesamt vom Prophetentum eine schlechte Meinung habe. Aber ich kann, so wie die Medien und die Eliten hier durchdrehen, überhaupt nichts ausschließen, wenn tatsächlich ein paar Notstände eintreten.

Wir haben ja immer noch eine im großen und ganzen brillant florierende Ökonomie. Sie ist der Hintergrund, vor dem wir sagen: Dies und jenes steht nicht an. Aber welche Eskalation wie schnell gehen kann, hat die Vergangenheit gelehrt – wie schnell die Deutschen dressiert werden konnten, eine Frontstellung zu den USA einzunehmen. Daß unterschwellig immer so etwas mitlief, ist mir bewußt, aber in den letzten drei Jahren ist das ein Standard geworden, von dem ich behaupten würde, daß er in dieser Massivität in den 90er Jahren nicht an mein Ohr gedrungen ist. Daß einem jeder mitteilen muß, was die Amerikaner für Sauhunde sind, das wurde aus der Latenz in eine Allgegenwart befreit.

Trampert: Einerseits hat Demokratie noch einen großen Spielraum, Grauenvolles mit Menschen anzurichten, so daß das Weitere nicht unbedingt passieren muß, es sei denn, es kommt zu Verwerfungen des Kapitalismus, in denen, wie Marx sagt, jeder versuchen wird, zu Lasten des andern sein Stück zu retten.

Ralf Schröder: Aber es scheint doch sehr gewagt, die Errichtung eines protofaschistischen oder autoritären Regimes unmittelbar an ökonomischen Kenngrößen festzumachen. Die Voraussetzungen, unter denen rechte Diktaturen eingeführt wurden, etwa in Griechenland, Portugal, Spanien, Deutschland, Argentinien, Chile, waren ökonomisch, sozial und politisch sehr unterschiedlich…

Gremliza: *Eine* Voraussetzung war in allen Fällen die gleiche: Es ging gegen eine starke, als gefährlich empfundene Linke.

Ralf Schröder: Mit den Leuten kann man derzeit offensichtlich machen, was man will, die Akzeptanz von Unterdrückung oder Verzicht zugunsten des Allgemeinwohls oder der Volksgemeinschaft ist ja vorhanden. Wenn man sich die kürzlich geführte Folterdebatte ansieht: 75 Prozent der Deutschen finden Folter, wenn sie denn gesetzlich geregelt würde, ganz in Ordnung, aber alles schreit danach, daß die USA gefälligst das Völkerrecht einzuhalten haben. Diese Formierung zeigt, daß

die Zerstörung des bürgerlichen Rechtsstaates und die Aufhebung der individuellen Grundrechte hierzulande kein Problem wäre. Dieser Prozeß ist, beschleunigt seit dem 11. September 2001, längst im Gange – aber er vollzieht sich ebenfalls in kleineren und größeren Schritten. Wenn es zu irgendeiner Art von Rebellion oder Chaos käme, würden die Leute ein autoritäres Regime, das ihrem elenden Leben wieder einen volksgemeinschaftlichen Sinn gäbe und zumindest das immaterielle Elend linderte – das materielle bliebe ja – , sehr begrüßen.

Gremliza: Anders als der uns bekannte Faschismus brauchte dieses Regime keine linke Opposition niederzuknüppeln, denn die gibt es nicht. Wenn keiner, den du enteignest, sich wehrt, mußt du nicht zuschlagen.

Ralf Schröder: Mir scheint, als führten wir dieses Gespräch als Zaungäste eines Prozesses, in dem andere ihre Händel austragen. Gegen die Bourgeoisie und die herrschende Klasse sind wir ohnehin, die Gewerkschaften mit ihrem volksgemeinschaftlich kontaminierten Solidaritätsbegriff mögen wir auch nicht, und Attac, also die Leute, die tatsächlich auf der Straße was tun, gilt uns als eine antiamerikanisch-antisemitische Bewegung, mit der wir nichts zu tun haben wollen. Wir reden hier von Sachen, mit denen wir insofern nichts zu tun haben, als wir in ihnen nicht aktiv sind, in ihnen nicht präsent sind. Das ist kein Plädoyer gegen das Analysieren und Theoretisieren. Aber man muß tatsächlich zur Kenntnis nehmen, daß die Linke ziemlich isoliert ist – oder sich vielleicht, aus guten oder schlechten Gründen, selbst isoliert.

Trampert: Ich würde nie auf die Idee kommen, damit zu prahlen, daß Thomas und ich im letzten Halbjahr in 65 Städten in den Sälen waren, mit Gott und der Welt diskutiert haben. Aber wenn einer sagt, ich hab mit den Menschen nichts zu tun, muß ich das wohl sagen. Wir sollten uns nicht zu klein machen. Wir bemühen uns immerhin, einen Beitrag zu leisten gegen das was Adorno einmal so formulierte: »Es ist eine fast unlösbare Aufgabe, weder von der Macht der anderen noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.«

Ebermann: Hermann hat in KONKRET gefragt, was ein Kommunist mit dem angefangenen Jahrhundert anfangen soll. Was sollen wir mit den zweifellos schwachen Kräften in den nächsten Jahren machen? Ich finde, daß ein Teil der Linken richtig dezidiert ignorant ist gegenüber Armut und Drangsal. Von denen haben wir uns, ohne darüber zu sprechen, irgendwie abgegrenzt. Und gleichzeitig sind wir in einer Situation, wo diejenigen, die wir gerne erreichen würden, ohne sie als Proletarier anzusprechen, wie Adorno von uns verlangt, also, sie nicht besser zu machen als das Bürgertum, sondern festzustellen, daß sie alle Häßlichkeiten desselben ebenfalls aufweisen, sich nicht erreichen lassen wollen. Früher mal haben die, die so alt sind wie ich, daran geglaubt, daß das wachküßbar sei, und haben eine unglaubliche Materialschlacht veranstaltet, mit viel persönlichem Unsinn. Ich muß mir ja nur vorstellen, daß ich da nicht herausgefunden hätte – dann wäre ich jetzt bei der Norddeutschen Affinerie …

Gremliza: … oder, schlimmer, als Minister im Bundeskabinett …

Ebermann: Das Schlimmste ist, daß diejenigen, die einige der wertvollsten Sachen machen, uns nicht hören wollen. Nimm die dreißig, vierzig Leute, die in Hamburg zu Aktionen gegen den Brechmittel-Einsatz mobilisiert haben, unentwegt, oder die jetzt Protest gegen den neuen Abschiebeknast organisieren. Die haben – im Gegensatz zu uns – oft keine Lust zu reflektieren. Die einen wollen nicht bei den Gebrechen und bei den Gebeutelten sein, und die anderen wollen nicht denken.

Rainer Trampert: »In jeder Talkshow werden Rentner, Kranke und Arbeitslose nicht mehr als Menschen bezeichnet, sondern als Lohnnebenkosten, die man senken muß. In ihrer Verdinglichung zu lästigen Kosten spielt der Tod mit.«

Ralf Schröder: »Ich sehe im Moment einfach nicht die politische Kraft, die eine im weitesten Sinne autoritäre oder faschistoide Krisenlösung durchsetzen könnte. Obwohl aus den ›Spiegel‹-Zitaten implizit und auch explizit die Drohung mit populistischen Bewegungen herauszulesen ist.«

Ilka Schröder: »Das antiamerikanische Ressentiment, das deutsche Politiker im Irakkrieg mobilisiert haben, hat jene massenhafte Stimmung erst möglich gemacht, in der Änderungen durchgesetzt werden können, die eigentlich unter dem Label Amerikanisierung durchgehen würden, nämlich als Privatisierung.«

Thomas Ebermann: »Der Nachweis, daß wir zu viele Nieten in Nadelstreifen haben, zu viele unfähige Regierungsmitglieder und sonst was, ist Tüdelkram. Richtig ist: Der Kapitalismus kehrt in seine authentische Form zurück, und das hat für das Menschenmaterial, wenn es nicht den Kapitalismus bekämpft, verheerende Folgen.«

Oliver Tolmein: »Wir sind uns in 90 Prozent, na, vielleicht in 83 Prozent der Beschreibung des Grauens einig – mir gefällt aber der Gestus, mit dem derzeit bilanziert wird, nicht mal zu 20 Prozent.«

Hermann L. Gremliza: »Noch vor zwanzig Jahren wäre jedem linksliberalen Leitartikler aufgefallen, daß die Frage, wieviel Geld eine Gesellschaft für Alte und Kranke, ausgeben will, eine moralische ist. Versicherungsmathematisch, als Frage der demographischen Entwicklung und ihrer Kosten betrachtet, gibt es nur eine richtige Antwort: Euthanasie.«

»Es ist eine fast unlösbare Aufgabe, weder von der Macht der anderen noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.« (Theodor W. Adorno)

Konkret 07/03, S. 43

Peter Böhm

Befreite Gebiete

Ein Gang durch die blühenden Landschaften der ehemaligen Sowjetunion.

Was ist bloß passiert? Innerhalb von nur 12 Jahren sank die durchschnittliche Lebenserwartung für Männer um fünf Jahre. Fünf Jahre durchschnittliche Lebenserwartung weniger bedeutet: Jeder zweite Mann stirbt nun zehn Jahre früher, jeder dritte 15 Jahre, jeder fünfte 25 Jahre usw. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt nun bei 59 Jahren. In der EU leben die Männer im Durchschnitt 16 Jahre länger, also mehr als ein Viertel des Lebens der anderen. Das sind die ersten, im Frühjahr veröffentlichten Ergebnisse einer Untersuchung der Lebensbedingungen in zwölf Ländern. Von der EU-Kommission finanziert und vom österreichischen Institut für Höhere Studien (IHS) koordiniert, wurden dafür mehr als 18.000 Personen von elf lokalen Instituten interviewt.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung aus den nun unabhängigen Ländern einer einst stolzen Weltmacht lesen sich wie die vertrauten Katastrophenszenarien aus einem Dritte-Welt-Land. Von »schlechter Wasserversorgung« ist die Rede, »ungenügenden sanitären Anlagen« und »Nahrungsmittelknappheit«. Knapp die Hälfte der Menschen in diesen Ländern arbeitet und studiert nicht, und jeder fünfte Bürger hat Probleme, sich Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch und Zucker zu besorgen. Gemildert wurde diese »Hungersnot« nur, weil im Kernland fast 70 Prozent der Leute ein Stück Land haben, auf dem sie selbst Nahrungsmittel anbauen können. Über zwei Drittel der Befragten sagen, daß sie früher einen deutlich höheren Lebensstandard hatten.

Einer der Gründe, warum die Männer dort nun so viel jünger sterben, ist die Vervierfachung des Alkoholkonsums. Im Durchschnitt trinken alle – Männer und Frauen – nun 14 Liter Alkohol pro Jahr, gab kürzlich der Vizepremier des Kernlandes bekannt. Ein anderer Grund für die Reduktion der durchschnittlichen Lebenserwartung könnte der dramatische Anstieg der Selbstmordrate im Kernland sein. Seit 1994 hat sie sich verdoppelt. Möglich auch, daß es an der Höhe der Rate der »Verbrechen gegen die Persönlichkeit« liegt. Basierend auf operativen Berichten des Innenministeriums des Kernlandes geht man davon aus, daß 70.000 Menschen im Jahr 2002 umgebracht wurden, 83.000 spurlos verschwanden, während die Leichname von weiteren 41.000 Personen nicht identifiziert werden konnten. Zusammen mit Kolumbien und Südafrika hat das Land damit die höchste Mordrate der Welt. Nimmt man jedoch die Verschwundenen und Nicht-Identifizierten hinzu, ist die Wahrscheinlichkeit, eines natürlichen Todes zu sterben, in dieser Gegend so niedrig wie nirgendwo sonst.

Die Polizisten haben dort mehr als 50 Aufgaben übernommen, um ihr Gehalt aufzubessern. Das hat das Institut für soziale und wirtschaftliche Probleme der Bevölkerung bei der Wissenschaftsakademie des Kernlandes herausgefunden. Dafür hat es über 2.000 Milizionäre aus acht Regionen interviewt. Die Liste dieser mehr als 50 Nebentätigkeiten liest sich wie der Lehrplan für die Ausbildung zum Mafiaboß und beinhaltet Aufgaben wie den Handel mit Papieren für gestohlene Autos und falschen Pässen, das Sammeln kompromittierenden Materials über Personen, das Eintreiben von Schulden, Waffen- und Drogenschmuggel sowie Geiselnahme. 65 Prozent der Beamten geben ganz offen zu, daß sie bei »Streitigkeiten zwischen Wirtschaftsobjekten« auf einer Seite eingreifen, oder wie es der Leiter der Studie, Leonid Kosals, ausdrückt: »Wenn ein Geschäftsmann zum Beispiel die Firma eines Rivalen übernehmen will, muß er nur einen Beamten bestechen, der wiederum die Polizei anruft, und die erledigt dann den Job.« – »Du hast Schulterklappen und Verstand, geh und verdiene dir etwas«, zitiert die Studie einen Moskauer Milizionär.

Das ist die Lage im Kernland. In den Ländern an der Peripherie sieht es noch krasser aus. Früher hatten Armenier und Georgier, Kirgisen und Jakuten denselben Lebensstandard wie die Leute im Kernland, aber nun sind die Subventionen von dort weggebrochen, und der soziale Abstieg ihrer Länder deshalb noch drastischer. Nur veröffentlichen sie dort schon lange keine Statistiken mehr oder nur noch völlig phantastische. Am düstersten dürfte es in den fünf zentralasiatischen, mehrheitlich islamischen Ländern aussehen. Aus Tadschikistan und Kirgistan sind innerhalb von nur 12 Jahren Dritte-Welt-Länder geworden – mit allem, was dazugehört: Massenarmut, Zerfall der staatlichen Institutionen und politische Instabilität. Allein die bunten Meldungen der letzten Monate aus Kirgistan sprechen Bände: Die Grenztruppen des Landes wildern Bären und seltene Antilopen, um sich zu ernähren oder um das Fleisch auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen; in den überlasteten Leichenhallen des Landes vermodern die Leichen, weil die Verwandten sich das Begräbnis ihrer Hinterbliebenen nicht leisten können; und im Krankenhaus im Aksi-Bezirk, im Süden des Landes, sind die Blutkonserven so knapp, daß die Patienten erst entlassen werden, wenn sie Blut gespendet haben, oder – natürlich – die Ärzte bestochen.

In Usbekistan wird man in einem Krankenhaus nicht behandelt, und Studenten bekommen keine Zeugnisse, ohne zu bestechen. Turkmenistan wird von einem Irren regiert, und das ölreiche Kasachstan von einem, neben dessen Gier die Mobutu Sese Sekus wie die eines Waisenkindes aussieht. Im vergangenen Sommer mußte der Premierminister des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew einräumen, daß das Schweizer Konto mit der Milliarde US-Dollar darauf

tatsächlich existiert, von dem die Zeitungen des Landes schon länger berichtet hatten. Das Geld sei für den Fall gedacht, sagte der Premier, daß der Preis für Erdöl auf dem Weltmarkt wieder sinke. Das Konto lief jedoch auf Nasarbajews Namen, und von einem derartigen Stabilisierungsfonds hatte bis dahin niemand gehört. Die US-amerikanischen Justizbehörden ermitteln gegen Nasarbajew wegen der Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von mehreren Hundert Millionen US-Dollar.

Aber das wahrscheinlich deprimierendste Dokument darüber, was passiert ist, ist eine Lektion aus *Langenscheidts Praktischem Lehrbuch Russisch II. Ein Lehrwerk für Fortgeschrittene*. Lektion 2 ist nämlich ein Text über die 40jährige Irina, der den Niedergang einer ganzen Gesellschaft so sachlich und matter-of-fact schildert, daß einem der Atem stockt. Jeder, der schon einmal eine Fremdsprache gelernt hat, weiß, daß die Lehrbücher nur das Beste an ihren Ländern herausstreichen. Aber warum das Offensichtliche verschweigen, muß sich der Autor dieser Lektion gedacht haben, wenn sowieso jeder sehen kann, was los ist, und hat in Irinas Leben die Biographie von Millionen anderen kondensiert:

Irina war früher Malerin. Sie hat zwei Kinder, ihr Mann hat sie vor langer Zeit verlassen. Vom Verkauf ihrer Bilder konnte sie früher gut leben. Ihre Kinder gingen in die Musikstunde und den Sportklub, und einmal im Jahr fuhr die Familie in den Urlaub ans Schwarze Meer. Jetzt hat sich die »soziale Situation geändert«, und kaum einer kann sich mehr leisten, Irinas Bilder zu kaufen. Irina kann jedoch auch mit billigen Lebensmitteln »lecker« kochen. Vor allem aber hat sie »ein goldenes Händchen«: »Sie kann herrlich stricken und häkeln.« Und so malt Irina nur noch abends und häkelt und strickt am Tage. Früher ging sie auch noch jede Woche ins Theater, in eine Kunstausstellung oder die Philharmonie, doch jetzt sind die Eintrittskarten so teuer geworden, und außerdem hat sie ja auch keine Zeit mehr. Ob sie noch einmal heiraten will, wird sie gefragt. Nein, lieber nicht, sagt sie: »Viele unserer alleinstehenden Männer wollen doch nur heiraten, um angenehmer zu leben: ein paar Rubel nach Hause bringen, auf dem Sofa liegen und nichts mehr tun« – sowie Wodka trinken, wenn man der Statistik glaubt. Eine Million menschliche Tragödien als Landeskunde in den Lehrbüchern für Ausländer! Kann ein Land tiefer sinken? Was ist bloß passiert?

Das: Die Sowjetunion ist zusammengebrochen, und dort entstehen gerade blühende Landschaften.

Peter Böhm ist Zentralasien-Korrespondent in Usbekistan und hat gerade das Buch »Oh, Mama Afrika! Einmal quer durch den Kontinent« (Books on Demand) veröffentlicht

Konkret 07/03, S. 44

Corry Görgü

» ... die armenische Rasse zu vernichten«

Die Leugnung des Völkermords an den Armeniern gehört in der Türkei und in Deutschland nach wie zur Staatsräson.

Kürzlich verpflichtete der türkische Erziehungsminister Hüseyin Celik in einem Runderlaß sämtliche Schüler an Grund- und Mittelschulen der Türkei dazu, Aufsätze zu verfassen, in denen sie die Behauptungen über den »angeblichen Völkermord an den Armeniern« als Lügen entlarven. Am 24. April, dem nationalen Gedenktag der Armenier, führten Anhänger der »links«-nationalistischen Arbeiterpartei von Dogu Perincek in Paris und Brüssel antiarmenische »Protestaktionen« durch und hißten unter dem Beifall der türkischen Presse auf dem armenischen Mahnmal am Place du Canada in Paris die türkische Flagge. Ausgrabungen im Osten der Türkei sollen »beweisen«, daß in Wahrheit die Türken Opfer armenischer »Massenmorde« geworden waren.

Die Leugnung des Völkermords, dem in den Jahren 1915/16 zwischen einer und 1,5 Millionen Armenier zum Opfer fielen, ist in der Türkei nach wie vor Teil der Staatsräson. Mehr noch: Die Bezeichnung »Armenier« dient häufig als Synonym für »Verräter«, »Staatsfeind«. Während des Krieges in den kurdischen Gebieten (1984-1999) diffamierte die türkische Militärpropaganda die aufständischen Kurden vorzugsweise als »armenische Bastarde«, um ihre besondere Minderwertigkeit zu unterstreichen und Folterungen zu rechtfertigen.

Doch auch die deutschen Behörden tun sich schwer: Als der Zentralrat der Armenier in Deutschland vor einigen Jahren in einer Petition die Anerkennung des Völkermordes durch den Bundestag forderte, lehnten (mit Ausnahme der PDS) die Vertreter aller Parteien die Forderung der Armenier ab. Für die FDP regte sich Wolfgang Gerhardt besonders darüber auf, daß die Petition auch die Verantwortung des Kaiserreichs und der deutschen Regierung an dem Völkermord erwähnte. Für ihn schien die Initiative »vor allem Ausdruck des Bemühens zu sein, an jedwedem Übel in der Welt eine wie auch immer geartete deutsche Mitschuld zu konstruieren«.

Diese Mitschuld braucht allerdings keineswegs »konstruiert« zu werden: Während des Ersten Weltkrieges war das Osmanische Reich nicht allein verbündeter »Waffenbruder« des Deutschen Reiches – die türkisch-osmanische Armee unterstand in weiten Teilen deutschen Generälen, die als »Militärmission« zur Ausbildung ins Land geschickt worden waren; sie war obendrein mit deutschen Waffen ausgerüstet. Die diplomatische und militärische Korrespondenz belegt, daß die deutschen Stellen sehr wohl im Bilde waren, daß es sich beim Vorgehen der Türken gegen die Armenier nicht um »kriegsbedingte Umsiedlungsaktionen« handelte, sondern »daß die türkische Regierung tatsächlich den Zweck verfolgt, die armenische Rasse im türkischen Reich zu vernichten« (aus einem Telegramm des deutschen Boschafters Wangenheim an den Kanzler Bethmann Hollweg vom 7. Juli 1915). Einzelne Offiziere, wie z.B. Eberhard Wolfskeel von Reichenberg waren darüber hinaus direkt und aktiv an den Deportationen beteiligt. Nach der militärischen Niederlage 1918 konnten viele der für den Völkermord verantwortlichen türkischen Militärs und Politiker mit deutscher Hilfe fliehen. Die Hauptverantwortlichen Enver (Kriegsminister) und Talat (Innenminister) genossen ihr Exil in Berlin (bis Talat im März 1921 von dem Armenier Tehlirijan erschossen wurde).

Während der zwanziger Jahre war der Völkermord an den Armeniern international durchaus ein Thema, auf Druck der Alliierten wurden einige der Schuldigen in der Türkei vor Gericht gestellt, im Friedensvertrag von Sèvre spielte die türkische Verantwortung eine Rolle, und in Deutschland wurde der Prozeß gegen den Attentäter Tehlirijan vor dem Berliner Schwurgericht zu einem ersten »Tribunal« über die Ereignisse, in deren Folge der Täter freigesprochen wurde. Doch wenige Jahre später war das Ereignis verdrängt und vergessen.

Die Mitglieder des Bundestages handeln durchaus im Einklang mit der deutschen Historiographie: In Schulbüchern, historischen Darstellungen und an deutschen Universitäten sucht man das Thema vergeblich, bekanntlich spielen »außenpolitische Rücksichtnahmen« auch für die »unabhängige Forschung« eine Rolle.

Eine rühmliche Ausnahme bildet Wolfgang Gust, der nachgewiesen hat, daß die von Lepsius herausgegebene Aktenedition *Deutschland und Armenien 1914-1918. Sammlung diplomatischer Aktenstücke* (Potsdam 1919) die lange als Standardwerk galt, geschönt war, um die deutsche Rolle herunterzuspielen. Das umfangreiche Quellenmaterial hat Gust unter www.armenocide.de ins Internet gestellt.

In der Schweiz hat nun der Nahosthistoriker Hans-Lukas Kieser gemeinsam mit Dominique Schaller von der Arbeitsgruppe für Genozidforschung an der Universität Zürich den voluminösen Band *Der Völkermord an den Armeniern und die Shoah* vorgelegt. Anliegen des Bandes ist dabei nicht etwa eine Gleichsetzung des armenischen Genozids mit der Shoah, sondern ein Vergleich, der Gemeinsamkeiten wie Unterschiede herausarbeitet.

Explizit wenden sich die Herausgeber in ihrer Einleitung gegen eine »Mystifizierung der Shoah« als »irrational«, da eine solche Sichtweise die Möglichkeit versperre, historische Vorgänge zu begreifen, und, womöglich, aus ihnen zu lernen. Als

gemeinsamen Hintergrund der untersuchten Ereignisse machen sie z.B. aus, daß sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowohl in Zentral- und Osteuropa als auch im Nahen Osten »das ethno-nationale Prinzip als wichtiges Denkmuster« durchsetzte. Außerdem spielten das sozialdarwinistische Konzept »Lebensraum« sowie bakteriologische und chirurgische Metaphern zur Beschreibung gesellschaftlicher Phänomene eine Rolle. In den antiuniversalistischen Konzepten der Jungtürken wie der Nationalsozialisten bildeten die eigene »Nation und Rasse« den höchsten Wert.

Der Band ist in drei Themenkomplexe gegliedert: 1. der Völkermord an den Armeniern, 2. der Vergleich mit der Shoah (»Kontexte, Kontinuitäten und Kontraste«) und 3. die Rezeption des Völkermords an den Armeniern.

Im ersten Teil zeichnet Hilmar Kaiser die systematische Enteignung der Armenier der Provinz Erzurum sowie ihre Vernichtung nach. Kieser liefert eine Täterbiographie des Arztes Dr. Mehmed Reshid, einem der Gründer des »Komitees für Einheit und Fortschritt« und Absolvent der medizinischen Akademie der Armee, der 1915/16 als Gouverneur von Diyarbakir eine entscheidende Rolle bei der Vernichtung der Armenier in dieser Region spielte. Reshid, keineswegs ein »Extremist«, sondern eher ein typischer Vertreter der jungtürkischen Elite, der zu Beginn seiner Politisierung noch gegen die Armenier-Massaker der Jahre 1895/96 protestiert hatte, entwickelte sich zum fanatischen Nationalisten, der, beseelt von der europäischen Idee der »Sozialhygiene«, die »Eliminierung« der armenischen »Mikroben« aus dem »Volkskörper des Vaterlandes« als seine Pflicht betrachtete.

Gemeinsam ist den Einzelstudien des Buches die Erkenntnis, daß auch der Völkermord an den Armeniern (wie die Shoah) nicht nach einem zentralen, vorformulierten Generalplan ablief, sondern Resultat des Zusammenwirkens verschiedener ökonomischer, militärischer und ideologischer Faktoren war, die sich gegenseitig verstärkten. So konstatiert der Historiker Bloxham aus Edinburgh die Schwierigkeit, den »Beginn« der armenischen Katastrophe festzustellen und zu entscheiden, wann und mit welcher Maßnahme genau die Schwelle zwischen der Befriedung militärisch kritischer Gebiete und einer geplanten Massenvernichtung überschritten wurde, da »nur wenige Genozide einer präzisen Blaupause« folg(t)en. In einem weiteren Beitrag widerspricht Bloxham der von wichtigen Forschern vertretenen These von der Mitschuld des wilhelminischen Deutschland.

Demgegenüber konstatiert Wolfgang Gust: »Nur mit dem Bündnispartner Deutschland waren die Jungtürken in der Lage, den Völkermord an den Armeniern durchzuführen.« Gust erinnert an die ideologische Verfaßtheit der deutschen Eliten zu Beginn des Jahrhunderts, die den »ungermanischen, gleichmacherischen« Idealen der französischen Revolution ablehnend gegenüberstanden. Die Armenier im Osmanischen Reich (die häufig eine »westliche« Ausbildung genossen hatten, also ebenfalls mit »aufklärerischen« Idealen »infiziert« waren) galten vielen deutschen Diplomaten als potentielle Verräter, einige betrachteten sie als »Juden des Ostens«, die sie mit typisch antisemitischen Stereotypen stigmatisierten. Gust betont, daß nur wenige deutsche Vertreter bei den türkischen Stellen gegen die Vernichtung der Armenier protestierten, deutsche Absicht war vielmehr, »die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht«, wie es in einer Notiz des Kanzlers Bethmann Hollweg heißt.

Ärgerlich ist lediglich der von Peter Wien verfaßte Beitrag des Buches. Er tut die Zusammenarbeit arabischer Nationalisten mit dem NS-Regime als »Mythen« ab und bezeichnet die Faszination (und den ideologischen Einfluß), die Nazi-Deutschland auf jene ausübte, als bloße »zeitliche Koinzidenz«. Lesenswert dagegen sind die Aufsätze von Hans-Walter Schmuhl, Dominik Schaller und Annette Schaefgen, die die Haltung der deutschen Öffentlichkeit zur »armenischen Frage« und zum Völkermord untersuchen, von den rassistischen Stereotypen der Alldeutschen bis hin zum »pragmatischen« Schweigen der aktuellen deutschen Außenpolitik mit Rücksicht auf die Belange der Türkei. Besonders wichtig ist hier der Hinweis, daß der nachträgliche »Sieg« der Türkei im sogenannten Befreiungskrieg von 1920 bis 1923 und die Anerkennung seiner Ergebnisse im Vertrag von Lausanne die Vertreibung von 1,5 Millionen Griechen und den Völkermord an den Armeniern faktisch sanktionierten. Der international verbindliche Vertrag von Lausanne legitimierte vor achtzig Jahren das Prinzip von Deportationen und »Bevölkerungstransfers«, heute mit dem Unwort »ethnische Säuberungen« bezeichnet.

So hat nicht nur Deutschland eine Aufarbeitung des armenischen Völkermords bislang verhindert. Aufgrund der strategischen Bedeutung des türkischen Bündnispartners haben sowohl die USA als auch Israel sich bislang einer Anerkennung des Völkermords widersetzt, wobei die Lobbyarbeit türkeifreundlicher Orientalisten wie Stanford Shaw oder Bernard Lewis eine besonders unrühmliche Rolle spielt. Yair Auron beschreibt in seinem Beitrag die sehr kontroversen Debatten innerhalb der jüdischen Gemeinschaft. So gab es bereits zur Zeit der ersten Armenierpogrome unter Abdülhamid eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Lazare (der diese Pogrome anprangerte und die pro-osamanische Haltung der Zionisten verurteilte) und Herzl, der sich zum Fürsprecher Abdühlhamids machte. Doch trotz der offiziellen zionistischen Politik waren es vor allem jüdische Autoren wie Franz Werfel oder Edgar Hilsenrath, die auf das Schicksal der Armenier aufmerksam machten. Werfels Roman *Die vierzig Tage des Musa Dagh* gehörte während der deutschen Besatzung zu den meistgelesenen Büchern in den Ghettos. Auch aktuell scheint sich unter israelischen Intellektuellen ein Umdenken abzuzeichnen: Am 24. April 2000 sprach sich der damalige Bildungsminister Yossi Sarid dafür aus, den Genozid von 1915 in den Lehrplan aufzunehmen.

Der vorliegende Band, der erstmals die Beiträge armenischer, türkischer, kurdischer, israelischer, britischer, deutscher und schweizer Wissenschaftler zusammenstellt, mag als Ausgangspunkt einer weiteren Diskussion dienen. Auch wenn die Grundtatsachen des Völkermords an den Armeniern bekannt sind, steht die Forschung erst am Anfang, und es ist zu hoffen, daß auch jüngere türkische Historiker den Mut finden, dieses Thema endlich anzupacken, denn – wie der türkische Journalist Can Dündar kürzlich schrieb – nur eine Offenlegung des Verdrängten kann die türkische Gesellschaft von dem weiterwirkenden »Albtraum« erlösen, den die Verbrechen für die gesamte Gesellschaft bedeuten.

Literatur:

Hans-Lukas Kieser/Dominik J. Schaller (Hg.): *Der Völkermord an den Armeniern und die Shoa*. Chronos, Zürich 2003, 656 Seiten, 48 Euro

Wolfgang Gust: *Der Völkermord an den Armeniern. Die Tragödie des ältesten Christenvolkes der Welt*. Hanser, München 1993

Corry Görgü schrieb in KONKRET 5/03 über den Film »Forget Baghdad«

Konkret 07/03, S. 46

Thomas Behlert, Michael Rudolf

Kunst & Gewerbe

Universalquatschkopp

Schon seit vielen Jahren geistert ein gewisser Holger Sudau durch die einschlägige Presse. Bereits in frühester Kindheit sorgte er in der DDR für Furore. Am 1. Mai 1979 sollte er gemeinsam mit seinen Schulkameraden marxistisch-leninistische Spruchweisheiten anstimmen. Leider wurde die Parole »Schaut mal, wie die Sonne lacht / Das hat die SED gemacht!« nicht akzeptiert. Auf seinem weiteren Lebensweg hagelte es weitere Verbote. Doch Sudau ließ sich nicht entmutigen, er gründete wilde Punkbands und verfaßte haarsträubende Texte über Bier, Pilz und Fahrrad. Nun hat sich der Greizer Michael Rudolf an Holger Sudaus Biographie gewagt (*Morgenbillich.* Oktober Verlag). KONKRET sprach mit Sudaus Wiederentdecker.

KONKRET: Wie sind Sie auf den Menschen Holger Sudau gestoßen?

Rudolf: Sudau gilt als Protagonist einer aufstrebenden Gattung: der Universalquatschköppe. Einerseits der vielleicht intelligenteste Mensch der Welt, andererseits der größte Depp weit und breit. Heute kommt die Welt gar nicht mehr ohne solche Typen aus. In den Achtzigern war er ein konsequenter Feind der DDR und auch der Opposition, ein Anarchist in bester Tradition. Für mich war er ein Vorbild, ein Saufkollege, ein Mann, zu dem ich aufschauen konnte und dem ich viel abgekuckt habe.

In der ganzen Welt sind mittlerweile Holger-Sudau-Dokumente aufgetaucht. Wie lange haben die Recherchen gedauert?

Etwa zehn Jahre. Aber das läßt sich leicht erklären: Einflußreiche Kreise (Waffenlobby, Bierkartelle, Dissidentenszene – ich nenne keine Namen) setzen alles daran, die Wahrheit über Sudau zu verschleiern. Originaltexte existieren angeblich höchstens in (verfälschten?) Abschriften, amtliche Dokumente sind größtenteils »verschwunden« und die Fotos prinzipiell verwackelt. Sogar die Stadt, in der er hauptsächlich wirkte (fängt mit »G« an und hört mit »reiz« auf), durfte ich nur verschlüsselt erwähnen.

Hat uns Holger Sudau heute noch etwas zu sagen?

Er verteidigte das scheinbar nutzlose Wissen und hat erfunden, wie man das Klavierspielen heimlich verlernen kann; es gibt sein legendäres Thesenpapier »Über die moderne Damenbrust«, sein »Schimpfwörterbuch« und und und. Aber für eine breitere Öffentlichkeit ist das weitgehend unlesbar, denn in seinen Pamphleten wimmelt es von Anspielungen. Hunderte Songtitel von Deep Purple über die Rasenden Leichenbeschauer bis Zoogz Rifft, Tausende literarische Verweise von Heidegger, Donald Duck, den Digedags bis Dings, na, wie heißt der – Reiner Kunze. Kompletter Irrsinn: In dem Kopf möchte ich keine Zehntelsekunde gewohnt haben.

Wollen Sie noch mehr Holger-Sudau-Material ausgraben? Oder ist mit diesem Buch die Forschung abgeschlossen?

Geplant ist eine richtig geile Werkausgabe inklusive sämtlicher Bootlegs. Aber so was muß politisch und gesellschaftlich gewollt sein. Bisher kann ich diese Bereitschaft kaum erkennen. Leihgeber wichtiger Exponate treten ohne Begründung von den Leihverträgen zurück, gewissenlose Grundstücksspekulanten haben »zufälligerweise« alle seine Lieblingskneipen abgerissen, für ein würdiges Holger-Sudau-Denkmal in Bad Salzungen ist »auf einmal« kein Geld mehr da, den Sudau-Lehrpfad an der Saale/Unstrut lassen die Verantwortlichen absichtlich verwahrlosen.

Ist an ein Holger-Sudau-Tribute Album gedacht?

Klar doch. Das Progrock-Trio SBB wäre schon interessiert, aber da ich kein Polnisch kann, ist die Kommunikation bisher über ein Hi! usw. nicht weit hinausgekommen. Frank Zappa ist tot, Blixa Bargeld ist dumm geworden. John McLaughlin und Paco de Lucia, mit denen Sudau beinahe als dritter Mann gastiert hätte, fällt nichts mehr ein. Die Mitspieler von Sudaus ehemaligen Bands – Herrgottsakkratten, Linksradikale Musikbrigade – sind heute wohldotierte Chirurgen und Unternehmensberater. Stern Combo Meißen, Lift und Electra, deren treuester Fan er mal gewesen sein soll, getrauen sich nicht. Und Stefanie Hertel ja nie Zeit.

Wo steckt Holger Sudau zur Zeit?

Kein Schwein weiß das. Einige Forscherkollegen sagen, er sei tot oder 1990 irrtümlich verschwunden. Allerdings erreichte mich eine Postkarte von ihm, und zwar kurz vor Veröffentlichung dieser Biographie. Wenn es keine Fälschung ist, stehe ich wieder am Anfang, was läßt sich dann überhaupt noch Verläßliches zu Holger Sudau sagen?

Interview: Thomas Behlert

Konkret 07/03, S. 46

Martin Krauß

Kunst & Gewerbe

It’s only RTL, but we like it

Das ist eine schwere Frage: »Unter welchem Titel erschien die Zeitschrift KONKRET bis zur Augustausgabe 1955?« Die Antwortmöglichkeiten lauten: a.) Der rote Bote, b.) Fluchtpunkt, c.) Studentenkurier, d.) SBZ-Echo.

Würde Günther Jauch diese Frage stellen und man sie richtig beantworten, so hätte man die 500.000-Euro-Hürde genommen. Schade, daß Jauch sie nicht stellt. Im Internet gibt es das »Wer wird Revolutionär?«-Spiel schon eine Weile. Da kann man mit Zuschauerbefragung, einem Fifty-Fifty- und einem Anrufjoker ziemlich nah an der Fernsehshow das ganze unnötige Wissen, das sich in einem linken Leben angehäuft hat, einsetzen. Dieses Spiel gibt es jetzt als Buch (Dieter Asselhoven u.a.: *Wer wird Revolutionär? Das erste Quiz für rote Socken.* Eichborn), und auf Papier gedruckt eignet es sich für gemeinsame Bahnfahrten oder gemeinsames Im-Stau-Stehen.

Das Büchlein setzt eine gewisse Bereitschaft voraus, sich ablenken zu lassen. Des weiteren darf man eine solche Ablenkung nicht als Störung von vermeintlich Wichtigerem ablehnen. Und man muß bereit sein, sich die Form der Zerstreuung von dem RTL-Quiz, also einem hervorstechenden Beispiel der Unterhaltungsindustrie, vorgeben, vielleicht gar: diktieren zu lassen. Wer diese Bereitschaft nicht hat, wird vermutlich darauf insistieren, Günther Jauch und sein populäres RTL-Quiz nicht zu kennen. Ein solcher Stolz, etwas nicht zu wissen, ist hierzulande ja verbreitet, und er ist so überhaupt nicht kompatibel mit dem Anliegen des vorliegenden Büchleins. Da muß man nämlich sich ziemlich viel gemerkt haben.

Es geht los mit leichten Fragen, wie der, ob die Autonomen auf Demos einen schwarzen Block, eine rote Kette, eine blaue Polonaise oder eine grüne Rotte bilden, oder, schon ein ganz kleines bißchen anspruchsvoller, wer »In betenden Händen ist die Waffe vor Mißbrauch sicher« sagte: Ayatollah Khomeini, Johannes der Täufer, Kardinal Meisner oder Osama Bin Laden. Dann geht es weiter mit schon recht anspruchsvollen Fragen wie der, wie eine Zeitung von Albert Camus hieß: »Combat«, »La France libre«, »Le Maquis« oder »Vichy-b=E1s«. Bis hin zu richtigen Spezialistenfragen, etwa, wie denn der zweite Vorname von Miriam Makeba lautet: Zoe, Zäzilia, Zenzi oder Zita. Daß die Form des Quiz dem RTL-Quiz abgeschaut ist, soll stören, wer sich an so etwas stören möchte. Daß, wie linke Lehrer gewiß einwenden mögen, das ankreuzbare Multiple-Choice-Verfahren nicht den Ansprüchen emanzipatorischer Didaktik genügt, sollte, hoffentlich, noch weniger stören, und das mit der Ablenkung vom Klassen- oder sonstigen Kampf hatten wir ja schon.

Etwas schwerer könnte schon der Einwand wiegen, daß die Verfasser des Spiels, die allesamt aus dem Umfeld des Asta der Uni Köln kommen, darauf verzichtet haben, den Verhältnissen, wenn man so will: ihre eigene Melodie vorzusingen. Etwa, wie es vor Jahren, als der Jauch-Quiz-Boom losging, in dieser Zeitschrift geschehen ist, als unter anderem gefragt wurde, welcher Bundespräsident eigentlich nicht in der NSDAP war: Heuss, Lübke, Scheel oder Carstens (KONKRET 12/00). Vielleicht gelingt es ja so, die RTL-Verhältnisse zum Tanzen zu zwingen. So etwas fehlt im vorliegenden Büchlein. Daher kann man sich schon fragen, was denn zum Beispiel an der, meines Wissens auch schon bei Jauch gestellten Frage links sei, welcher dieser vier Politiker nie Außenminister der BRD war: Willy Brandt, Kurt-Georg Kiesinger, Gerhard Schröder oder Helmut Schmidt? Gewiß, das alles hat keinen emanzipatorischen Wert, und es ist auch keinem kritischen Wissensbegriff verschrieben. It’s only RTL, but we like it.

Zum Schluß eine wirklich schwere Frage: »Welchen Titel trug die Nullnummer (oder Testausgabe) der Zeitschrift KONKRET?« a.) Der Advokat, b.) Die Akte, c.) Das Plädoyer, d.) Das Tribunal. Wer sie richtig beantwortet, hätte, vorausgesetzt Günther Jauch säße ihm gegenüber, eine Million Euro gewonnen. Hier aber wird man nur Revolutionär, doch das kann man bekanntlich genauso kurz oder lang bleiben wie nach den Zeiten der New Economy ein Jauch-Millionär.

Konkret 07/03, S. 47

Thomas Blum

Kunst & Gewerbe

Schutt im Herzen

Seit über 30 Jahren betreiben im Osten des Landes ein paar mittlerweile sehr überreif wirkende Herren mit einigen unschuldigen Instrumenten etwas Unschönes, das die Grenzen des Zumutbaren eindeutig überschreitet. Sie nennen sich die Puhdys, haben also überdies noch einen Namen, der einen genauso hilflos zurückläßt wie ihr Tun. Sie verstehen sich als Musikkapelle und werden von vielen ahnungslosen Menschen, die es nicht besser wissen, auch als solche wahrgenommen, denn man hat ihnen gesagt, daß das, was die Puhdys machen, Musik sei. Mehr noch: Die staatlichen Organe der DDR haben die Gruppe anscheinend überhaupt erst ins Leben gerufen, wie man nun aus dem Booklet der neuen CD (»Undercover«) erfahren kann: »Die Gruppe wurde von unserem Staat extra auf die Bedürfnisse unserer Bevölkerung zugeschnitten. Es wurden bewußt ältere Musiker ausgewählt, um auch den reiferen Menschen in unserem Land ein paar schöne Stunden mit ihrer Musik zu gewährleisten.« Was dem Staat rundum gelungen sein dürfte.

Da ist es wenig überraschend, daß die Puhdys sich bis heute genau so anhören, als seien sie genau das, was sie sind: eine urdeutsche Volksmusik- und Schunkelcombo, die schamlos an die niederen Instinkte ihrer Hörer appelliert. In zwei neuen pathosgesättigten und mit obszönem Kitsch vollgesogenen Liedern zur sogenannten Jahrhundertflut in Ostdeutschland fordern die Puhdys Anteilnahme am vermeintlich bitteren Leid der flutkatastrophengeschädigten Ostdeutschen, denen eben nicht nur die Briefmarkensammlung, sondern vor allem die Heimat geraubt wurde (»Nichts, nichts ist mehr da / nichts so, wie es war / da, wo dein Zuhause war / da, wo man sonst Blumen sah«). Die Folgen sind kübelweise Herzschmerz und dicke kullernde Tränen (»Ein Werk des Lebens weggetrieben / Nur Schutt im Herzen ist geblieben / Ich sah so viele Menschen weinen«). Doch nach der Beschwörung der Volksgemeinschaft, nach deren Zustandekommen das Dasein ein wahres Zuckerschlecken sei (»Aber ich hab' auch gesehen / daß Menschen nah zusammenstehen / Da wußte ich, daß es möglich ist ... / man Hoffnung retten kann / und die Angst besiegen kann«), ist alles eitel Sonnenschein.

Auch musikalisch ist das Zeug jenseits dessen, was noch friedlich verhandelbar ist: Mit konfektioniertem Synthesizerbumbum und -tschacktschack hat man den Liederbrei offenbar auf einen Sound trimmen wollen, dessen Macher annehmen, er werde auf diese Art irgendwie zeitgemäßer. Dabei ist es mit der Musik der Puhdys wie mit dem Essen. Wer sich sein Leben lang zunächst gezwungenermaßen, weil es kaum anderes gab, später schließlich aber aus freien Stücken und mit zunehmender Begeisterung von einem lauwarmen, geschmacklosen Brei von gräulicher Farbe und klebriger Konsistenz ernährt hat, läßt nur ungern von dieser Speise ab. Er ist mit ihr aufgewachsen, hat sich an sie gewöhnt und schließlich mit der Zeit richtig liebgewonnen. Immerhin erinnert sie ihn an seine Jugend und ist, nun ja ... sättigend. Ein solcher Mensch ist nur schwer zu überzeugen. Er wird weiter seinen Brei löffeln im festen Glauben, es handle sich bei ihm um eine kostbare Delikatesse, die obendrein seine »Identität« ausmache.

Im Booklet der neuen CD ist es jedoch sehr viel schöner formuliert: »Parteimitglieder und FDJler wurden verpflichtet, Schallplatten der Puhdys in doppelter Stückzahl zu erwerben ... Nach anfänglichen Widerständen seitens der Genossen wurden diese in Schulungen und vertraulichen Einzelgesprächen von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen überzeugt.« Und: »Zu ihren Konzerten wurden immer wieder Tausende Zuschauer delegiert. Erstaunlicherweise wurden auch des öfteren Freiwillige registriert.« Ja, exakt so und nicht anders muß es gewesen sein.

Konkret 07/03, S. 47

Michael Rudolf

Kunst & Gewerbe

Noah, Shoah: Boah!

Zeige mir deine Sänger, und ich sage dir, was für ein Land du bist, lautet eine alte Faustregel, gerade im Fall der lauten »Sänger«, für die es nicht lohnt, aus lauter Wut die Faust zu ballen, geschweige denn ihnen eins vor den Lampion zu zimmern. So ein »Fall« wäre der »Hannoveraner Wortkünstler«, »studierte Germanist« und »bunte Hund« (»Musikexpress«/

»Sounds«) Heinz Rudolf Kunze. Mit »ausgefeilten Texten« und »metaphorischen Paukenschlägen vom Kaliber« »Schweiß badet nachts ein zitterndes Fohlen« oder »der Fleischer fönt im Traum ein triefend nasses Schwein« hat der »Rock-Poet« ein ganzes Sängerleben lang »phantasievoll, provokant und voller Widerhaken« einen Beweis nach dem anderen dafür geliefert, wie Pur mit Brille klingen würden: »wortgewaltig« (nach wie vor alles »Musikexpress«/

»Sounds«).

»Ich bin nach 14 Jahren Arbeit so eine Art Institution geworden, um die man einfach nicht herumkommt« (diesmal HRK). Kein Wunder. Die demokratische Öffentlichkeit braucht solche Betriebsnudeln. Jedes Feuilleton reserviert in gewohnter Duldungsstarre mindestens eine halbe Seite für die Rezension neuer Kunze-CDs oder für ein Interview mit ihm. Es gehört zum öffentlichen Ritual, ihn als »unbequemen Beobachter« oder »Spreizmeier« oder, noch schöner, »Leserbriefschreiber« zu verspotten. Daran kann er sich wieder reiben und als Opfer fühlen. Und so funktionieren die Schmiernippel für den einträglichen Querdenkerbetrieb: Was die meisten hören wollen, als das Besondere hinstellen. Nur so einer darf qua Quote »nichts weiter als eine faire Chance für spannende deutschsprachige Musik«, für »mehr Querdenker-Schärfe und Witz« fordern. Sonst drohe Deutschland nämlich ein schlimmes »Werte-Vakuum«.

Das Werte-Vakuum »der unbescholten Angeklagten« weiß er in den »Songs« seiner neuen CD »Rückenwind« vorerst provokant und phantasievoll zu verhindern: In »Naherholungsgebiet« soll Deutschland einen Joker setzen, der ihm seinen »Pferdefußpilz pflegt«. In »Prophet« feilt er die wortgewaltige Textzeile: »Ein Jesus der nicht festzunageln ist kann niemals siegen.« In »Himmelfahrtskommando« sucht Heinzis Stechschrittblick die Schuld für vieles ein wenig beim ewig-bösen Juden, einen »Rettungsring für Noah / einen Rückweg aus der Shoah«. Boah! »In grauer Vorzeit / hat sich irgendwer versündigt / Abraham ist schwer belastet / Isaak ist ausgerastet / Die Verträge stinken / und sind aufgekündigt.« Hoppla, gegen solche Widerhaken helfen nur noch Kinnhaken. »Copy protected« steht zu allem Überfluß auf dem Booklet – das dürfte der erste Witz sein, der Heinz Rudolf Kunze bisher gelungen ist.

Deutschland, deine »Sänger«!

Konkret 07/03, S. 49

Peter O. Chotjewitz

Hohler Kern

Kultur-Kolumne

Gewiß, auch ich bin gerührt, wenn vor meinem inneren Auge die Figuren meiner Kinderbücher auferstehen – Jungsiegfried, Wilhelm der Eroberer, Jeanne d'Arc – von den Großen und Größen aus Wissenschaft, Literatur, Kunst und Musik ganz zu schweigen. Auch ich betrachte die Revolutionäre der frühen Neuzeit, wenn ich auf dem Platz stehe, wo einst die Bastille stand, als meine emotionale Aussteuer. Da fühle ich ganz europäisch, wenn ich daran nur denke.

Mein Europa ist voller Orte, die seine kulturelle Identität definieren: Die Schlachtfelder von Verdun, wo der erste Giftgasangriff der Welt stattfand (nicht im Nordirak), der Käsemarkt von Alkmaar, der Nettesberg bei Weimar, wo das KZ Buchenwald stand, Moldawien, wo mein Ahnherr Jan Karol Chodkiewicz, Hetman von Polen, 1621 die Türken (!) in die Schranken wies.

Ich weiß nur nicht, ob Habermas das alles auch meinte, als er andeutete, daß die Wesensmerkmale der europäischen Kultur sich »über andere Kontinente ausgebreitet haben«, und folgerte: »Der Westen als geistige Kontur umfaßt mehr als Europa.« Vielleicht dachte er auch nur: Die EU existiert, ist nicht zu ignorieren, da beißt die Maus keinen Faden ab. Überlegen wir also mal, ob in der Festung Europa nicht mehr drin ist, als Euro, Verheugen, schnelle Eingreiftruppe, Verfassungskonvent, Grass in Königsberg und ein paar polnische Soldaten angeblich schon in Irak, festgemauert in der Erden wie das Reich Karls des Großen, einst, falls es ihn wirklich gab. Überlegen wir mal, das bringt Schlagzeilen.

Der Anlaß meiner unfrisierten Anmer-kungen ist hinreichend bekannt. Am 31. Mai 2003 veröffentlichte die »FAZ« einen Essay mit dem Titel »Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas. Von Jacques Derrida und Jürgen Habermas«. Der war zwar, wie der Vorspann zeigt, von Habermas allein verfaßt (Derrida nur Mitunterzeichner), dafür aber von Aufsätzen anderer Autoren in Frankreich, Deutschland, Italien flankiert und höchst folgenreich auf der Papierebene. Also ausführliche Kommentare in allen europäischen Gazetten.

Die zentralen Thesen des Verfassers Habermas sind so an den Haaren herbeigezogen wie sträubend, daß jeder sie lesen sollte, der sich vom derzeitigen Niveau der Philosophie ein Bild machen möchte.

Erstens: Es gibt ein »Kerneuropa« und eins, das nicht so richtig dazu gehört. Wer gegen den Irakkrieg der USA war, ist das gute alte, wer dafür war, muß noch viel lernen. Hier sehen wir Grass, Rumsfeld und Habermas in einem Boot, nur daß bei Rumsfeld das neue gut ist. Und Spanien, die einstige europäische Supermacht? Warum ausgerechnet das Reich Kaiser Karls V. plötzlich nicht mehr so richtig zu Europa gehört, bleibt ein Rätsel. Auch wo nun Ungarn, Serbien, Rumänien hingehören, ist unklar.

Zweitens: Die Wiedergeburt des alten Europa fand auf der Straße statt, manifestierte sich in den Demonstrationen gegen den Irakkrieg, und wer wohin gehört, sahen wir, als »der spanische Ministerpräsident die kriegswilligen europäischen Regierungen hinter dem Rücken der anderen EU-Kollegen« zu einer »Loyalitätsbekundung gegenüber Bush« einlud. Also nicht nur Außenseiter – Fiesling noch dazu. »Hinter dem Rücken«, Sauerei!

Der unverhohlene Antiamerikanismus, der sich auch in anderen Beiträgen des europäischen Rebirthings zeigt, ist in »Kerneuropa« derzeit en vogue, aber nicht neu und deshalb nicht auf die augenblickliche US-Administration zurückzuführen. Schon 1832 äußerte sich Alexis de Tocqueville abfällig über den Wechselbalg der Aufklärung jenseits des Atlantiks, und unser GK-Lehrer am Abendgymnasium Kassel spottete um 1950 durchaus konsensfähig, die US-Amerikaner seien das einzige Volk, das den Schritt von der Barbarei in die Zivilisation ohne den Umweg über die Kultur genommen habe. Sich selbst der Hochkultur, andere Völker aber der Kulturlosigkeit zu zeihen war zu allen Zeiten auf allen sechs Erdschollen üblich und sollte deshalb als Ausdruck ideologischer Verblendung nicht weiter beachtet werden.

Die Tendenz zur schrecklichen Vereinfachung und Realitätsblindheit ist vielen Maximen des Aufrufs zur Erneuerung Europas eigen, ob der Verfasser nun die »unvergleichliche, ausladende Vielfalt des heutigen Europa« preist, »dessen sozialstaatliche Befriedung von Klassengegensätzen« zum Denkfetisch erhebt oder behauptet, wir »Kerneuropäer« besäßen ein »Vertrauen in die Organisationsleistungen und Steuerkapazitäten des Staates«.

Es sind gerade solche Hohlformen, die zeigen, daß Habermas der Welt der »krassen sozialen Ungleichheiten«, die seiner Meinung nach von den USA angeführt wird, näher steht und stärker zuneigt, als ihm bewußt ist. Er selbst beklagt am Rande »die gesellschaftliche Privatisierung des Glaubens« und die Skepsis der Europäer »gegenüber der Leistungsfähigkeit des Marktes«. Das ist nun schon beinahe Bush, aber auch nicht ganz ohne Blair und Schröder.

Ärgerlicher ist dies: Habermas verwechselt »Vertrauen« mit der Durchschlagskraft brutaler Machtverhältnisse auch im Inneren. In Frankreich wird seit Wochen heftig gestreikt. Es gibt derzeit in keinem europäischen Land Anlaß, den Organisationsleistungen der Staaten zu glauben, und wer auf eine nachhaltige Befriedung von Klassengegensätzen hoffen

möchte, hat das Wesen des Begriffs nicht begriffen. Wer von »Zähmung des Kapitalismus in entgrenzten Räumen« faselt, hat keine Ahnung, was der Imperialismus in jedem Augenblick anrichtet, oder will es nicht wissen. Wer dem Parteiensystem in »Kerneuropa« andichtet, es diene »auch einem ideologischen Wettbewerb«, hat schlicht verpennt, was man unter freiheitlich-demokratischer Grundordnung zu verstehen hat, nämlich das sture Beharren auf dem sozialen Status quo der Klassengesellschaften.

Zuweilen erschrickt der Verfasser über der wilhelminischen Kühnheit, mit der er seine Behauptung, am europäischen Wesen solle die Welt genesen, vertritt. »Das bringt die Frage der europäischen Identität ins Spiel«, ruft er, wohl ahnend, daß es eine solche nur in Gestalt der Quadratwurzel aus eins geben kann, um gleich anschließend zu fragen: »Gibt es historische Erfahrungen, Traditionen und Errungenschaften, die für europäische Bürger das Bewußtsein eines gemeinsam zu gestaltenden politischen Schicksals stiften?«

Einen Moment lang stockt er, wirft eine »attraktive, ja ansteckende Vision für ein künftiges Europa« ins Palaver, die nicht vom Himmel falle, sondern »nur aus einem beunruhigenden Empfinden der Ratlosigkeit geboren werden« könne, was ausnahmsweise mal recht sympathisch ist, um alsbald wieder zu schwadronieren wie ein dahergelaufener Europa-Politiker aus den fünfziger Jahren: »... römisches Recht und Code Napoléon, die bürgerlich-urbane Lebensform, Demokratie und Menschenrechte ...«

Man mag sich fragen, was an diesem Essay peinlicher ist – die Arroganz, mit der große Teile Europas und vier Erdteile aus der Erörterung ausgeblendet werden, oder die Tatsache, daß ein angesehener Philosoph auf das Niveau einer Sonntagsrede von Johannes Rau absacken kann und kein Redakteur eines unserer Bildungsblätter »Scheiße!« schreit.

Man verstehe mich nicht falsch. Ich war auch gegen den Krieg. Bin gegen jeglichen Krieg. Finde die USA so miserabel regiert wie Europa, und das gerne. Mag keine Ayatollahs. Aber so doof wie Habermas darf man nicht einmal sein, wenn man das Gute verteidigen will.n

Konkret 07/03, S. 50

Joachim Rohloff

Bereich Recherche

Woran erkennt man einen deutschen »Enthüllungsjournalisten«? Daran, daß er seine Firma vor dem bewahrt, was andere über sie herausfinden.

Lange haben die Gründer des »Netzwerks Recherche«, das aber in Wirklichkeit gar kein Netzwerk ist mit kleineren und dickeren Knoten, sondern ein ganz normaler Verein mit einem Vorstand und einem Kassenwart, um die Frage gerungen, ob sie auch Angestellte des Springer-Verlags aufnehmen sollten in ihre »Lobby für den in Deutschland vernachlässigten investigativen Journalismus« und für »die Interessen jener Kollegen, die oft gegen Widerstände in Verlagen und Sendern intensive Recherche durchsetzen wollen. Der Verein sieht sich in der Pflicht, wenn Funktionsträger den freien Fluß von Informationen behindern, wenn kein Geld für Recherchen zur Verfügung gestellt wird, wenn Kollegen für korrekte, kritische Arbeit angegriffen oder zum Teil sogar juristisch verfolgt werden. Zu den zentralen Zielen des Netzwerks gehört es zudem, die Aus- und Fortbildung im Bereich Recherche zu verbessern.«

Zwar erhofften sie sich wenig von der Mitwirkung solcher Kollegen, die ihre intensive Recherche am liebsten in Oliver Kahns Unterhose durchsetzen, aber schließlich verzichteten die Netzwerker doch auf eine Klassenschranke und luden zu ihrer diesjährigen Tagung auch Claus Strunz ein, den Chefredakteur von »Bild am Sonntag«. Zuerst wurde ein neuer Vorstand gewählt, in dem nun einige der renommiertesten annähernd deutschsprachigen Journalisten sitzen; der Chefreporter des SWR-Fernsehens, Dr. Thomas Leif, neben dem leitenden Redakteur der »Süddeutschen Zeitung«, Hans Leyendecker, der sagenhafte Christoph Maria Fröhder neben dem Chefredakteur des Deutschlandfunks, Prof. Rainer Burchardt, und der Direktor der Holtzbrink-Schule, Joachim Weidemann, neben Anja Reschke, der Moderatorin des ARD-Magazins »Panorama«. Und da die investigativen Rechercheure für »Negativschlagzeilen« zuständig sind, verliehen sie ihren »Negativ-Preis«, die »geschlossene Auster«. Im letzten Jahr hatte Otto Schily sie erhalten, und in seiner Dankesrede hatte er gelobt, sich zu bessern, diesmal ging sie an die Supermarktkette Aldi, einen notorischen »Infoblocker«.

Anschließend »verabschiedeten die Mitglieder des Netzwerk Recherche«, so steht es jedenfalls auf ihrer Homepage zu lesen, »zwei Resolutionen, deren Umsetzung die Recherche-Kultur in Deutschland verbessern soll. Zum einen fordert das Netzwerk Recherche die unverzügliche Einführung eines bundesweiten Informationsfreiheitsgesetzes, zum anderen ein sofortiges Ende der Telefonüberwachung von Journalisten. Mit Sorge beobachtet das Netzwerk Recherche, daß ein in der Öffentlichkeit wenig bekanntes Reformprojekt der Bundesregierung in der Ressortabstimmung zu versanden droht: Die Einführung eines bundesweiten Informationsfreiheitsgesetzes, die bereits in der alten Legislaturperiode am Widerstand der Ministerialbürokratie gescheitert war, verzögert sich offenbar weiter. Ziel des Gesetzes ist, ein allgemeines Akteneinsichtsrecht bei Bundesbehörden zu schaffen und damit einen Level an Transparenz zu erreichen, das in anderen europäischen Ländern längst selbstverständlich ist.«

Doch, das alles steht da, wortwörtlich, in einer offiziellen Erklärung, nicht länger als eine halbe Schreibmaschinenseite, verfaßt im Namen unserer besten Federn: das Level und ihre Umsetzung, das Projekt, das schon versandet war und nun zu scheitern droht, und auch das noch: »Durch die Überwachung von Journalisten kann heute ein wirksamer Informantenschutz nicht mehr gewährleistet werden.« Und das: »Die Bundesregierung sollte als ersten Schritt einen jährlichen Bericht an den Bundestag über Umfang und Ergebnis sämtlicher Telefonüberwachungsmaßnahmen zur Herstellung von Transparenz abgeben.« Während also gestern die Informanten durch die Überwachung der Journalisten geschützt wurden, muß die Bundesregierung morgen einen Schritt abgeben als Bericht über sämtliche Maßnahmen zur Herstellung von Transparenz.

Am letzten Vormittag der Hauptversammlung kam der Bundeskanzler zu Besuch, und 350 kritische Journalisten ließen sich von ihm erheitern. Ernst wurde er nur, als er von den »Rahmenbedingungen« sprach, die »gesetzt werden müssen, um das Überleben einer möglichst vielfältigen Zeitungslandschaft zu ermöglichen. Wir müssen da ran, ohne daß wir Subventionstöpfe aufmachen können oder wollen.« Woran mag er gedacht haben? Will er seine »Agenda 2010« um eine Bestimmung erweitern, die jeden arbeitslosen Kraftfahrer zwingt, eine Redakteursstelle beim »Spiegel« anzunehmen?

Am Abend besprach ein halbes Dutzend Chefredakteure die wirtschaftliche Krise der überregionalen Qualitätspresse. Sie alle – so müßte man formulieren, wenn man in ihren Diensten stünde – setzten darauf, daß Schröder die Umsetzung seiner Ankündigung durchsetzt. Denn selbstverständlich hatte er das Kartellrecht gemeint, welches bekanntlich nur solange taugt, wie es nicht angewendet wird. Deshalb gibt es ein Kartellamt, das Entscheidungen fällt, und einen Wirtschaftsminister, der sie wieder aufhebt. Giovanni di Lorenzo vom Berliner »Tagesspiegel« hielt es denn auch für ganz und gar vernünftig und unvermeidlich, daß sein Verleger Holtzbrinck die »Berliner Zeitung« kauft, es müsse aber die Selbständigkeit der beiden Redaktionen erhalten bleiben. Gewisse Synergieeffekte wird er vermutlich leicht ertragen, da sie die niederen Chargen betreffen werden und nicht ihn.

Vom krisenfesten Strunz kam die These, viele Blätter seien nur deshalb in Not geraten, weil sie die Bedürfnisse des Marktes nicht befriedigten. »Wenn eine Zeitung verschwindet, war sie nicht gut genug gemacht.« Die anderen Chefs mochten ihm selbstredend nicht zustimmen, an der Qualität der »Süddeutschen«, der »Taz«, der »Frankfurter Rundschau«, der »FAZ« sei überhaupt nicht zu zweifeln, es liege vielmehr am »Erlösmodell«. Die Auflage sei in den letzten Jahren gestiegen, nur die Anzeigen, die in der Vergangenheit für zwei Drittel, in besonders guten Zeiten sogar für achtzig Prozent der Einnahmen gesorgt hätten, ließen sich neuerdings nicht mehr im nötigen Umfang akquirieren. Und nun war der Moment gekommen, da Frank Schirrmacher die erschütternden Worte sprach: »Es ist bisher noch kein plausibles Finanzierungskonzept für diese Art Zeitung gefunden worden.«

Diese Art Zeitung gibt es aber mindestens seit hundert Jahren, und gerade die »FAZ« präsentiert sich täglich im vollen Besitz der urteilssichersten Wirtschaftskompetenz. Der Ressortleiter Barbier und seine Kollegen können noch im Schlaf die Rezepte herunterbeten, die allen Branchen und der Volkswirtschaft insgesamt zum Aufschwung verhülfen, würden sie nur endlich angewandt. Und da sollten sie nicht in der Lage sein, die eigene Firma vorm Konkurs zu bewahren? Aber gewiß doch: Es müßte die eine Hälfte der Redaktion entlassen und die andere zu doppelter Arbeit ohne Lohnausgleich gezwungen werden, und zwar bis zum siebzigsten Lebensjahr. Das Feuilleton würde entweder ganz eingespart oder für ein niedriges Zeilengeld von polnischen Germanistikstudenten in Szczecin gefertigt. Vielleicht ist Schirrmacher zu arrogant, um die Experten in seinem Haus zu fragen; er glaubt jedenfalls, eine Preiserhöhung auf drei bis vier Euro sei die einzig mögliche Rettung, vorausgesetzt, die Auflage sinke dann nicht. Und wenn sie doch sinkt? Wird die »FAZ« dann von Springer übernommen und von Strunz und »Bild am Sonntag« durchgefüttert? Oder werden wir bald eine private Unterhaltungspresse haben und eine öffentlich-rechtliche Qualitätspresse mit einem Informationsauftrag, die sich zum kleineren Teil durch Anzeigen finanziert und zum größeren von der GEZ finanziert wird?

Wie auch immer die Zukunft des Journalismus sich gestalten wird, das Netzwerk jedenfalls sorgt unbeirrt für die Fortbildung der Kollegen und die Ausbildung des Nachwuchses. Denn nur wer Bescheid weiß über die Erfordernisse, Möglichkeiten und Grenzen fundierter Recherche, kann der »Korruptionskultur« entgegenarbeiten und einer gesitteten »Skandalkultur« auf die Beine helfen. Jenseits der großen Skandale jedoch, die von seinen Mitgliedern aufgedeckt wurden, produzierte das Netzwerk selbst sein eigenes kleines Ärgernis.

Im Januar dieses Jahres veranstaltete es in Hamburg ein Seminar, auf dem auch der Soziologe Hersch Fischler, der mit seinen Forschungen über den Reichstagsbrand und dessen historische Aufbereitung im »Spiegel« sowie über die Vergangenheit des Hauses Bertelsmann bekannt geworden ist, einen Vortrag hielt. Sein Thema waren die Schwierigkeiten, die interessierte Kreise ihm bereiteten, als er sich darum bemühte, die Geschichte des Bertelsmann-Verlags während der Naziherrschaft und ihre falsche Darstellung in der Nachkriegszeit zu untersuchen. Fischlers Erfahrungen schienen den Veranstaltern lehrreich, und so forderten sie ihn zu einem Beitrag für ein »Trainingshandbuch« auf, das herauszugeben das Netzwerk plante und das inzwischen auch erschienen ist.

Handelte die Auseinandersetzung zwischen Fischler und dem zuständigen Redakteur, die nach der Abgabe des Manuskripts begann, zunächst nur von kleineren Verbesserungsvorschlägen, so stellte sich nach einiger Zeit heraus, daß es dem »didaktischen Anspruch« des Handbuchs nicht genügte. Nun mußte es plötzlich gekürzt und von einem anderen Autor mit Anmerkungen versehen werden. Als Beispiel einer gelingenden Didaktik, die erfahrenen Rechercheuren die »Basics« in die Hand gebe, anhand deren »erfahrene Rechercheure den jungen Kollegen vermitteln können, wie sie ihre Zähne schärfen können«, wurde Fischler ein anderer Beitrag zum Handbuch empfohlen, den er einen »PR-Artikel« zugunsten von Greenpeace nennt. Zufällig ist diese Organisation eine der Geldgeberinnen des Netzwerks.

Und ein Verlag des Bertelsmann-Konzerns veröffentlichte das Handbuch, allerdings ohne Fischlers Text, dessen Titel »Welche Kreise Recherche ziehen kann« lautet. Darin geht es um die Geschichtslegende des Hauses Bertelsmann, um den angeblichen stillen Widerstand seines Inhabers, des Christenmenschen Heinrich Mohn, der im Dritten Reich unerwünschte Literatur produziert habe, um die Bedrängungen, die er aus diesem Grund erfahren habe, um seine strafrechtliche Verfolgung und um die Schließung seines Verlags. Fischler nahm 1998 einige häßliche Korrekturen an diesem Historiengemälde vor. In Wirklichkeit hatte Bertelsmann mit völkischer Literatur für die Frontsoldaten gute Geschäfte gemacht, Mohn war ein förderndes Mitglied der SS gewesen, und seine Firma war nicht wegen politischer Abweichung, sondern »wegen Teilnahme an Korruption bei Wehrmachtslieferungen und wegen anderer Wirtschaftsdelikte« geschlossen worden.

Das Haus Bertelsmann dankte und beauftragte eine Historikerkommission mit weiteren Untersuchungen. Zugleich aber habe der Vorstandssprecher der Bertelsmann AG, Professor Harnischfeger, den Intendanten des ZDF, Professor Stolte, der im Beirat der Bertelsmann-Stiftung saß, dazu gedrängt, weitere einschlägige Beiträge Fischlers im Fernsehmagazin »Kulturzeit« zu verhindern. Im Zusammenhang seiner Recherchen über den Reichstagsbrand hatte Fischler zuvor erleben müssen, wie schwer es ist, im »Stern«, der Gruner + Jahr gehört, einem Unternehmen, das Bertelsmann gehört, der Geschichtsschreibung des »Spiegel« zu widersprechen, an dem Gruner + Jahr beteiligt ist.

Wer in der Branche schon etwas ist und womöglich noch mehr werden möchte, so scheint es, legt sich mit den Mächtigen nicht gern an. Die Erfahrung, daß scharfe Zähne oft nicht ausreichen, werden die Nachwuchsjournalisten deshalb nun selbst machen müssen. Derweil sorgt der Kanzler dafür, daß die Mächtigen weniger und deshalb mächtiger werden und daß es bald kaum noch eine Zeitung gibt, die nicht mit allen anderen verwandt ist.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 5/03 über den Bestseller-Autor Möllemann

Konkret 07/03, S. 52

Stefan Ripplinger

Nach dem Weltuntergang

Die Gedichte von Paul Celan in einer kommentierten Gesamtausgabe.

Erst jenseits der Kastanien ist die Welt«, lautet der erste Vers in der neuen Ausgabe der Gedichte von Paul Celan. Bislang haben wir sie, großzügig auf einzelnen Blättern angeordnet, in einzelnen Bänden gelesen, nun werden sie »fortlaufend gedruckt. Mit der jedem ursprünglich zugeteilten eigenen Seite verlieren die Gedichte so an Autonomie, gewinnen aber auch im ›Gespräch‹ mit den nun enger rückenden ›Nachbarn‹«, wie die Herausgeberin Barbara Wiedemann erklärt. Mag diese Nachbarlichkeit zunächst wie eine jener Tugenden wirken, die sich aus der Not machen lassen – denn immerhin sollte ja alles in einem Band unterkommen – , ist doch die Entscheidung, die autorisierten von den nicht autorisierten Gedichten streng zu trennen, ohne weiteres zu begrüßen. Wenn Celan in Zyklen komponierte, dann gilt das doch ernsthaft nur für die, deren Anordnung er noch bestimmen und überwachen konnte.

»Erst jenseits der Kastanien ist die Welt« (»Drüben«). Das ist in einem unsicheren, fragwürdigen Hier gesprochen, das die Welt gerade nicht ist, in einer Weltlosigkeit, einer Stunde Null, die nicht enden will, weil sie nie beginnt. Und wenn es in »Wirk nicht voraus«, dem letzten Gedicht des letzten vom Dichter autorisierten Bandes, *Lichtzwang* (1970), heißt, »durchgründet vom Nichts, / ledig allen / Gebets, / feinfügig, nach / der Vor-Schrift, / unüberholbar, // nehm ich dich auf, / statt aller / Ruhe«, scheint sich eine Klammer zu schließen. Diesseits der Kastanienbäume ist das Nichts der Grund.

Über Celans Nichts ist viel behauptet worden. Die einen halten es für kabbalistisch, andere für existentialistisch, wieder andere für biographisch, aber vielleicht kommt ihm Philippe Lacoue-Labarthe (*La Poésie comme expérience,* Paris 1986) doch am nächsten, wenn er schreibt, es sei das Nichts aus der Floskel, mit der einer ein Geschenk überreicht, »das ist nichts« oder »nichts Besonderes«, denn Geschenke wollen diese Gedichte sein. Sie nehmen »dich auf«, geben sich hin. »Ich sehe keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Händedruck und Gedicht«, formuliert Celan selbst in einem vielzitierten Brief. Das ist nichts Besonderes, und doch wieder sehr viel, bedenkt man, daß hier einer gibt, der nichts hat, weder einen Ort noch eine Familie, noch eine Religion, noch eine Geschichte oder ein Geschlecht: »Wurzel. / Wurzel Abrahams. Wurzel Jesse. Niemandes / Wurzel – o / unser« (»Radix, Matrix«).

»Erst jenseits der Kastanien ist die Welt. // Von dort kommt nachts ein Wind im Wolkenwagen.« All die Bezüge auf die Tradition, ob nun auf die Kabbala, die Bibel, Hölderlin, Jean Paul oder die Grimmschen Märchen, die nachzuweisen die Forschung nicht müde wird, sind zwar wirklich vorhanden, aber sie scheinen wie durchgestrichen, widerrufen, die Verbindung zu ihnen ist zerschnitten, dies alles ist jenseits, verloren, und hier nur das Nichts oder das wenige, was der Wind herbeiweht. Denn »der Jud, du weißts, was hat er schon, das ihm auch wirklich gehört, das nicht geborgt wär, ausgeliehen und nicht zurückgegeben« (»Gespräch im Gebirg«), und nun, nachdem »die Sonne, und nicht nur sie, untergegangen« ist, hat er gar nichts mehr. Von den Deutschen trennt diesen Dichter auf immer, daß für ihn die Welt untergegangen ist.

Selbst wo sich eines der berühmtesten Nachkriegsgedichte, Günter Eichs »Inventur«, in Bescheidenheit übt – »Dies ist meine Mütze, / dies ist mein Mantel, / hier ist mein Rasierzeug / im Beutel aus Leinen« – , nimmt es sich doch triumphalistisch aus gegen Celans »Den Wind hör ich in vielen Nächten wiederkehren: / ›Bei mir flammt Ferne, bei dir ist es eng ...‹« Beide beginnen bei Null, doch der eine behauptet sich stolz im Hier-und-Jetzt, hütet sein Weniges und gewinnt stündlich dazu, der andere kommt aus dem Verlieren nicht mehr heraus.

»Dann zirp ich leise, wie es Heimchen tun«, geht dieses erste Gedicht weiter, weil Grillen, wie wir von Sokrates wissen, einst Menschen waren, die, vom Gesang entzückt, Speise und Trank vergaßen, darüber starben und nun, ohne etwas zu sich zu nehmen, aus dem Nichts gewissermaßen, immer weiter singen (*Phaidros*). Dieses Heimchen ist ein heimatloser Sänger, ein »blinder Ödipus ohne die mindeste Hoffnung auf eine Rückkehr nach Colonus« (Lacoue-Labarthe). Sein Gesang wird zugleich rauher und leiser mit den Jahren und doch – zu dieser Einsicht verhilft gerade diese Ausgabe – verliert er nie ganz sein Melos, und halten sich sogar die liedhaften Formen bis zum Schluß. Selbst noch der Anfang jenes letzten autorisierten Gedichts – »Wirk nicht voraus / sende nicht aus, / steh / herein« – ist kantabel. Ein typisches frühes und ein typisches spätes Gedicht mögen, nebeneinander gehalten, scharf kontrastieren, weil an die Stelle von fester Metrik, Langvers und Üppigkeit freier Rhythmus, Zersplitterung, äußerste Verknappung treten. Doch der Eindruck verblaßt, liest man, wie es die Anordnung des Bandes nahelegt, sukzessive; Nachbarschaften zeigen sich, innerhalb der einzelnen Zyklen und weit über sie hinaus.

So erschließt sich bereits einer ersten Lektüre, daß nicht rare Wörter, die in einzeln herausgegriffenen Gedichten hervorstechen, die Substanz dieser Dichtung bilden, sondern, wie bei allen guten Dichtern, die immergleichen. Wenn sich bereits in *Sand aus den Urnen* (1948) und *Mohn und Gedächtnis* (1952) Reihen mit demselben zischenden Anlaut – wie »Steppe«, »Schnee«, »Schoß«, »Stirn«, »Schädel« – aufdrängen, verengt sich der Kernbestand in *Von Schwelle zu Schwelle*

(1955) deutlich auf »Stein« und »Stern«. Dabei gehört »Stein« – »(das Auge), das solche Steine geweint«, »es rollt übers Meer / der Stein«, »(der Stein), der aufklafft«, »versteint und verbissen in Steine«, »Steine, die du häuftest«, »Mitsamt meinen Steinen, / den großgemeinten« – zu den häufigsten Substantiva, während »Stern« seltener, dafür akzentuiert in Fügungen wie »Übersternte«, »Haarstern«, das »sternüberflogene Wort« auftritt.

Verblüffenderweise erhält sich diese Konstellation auch in Zyklen, die sich in Metrik und Metaphorik klar vom Frühwerk unterscheiden. Ja, das homophone Paar, Stein und Stern, schmiegt sich gar noch enger aneinander, etwa in *Sprachgitter* (1958): »Vogelflug, Steinflug, tausend / beschriebene Bahnen ... / Findlinge, Sterne, / schwarz und voll Sprache ...« (»Allerseelen«), oder in *Die Niemandsrose* (1963): »(Silben) helfen dem Kriechstern / in ihre Mitte. Der Stein, / schläfennah einst, tut sich hier auf« (»Erratisch«), »Was geschah? Der Stein trat aus dem Berge. / Wer erwachte? Du und ich. / Sprache, Sprache. Mit-Stern. Neben-Erde« (»Was geschah?«), und verschmilzt in *Atemwende* (1967): »an Himmelssteine genäht, wortblutgeboren« (»In Prag«).

Mit einemmal erhält das, was sich im Klang geformt hat, einen genauen Sinn: Stein und Stern, Irdisches und Himmlisches, sind einst schläfennahe, organische, nun schwarze, anorganische Sprache, »wortblutgeboren«, geronnen und ans »Nachtbett« des Himmels genäht. Sie folgen ihrer Bahn, aber kommen nirgendwo mehr an. Während des »Gesprächs im Gebirg« (1959) fragt ein Jude den andern, zu wem der Stein rede. »Zu wem, Geschwisterkind, soll er reden?« erhält er zur Antwort. »Er redet nicht, er spricht, und wer spricht, Geschwisterkind, der redet zu niemand, der spricht, weil niemand ihn hört, niemand und Niemand, und dann sagt er, er und nicht sein Mund und nicht seine Zunge, sagt er und nur er: Hörst du?«

Der Stein spricht, aber ins Leere, mit niemandem und Niemandem. Umgekehrt kann einer, ebenso aussichtslos, zum Stein sprechen: »Wie man zum Stein spricht, wie / du, / mir vom Abgrund her, von / einer Heimat her Ver- / schwisterte, Zugeschleuderte« (»Radix, Matrix«). Und wenn dasselbe Gedicht variiert: »Ja, / wie man zum Stein spricht, wie / du / mit meinen Händen dorthin / und ins Nichts greifst«, scheint auch Werner Hamachers Vermutung, der Stein erweise sich »durch seine Parallelisierung mit dem Nichts als dessen anagrammatische Inversion: ›Niets‹« (*Entferntes Verstehen,* Ffm. 1998), nicht allzu verwegen. Denn wenn Sprache, aus welchen Gründen immer, sich an niemanden mehr richten kann, erstarrt sie zu Stein, fällt sie dem Nichts zu. Die »Engführung« ergänzt sarkastisch: »es blieb / Zeit, blieb, / es beim Stein zu versuchen – er / war gastlich, er / fiel nicht ins Wort.«

Das hindert nicht, daß diese Dichtung mit Macht anspricht, daß hier noch immer einer seine Hand darbietet, auch wenn viele sie ausschlagen, aber es besagt doch, daß das jüdische Geschwisterkind, die dem Sprechenden Zugefallene, die Zugeschleuderte aus dem »gemordeten Geschlecht«, die Ermordete, seine Hände ins Nichts lenkt, daß nach ihrem Tod die Hoffnung auf ein Gespräch begraben ist. Es bleibt, der Toten Steine aufs nicht vorhandene Grab zu legen.

Wiedemanns Kommentar stört eine solche, die poetischen Gegenstände geduldig auflesende Lektüre mehr, als daß er sie beförderte. Er krankt wie die meisten seiner Art daran, daß er viel Unwichtiges erklärt und viel Wichtiges übersieht. Einem 1969 entstandenen Gedicht aus dem Nachlaß, das mit »Von der sinkenden Walstirn / les ich dich ab« beginnt, gibt er eine ebenso genaue wie überflüssige Definition des Wortes »Harpune« mit, unterläßt es aber zu erwähnen, daß sich dieser Anfang auf das 79. Kapitel des *Moby-Dick* bezieht, das von der Unentzifferbarkeit der Walstirn handelt (»Read it if you can«).

Nicht zuletzt, um dem Vorwurf des Ästhetizismus, der von Konservativen und von Jüngern Adornos gegen Celans Dichtung erhoben worden ist, zu begegnen, soll mit Lacoue-Labarthe festgehalten sein, daß sie »Übersetzung von Erfahrung«, im Sinne von durchlebter Gefahr (*experientia,* von *periculum*), ist. Um sich diese Erfahrung zu vergegenwärtigen, können Wiedemanns biographische Hinweise helfen; aber sie können auch zur Vordergründigkeit verleiten, wie der Kommentar zu einem der besten Gedichte des Frühwerks, »Argumentum e silentio« (1954), zeigt.

Sie stellt den Titel – »Lat. für einen Beweis, aber auch einen Gehalt oder eine Wahrheit, die aus dem Stillschweigen gewonnen wurde« – in einen »Bezug zum juristischen Tatbestand des Plagiats, das Claire Goll Celan vorwarf«, und räumt erst danach ein, daß mit »Argument« auch ein poetologischer Aphorismus von René Char überschrieben ist, dem Celan das Gedicht gewidmet hat. Die Bekanntschaft mit Char stellt sie wiederum in einen Zusammenhang zur Kampagne Golls, denn Celan und Char haben, als sie sich im Juli 1954 trafen, »möglicherweise über deren Vorwürfe gesprochen«.

Möglicherweise. Nicht nur möglich, sondern offensichtlich ist und unerwähnt bleibt, daß Celan hier zentrale Topoi von Chars Dichtung aufgreift, Gold, Nacht, Schlange, Strom, Sonne, Saat. Und so erinnert das Gold, das bereits in den ersten Zeilen, »An die Kette gelegt / zwischen Gold und Vergessen: / die Nacht«, an die Nacht grenzt, an das „or“ (Gold), das in der »aurore« (Morgenröte) aufglänzt, welche wiederum in Chars *Feuillets d'Hypnos* (1946), die Celan übersetzt hat, das Ende der »Hitlernacht« symbolisiert: »Das *Wort* der Frau (auf einem Gemälde de La Tours, dessen Reproduktion während Chars Résistance-Zeit in seinem Versteck hing; S. R.) setzt das Unverhoffte in die Welt – keine Morgenröte, die es ihr hierin zuvortun könnte. Dank sei Georges de La Tour, der die Hitlernacht bezwang mit einem Gespräch von Menschen!« (Vgl. »Bewohner des Blitzes«, »Jungle World«, 1/2/2003)

Es entdeckt sich ein biographischer Hintergrund, aber ein poetisch vermittelter. Celans Antifaschismus ist überall in seinem Werk anwesend, doch will er wie der Chars »das *Unbetretbare* als Spielraum freihalten für die Phantasie seiner Sonnen«.

Wiedemann assoziiert eine lange Reihe von Gedichten mit dem Goll-Skandal, wohl ohne zu bedenken, daß ihre Unterstellung, er spanne sein Werk für eine Polemik ein, nicht sehr schmeichelhaft für einen Dichter ist. Celan zeigte sich von den Angriffen Golls und mehr noch von der Unterstützung, die sie im deutschen Feuilleton erfuhr, tief verletzt. Hätte er aber sein persönliches Geschick für wichtiger gehalten als die Katastrophe, deren Zeuge er war, wäre er nicht der bedeutendste deutschsprachige Lyriker des Jahrhunderts. Wenn auch nach dem Weltuntergang nicht mehr viel zu sagen ist, hat er es doch, niemandem und Niemandem, gesagt. Man muß aber zuhören.

Paul Celan: *Die Gedichte.* Kommentierte Gesamtausgabe in einem Band. Herausgegeben und kommentiert von Barbara Wiedemann. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2003, 1.000 Seiten, 39,90 Euro

---

Stefan Ripplinger schreib in KONKRET 5/03 über eine Philosophie des Friedens bei Kant und Freud

Konkret 07/03, S. 54

Werner Jung

Buch & Deckel

Peter Gay: Das Zeitalter des Doktor Arthur Schnitzler. Fischer, Frankfurt a.M. 2002, 384 Seiten, 24,90 Euro

Der Titel der amerikanischen Originalausgabe ist ein wenig präziser: *Schnitzler□s CenturyThe Making of Middel-Class Culture 1815-1914*. Aber auch der kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die neue Arbeit von Peter Gay – mag dieser auch selbst noch so sehr darauf insistieren, daß es sich um keine »□Reader's Digest□-Kurzfassung« früherer Bücher handle – im Grunde genommen eben das doch ist: nämlich die anhand der Person Arthur Schnitzlers, jener herausragenden Figur der Wiener Moderne, gespiegelte Sichtweise Gays auf das bürgerlich bzw. viktorianisch geprägte 19. und frühe 20. Jahrhundert.

Dabei verfährt er in diesem Buch so, daß er an die Anfänge der Kapitel biographische Hinweise auf Schnitzler, das Verhältnis zum eigenen Judentum und dem bürgerlichen Ambiente unterbringt, um dann in überaus luziden, wiewohl ebenso weitschweifigen Mäandern die komplexe Gemengelage dessen, was gemeinhin unter bürgerlicher Kultur (miß-)verstanden wird, zu beschreiben. Gay definiert seine Methode als Historiker zu Recht als »psychoanalytisch fundierte (nicht dominierte!) Kulturgeschichte«, die die Biographie einer ganzen sozialen Klasse, der Bourgeoisie, erzählen möchte. Der große Gewinn liegt in der stupenden Materialfülle und der Unbefangenheit, mit der er ebenso Alltagsgeschichtliches und literarische oder philosophische Quellen wie historische Dokumente zur Sprache bringt, um seine alte These zu illustrieren, daß die bürgerlich-bourgeoise Kultur eine überaus komplizierte Angelegenheit gewesen ist.

Gay entfaltet dies auf den Feldern der Sexualität und Liebe, der Arbeitsethik oder auch auf dem Gebiet ureigenster bourgeoiser Prägung, der sogenannten Privatheit. Er verdeutlicht, daß etwa die gehässige Rede von der Prüderie der Frauen und der sexuellen Unzufriedenheit ihrer Ehemänner kaum standhält angesichts anderslautender Fakten, z. B. in durchaus »progressiven« Ehehandbüchern wie jenem des Arztes J. F. Albrecht (*Heimlichkeiten der Frauenzimmer oder die Geheimnisse der Natur hinsichtlich der Fortpflanzung des Menschen* von 1830), worin den Frauen empfohlen wird, »den Wunsch ihrer Männer nach □ehelicher Zärtlichkeit□ nicht abzuwehren oder gar mit Abscheu darauf zu reagieren«. Auch im Kapitel zur Ästhetik und zu Geschmacksfragen kann Gay belegen, daß die Bourgeoisie unabhängig von konservativen Vorlieben durchaus als Mäzen moderner, ja avantgardistischer Kunstströmungen agiert und somit den »Prozeß der Zivilisation« befördert hat.

Wie gesagt: vergleichsweise wenig erfährt der Leser über Arthur, den Zerschnitzler, wie er bei den Zeitgenossen hieß, dafür aber um so mehr über die Herausbildung bürgerlicher Kultur während des 19. Jahrhunderts.

Konkret 07/03, S. 54

Michel Raus

Buch & Deckel

Javier Marias: Der Gefühlsmensch. Klett-Cotta, Stuttgart 2003, 188 Seiten, 18 Euro

Das Sicherste, was über den Gefühlsmenschen im Titel des Romans gesagt werden kann, den Javier Marias bereits 1986 vorgelegt hat: Er entspricht nicht dem Klischee des eitlen Operntenors, wie er zahllose Musikerwitze bevölkert. Der Erzähler steht zwar, wie er zu wiederholen nicht müde wird, kurz vor einer internationalen Bühnenkarriere, in ihm dürfte freilich außer einem großen Gesangs- noch ein ansehnliches Schreibtalent stecken, sonst hätte er kaum den Traum einer Liebe so nachzuerzählen vermocht, daß er den Lesern beinah wie Schaumgebäck auf der Zunge zergeht.

Bereits die ersten Sätze in *Der Gefühlsmensch* schlagen den verträumten Ton an, der über die volle Länge eine fast banale erotische Dreiecksgeschichte in Spannung hält. Weil Marias vom ersten bis zum letzten Satz offen läßt, ob sich die Liebe seines Operntenors zu Natalia Manur erfüllt oder ob der spintisierende Erzähler sich in eine komplexe Liebesintrige hineinphantasiert, um sie im Laufe der »Handlung« immer wieder in Frage zu stellen, wirkt *Der Gefühlsmensch*, seinen häufigen dädalischen Schachtelsätzen zum Trotz, fast wie schaumgeboren.

Einmal, ein einziges Mal kippt sein Traum von inzwischen hauchzarten Liebesbanden dem Erzähler in die Wirklichkeit; er läßt sich spät in der Nacht dazu hinreißen, Natalia in ihrem Hotelzimmer anzurufen. Das ist für den Ehemann Manur der Beweis, daß der Galan die Grenze überschritten habe, vor der frühere Verehrer zurückschreckten. Allein, die bloße Nacherzählung dieser reichlich banal, fast kitschig verlaufenen Liebesgeschichte wirkt schon zu konkret, zu handfest; denn Javier Marias hält seine Romankonstruktion sprachlich und argumentativ so virtuos in der Schwebe, daß sogar seine Figuren zweifeln dürften, ob sie sich »im richtigen Film« befinden; auch der Leser soll möglichst dauerhaft daran gehindert werden, sich ein fertiges Bild zu machen, das womöglich seinem Vorurteil über Liebe entspricht. Deshalb schickt Marias 1987, ein Jahr nach Erscheinen des spanischen Originals, seinem Roman einen Epilog hinterher, in dem es heißt: »Ich glaube, daß die Liebe weitgehend auf ihrer Vorwegnahme und auf ihrer Erinnerung gründet. Mit anderen Worten, die Liebe hat immer eine imaginäre Dimension, so greifbar und wirklich wir sie auch in einem gegebenen Augenblick empfinden. Sie harrt ihrer Erfüllung, sie ist das Reich dessen, was sein kann. Oder aber dessen, was hätte sein können.«

Was ist, ist. Nämlich *Der Gefühlsmensch* ein grandioses Stück moderner Prosa.

Konkret 07/03, S. 54

Frank Schäfer

Buch & Deckel

Kerim Pamuk: Sprich langsam, Türke. Edition Nautilus, Hamburg 2003, 119 Seiten, 12,90 Euro

Kerim Pamuk ist Türke und als Neunjähriger nach Deutschland eingewandert, kennt folglich beide Welten ganz gut. Die aus dem Aneinanderklatschen der Kulturen erwachsenen sozialen Konflikte trägt er gewissermaßen in sich. Diese Differenzerfahrung des Migranten sensibilisiert ihn für das Absurde, Groteske, Bescheuerte beider Kulturen. Er spielt die eine gegen die andere aus, aber – und das macht diese plaudernden Essays so charmant – er muß und will sich nicht entscheiden. Im Gegenteil, Pamuk scheint sich in dieser Identitäts-Dissoziation gut zu amüsieren. Er kann über patriarchalische Erziehungsmuster des Anatolen lästern, über den Personenkult um Atatürk, über das Gespucke der »Jungbullen«, die exaltierten »Diskürs«-Gepflogenheiten, über die Phantasmagorien von einem türkischen Großreich – und zugleich die fehlende Gastfreundschaft der Norddeutschen beargwöhnen oder das dummdreiste »Ethno-Marketing« der Telekom in der Luft zerreißen (Maxime: »Lebstu hier Kollega, kriegstu auch Werbung in deiner Schiprache, ne!«). Kurzum, er sieht the worst of both things! Und vor allem zeichnet er ein anschauliches Bild, wie es sich so lebt als kültürelle Kippfigur.

Nun tourt Pamuk laut Verlagsinfo mit einem »Comedy-Programm«. Und ein bißchen beeinflußt von seinem Hauptberuf ist denn auch dieses Buch. Die Pointen sind manchmal zu naheliegend für die Lektüre, live vorgetragen entwickeln die komischen Texte sicher eine ganz andere Verve. Aber Pamuk macht eben nicht nur Witze. Wenn es um die gute Migrantensache geht, wird sein Ton scharf. So entlarvt er den zwar positiven, aber trotzdem latenten Rassismus hinter den Versuchen sozialdemokratischer »Wohlfühl-Integration« (»Du kannst nichts, aber du bist Türkin ... find ich toll!«) und die Lichterkette als wohlfeile Ersatzhandlung, um sich mit dem wirklich Notwendigen, etwa dem Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft, nicht befassen zu müssen. Am bittersten und zugleich anrührendsten ist seine Schilderung des archetypischen Emigranten der ersten Generation, der, in Deutschland zu etwas Geld gekommen, zu Hause Immobilien kauft, dort übers Ohr gehauen wird und nichts daraus lernt, weil es nichts daraus zu lernen gibt – außer vielleicht der Einsicht: »Eine korrupte, undankbare, mißgünstige und entfremdete Heimat ist immer noch besser als gar keine. Er möchte nicht ein Leben lang Gast sein.«

Konkret 07/03, S. 55

Frank Illing

Buch & Deckel

Andrea zur Nieden: GeBorgte Identität. Star Trek als kulturindustrielle Selbstversicherung des technisierten Subjekts. Ça ira, Freiburg 2003, 13,50 Euro

Der Erfolg von Fernsehserien verrät stets etwas über die Gesellschaft, es fragt sich nur, was. Andrea zur Nieden untersucht in *GeBorgte Identität*, wie in den »Star Trek«-Serien »Next Generation« und »Voyager« die Verunsicherung des sprichwörtlichen bürgerlichen, kapitalistischen, männlichen Subjekts angesichts der heute sich abzeichnenden biotechnologischen »Barbieisierung« der Körper aufgefangen wird. Einerseits verkünden die »Star Trek«-Crews, allen voran Captain Picard, immer wieder die alten »humanistischen Werte«, die, obwohl Individualität zugleich auf einen Effekt des längst beherrschten Gencodes reduziert wird, immer den Glauben an eine moralische Verbesserung des Menschen durch technischen Fortschritt beinhalten. Andererseits wird diese paradoxe Individualität durch das zum Feindbild stilisierte Kollektivsubjekt der biotechnologisch hochentwickelten »Borg« bedroht, die alle anderen Lebensformen zu assimilieren in der Lage sind und damit die alte bürgerliche Angst vor der Vermassung heraufbeschwören. Überzeugend legt zur Nieden diese Problematik in ausführlichen Analysen einzelner Episoden und Handlungsstränge dar, und zeigt überdies akribisch die Widersprüche auf, die zwischen dem angeblichen gesellschaftlichen Fortschritt in der interstellaren Föderation und den dortigen, oft nur an Details ablesbaren, tatsächlichen Verhältnissen bestehen.

Die dezidiert ideologiekritische, allerdings rein inhaltsanalytische Perspektive der Autorin läßt aber manche Frage offen: Zum Beispiel wird mit Adorno konstatiert, daß bei »Star Trek« wie beim Fernsehen überhaupt die Zuschauer »nochmals zu dem, was sie ohnehin sind«, gemacht werden, also zu dem sich angesichts neuer Herausforderungen behauptenden bürgerlichen Subjekt. Wenn aber in »Star Trek« die hiermit verbundenen Widersprüche explizit vorgeführt und verhandelt werden (Picard wird treffend als Repräsentant »kommunikativen Handelns« bezeichnet), so läßt sich ohne die Analyse der tatsächlichen Rezeption nicht umstandslos eine eindimensionale Wirkung der in den Serien nahegelegten ideologiekonformen Lösungen auf das Publikum ableiten. Schon die enorme Popularität der nicht- bzw. halb-menschlichen Figuren Spock, Data und Seven O Nine deutet darauf hin, daß gerade die Faszination durch andere Subjektivitäten und nicht die letztliche Bestätigung des bürgerlichen Subjekts das Symptomatische am »Star Trek«-Phänomen sein könnte.

Konkret 07/03, S. 55

Michael Klarmann

Buch & Deckel

Charles Bukowski: 439 Gedichte. Deutsch von Carl Weissner. Zweitausendeins, Frankfurt a. M. 2003, 988 Seiten, 20 Euro

Da lag er also in meinen Händen
Der Nachlaßbatzen des alten Knochen
Den mir mein Postbote in den Flur ge-
Worfen hatte & den niemand hatte
Stehlen wollen von den Halbstarken
Die immer unsere Keller & Autos
Aufbrechen

Charles Bukowski ist nun seit neun
Jahren tot & sein aktuelles Buch besteht
Zu einem Drittel aus neuem Material
Dreier US-Originalausgaben & zu zwei
Dritteln aus den wiederver-
Öffentlichten »Western Avenue«
& »Eine Kinoreklame in der Wüste«

Alle 439 Gedichte rochen nach Gewalt
Sex Pussy Schweiß Bier Nikotin
Matcho-Underdog muffigen Bars der
Pferderennbahn & egal wo ich das Buch
Aufschlug war es immer wie damals als
Mich Chinaski inspirierte selbst zu schreiben
Bis ich nach jahrelangem Suff der Schichtarbeit
& einem gewagten Mix aus miesen oder genialen
Texten von heute auf morgen den Job in der
Glasfabrik hinwarf & mich arbeitslos durch
Das Leben lümmelte um dann Autor werden
Zu wollen aber als Journalist zu enden
Dessen Schreibstärke & Stil zermürbt
Wurden vom Kargheitsgebot der Newskürze

Ahhhh Nostalgie ahhh trockener Zynismus
Seufzt dieses Buch in all
Seiner alten Frische & was schert einen
Die Monotonie misantrophischer Eremiten
Wenn man einen alten Freund wieder
Entdeckt der einem die Depressionen
Wie Flausen aus dem Kopf schlägt &
Man nicht aufhören mag

Zu lesen in jenen Kurzgeschichten
Voller Zeilenumbrüche
Wie diesem hier beispielsweise

Vor Jahren warnte mich mein Doc
Ich müsse dringend aufhören zu Trinken
Mir drohe gesundheitlicher Schaden &
Anders als Bukowski befolgte ich diesen Rat
& vergaß daß Hank einmal formuliert hatte
Das zu tun wäre Gift für Kreative
Schade dem Stil & weiter schrieb er daß
Männer die an Gewichten sich abreagierten
Nie gute Autoren sein könnten &
Vielleicht begann so mein Niedergang

Natürlich begann alles damit
Statt Suff körperliche Ertüchtigung
& der Gedanke man(n) müsse den Frauen
Doch etwas bieten & deswegen war ich nahtlos
Braun gebrannt & durch Krafttraining
Körperlich akkurat ausgeformt &
Im Park drehten sich alle Frauen
Auch die häßlichen
Um nach mir meiner Badehose & dem
Rest & dennoch biß nie eine fest genug an
Was für eine Energieverschwendung
Im Wahn der Fitneß & heute bin ich mir
Sicher es hat meine Schreibe kastriert

Buks Neues macht faul durstig &
Lesehungrig & einen Bauchansatz
Hab ich längst schon & Schreiben
Geht langsam auch wieder
Nur Buchkritiken liegen mir
Noch nicht ganz ...

Konkret 07/03, S. 55

Michael Sailer

B□ ch & Deckel

Logan Pearsall Smith: Tri□ iaManesse, Z□ rich 2003, 320 Seiten, 16,90 E□ ro

Kein gängiges Lexikon kennt seinen Namen, doch irgendeines seiner Worte hat fast jeder schon mal im Mund gehabt, und sei es nur die Feststellung, »Knechtschaft und Schande« seien »die verdienten Strafen des Erfolgs« und ein Bestseller das vergoldete Grab eines mediokren Talents. Logan Pearsall Smith, 1865 geboren und schon als Kind ein Liebhaber der diamantscharf geschliffenen Kurzweisheit, entstammte einer religiösen Familie: Vater und Mutter waren Quäker gewesen, dann zu den Methodisten übergetreten und als Prediger und »Erweckungsschriftsteller« höchst erfolgreich. Den Sohn hingegen überfiel als Elfjährigen ein sozusagen gegenläufiger Chesterton: Im Baum sitzend und Kirschen mampfend, mußte er erleben, wie »das ganze übernatürliche System der Dinge auf Nimmerwiederkehr in den blauen Himmel zu entschwinden schien«.

Vor die Wahl gestellt zwischen einer ansehnlichen jährlichen Zuwendung und einer einmaligen Abfindung von 25.000 Dollar, entschied er sich für letztere und lebte bis zu seinem Tod 1946, wie ein anständiger Mensch lebt: ohne Hang zur Produktivität, bisweilen sehr nahe an bitterer Armut, doch zufrieden in seinem Privatreich der Sprache, der Kontemplativität und des Gedankens. »People say that life is the thing, but I prefer reading« □ Smith war kein Einzelgänger, doch das Gewirre und Gewese der Zeiten hat ihn kaum je berührt; mehr als zwei oder drei gelegentliche Zeilen waren sie ihm nicht wert, und die fielen aus großer Höhe herab, wie Schneeflocken, so eisig, daß die Jahrzehnte sie nicht schmelzen konnten. Neben dem Leben, der menschlichen Natur, Alter und Tod, Kunst und Literatur widmen Smiths Aphorismen sich immer wieder sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden: Einerseits davon überzeugt, es gebe kaum eine Sorge, die ein gutes Einkommen nicht lindern würde, befand er andererseits, Reichtum sei »eine Art Aussatz, und man sollte die Reichen wie Aussätzige absondern, damit sie die andern nicht anstecken«.

Abseits der Spruchkunst zeigt sich in den kurzen Prosastücken, die zwei Drittel des 1933 im englischen Original erschienenen Buches ausmachen, ein anderer Smith. Zwischen Witz, moralischer Schärfe und Melancholie schweift eine Aufmerksamkeit für das kleinste Detail; es sind diese scheinbar zufälligen, elegischen und tiefen Beobachtungen des einsamen Flaneurs in einer mißratenen Welt, die dem Leser Gänsehäute verursachen und Tränen in die Augen treiben. Es gibt kaum ein Buch, dessen Abwesenheit in deutscher Sprache (von ein paar Auszügen abgesehen) mir seit vielen Jahren solche Phantomschmerzen verursachte. Das bekannt antimoderne Manesse-Brevierformat ist hier so ideal, daß man die Anschaffung der Lederausgabe erwägen sollte: Notfalls passen die *Trivia* in jede Jacken- und manche Hosentasche, und da gehören sie auch hin, Ziel oder Ort egal.

Konkret 07/03, S. 56

Magnus Klaue

Buch & Deckel

Rudolf Arnheim: Film als Kunst. Suhrkamp, Frankfurt/Main 2002, 326 Seiten, 13 Euro
Ders.: Rundfunk als Hörkunst. Suhrkamp, Frankfurt/Main 2001, 238 Seiten, 10 Euro
Klaus Dörner: Der gute Arzt. Schattauer, Stuttgart 2001, 334 Seiten, 35,95 Euro

Rudolf Arnheim: Film als Kunst. Suhrkamp, Frankfurt/Main 2002, 326 Seiten, 13 Euro

Ders.: Rundfunk als Hörkunst. Suhrkamp, Frankfurt/Main 2001, 238 Seiten, 10 Euro

Anders als die längst kanonisierten filmästhetischen Schriften von Siegfried Kracauer und Béla Balázs wartet das Werk Rudolf Arnheims noch immer darauf, systematisch erschlossen zu werden. Arnheim, 1904 als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Berlin geboren, war jahrelang Kulturredakteur der »Weltbühne«, bis er 1933 nach Italien, später nach Großbritannien und in die USA emigrieren mußte. Sein Blick auf ästhetische Phänomene war geprägt durch das Studium bei den Gestaltpsychologen Max Wertheimer und Wolfgang Köhler, deren Lehre von sich im Wahrnehmungsprozeß konstituierenden visuellen »Einheiten« Arnheim in eine eigene Theorie des »anschaulichen Denkens« überführt hat. Im Gegensatz zu Balázs, der die »visuelle Kultur« des Films gegen die vermeintlich abstrakte, lebensfeindliche »Schriftkultur« ausspielte, lagen Arnheim antiintellektuelle Affekte jedoch von Beginn an fern. Ihm ging es darum, das je Spezifische von Filmkunst und »Hörkunst« zu analysieren und der mit Beginn des Tonfilms virulenten Vermischung beider Sphären zu einer neuen Form von »Gesamtkunstwerk« entgegenzuarbeiten.

Wie die nun bei Suhrkamp neu herausgegebenen, lange verschütteten Hauptwerke Arnheims über Filmkunst und Rundfunk aus den frühen dreißiger Jahren zeigen, macht gerade dieser »konservative« Zug, die Aggression gegen frühe Spielarten von »Intermedialität«, die Brisanz von Arnheims Schriften aus. Seine Konzentration auf die »Materialeigenschaften« der jeweiligen Kunst (Reduktion von Raumtiefe und Wegfall zeitlicher Kontinuität im Film; »Tugend der Blindheit« und Konzentration auf die Klangvalenzen von Sprache in der »Hörkunst«) weist ihn als Apologeten eines »art pur« auf dem Gebiet der neuen Medien aus. Kunstwerke sind für Arnheim vor allem »Formenornamente«, in denen »die Charaktereigenschaften der verwendeten Mittel deutlich zur Anschauung kommen«. Die größte Fehleinschätzung des Films bestehe darin, daß dieser die Wirklichkeit ohne Zutat abbilde. Zur Kunst werde die filmische Technik vielmehr erst, indem sie die pragmatische Alltagswahrnehmung suspendiere und ihre Bilder als »unnatürliche« ausweise, in denen immer auch der Prozeß filmischer Wahrnehmung reflektiert werde. Während der kulturindustrielle »Konfektionsfilm«, aber auch weite Teile der zeitgenössischen Kritik, Stoffwahl und Inhalt überschätzten, ziele authentische Filmkunst nicht auf »Darstellung« oder »Information«, sondern auf Herausarbeitung des im verwendeten Material angelegten Ausdruckspotentials.

Daß es Arnheim dabei nicht um Spielereien nach Art der frühen Experimentalfilme geht, zeigen seine Beispiele, die sich stets der Frage widmen, wie sich soziale Konstellationen oder »innere Handlungen« rein visuell oder akustisch umsetzen lassen. Nicht die Ausblendung von Wirklichkeit wird angestrebt, sondern eine filmische bzw. akustische »Sprache«, die der Realität in ihrem eigenen Medium, und nicht über den Umweg der diskursiven Sprache, gerecht wird. Der Tonfilm erschien Arnheim denn auch als »Aufoktroyierung einer technischen Neuerung«, die nicht der Entwicklung der künstlerischen Form, sondern den Interessen der Filmindustrie diente. Statt die Ausdruckspotentiale der Stummfilmkunst (die als »stumm« ja erst im Licht des Tonfilms erschien) auszuloten, verwendete man den Ton als »Naturkopietechnik«. Eindrücke und Gedanken konnten nun auch im Film gleichsam theaterhaft »ausgesprochen« werden. Andererseits wurde der Ton selbst zum Fetisch, der in Musik- und Operettenfilmen bestaunt wurde, während die visuellen Ausdrucksmittel verarmten. In dieser Situation plädierte Arnheim dafür, den Ton als »Hörkunst« zu emanzipieren, die nur ihrem eigenen Formgesetz gehorchen sollte, statt der Illustration eines anderen Mediums zu dienen.

Gerade dieser »Purismus« Arnheims, den auch Karl Prümm in seinem Nachwort zu *Film als Kunst* kritisiert, könnte befreiend wirken angesichts eines Kunstmarkts, der auf die gewitzte Kombination neuester Techniken setzt und die Frage nach dem Zweck ihrer Anwendung kaum mehr zuläßt. Arnheim jedenfalls unterscheidet streng zwischen Film und Rundfunk als »Technik« und ihrem ästhetischen Korrelat, der visuellen und akustischen »Kunst«, deren Formsprache allererst erarbeitet werden muß. Die Reduktion von Film und Rundfunk auf Medien politischer Agitation durch die Nazis muß Arnheim daher nicht nur gesellschaftlich, sondern auch ästhetisch als Barbarei erschienen sein. Im ästhetischen Mißlingen, in Geschmacklosigkeit und Kitsch, spiegelt sich die reale Gewalt.

Klaus Dörner: Der gute Arzt. Schattauer, Stuttgart 2001, 334 Seiten, 35,95 Euro

Gegen »Pfropfethiken« aller Art, die der Medizin juristische, moraltheologische oder »diskursethische« Prinzipien oktroyieren, führt der Medizinhistoriker Klaus Dörner einen »phänomenologischen« Ansatz ins Feld, der die Richtlinien medizinischer Ethik aus der Arbeitssituation des Arztes erschließen soll. Hierzu greift er auf Emmanuel Lévinas' *Ethik des Anderen* sowie auf Konzepte der »integrativen Medizin« des Kreises um Thure von Uexküll zurück. Daß dabei Eigentlichkeits-Phrasen Heideggerscher Provenienz bemüht werden, um die Medizin gegen Vereinnahmung durch ein auf Effizienz fixiertes Gesundheitssystem zu schützen, überrascht bei einem Autor, der 1969 mit *Bürger und Irre* eine materialistische Kritik von Foucaults *Genealogie des Wahnsinns* vorgelegt hat und bislang im Umfeld Kritischer Theorie beheimatet war. Dörners Wende zu einer pseudo-konkreten, am »guten Leben« und der »Begegnung« mit dem »Antlitz des Anderen« orientierten Heilkunde zeigt, wie sehr die Vertreter »humaner« Medizin in der Defensive sind. Unter dem Label »Ganzheitlichkeit« wird ihnen allenfalls eine Kuschelecke in einer dem instrumentellen Geist verpflichteten Disziplin reserviert.

Weil sich Dörner der Hilflosigkeit seiner Rückwendung zum »Menschen« bewußt ist, reichert er seine Studie mit historischen Exkursen über den Wandel der Arzt-Patient-Beziehung an, die den eigentlichen Wert des Buches ausmachen. Was man hier über die Entstehung des »Behandlungszimmers« infolge der Delegation familiärer »Fürsorgepflichten« an einzelne Berufsgruppen oder über die Geburt des Krankenhauses aus dem Geist des Armenspitals erfährt, erlaubt eine sozialhistorische Korrektur von Dörners eigenem medizinethischen Konzept. Im Grunde nämlich ist Dörners »guter Arzt«, der in der »kommunalen Lebenswelt« seiner Patienten verwurzelt ist, sich vom »schutzlosen Antlitz« des Kranken in die Pflicht nehmen läßt und die Angehörigen als gleichberechtigte Akteure einer »trialogischen Medizin« begreift, die Figur einer vormodernen Epoche. Dörners theologisch konnotierte Rede von der »Gemeindeverantwortung« impliziert seelsorgerische Ansprüche, die den modernen Arzt zugleich über- und unterfordern müssen. Überfordern, weil keinem Arzt im Zeitalter medizinischer Massenversorgung zugemutet werden kann, die ehemals familiären »Sorgeaufgaben« gleich mit zu übernehmen; unterfordern, weil er eher als »ganzer Mensch« denn als »Experte« mit einer spezifischen Fachkompetenz gefragt ist.

So sympathisch Dörners Ideal des »guten Arztes« ist, es wird ein Ideal bleiben, solange der Depravation von Medizin zur »Dienstleistung« mit den stumpfen Waffen der Existenzphilosophie begegnet wird.

Konkret 07/03, S. 57

Magnus Klaue

Buch des Monats

Vladimir Jankélévitch: Das Verzeihen. Essays zur Moral und Kulturphilosophie. Hg. v. Ralf Konersmann. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2003, 296 Seiten, 29,80 Euro

Die Verzeihung ist in den Todeslagern gestorben«: Mit diesem Satz schaltete sich Vladimir Jankélévitch 1971 in eine seit den fünfziger Jahren innerhalb des Judentums kontrovers geführte Debatte über die Möglichkeiten eines »deutsch-jüdischen Dialogs« ein. Zu den prominentesten Fürsprechern gehörten Nelly Sachs und Martin Buber, dessen Ethik des »Gesprächs« von deutschen Propagandisten einer »Versöhnung« mit den jüdischen Opfern in Anspruch genommen wurde. Die Gegenposition wurde vor allem von Gershom Scholem vertreten, der jedem Dialog mit den Tätern und ihren Nachfahren den Boden entzogen sah. Jankélévitch, in Frankreich geborener Sohn jüdisch-russischer Einwanderer, Bergson-Schüler und in den vierziger Jahren Aktivist der Résistance, nahm eine noch unerbittlichere Haltung ein, die sowohl gegen das deutsche Versöhnungsbedürfnis wie gegen die germanophilen Neigungen französischer Intellektueller gerichtet war. Noch in einem 1985 kurz vor seinem Tod geführten Interview mit »Libération« polemisierte er gegen Sartre, dessen Stücke unter dem Vichy-Regime mit Billigung der Zensur veröffentlicht werden konnten. Sartres Hinwendung zum Maoismus deutete Jankélévitch, der weder zum Existenzialismus noch zum Marxismus Affinitäten verspürte, als verspätete Kompensation des früheren politischen Versagens.

Die Rhetorik des »internationalen Kampfes«, die im Umfeld der Achtundsechziger-Bewegung populär war, erschien ihm als wirklichkeitsfremd. In seiner Studienzeit geprägt von der Lebensphilosophie Georg Simmels und der deutschen Romantik, verweigerte Jankélévitch nach 1945 jede weitere Begegnung mit »deutscher Kultur«. Die politisch-diplomatischen Annährungen zwischen Deutschen und Juden, die Diskussion um »Reparationen« sowie die Integration der Erinnerung an den Holocaust in öffentliche Gedenkdiskurse betrachtete er mit Argwohn. Bei alldem vermißte er die »Spontaneität« der Betroffenheit, die allein dem historischen Eingedenken Integrität verliehen hätte und für die ihm Brandts Kniefall in Warschau als rares Beispiel galt. Daß die Erinnerung an Auschwitz in Deutschland von Beginn an heteronomen Zwecken unterworfen wurde, hat er früh durchschaut. Seine Anmerkungen zu diesem Thema lesen sich wie ein Kommentar zur gegenwärtigen Lage, wenn er die Deutschen als »Volk ohne Reue« charakterisiert: »Die deutsche Reue heißt Stalingrad; sie heißt Durchbruch bei Avranche, sie heißt NIEDERLAGE! Es ist eine militärische Reue; und es ist auch eine kommerzielle Reue im Namen der Geschäfte, eine diplomatische Reue im Namen der Staatsräson; mit Bußfertigkeit hat das nichts zu tun.«

Bei seiner Analyse deutscher Schuldabwehr stößt Jankélévitch auf Strategien, die erst dreißig Jahre später ihre volle Wirksamkeit entfalten sollten. Die »Idee, den unsäglichen Leidensweg der Deportierten und die gerechte Bestrafung ihrer Henker gegeneinander abzuwägen«, erscheint ihm als »Perversion des moralischen Sinns«, auf der das »gute Gewissen der heutigen Deutschen« beruhe, worin Alltagsfaschismus und Wirtschaftswunder-Saturiertheit eine perfide Allianz eingegangen seien. In der Allmenschlichkeit, die »Kriegsgreuel« verschiedenster Art auf eine Stufe stellt, erkennt Jankélévitch eine neue Form der Auschwitz-Lüge: »Wenn jeder ›dasselbe getan hat‹, wie die von den Freunden Doktor Mengeles geforderte Feststellung lautet, ist es offenbar unnötig, sich zu empören; wenn jeder schuldig ist, ist niemand schuldig.« In diesem Zusammenhang erweise sich der Antizionismus als »ungesuchter Glücksfall«, der es erlaube, »im Namen der Demokratie Antisemit zu sein« und dem nazistischen Völkermord im Nachhinein Plausibilität zu verleihen: »Der Antizionismus ist der gerechtfertigte, schließlich jedermann verständlich gemachte Antisemitismus ... Und wenn die Juden selbst Nazis wären? Das wäre wunderbar. Es wäre nicht länger nötig, sie zu bedauern; sie hätten ihr Los verdient.«

Jankélévitchs Kritik am Umgang mit der Erinnerung an den Holocaust betrifft jedoch auch die Frage nach der »Diskursfähigkeit« des Sujets überhaupt. Jankélévitch zufolge steckt in jedem noch so gut gemeinten Versuch, Auschwitz zum Gegenstand öffentlicher »Gesprächsrunden« zu machen, die Gefahr der Trivialisierung: »Die ›runden Tische‹, wie man sagt, sind für die Spiele gemacht, denen sich unsere brillanten Unterhalter jeden Sommer während ihrer Sommerfrische hingeben; aber die Todeslager sind unvereinbar mit dieser Art von Debatten und philosophischem Geplapper. Im übrigen ist der Nazismus keine ›Meinung‹, und wir dürfen es uns nicht zur Gewohnheit werden lassen, darüber mit seinen Advokaten zu diskutieren.« Die Inkommensurabilität des Holocaust begründetet Jankélévitch damit, daß es sich um »Verbrechen gegen das menschliche Wesen« an sich gehandelt habe: »Die Juden wurden verfolgt, weil sie es waren, und nicht aufgrund ihrer Meinungen oder ihres Glaubens: Die Existenz selbst wurde ihnen verweigert; man warf ihnen nicht vor, dies oder jenes zu äußern, man warf ihnen vor, zu sein.« In gewisser Weise werde diese Haltung verlängert im Verhalten gegenüber Israel, dessen Existenzrecht nicht selbstverständlich sei, sondern immer wieder eigens begründet werden müsse: »Ein Jude muß sich immer rechtfertigen, sich entschuldigen dafür, daß er lebt und atmet.« Die Gleichsetzung des israelischen Staates mit »den Juden« ist demnach keine Manier einiger pro-israelischer Linker, sondern

wird den Gegnern des Antisemitismus von den Antisemiten selber aufgezwungen, denen »Israel« und »Judentum« als identisch, nämlich in gleicher Weise vernichtungswürdig gelten.

Einen Ausweg aus den Aporien historischen Gedenkens scheint Jankélévitch darin zu sehen, dem deutschen Staat jede Vereinnahmung der Erinnerung an die jüdischen Opfer zu verbieten: »Diese unzähligen Toten ... sind *unsere eigene Angelegenheit*. Wer sollte darüber sprechen, wenn nicht wir darüber sprechen?« Das »wir«, das hier spricht, redet im Namen der NS-Opfer und ist gleichsam undelegierbar. Es spricht nicht im Namen eines abstrakten »kollektiven Gedächtnisses«, das den Deutschen erlauben würde, sich in gleichberechtigter Teilhabe am »Totengedenken« auf der richtigen Seite zu fühlen. Es verweigert dem deutschen Kollektiv jede, und sei es »anti-deutsche«, Identifikation mit den jüdischen Opfern. In Bergsons Satz »Hört nicht auf das, was sie sagen, achtet auf das, was sie tun«, dem Jankélévitch einen Artikel gewidmet hat, fand er eine Moralphilosophie, die Verantwortung als »gelebte Erfahrung« und nicht als Produkt redseliger »Diskursethik« zu denken erlaubte. Politisches Engagement galt ihm als »ernsthafter Akt der gesamten Person«, nicht als wortreiche Selbstbeweihräucherung. Vielleicht deshalb hat es lange gedauert, bis sich ein deutscher Verlag der Übersetzung seiner Schriften angenommen hat. Es ist zu hoffen, daß dem Band, der nur einen ersten Einblick gewährt, weitere folgen werden.

Konkret 07/03, S. 58

Ulrich Holbein

Ich uriniere Weisheit in die Nachttöpfe eurer Gehirne

Wie der Denker Salomo Friedlaender und der Groteskenschreiber Mynona übereinander hinauswollten, oder auch: hinter sich zurückblieben, kurz: miteinander zurechtkamen.

Nachdem Effe und Dieta (Bohlen), die über ihre begrenzten Verhältnisse ruhmvoll hinauswuchsen, mit ihren Memorien hinter dem Begriff der Autobiographie unrühmlich zurückblieben, kam nun – 70 Jahre nach dem Tod ihres Autors – eine weitere, weniger beachtete Autobiographie heraus. Worin der Satz sich findet: »Aber meine Extreme, mein Über-mich-hinaus-wollen und Hinter-mir-zurückbleiben, paralysierten einander.«

Salomo Friedlaender und Mynona hingegen vertrugen sich miteinander. Glasklares Philosophieren und hirnrissiges Spintisieren kamen sich bei beiden nicht in die Quere. Aufgewachsen in lyrisch-melodischem Bildungsmilieu als asthmatische Traumnulpe, die sich, wie Plotin, ihrer Sichtbarkeit schämte, saß Friedlaender, nach abgebrochenem Zahnmedizinstudium, geschult an Swift, Poe, Rabelais, Sterne, Jean Paul, Schopenhauer, vor allem Kant, Kant und nochmal Kant, tagsüber als disziplinierter Denker in untervermieteten Berliner Mansarden, die er zwischen 1902 und 1913 zwölfmal wechselte; abends lockerte er sich zum augenzwinkernden Bohemien, der bei genauerer Nachzählung x-mal mehr Mädchen, trotz Philosophenstatus und Armut, »genoß« als Bohlen, der nur Frauen hatte, weil – haste Kohle, haste Autos, haste Frauen.

Mynona, der zunächst Salomo Friedlaender hieß, wurde von diesem so ab 1909 abgespalten und festgehalten, als ein anonymisiertes Alter ego von sich selbst, der also nun so einteilig und klangvoll wie Multatuli, Klabund, Novalis, Ringelnatz oder Franzobel hieß, ein Name, zudem verwandt mit Scheerbart-Figuren wie Manesi, Sofanti, Liwuna und Bombina. Umso exotischer stach Mynona ab von Heinz Ludwig, wie Dr. Friedlaender seinen Sohn taufte, der umso biederer von Mynona abstach, aus Dr. Friedlaenders Ehe mit Marie-Luise Schwinghoff hervorging und in seines Vaters *Ich* nur in fünf Zeilen abgehandelt wurde. Nicht restlos ging Friedlaender auf in Mynona, und hörte nicht auf, weiterhin auch so wie vorher zu heißen, genauer: Denkerische Elaborate publizierte Mynona weiterhin unter seinem Taufnamen Friedlaender, aber Friedlaenders – mehr oder minder »vulgivagische« – Grotesken ließ er allesamt von Mynona schreiben, in ökonomischer Arbeitsteilung.

Während Friedlaender ein von Georg Simmel nicht ungelobt gelassenes Nietzschebuch verfaßte, sowie kantlastige, zeitweise kantkritische Schriften, die z.B. *Schöpferische Indifferenz* hießen, schleuderte Mynona eine bestens durchgedrehte Tarzaniade hervor, sowie ein Buch, das er für das wichtigste des Weltalls ausgab: *Kant für Kinder*. Des weiteren *Die beste Methode zur kunstgerechten Kreuzigung aller nur möglichen Heilande*, Bücher über die 4. Dimension, die Funktion der Milz auf der 3. transzendentalen Ebene, über Stimmbandverkümmerung in der Vagina von Hermaphroditen, äußerte sich über Treibhaustemperaturen, genährt von Ausdünstungen von Greisen, Grotesken, die Titel tragen wie »Der lachende Hiob«, »Häßlichkeit entstellt nicht immer«, »Von der Wolke, welche so gern geregnet hätte«, und worin aus Negerhand schwarzgesagt wird, Hausbesitzer aus dem Häuschen geraten, Faust sich ins Fäustchen lacht, Alte sich den Jüngsten Tag herbeiwünschen.

In Mynonas Berlinroman *Graue Magie* laufen Leute herum, die Ludolf Bimsteiner heißen, sprich: Rudolf Steiner, oder Aribert Neinstein heißen, sprich: Albert Einstein, den Mynona via Kant relativierte; oder auch Martindranat Buberore, eine Zusammenlegung von Rabindranath Tagore und Martin Buber, praktisch zum Ausgleich dafür, daß Friedlaender Asket und Libertin – bzw. Kant und Clown in sich – so säuberlich auseinanderdividiert hatte wie Vernunftgeist und Naturfleisch und anläßlich seines um 42 Jahre vorgezogenen 100. Geburtstages 1928 weitere Spaltungstendenzen zeigte: »Die lange Leitung, die ich (als Schüler) für mich (als Lehrer) habe, könnte man mehrmals um den Aequator wickeln.«

So oder so, Clown Mynona votierte für die Nichtverbesserung von Druckfehlern, ohne sich im engeren Sinne dem »Kampf ums Dadasein« zu verschreiben. Dadasophischer als manch ein Dadaist, nannte Mynona Dadaismus »die dämlichste aller Unterbrechungen«. Mit vielen Wassern laviert, außer mit Weihwasser. Heilig war Mynona wenig bis nichts. Er urinierte Weisheit in die Nachttöpfe zeitgenössischer Gehirne. Kant aber wurde Friedlaender immer heiliger, und fast genauso heilig sein Lehrer, der Neukantianer Ernst Marcus, der noch unausgegrabener als Friedlaender in Vergessenheit verharrt, gleichwie Teixeira de Pascoaes, trotz Albert Vigoleis Thelens – wir gratulieren zum 100. Geburtstag! – Begeisterung, oder wie das Gehirntier Johannes Müller, trotz Arno Schmidts Begeisterung. Neben Kant verzwergte für Friedlaender sogar der Erste Weltkrieg zu barbarischem Nebenbei. Als er 1915 frontdiensttauglich befunden wurde, entgegnete er dem Oberstabsarzt: »Ein Irrtum! Der physische Schein trügt. Heroisch betrachtet, bin ich militärisch noch nicht geschlechtsreif.« Worauf er zurückgestellt wurde, mangelnder Zurechnungsfähigkeit wegen. Seinen Gang und Habitus verglich Alfred Kubin mit dem eines Marabu. Mynona, ein wunderlicher Heiliger, besaß eine Spazierstocksammlung; verlangte im Laden Toilettenpapier mit Trauerrand; hing im Gasthaus seine Uhr in den Kaffee.

Kant blieb ihm so unumstößlich wie seine eigene sophistisch solipsistisch klingende Theorie vom sonnenhaften bis magischen Ich-Heliozentrum. Während Mynona ungebremst Neologismen hageln ließ – Klimbimperativ, turteltaubstumm, Zionanie, Heraklitoris, Ejakulyriker, Kastralleib, Nebenbeischlaf, Mechteltechnik, schamhaarsträubende Quasimodogenitalien – nahm sich Friedlaender zum Ausgleich allzu ernst und verwendete bevorzugt todernste Worte wie heuristisch, apparent, Synthese, jonglierte mit polaren Entitäten wie Vernuft-Ich und Natur-Ich. Also in Zeitläufen, in denen man lieber auf Heidegger, Wittgenstein, Sartre hereinfiel, votierte Friedlaender nicht äußerst zeitgemäß für Hamletismus, und – statt für kommunistische – für kopernikantische Revolution, hinkte also offenbar hinterher, verschlief hellwacher als manch up to daterer Zeitgenosse manch einen Zeitgeist. Während Lukács, Adorno u.a. eher an Zentralbegriffen wie Verdinglichung, Warencharakter hantierten, bosselte Friedlaender, eine Generation nach Blochs *Geist der Utopie*, so querverbindungslos wie unbeirrbar mit allzu kantverhafteten Termini herum, aposteriorischer Empirie, verspätet wie der fossile Nonnos von Panopolus, der 800 Jahre nach Homer und 200 n. Chr. immer noch so antik herumdichtete wie Homer.

Dies auch optisch; denn Philosophen zwischen 1901 und 1999 sahen physiognomisch und atmosphärisch eher wie Physik- wenn nicht gar Chemieprofessoren aus, der späte Friedlaender hingegen völlig nach 19., wenn nicht gar 18. Jahrhundert. Nicht nur stilistisch, auch charakterkopf- und frisurmäßig atmete er den Geist Kants, Lichtenbergs (mit dem ihn Alfred Kubin und Soergel verglichen), und sonstiger Frühklassik, in diesem Punkt Hand in Hand mit Mynona. Dieser sah zwar Punkt für Punkt genauso klassisch oder altmodisch aus wie Friedlaender, antizipierte aber in seiner »Fatamorganamaschine« Laserprojektionen! Und kommentierte in »Die blutige Ypsilon« heutigen Terrorismus! Auch kreierte Mynona die aktuelle Produktidee: Bomben mit belebenden Sauerstoffmischungen zwecks Atmosphäreverbesserung. Indem Mynona in phänomenal sprühenden Pilotformen jenen romantisch-ironischen Erzähltyp perfektionierte, wo kaum was festgelegt und der Leser aufgefordert wird, die Sache selber weitgehend zu übernehmen, erinnert er vorauseilend sogar durchaus an concept-art, Lese- und Schreibhappenings.

Dann aber wurde der groteske Mynona, auf den Schluß zu, vom philosophierenden Friedlaender, der ebendiesem letzten Endes dann doch wichtiger vorkam, immer weiter abgedrängt, zeitlich und anteilmäßig. Der Nachzügler überwucherte den Vorreiter. Und wohl auch der Räsoneur den Visionär, der in »Beschreibung meiner Braut« den denkbar kosmischsten Blick auf irdische Verhältnisse geworfen hatte, wie später dann punktuell Jorge Luis Borges und Stanislaw Lem. Nur in komischen Einsprengseln und Worten wie »peripherisieren«, »diametralisieren«, »Globus intellectualis«, scheint ab und zu der ausgeblendete Phantast und Vorwärtsprescher Mynona quertreiberisch sich in die verdächtig hochseriöse Gedankenarbeit des altersweisen Reflekteurs Friedlaender a tergo einzumischen. Dichter und Denker kämpften um Vorherrschaft auch dann in einem einzigen Januskopf, wenn die Firma Mynona & Friedlaender das subjektiv nicht als Kampf empfand. Entweder kämpfte Mynona auf Dauer zu wenig, oder er blieb a priori der Schwächere, wohl nur als ulkige Randverzierung a posteriori aufgepfropft auf ein Denkerhirn, zeitweise hervorgekehrt oder für Nutzanwendungen des Denkens benutzt, dann abgewählt – aber alle, außer Friedlaender, fanden Mynonas zweite Geige origineller als Friedlaenders anmaßliche Vorherrschaft. Tucholsky nannte Mynonas Komik unterirdisch, Maximilian Harden verglich Mynona mit Voltaire, Flesch von Brunningen mit Nietzsche, René Schickele mit Andersen. Ernst Bloch nannte ihn ein Nietzscherl; Mynona im Gegenzug redete abfällig von Kaßnern, Ungern, Blöchen, Pannwitzen.

Um nicht erwischt zu werden, verließ er zwei Jahre lang die ungeheizte Pariser Wohnung nicht, schrieb abgeschottet etliche Schubladenmanuskripte, in totaler Verarmung, benutzte wegen Papiermangel Rückseiten, konnte sich weder Reparatur der Schreibmaschine noch Brille leisten, verfaßte nutzlose Bittbriefe an André Gide, Albert Schweitzer, Rockefeller, den Kaiser von Äthiopien, Hubertus Prinz zu Löwenstein. Er erwog nach Brasilien, USA oder England zu emigrieren, Thomas Mann lehnte Vermittlung ab, nannte ihn ein »freches Theristes-Maul«. Verwandte ermordet, Heinz Ludwig interniert, von 42 bis 43 angstvolle Stuben-Isolation, bei einer Gestapo-Kontrolle war der Greis nicht mehr transportfähig. »Das wahre Ich ist nie krank.«

Mynona wurde zu Lebzeiten gedruckt und nachgedruckt, 40 Buchtitel zu Lebzeiten, und 500 Zeitungsartikel; Friedlaender steigt erst jetzt in seinen ganzen denkerischen Ausmaßen aus der Versenkung seines Nachlasses hervor. 200 philosophische Tagebücher – sowie z.B. das Opus *Kant und die sieben Narren* – liegen unpubliziert und unentziffert beim Nachlaßverwalter Hartmut Geerken. 2001 erschien, 70 Jahre nach seiner Abfassung, sein philosophisches Hauptwerk *Das magische Ich*, ein wunderbar schwerverständliches Opus – echolos. Eine »FAZ«-Rezension kam nicht ganz mit. Also auch weiterhin wandert Friedlaender nicht sonderlich in irgendeine Philosophiegeschichte ein, wenigstens in die unterbelichtete Unterabteilung Neukantianismus. Wo das magische Ich aber auch nicht so recht hingehört. Weil es zwischen allen Stühlen einfach nicht zweitrangig genug herumgurkt.

Und soeben erschien seine autobiographische Skizze *Ich*, in der Friedlaender zwar vorgibt, nur sein inneres und geistiges Leben schildern zu wollen, überall aber guckt genügend Prominentenklatsch und inzwischen 66jährige Sexsüchtigkeit hervor.

Doch hatte Mynona, im Vergleich zu Bohlen und Effe, durchaus Friedlaenders publizistisches Schicksal zu teilen. Hauptwerke wurden nicht nachgedruckt. Selbst Mynonas wundersam durchgeknallter Unroman *Die Bank der Spötter*,

antiquarisch so um 200 Euro kostend, wanderte zunächst nicht in Kindlers Literaturlexikon ein, dann wenigstens in dessen Ergänzungsband. Immerhin liegen in der Ausstellung »Grotesk. Die Kunst der Frechheit«, die noch bis zum 14. September 2003 im Haus der Kunst, München, läuft, sieben Mynona-Exponate aus.

Nicht vergriffene Literatur:

Mynona: *Ich verlange ein Reiterstandbild,* Prosa Band 1, Frühe Texte der Moderne. München

Mynona: *Der Schöpfer, Tarzaniade, Der antibabylonische Turm,* Prosa Band 2, Frühe Texte der Moderne. München

Salomo Friedlaender/Mynona: *Das magische Ich.* Aisthesis, Bielefeld 2001, 302 Seiten, 34,80 Euro

Salomo Friedlaender/Mynona: *Ich. Autobiographische Skizze*. Aisthesis, Bielefeld 2003, 151 Seiten, 14,80 Euro

---

Ulrich Holbein hat zuletzt den Band »Zu 99 Prozent genetisch identisch« veröffentlicht (Grüne Kraft)

Konkret 07/03, S. 60

Magnus Klaue

Vergiftete Tr□ ume

Anmerkungen □ ur Prosa von Patricia Highsmith, aus Anla□ der Diogenes-Werkausgabe.

Als 1977 Patricia Highsmiths Roman *Edith's Diary* erschien, wurde er als ihr reifstes Werk gepriesen. Lobend vermerkten die Rezensenten, erstmals stehe eine Frau im Mittelpunkt der männlich dominierten Highsmith-Welt, noch dazu eine von Freunden und Verwandten ausgebeutete Hausfrau, deren Existenz der Roman mit beklemmender Akribie nachzeichne. Inwiefern sich das Buch jenseits solcher inhaltlichen Aspekte als Reaktion auf die Frauenbewegung, insbesondere als Auseinandersetzung mit der schon damals populären feministischen Bekenntnisliteratur begreifen läßt, wurde nicht gefragt. Statt dessen mißverstand man es als Identifikationsangebot, als Bekräftigung der vom zeitgenössischen Vulgärfeminismus reklamierten weiblichen Opferrolle. Highsmith selbst hat in mehreren Interviews einen anderen Ton angeschlagen. Der Utopie einer »befreiten Weiblichkeit« begegnete sie mit lakonischem Fatalismus. Für »weibliche« Themen interessiere sie sich nicht, ihre Bücher verlangten handlungsorientierte, unabhängige Protagonisten, und das seien nun einmal meist Männer: »Männer sind freier, selbständiger, mit den Dingen des Lebens weniger verbunden. Frauen kehren immer wieder an den Herd zurück.« So entstand das Bild einer misogynen Einsiedlerin, die, ohne es zu bemerken, ein feministisches Buch geschrieben habe.

Ob Highsmiths Aggression gegen »weibliche« Sujets sachliche Gründe haben könnte, wurde selten erwogen. Einzig Jürgen Lodemann hat 1978 in einer Besprechung der deutschen Übersetzung von *Edith's Diary* darauf hingewiesen, daß der Roman weniger ein realistisches Gesellschaftsporträt sei als Auseinandersetzung mit einer literarischen *Form* – dem Trivialroman als Objekt »weiblicher« Identifikation. Highsmith habe einen Trivialroman »in Reinkultur« geschrieben, der von nichts anderem handele als der Banalität des Alltags, die das Bewußtsein der Titelfigur bis in ihre Träume hinein präformiere. Ein Verfahren, mit dem sie sich auf einen Vorgänger berufen kann, dem sie mehrfach Bewunderung gezollt hat: Gustave Flaubert. Dessen *Madame Bovary* ist die Ahnin von Edith Howland. Wie Emma Bovary ist Edith kein bloßes »Opfer« der Männerwelt, sondern arbeitet mit an ihrer eigenen Entmündigung. Dreizehn Jahre lang läßt sie alles über sich ergehen, die Mißachtung ihres Mannes, der sie wegen einer jungen Frau verläßt, die Gleichgültigkeit ihres Sohnes, die Ausbeutung durch einen bettlägerigen Onkel, der sich im Haushalt einnistet. Doch anders als Emma hat Edith verschiedene Phasen weiblicher Emanzipation durchlaufen. Sie ist politisch gebildet, schreibt Essays für linke Zeitschriften und hat sich für ihre Rolle als Hausfrau bewußt entschieden. Um so größer ist die Verdrängungsleistung, die sie vollbringen muß, um sich über das Scheitern ihrer Glücksansprüche hinwegzutäuschen.

Ort solcher Verdrängungen ist bei Highsmith das Tagebuch. Es fungiert nicht, wie in der Hochzeit romantischer Tagebuchliteratur, als Medium weiblicher Selbstvergewisserung oder intimer Geständnisse, sondern wird zum Mittel einer zunächst gezielten, sich aber immer stärker verselbständigenden Manipulation. Weil Edith anders als die unbedarfte Emma keine Trivialromane lesen möchte, schreibt sie sich ihren eigenen. In der fiktiven Welt ihres Tagebuchs heiratet ihr Sohn eine attraktive Frau und avanciert zum erfolgreichen Geschäftsmann; die Scheidung von ihrem Mann bleibt unerwähnt; Edith ist glückliche Herrscherin über ein amerikanisches Eigenheimparadies. Doch nach und nach wird die Kluft zwischen trivialer Wirklichkeit und trivialer Wunschvorstellung zum Abgrund, in dem sie sich verliert. Highsmith schildert diesen Prozeß der einsetzenden Schizophrenie ohne jede Denunziation. Sie hat ihre Schreibweise mit der Perspektive eines Schneckenforschers verglichen, der seine Objekte mit einer Ambivalenz von Sympathie und Distanz betrachtet. Mit beängstigender Geduld reiht sie Frustrationen aneinander, die für sich genommen harmlos sind und doch die Identität der Protagonistin, von ihr selbst fast unbemerkt, untergraben. Dieses Verfahren verlangt nach der großen Prosaform, weshalb Highsmiths Erzählungen, wie sich anhand der nun zum Teil erstmals auf Deutsch vorliegenden Kurzgeschichten studieren läßt, weniger gelungen sind als ihre Romane.

Highsmith hat die Romangattung revolutioniert wie vor ihr Döblin oder Joyce, nur hat es kaum jemand bemerkt. Ihr dient der Roman nicht zur Entwicklung komplexer Beziehungsgefüge, sondern zur detaillierten Entfaltung des Immergleichen. Wer in ihren Büchern nach Höhe- und Wendepunkten sucht, wird selten fündig; dennoch benötigt sie den Umfang eines Romans, um eine Unzahl von Beweisstücken im Prozeß gegen einen übermächtigen Feind zu sammeln, der immer auch man selbst ist. Auf den paar Dutzend Seiten einer Kurzgeschichte läßt sich das nicht bewältigen, auf vierhundert Seiten aber erzeugt es jene drückende Spannung, die sich Graham Greene zufolge der Tatsache verdankt, daß die Trivialität des Highsmithschen Schreckens den Leser mit der Scheinhaftigkeit der eigenen Existenz konfrontiert. Man möchte, was geschieht, als fiktional von sich fernhalten und erkennt doch darin die Wahrheit über den eigenen Alltag: »Mit einem Gefühl von Furcht denken wir: ›Vielleicht gehöre ich *hierhin*.‹«

Erweist sich das Tagebuch in *Edith's Diary* gerade nicht als Medium eines »weiblichen« Diskurses, der das gesellschaftlich Unterdrückte zur Geltung bringt, sondern als Ort äußerster Selbstillusionierung, kreisen auch Highsmiths übrige Romane um die Macht, die normierte Träume und illusionäre Hoffnungen auf die Individuen ausüben. Wollte man ihr Werk auf

einen Punkt bringen, müßte man sagen, es handle sich um eine Kritik der Phantasie im Medium des psychologischen Romans. Auch darin ähnelt es Flauberts Projekt der Destruktion romantischer Illusionen. Doch während Flauberts Mythenkritik eine souveräne Distanz gegenüber den als Verkörperung ihrer eigenen Klischeevorstellungen vorgeführten Figuren impliziert, sind die Verhältnisse bei Highsmith komplizierter. Die Träume, in denen ihre Protagonisten sich verlieren, erscheinen als plausible Reaktion auf eine Welt, worin der bloße Vollzug der Existenz fast zwangsläufig zur Selbstzerstörung führt. Diese gesellschaftlich produzierte Ausweglosigkeit wird oft als tragischer Zug von Highsmiths Romanen mißverstanden. Indes sind die Ausgangssituationen ihrer Bücher auf perfide Weise gewöhnlich. Typische Anfangssätze lauten: »Robert arbeitete nach Dienstschluß um fünf noch fast eine Stunde« (*The Cry Of The Owl)* – »Der Mann in der dunkelblauen Hose und dem moosgrünen Sporthemd wartete ungeduldig in der Reihe« (*The Blunderer)* – »Edith hatte ihr Tagebuch noch nicht eingepackt, hauptsächlich weil sie nicht recht wußte, wohin sie es stecken sollte« (*Edith's Diary*). Welche Banalität im Leben eines Menschen auch als Ausgangspunkt seiner Geschichte gewählt wird, schon der erste Satz gerät zum Urteilsspruch; in der Welt von Highsmiths Büchern gibt es nichts Harmloses mehr.

Fast immer sind es zunächst ungefährliche Phantastereien, in denen sich die Figuren verstricken und die doch notwendig scheinen, um die Durchschnittlichkeit des Alltags zu ertragen. Die Protagonisten von *The Story-Teller* und *The Blunderer* spielen, angeregt durch Zeitungsartikel und literarische Einfälle, mit dem Gedanken, sich ihrer Ehefrauen zu entledigen. Durch eine Reihe von Koinzidenzen verselbständigen sich ihre Phantasien, die der Entlastung von der Unerträglichkeit des eigenen Lebens dienen sollen, zu einer identitätszerstörenden zweiten Realität. *This Sweet Sickness* handelt von David Kelsey, der die Trennung von seiner Freundin nicht verwinden kann, sich für die Wochenenden unter falschem Namen ein Haus auf dem Land mietet und imaginiert, dort mit Annabelle zusammenzuleben. Obwohl sie inzwischen verheiratet ist und ein Kind hat, ist er überzeugt, sie werde ihren »Fehler« erkennen und zurückkehren. Die Scheinexistenz, die er sich aufbaut, um an seinem verlorenen Glück festzuhalten, verhärtet sich gegen seine Lebenswirklichkeit. Er belügt seine Freunde, stößt ein Mädchen vor den Kopf, das in ihn verliebt ist, und mischt sich in Annabelles Leben ein. Fatalerweise hat er mit seinen Argumenten sogar Recht. Annabelle hat die Träume ihrer Jugend verraten und lebt als Hausmütterchen an der Seite eines Spießers. Doch auch sie ist gegen ihn im Recht: David behandelt sie wie verfügbares Eigentum. Aus dieser Verkehrtheit aller Beziehungen resultieren die Eskalationen der Romane, die einer Beobachtung Peter Handkes zufolge »das Ausleben einer lange beschriebenen Enttäuschung« sind, Abreaktion angesichts einer unerträglichen Realität, die auch die Wunschträume der Protagonisten längst kolonisiert hat.

Daß sie ihre Phantasien wie gesicherten Besitz behandeln, wird den Highsmith-Figuren zum Verhängnis. Für Edith sind die im Tagebuch verschlossenen klischierten Träume ihr einziges Eigentum; David Kelsey »kauft« sich mit seinem Landhaus die illusionäre Existenz an der Seite Annabelles, abgeschottet von seiner Alltagswirklichkeit und schon daher zum toten Besitz neutralisiert. Das Motiv des Hauses, das dem Ausleben solcher Tagträume dienen soll und auch in *Deep Water* und *The Cry Of The Owl* eine Rolle spielt, ist in diesem Sinn zu verstehen. Gerade weil die Figuren ihre Phantasien als sicheren Besitz betrachten, verhärten diese sich gegen den Wünschenden und unterminieren seine Identität. Damit ist Highsmiths Werk, in dem Politisches kaum vorkommt, auch eine Analyse des Niedergangs der revolutionären Macht der Phantasie. In Zeiten, da der Traum als anarchisches Produktionsprinzip gepriesen wurde, hat sie ihm den Totenschein ausgestellt. Zur eifersüchtigen Obsession depraviert, ist er kein Gegenentwurf zur Realität mehr, sondern dient nur mehr der Tyrannei und Selbstqual. Insofern sind Highsmiths Romane bis in ihre fast metaphernfreie Schreibweise hinein ein Plädoyer für das Realitätsprinzip. Sich auf keine Glücksversprechen einlassen und statt dessen der ernüchternden Alltäglichkeit ins Auge sehen, die jede Hoffnung auf »Selbstverwirklichung« zur Sentimentalität hat werden lassen – das scheint die einzige Möglichkeit zu sein, weiterzuleben, ohne den Verstand zu verlieren.

Und doch ist auch das nur die halbe Wahrheit. Der einzige Highsmith-Protagonist, der keine Schwierigkeiten mit der Wirklichkeit hat, ist Tom Ripley, ein Kierkegaardscher Ironiker und passionierter Mörder, dem die Zerstörung der eigenen Identität nichts anhaben kann, weil sein »Ich« ihm kontingentes Objekt zynischer Maskeraden ist. Während die anderen Figuren sich im Zirkel von Selbst- und Fremdzerstörung verlieren, avanciert Ripley zum Serienhelden, weil es ihm stets gelingt, alles so zu inszenieren, daß die Last die anderen tragen und er durch alle Maschen schlüpft. Der Bricolage-Habitus, den er sich in postmoderner Manier zugelegt hat, wird als faschistisch entlarvt. Dem ironischen Spieler werden alle Menschen zu Insekten, die er nach Belieben wegjagt oder krabbeln läßt – so sieht Highsmith zufolge das Charakterprofil des »realitätstauglichen« Mannes von heute aus. Jenseits davon aber gibt es nichts anderes mehr, keinen »Geist der Utopie«. Übrig bleibt der Todestrieb, der längst keine psychoanalytische Spezialität mehr, sondern identisch mit dem *principium individuationis* geworden ist.

Literatur:

Verena von der Heyden-Rynsch: *Belauschtes Leben. Frauentagebücher aus drei Jahrhunderten*. Zürich 1997

Jutta Kolkenbrock-Netz/Marianne Schuller: »Frau im Spiegel. Zum Verhältnis von autobiographischer Schreibweise und feministischer Praxis.« In: *Entwürfe von Frauen*. Hg. v. Irmela von der Lühe, »Argument«-Sonderband 92, Berlin 1982

Elisabeth Lenk: *Kritische Phantasie. Gesammelte Essays*. München 1986

Ulrike Prokop: *Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche*. Frankfurt/Main 1976

Über Patricia Highsmith. Zeugnisse von Graham Greene bis Peter Handke. Hg. v. Franz Cavigelli und Fritz Senn, Zürich 1980

Die Highsmith-Werkausgabe bei Diogenes, herausgegeben und kommentiert von Paul Ingendaay, ist auf 33 Bände (inklusive Materialienband) angelegt und soll im Herbst 2005 abgeschlossen sein.

Magnus Klaue schrieb in KONKRET 5/03 über das Werk Else Lasker-Schülers

Konkret 07/03, S. 62

Martin Büsser

Diesseits ohne Illusionen

Eine Ausstellung im Sprengel Museum, Hannover, stellt die folgenreichste künstlerische Strömung der klassischen Moderne vor: den Kubismus.

Als er 1964 erstmals Andy Warhols »Brillo«-Boxen in einer Galerie ausgestellt sah, schreibt der Philosoph Arthur C. Danto, wurde ihm schlagartig klar, daß die Kunst in den Bereich der Philosophie vorgedrungen war. Wenn das Philosophische an der nur scheinbaren Dopplung von Alltagsgegenständen im Museum allerdings darin besteht, unsere Wahrnehmung von Wirklichkeit in Frage zu stellen oder auch nur eine Reflexion über die Möglichkeiten und Grenzen der Kunst auszulösen, dann hat Danto dieses Phänomen mit Warhol zu spät datiert – er hätte beim Kubismus ansetzen müssen. Denn auch der galt bereits als Kritiker- und Theoriekunst.

Seine beiden Hauptprotagonisten, Picasso und Braque, hüllten sich zwar in Sachen Interpretation ihrer eigenen Arbeit in Schweigen, ihre zeitgenössischen Kritiker dagegen reagierten mit tiefsinnigen Ausführungen, mal eher à la Bergson, mal eher à la Husserl, stets aber davon fasziniert, wie es diesen Gemälden gelang, so Carl Einstein, »zeitlich getrennte Bewegungen zu einem Nebeneinander« zu verdichten. In seiner *Kunst des □wan□igsten Jahrhunderts* gibt Einstein eine Minimaldefinition des Kubismus: »Verformung des dreidimensionalen Bewegungserlebnisses in zweidimensionale Gestalt, ohne daß Tiefe oder Modelé illusionistisch nachgebildet werden.« Eine ähnliche Erklärung fand Apollinaire 1913 in seiner Abhandlung *Die Maler des Kubismus*: »Der Kubismus unterscheidet sich dadurch von der früheren Malerei, daß er nicht eine Kunst der Nachahmung, sondern eine Kunst der Vorstellung ist ...«

Einstein wie Apollinaire stimmten darin überein, daß eine der wesentlichen Errungenschaften des Kubismus darin bestand, mit dem Illusionismus in der Kunst gebrochen zu haben. Das Ergebnis dieser Neuerung läßt sich allerdings nicht auf Desillusionierung reduzieren, da sie keinem primär destruktiven Impuls entsprang, sondern eher von einer liebevollen Hinwendung zu den Dingen zeugte. Im kubistischen Gemälde wuchs selbst noch der darauf abgebildete Suppenlöffel weit über sich hinaus, allerdings nicht im Sinne eines platonischen Ideals eines Suppenlöffels, sondern im Sinne einer künstlerischen Huldigung an die Schönheit des Sichtbaren, als poetische Aufwertung des Profanen, die Robert Filliou prägnant in einen Satz gefaßt hat: »Kunst ist das, was das Leben interessanter als die Kunst macht.«

Die von Ulrich Krempel zusammen mit Walentin Rodionow von der Moskauer Tretjakow Galerie kuratierte, derzeit im Sprengel Museum Hannover gezeigte »Kubismus«-Ausstellung gibt einen außerordentlichen Überblick über den Kubismus als transnationales Phänomen. Sie vergleicht vor allem die kubistischen Entwicklungen in Frankreich und Rußland und spürt auch deren Folgen nach, etwa dem Übergang in die Abstraktion von Suprematismus und Konstruktivismus. Für Malevitsch stellte der Kubismus einen »Wendepunkt in der gesamten Malereigeschichte« (Tatjana Michijenko) dar, auf den die reine Abstraktion hatte folgen müssen. Andererseits behauptet ein Beitrag des Katalogs, daß der Kubismus mit seinen profanen Motiven – Pfeifen, Gitarren, Schnapsflaschen – und eingeklebten Zeitungsschnipseln bereits »den Weg zur Pop Art« einschlug.

Betrachtet man die Kunst des 20. Jahrhunderts einmal nicht als Aufeinanderfolge von einander widerstreitenden Stilen, ist es tatsächlich möglich, den Kubismus für so unterschiedliche Folgeerscheinungen wie Konstruktivismus und Pop Art verantwortlich zu machen. Als Malerei, die gegenständliche und abstrakte Elemente in sich vereinte, ermöglichte er die von Danto an Warhol so geschätzte Infragestellung der Abbildbarkeit von Wirklichkeit, welche sich zugleich auch im »Schwarzen Quadrat« von Malevitsch formuliert findet.

Obwohl der Kubismus also ein historisch eng begrenzter Stil blieb, der im Gegensatz zur expressiven Malerei nach dem Zweiten Weltkrieg keinerlei Renaissance erlebte, ist er die wahrscheinlich einflußreichste künstlerische Strömung der klassischen Moderne. Seine Spuren finden sich überall dort wieder, wo Kunst als »formales System, das nach seinen eigenen Gesetzen geschaffen und entwickelt wurde« (Irina Wakar), auftritt. Etwas profaner ausgedrückt läßt sich der Kubismus als erste konstruktive Antwort auf die von der Photographie ausgelöste Krise der Malerei deuten und steht damit am Beginn jener bis heute anhaltenden Debatte um die Frage, was die Malerei der Unzahl von technisch reproduzierten Bildern überhaupt an Eigenständigem entgegensetzen kann.

Kunsthistorische, bis ins Wahrnehmungspsychologische reichende Fragen dieser Art werden im Katalog zur Ausstellung angerissen, jedoch nie ins Spekulative oder gar Verquaste getrieben, wie es Majutschin bereits 1913 in seiner Deutung des Kubismus tat. Bewaffnet mit den Schriften der Theosophen deutete er das kubistische Spiel mit der aufgelösten Raumdimension als Übergang in eine »höhere, vierdimensionale Welt«; er sprach sogar von einem »transmentalen Verstand«, der dort am Werk sei – »Absinthgenuß« wäre richtiger gewesen.

Die Textbeiträge des Katalogs zeichnen sich durch Faktenreichtum aus und durch eine nüchterne Vermittlung, die angenehm mit der Präsentation in Hannover korrespondiert. Die Bilder finden sich dort nach Motiven und Jahren getrennt angeordnet, Motivgruppen von Stilleben und Stadtansichten stehen neben Zusammenstellungen wie »Der synthetische

Kubismus« und »Vom Kubismus zur geometrischen Abstraktion«. Man hat auf jeglichen Flirt mit dem Eventcharakter von Ausstellungen verzichtet, zum Glück auch auf die beliebten, an der Wand angebrachten Künstlerzitate, bei denen meist so tiefsinnige Weisheiten wie »Alle Kunst ist erotisch« oder »Ich male, um dem Schmerz eine Form zu geben« etwas vom »Künstler als Menschen« vermitteln wollen. Ganz ohne Bildschirme, peppige Erklärungen, bewegliche Elemente und andere kuratorische Verzweiflungstaten, mit denen man andernorts versucht, der Kunst Leben einzuhauchen, trägt die schlichte Präsentation in Hannover dazu bei, die Sinnlichkeit der Originale selbst zutage treten zu lassen.

Das Nebeneinander von bekannten Namen und hierzulande zum Teil unbekannten Vertretern des russischen Kubismus – darunter Olga Rosanowa, Ljubow Popowa, Iwan Klijun und Fjodor Bogorodski – korrigiert außerdem das Bild von einer auf Paris beschränkten Bewegung. Im direkten Vergleich von Stadtansichten wie Ferdinand Légers »Le Village« (1914) und Aristarch Lentulows »Moskau« (1913) werden verblüffende Parallelen in Bildaufbau und Farbgebung deutlich, wobei die russischen Vertreter vermehrt landeseigene, volkstümliche Elemente in ihre Arbeiten einfließen ließen. Die in Rußland gerade entdeckte »Leidenschaft für das □Primitive□, für ... Schilder und Volksspielzeug« (Waleri Turtschin), etwa »bemalte Holzpuppen, die auf den Jahrmärkten verkauft wurden« (Natalija Gontscharowa), schlug sich auch in den Gemälden jener Bewegung nieder, die nur einseitig rezipiert wird, wenn man sie auf ein rein intellektuelles Spiel mit Wahrnehmungen reduziert.

Frei von jenen Pop-Elementen, mit denen Museen gerne dem Image toter Kunst entgegenwirken, eröffnet sich in Hannover die Pop-Dimension des Kubismus selbst, eine gewisse Leichtigkeit und Heiterkeit, die vom Ausdruck existentiellen Leidens im Expressionismus ebenso weit entfernt ist wie vom futuristischen Maschinenkult. Häufig wiederkehrende Motive sind Nackte, Café-Interieurs, Alkohol und Gitarren, also das unmittelbare Lebensumfeld der damaligen Boheme, die sich damit inhaltlich in dem Maße selbst bespiegelt, in dem die Gemälde auch formal eine Selbstbespiegelung der Malerei und ihrer Mittel vornehmen.

Eben diese Selbstbezüglichkeit mit ihrem Hang zum folkloristischen, »kleinen«, meist unspektakulären Motiv – im Katalog wird auf die Wirkung des naiven Malers Rousseau auf die Kubisten hingewiesen – spricht nicht für die Begrenztheit, sondern für die Weitsicht der damaligen Künstler: In seinen Entstehungsjahren vor dem Ersten Weltkrieg war der Kubismus die vielleicht einzige Strömung innerhalb der klassischen Avantgarde, die ohne ideologischen Überbau, ohne Esoterik, ohne umfassende Welterklärungsversuche und damit auch ohne Manifeste auskam. Sie ließ den lieben Gott im Himmel und wandte sich dem Glas auf dem Tisch zu, ohne nun etwa darin eine Manifestation Gottes erkennen zu wollen. Marc Chagalls Kritik, »der Kubismus habe die Möglichkeit des eigenen moralischen Ausdrucks eingeschränkt«, verkennt die historische Situation, aus der heraus jener entstand, eine Zeit des hoffnungsvollen Aufbruchs mit ungehindertem Austausch zwischen den ost- und westeuropäischen Künstlergruppen, in der die Abwesenheit von moralischen, aber auch metaphysischen Fragen dazu beitrug, daß der Kubismus bis heute von seiner Integrität nichts verlor – im Gegensatz zu so manch anderem Ismus.

Das antiillusionistische Verfahren, das der Galerist Kahnweiler im Kubismus als Gegenbewegung gegen die bildnerischen Prinzipien der Renaissance ausmachte, läßt sich auch auf die aus den Werken sprechende Haltung übertragen: Die kubistischen Gemälde huldigen dem diesseitigen Vergnügen, der Nacktheit und dem Rausch, in einer formalen Strenge, die darüber hinaus nichts weiter verspricht – auch jene »Erlösung« nicht, die der bloß stilistisch verwandte Futurismus in Rennwagen, Maschinen und schließlich Granaten verkörpert sah. Dank der Stille, die in der Ausstellung herrscht, wird deutlich, daß der Kubismus keine laute, tosende Bewegung gewesen ist. Diese Maler wollten nicht wie ihre futuristischen Kollegen Bewegung simulieren; sie haben vielmehr Bewegung in der Zweidimensionalität eingefroren. Die rasenden Wagen und rennenden Dackel auf futuristischen Gemälden wirken dagegen unfreiwillig komisch, weil die Malerei dort ihre eigenen Ausdrucksmöglichkeiten überschätzte. Die mehrdimensional angelegten kubistischen Stilleben dagegen nutzten Humor mit Kalkül, indem sie die Grenzen dessen, wozu Malerei fähig ist, als solche sichtbar werden ließen. Der Höhepunkt einer solch humoristisch stilisierenden Herangehensweise, in der nicht zuletzt Faulheit zur Tugend erklärt wurde, war erreicht, als sich der synthetische Kubismus vorgefundener Objekte annahm: Warum ein Korbgeflecht malen, wenn es sich doch einfach auf die Leinwand kleben läßt?

Nicht obwohl, sondern weil sich die Ausstellung auf 150 Exponate beschränkt, ist ihr Besuch zu empfehlen. Auch ist die Tatsache bemerkenswert, daß hier nicht die kanonisierten Schlüsselwerke zusammengetragen wurden, sondern durch weniger bekannte Gemälde selbst noch für Kenner Neuentdeckungen möglich sind. Das Sprengel Museum verdeutlicht vorbildlich, wie stark Auswahl und Präsentation kunsthistorische Einschätzungen jeweils neu festlegen und damit darüber entscheiden, ob Meisterwerke als solche einfach nur gefestigt oder ob dem ohnehin Kanonisierten neue Aspekte abgewonnen werden können.

»Kubismus. Ein künstlerischer Aufbruch in Europa 1906-1926.« Sprengel Museum Hannover bis zum 3. August 2003. Zur Ausstellung ist ein umfangreicher Katalog in Deutsch und Russisch mit Farbabbildungen fast aller ausgestellten Arbeiten

erschienen (29 Euro).

Martin B□ sser schrieb in KONKRET 6/03 über die Baseler Ausstellung »Expressiv!«

Konkret 07/03, S. 65

Manfred Hermes

Der Film danach

Das deutsche Kino hat den 11. September entdeckt. Aber Max Färberböcks »September« taugt nur als Beleg für ein strukturelles Defizit des deutschen Films.

Es ist einigermaßen klar, was am 11. September 2001 im Süden Manhattans passierte. Weniger klar ist, was in jedem der Milliarden Köpfe vorging, die das Attentat damals per TV mitgekriegt haben. Das läßt Raum für Spekulation und Erfindung, vor allem, wenn man sich, wie der deutsche Film, gerne mit »großen Themen« auseinandersetzt.

Auch in »September« schreit, qualmt und kracht es, denn Max Färberböck bemüht gleich zu Beginn noch einmal die bekannten Fernsehbilder als Gedächtnisstütze. Dann greift das Entsetzen jedoch auf vier deutsche Paare über, und schneller als einem lieb ist, wird das große Thema dann wieder von einem deutschen Filmalltag überwuchert.

Philipp und Julia sind ein Oberschichtspaar mit zwei Kindern und haben sich nichts mehr zu sagen. Sie will nicht wahrhaben, daß die Scheidung bereits beschlossene Sache ist, er ist ohnehin ein Arschloch. Ein bekannter Jungkolumnist wird für uninteressant selbstverliebte Texte großzügig bezahlt, vernachlässigt dafür aber seine Freundin. Eine schwangere junge Frau ist mit einem pakistanischen Pizzabäcker liiert und fühlt sich als Frau und Westlerin von ihm zunehmend mißverstanden und diskriminiert. Ein Beamter vom »Sondereinsatzkommando« hat hingegen mit seinem Stiefsohn Probleme, tendiert zu pro-amerikanischem Militarismus, außerdem kriegt er seine liebevoll restaurierte Corvette nicht verkauft.

Das ist ein sozialer Cocktail, der sicher auch in jeder Fernsehserie problemlos durchgehen würde. Aber schon nach wenigen Minuten fragt man sich, wie Färberböck annehmen konnte, daß Privatismus die angemessene Form sei, über ein Ereignis von weltpolitischer Bedeutung zu sprechen. Das rasant steigende Desinteresse an diesem Film ist das Resultat dieser Anmaßung. Dabei hat das Drehbuch wirklich nichts ausgelassen, um für ein reichhaltiges Gesellschaftsbild zu sorgen: Börsengeschäfte und paramilitärische Eingreiftruppen, Pizzataxi, Zeitschriftenredaktion und Elternsprechtag. Nur will sich das alles nie mit der erwünschten katastrophischen Dringlichkeit aufladen.

Schlimm wird es, wenn sich die Filmarbeiter an die Darstellung ethnischer Verschiedenheit heranwagen. Während der Schwangerschaftsgymnastik seiner Freundin hat Ashraf einen bezeichnenden Tagtraum. Im Musicalstil von Bollywood erheben sich die Kursteilnehmerinnen und lechzen nach seiner dunkelhäutigen Männlichkeit. In dieser Szene werden allerlei schräge Behauptungen aufgestellt, eine sticht aber heraus: Die öffentliche Sichtbarkeit der westlichen Frau ist für den muslimischen Mann ein Realporno ohne Ende.

Hinzu kommen die üblichen Schwachstellen deutscher Filme: Eine inhaltliche Dürftigkeit, die mit übertriebener Drastik, Intensität und technischem Aufwand kompensiert wird. Ein elaboriertes Sounddesign, split screens und Kranfahrten schweben ähnlich frei im Raum wie die Bruchstücke der Großstadtkulisse, die sich förderungsbedingt aus Hamburg, Köln und Berlin zusammensetzt.

Daß gleich fünf Drehbuchschreiber an dem Projekt beteiligt wurden, das auch einer allein hätte in den Sand setzen können, zeigt immerhin gewisse Unsicherheiten an. Zudem glaubte man, ausgerechnet mit den jüngeren Stückeschreibern John von Düffel, Sarah Khan, Matthias Pacht und Moritz Rinke und deren »Sensibilität fürs Zeitgenössische« auf einer vor Peinlichkeit sicheren Seite zu stehen. Das ging nicht nur nach hinten los, interessant ist vor allem, daß auch diesem jüngeren Personal die gleichen Beziehungsstandards, sozialen Möblierungen und Posen einfielen, die der deutsche Film der letzten Jahre bereits in großer Zahl produziert hat. Diese Unfähigkeit, über gesellschaftliche Realitäten, Interessen oder auch nur über »Erwerbsarbeit« anders als in banalisierter Form zu sprechen, läßt sich aber nicht immer als bloß handwerkliche Unzulänglichkeit oder künstlerisches Scheitern abtun. Sicher ist dieser Film auch das: gescheitert. Allerdings individualisiert das Etikett »Scheitern«, das »September« allseits angehängt wird, was im Grunde ein strukturelles Defizit des deutschen Films ist – zeigt sich in diesem Bereich doch besonders deutlich, inwieweit die Mittelklasse die Zügel in der Hand hält und an welcher Stelle sie mit ihren Haltungen, Vorlieben und Selbstbildern die filmische Erzählkultur in Deutschland prägt.

Ohne je ihre eigenen Grundlagen und Annahmen zu befragen, spricht sie für alle und über alles. Auf dieser Basis entfaltet sich dann auch das »politische« Konzept, die Welt (und den 11.9.) über die gereizten Verhältnisse unzufriedener Paare zu beschreiben. Einerseits ist die Mittelklasse also ein gieriger Schlund, andererseits aber auch eine Leerstelle. Eigendarstellungen sind oft nicht weniger ungenau. Hier rächt es sich, daß es die deutsche Mittelklasse weder zur Ausbildung spezifischer Lüste noch zu einer Alltagskultur gebracht hat, die wesentlich über die Anschaffung eines Messerblocks hinausginge.

Selbstdefinitionen gibt es deshalb häufig nur in der Negativform: im Überangebot an ödipalen Geschichten, Posen des »Coolen« und vor allem in einer zwischenmenschlichen Aggressivität, die bis in die letzte Dialogzeile und die kleinste Lippenverspannung hinein zu spüren ist.

Vielleicht ist es wirklich so, wie es in dieser Zeitschrift immer wieder gesagt wird: Die Deutschen haben das Gefühl, sie seien mitsamt den Möglichkeiten ihrer Produktivkräfte irgendwie »gefesselt« und dürften nicht mal irgendwo einfallen, um nach eigenem Ermessen Unheil anzurichten. Das macht melancholisch, gallig und gehemmt. Die Aggressivität, das Lieblose und Krasse, in dem sich so viele deutsche Filme suhlen, hat möglicherweise genau damit zu tun.

□ *Sep□embe□ □ (X-Ve□ leih) l□ □ f□ □ei□ 26. J□ ni in den Kino□.*

---

*Manf□ed He□ m*schrieb in KONKRET 11/01 über »Moulin Rouge«

Konkret 07/03, S. 66

Dietrich Kuhlbrodt

FilmTheater

Babij Jar
Autofocus

Babij Jar

Regie: Artur Brauner; mit Katrin Saß, Michael Degen; BRD 2003 (Central); 112 Minuten; ab 3. Juli im Kino

1941 erschoß eine SS-Einsatzgruppe in der Schlucht von Babij Jar 30.000 Juden. Der gutgemeinte Spielfilm von heute bringt das Verbrechen ins Format der Vorabendserien-Soap. Frage: Kriegt sich das liebende Teenie-Paar? Antwort: Es kriegt sich. Der ukrainische Junge kauft rechtzeitig ein Boot und rudert mit dem jüdischen Mädchen ins Glück. Schön ist es in der Ukraine. Dort lebten bis zum Einmarsch der »Faschisten« Ukrainer und Juden in trauter Harmonie. Wenn da allerdings nicht Katrin Saß wäre, treusorgende Familienmutter und aus dem Stand glühende Antisemitin. Die Nazis sind gekommen, und sie möchte das Haus der jüdischen Nachbarn für ihre Kinder. Sie denunziert die Nachbarn als Partisanen, obwohl sie doch Juden sind. Die Wehrmacht findet in einer fairen Untersuchung die »Falschaussage« heraus und entschuldigt sich bei den zu Unrecht Festgenommenen. Ein Offizier trägt auf einem Tablett ein Kaffeegedeck herein und bedauert: »Das ist alles, was wir haben.« Nun geht es Mutter Saß an den Kragen. Vatern würgt sie, bis ihr die Augen herausquellen: »Du Hexe, ich bring dich um.« So käme die Welt wieder in Ordnung, auch wenn es Schmierentheater ist. Doch für die Gerechtigkeit sorgen endlich Wehrmacht und SS. Zur Strafe für ihre Falschaussage wird die Antisemitin zusammen mit den 30.000 Juden in Babij Jar erschossen, Zahn um Zahn. Der Film nimmt sich Zeit, 300 nackte Komparsen aufzunehmen, wie sie den Hang herunterkullern.

Nicht nur, daß im Fall der bösen Katrin Saß die Babij-Jar-Exekution gerecht war, lernen wir, sondern auch, daß es bei »den Faschisten« Gute gab. Eins ums andere Mal rettet einer einen Juden, und wenn nicht, schießt sich der blutjunge SS-Mann in den Mund. Weil er das alles nicht mitansehen konnte.

»Selbst in Zeiten wie diesen kann uns niemand die Liebe stehlen.« Tapfer sagt das Paar auf der Teenie-Schiene Greisendialoge auf. »In meinem Herzen wird es nie wieder dunkel werden.« Die beiden setzen sich von den Erwachsenen ab und gehen einer lichten Zukunft entgegen.

Es ist leicht, den Film zu verreißen. Doch niemand wird dem Altproduzenten Artur Brauner absprechen, das Beste gewollt zu haben. Aber wenn schon die TV-Vorabend-Zielgruppe, warum dann ein völlig verkorkstes Drehbuch? Die lückenlose Kette lächerlicher Klischees? Die unbeholfenen und papierenen Dialoge? Was ist, wenn im Kino gelacht wird? Der Film ist ein Desaster.

Autofocus

Regie: Paul Schrader; mit Greg Kinnear, Willem Dafoe; USA 2002 (Columbia Tristar); 107 Minuten; seit 26. Juni im Kino

»Sie sind doch aus der Unterhaltungsbranche«. – »Ich bin Jude.« – »Das kommt doch auf dasselbe raus«. – Über Witzsprüche wie diesen kann das amerikanische Publikum herzlich lachen, und so sieht auch »Autofocus« aus. Der Film versucht ein Making-Of der Sitcom »Ein Käfig voller Helden« (»Hogan's Heroes«). Colonel Hogan (Bob Crane), Kriegsgefangener der Deutschen, macht sich über die blöden Nazis lustig. Am Swimming Pool paradiert die SS mit Superhakenkreuzen an der schwarzen Uniform. Da darf herzlich abgelacht werden. Wir haben 1965, und die Heroes sind Top-Quotenrenner. Frau Hogan ist glücklich, die Kinder auch, wenn da nicht Sony wäre. Wir sehen in einer Großaufnahme den Firmennamen auf dem Karton. Drin ist das Neueste an Technologie: der Videorecorder. Wie das Ding funktioniert, wird umständlich erklärt, und wir müssen wieder herzlich lachen, weil wir das heute ja schon wissen.

Sony geht noch einen Schritt weiter: Die Kamera fürs Home Movie kommt auf den Markt. Und das ist das Verderben. Denn Hogan filmt mit seinem neuen Freund, dem Technikfreak Willem Dafoe, die gemeinsamen Heterosexabenteuer. Video = Porno. Das geht nicht gut. Das ist gegen die Family Values. Ein Pfarrer muß her. Da ist er schon. Er sitzt im Burger und nimmt die Beichte ab. Zwischendurch muß er allerdings den Beichtenden mit der neuen Nikon fotografieren. Ein pornoverdächtiges Fan-Girl will mit Hogan zusammen aufs Bild. Wer das nicht hochgradig amüsant findet, weiß nichts vom katholisch-puritanischen Moralkodex in den Staaten. Der Pfarrer hilft nicht, der Therapeut auch nicht, Hogan muß totgeschlagen werden. Mit einem Stativ. Das ist denn auch das Ende der Moritat.

»Autofocus« ist hochmoralisch. Der Zuschauer konnte dem Helden grade noch rechtzeitig Absolution erteilen. Denn kurz vor der Abberufung zeigte unser Heroe Einsicht und Reue, und zwar sowohl nach einem Treffen mit seinem Sohn, dem UCLA-Studenten, als auch indem er seinen Pornofreund, den schmierigen Dafoe, zum Teufel jagte.

In einem länglichen Wortnachspann bemüht sich Regisseur Schrader, die Glaubwürdigkeit seines Films zu erhöhen. Wir erfahren aus dem Off, daß alles wahr war. Doch damit's nicht trieft, kommen noch zwei andere Stimmen hinterher: »Nicht böse sein. Männer müssen Spaß haben.« Und hatten nicht die Heroes Spaß gehabt und gemacht, fröhlich vor ihren Pornos masturbierend? Im Kino, in dem ich den Film sah, wurde ohne Ende gegniggelt. Ich geb's hier wieder. Eventuell bin ich der einzige, der diesen Witzdialogfilm nicht witzig findet.

Konkret 07/03, S. 66

Jan Pehrke

FilmTheater

Sweet Si□ teen

Regie: Ken Loach; mit Martin Compston, William Ruane; GB/BRD/Spanien 2002 (Ottfilm); 106 Minuten; seit 26. Juni im Kino

Im nächsten Jahr kann Ken Loach sein 40jähriges Dienstjubiläum als Realist feiern. Ebenso lang hat er auch nicht mehr gegen seine eigene Ständeklausel verstoßen, wonach die wahren Dramen sich nur in der Unterschicht abspielen. Abnutzungserscheinungen weist sein Kino kaum auf. Da den Filmen jeweils umfangreiche Recherche-Arbeiten vorausgehen, warten sie immer wieder mit neuen Aspekten aus dem Leben der Mühseligen und Beladenen auf.

Bei »Sweet Sixteen« hat ihm die Feldforschung Material für ein veritables Melodram geliefert, das vor Stoffülle fast platzt. Im Mittelpunkt des Werkes steht der 15jährige Liam. Er verdient seinen Lebensunterhalt durch den Verkauf von geschmuggelten Zigaretten; in der Schule war er seit Monaten nicht mehr. Seine Mutter Jean sitzt im Gefängnis, weil sie die Schuld für ein Drogenvergehen ihres Lebensgefährten Stan auf sich genommen hat. Der Familiensinn dient nur noch zur Tarnung kleinkrimineller Operationen. So verlangt Stan während eines Gefängnisbesuchs von Liam, einen innigen Kuß mit seiner Mutter vorzutäuschen und ihr dabei ein Drogenpäckchen zum Weiterverkauf in den Mund zu schieben. Dieses Ansinnen weckt bei dem Jungen die Sehnsucht nach einem trauten Glück allein mit Jean, das nach ihrer Entlassung beginnen soll. Und um dafür die materiellen Grundlagen zu schaffen, steigt Liam ins Drogengeschäft ein.

Die Materialtreue gebietet es dem Regisseur, die Hauptfigur nicht nur als Opfer darzustellen. Sie ist zur Realisierung ihres Traumes zu fast jeder Schandtat bereit. Mit einer Ausnahme: Als der Drogenboß Liam befiehlt, seinem Freund Pinball eine Abreibung zu verpassen, erspart Ken Loach seinem Protagonisten den Loyalitätskonflikt und zieht sich mit einem – faulen – Kompromiß aus der Affäre. Sonst beschränkt sich der Proletkult auf eine Verklärung der Vitalität der Underdogs. Sie hat allerdings auch ihr Gutes und verhilft dem Film durch komödiantische Einlagen, ruhige Abhäng-Minuten und andere Auszeiten zum Eindruck eines Unkaputtbaren, das nicht in der allgemeinen Tristesse untergeht.

Ein Dogmatiker ist Loach also nicht. Er bewegt sich wie selbstverständlich innerhalb eines Soziotops und kann sich treiben lassen, wo andere Filme wie etwa »Gott ist tot« von Kadir Sözen sich darin erschöpfen, das Milieu einzufangen und auszustellen, wobei es dann Kiez, bodenständige Darsteller und schäbige Interieurs im Überfluß gibt. Deshalb hat das Werk des britischen Filmemachers auch mehr verdient als diese »Mischung aus Respekt und Indifferenz«, die ihm nach Meinung des Kritikers Emmanuel Burdeau gegenwärtig entgegengebracht wird.

Konkret 07/03, S. 67

René Martens

Film des Monats

Standing in the shadows of Motown

Regie: Paul Justman; mit The Funk Brothers; USA 2002 (Arsenal); 108 Minuten; ab 3. Juli im Kino

Die Popmusik ist reich an traurigen Geschichten, und die bekannteste geht so: Viele Protagonisten leiden darunter, daß die Unterhaltungsindustrie ihnen Erfolg, Ruhm und Kultstatus beschert. So konsultieren sie Psychotherapeuten, nehmen Drogen im Übermaß und sterben früh. Mal ist es ein klassischer Selbstmord, mal einer auf Raten.

Die zweitbekannteste Geschichte geht so ähnlich. Viele, die Bleibendes geschaffen haben, leiden darunter, daß ihnen die Hehler- und Taschendiebtypen der Branche all das verwehren, was ihnen eigentlich zusteht: Erfolg, Ruhm und nicht zuletzt angemessene Bezahlung. Einen Psychotherapeuten können sich die betrogenen Musiker zwar nicht leisten, aber zuviele Drogen nehmen und früh sterben tun auch sie.

James Jamerson war so einer, den der Mangel an Würdigung geradezu auffraß. Vor 20 Jahren starb der Bassist, der zwischen 1959 und 1973 an so gut wie allen Aufnahmen des Soul-Labels Motown beteiligt, aber so gut wie nie auf einem Cover erwähnt war. 1986 begann Allen Slutsky mit den Recherchen für das Buch *Standing in the shadows of Motown. The life and music of legendary bassist James Jamerson*, das schließlich 1989 erscheinen sollte – und damit begann auch die Geschichte dieses Films, denn der Autor merkte schnell, daß sein Protagonist nicht der einzige war, den es dem Vergessen zu entreißen galt.

Jamerson gehörte zu The Funk Brothers, einer rund ein Dutzend Mann starken Gruppe von Studiomusikern, die – und das wird in diesem Film schlüssig gezeigt – für den Sound von Motown von größerer Bedeutung war als all die vermeintlichen Genies und Produzenten-Ikonen, die man mit dem Label gemeinhin in Verbindung bringt. Die Funk Brothers haben nicht einfach gespielt, was man ihnen vorgab, vielmehr haben sie den Schlüssel zum Erfolg eines Songs oft erst entwickelt und den Stücken eine andere Färbung gegeben, als die Komponisten oder Produzenten vorgesehen hatten. Der Regisseur Paul Justman nennt sie »die größte Hitmaschine in der Geschichte der Popmusik«, ohne daß der Begriff »Maschine« hier irgendeinen negativen Beiklang hat. Klassiker wie »My Girl« (The Tempations), »I Heard It Through The Grapevine« (Marvin Gaye) oder »Where Did Our Love Go« (The Supremes) hätten ohne sie schlichtweg nicht entstehen können.

In der Kinobranche war das Interesse an denen im Dunkeln zunächst äußerst gering: Elf Jahre dauerte es, ehe Produzent Sandy Passman, Justman und Slutsky, der hier als musikalischer Leiter fungiert, den Film finanziert hatten. Erst nachdem 1999 Wim Wenders' »Buena Vista Social Club« – entfernt verwandt, weil hier ebenfalls vergessene alte Musiker gewürdigt werden – unerwartet erfolgreich angelaufen war, nahm das Projekt klarere Konturen an.

Als Gerüst von »Standing in the shadows of Motown« dient ein Konzert, das die überlebenden Funk Brothers, die heute um die 70 Jahre alt sind, eigens für den Film in Detroit gegeben haben. Unterstützt von einigen jüngeren Sängern, haben sie zwölf klassische Songs der Labelgeschichte aufgeführt, die Justman passend zu den Schwerpunkten und der Dramaturgie des Films angeordnet hat.

Weil Musikdokumentationen sonst oft etwas statisch wirken, hat Justman vielfältige filmische Mittel eingesetzt: Er hat Szenen nachstellen lassen – teilweise aus der Kindheit der Musiker, teilweise aus den sechziger Jahren – sowie ältere Interviews, Filmaufnahmen von Studiosessions und zeitgeschichtliche Bilder aus der Hochzeit Motowns eingebaut. Musikalisch wie filmisch perfekt getimet sind die Schnitte bei der Live-Performance. Bemerkenswert auch, daß es zwei Abspänne gibt: einen gewöhnlichen, und direkt davor einen, in dem eine Auswahl jener Songtitel aufgelistet ist, an denen die Funk Brothers beteiligt waren.

Die Interviews mit der Musikern sind mal beim Soundcheck entstanden und mal an der Bar, mal in ihrem alten Studio und mal im Auto. Von den dabei sprudelnden Anekdoten sei eine über James Jamerson erwähnt: Als der Bassist einmal mit anderen Funk Brothers stundenlang bei eiskalter Witterung im Auto unterwegs war – auf der Fahrt von einem Tourneeort zum nächsten – , brachte er die Mitfahrer gleich mehrmals aus der Fassung. Zunächst ließ Jamerson den Wagen anhalten, um aus dem Kofferraum seinen Pyjama zu holen, den er schließlich im Auto umständlich anzog, später verspeiste er ein ranziges Eisbein und qualmte den Wagen schließlich mit einer Zigarre voll – bis ihn die anderen rauswarfen. Diese extravagante, fürs Musikerleben aber keineswegs untypische Episode hat Justman nachstellen lassen.

Die Filmemacher betonen in »Standing in the shadows ...« den starken Einfluß, den die Jazzmusik auf die Entwicklung des Motown-Sounds gehabt hat. Vielsagend ist in diesem Zusammenhang ein Statement des Keyboarders John Griffith. Überrascht gewesen sei er, als man ihm vor seinem ersten Job für Motown sagte, daß er im Studio improvisieren müsse: »Ich hatte nicht geglaubt, daß Studiomusiker so etwas tun, ich hatte vorher immer nur Sänger begleitet.« Die meisten, die den Sound of Detroit schufen, waren in erster Linie Jazzmusiker, und oft traten sie nach der Knochenarbeit im Studio noch

nachts in Jazzclubs auf. Vorrangig zur Erholung, doch manchmal fielen dabei auch Ideen ab, die sie am nächsten Tag bei Aufnahmen für Motown umsetzten.

Seinen dramaturgischen Höhepunkt erreicht der Film bei den Aufnahmen zu Marvin Gayes 1971 erschienenem Album »What's Going On«. Viele Funk Brothers betrachteten die Platte, die ein Meilenstein des politischen Soul werden sollte, als ihre wichtigste musikalische Leistung, und ihre Bedeutung wird auch dadurch nicht gemindert, daß sie jedes Mal unter den Top 20 auftaucht, wenn irgendein Käseblatt die 50 oder 100 besten Alben aller Zeiten kürt.

»Standing in the shadows ...« ist ein implizites Plädoyer für Gerechtigkeit. Man erwischt sich selbst manchmal dabei, wie man gerade die Faust ballt, aber dann lacht man wieder über einen Witz der Musiker oder wird überwältigt von einem der 30 Songs, die in die Geschichte integriert wurden. Justman, Slutsky und Passman scheinen sich bei der Arbeit an dem Film ähnlich gefühlt zu haben. Sie verstehen ihn in erster Linie als Hommage an die Pioniere und eine Liebeserklärung an ihre Musik – offensichtlich haben sie es deshalb versäumt, diejenigen beim Namen zu nennen, die verantwortlich dafür sind, daß die Motown-Historie Jahrzehnte lang verfälscht worden ist.

Konkret 07/03, S. 68

Florian Sendtner

KEIN SCHÖNER LAND - Mistgabeln zu Wünschelruten!

In Brennberg im Bayerischen Wald ist die Dorflinde erfolgreich umzingelt worden.

Was macht eigentlich die bayerische Landbevölkerung, wenn sie nicht grad CSU wählt, Maibäume aufstellt, Autos zu Schrott fährt, Spielmannszüge formiert, durch Baumärkte schleicht oder in der Nase bohrt? Noch dazu, wo sie manchen dieser Leidenschaften nur sehr reduziert nachgehen kann: CSU wählen geht bloß noch alle fünf Jahre, der Landtag hat beschlossen, daß der Zirkus mit der Wahl nicht alle vier Jahre sein muß; sein Auto um den nächsten Baum wickeln ist auch nicht mehr so einfach: Es gibt fast keine Straßenbäume mehr, der ADAC hat in den 100 Jahren seines Bestehens ganze Arbeit geleistet; Maibaum aufstellen geht leider auch bloß einmal im Jahr, und mit dem Spielmannszug im Nachbardorf einmarschieren, dazu muß man sich jedes Mal einen saublöden Anlaß ausdenken. Nasenbohren kann man natürlich das ganze Jahr, rund um die Uhr, da wird man immer fündig. Jedoch das Begehren der bayerischen Landbevölkerung ist auf Höheres gerichtet.

Eine ausgesprochen sinnvolle Betätigung ist da die Dorfverschönerung oder -erneuerung. Über 60 Millionen Euro stellt der Stoiberstaat pro Jahr dafür bereit, und da fällt natürlich jedem Bürgermeister ein, daß der Dorfplatz dringend »umgestaltet« werden muß. Schaut schon wieder seit drei Jahren gleich aus. Die Linde, damals gepflanzt, ist jetzt schon zwei Meter fuchzig hoch – Zeit zum Umschneiden. Und neu anpflanzen. Drei Meter weiter rechts steht das Bäumchen sowieso besser, weil dann ein Parkplatz mehr rausspringt. Dann noch die Hauptstraße anständig verbreitert, ein Dutzend Vorgärten plattgemacht. Bei der nächsten »Umgestaltung«, die keine fünf Jahre auf sich warten läßt, wird die Straße dann »verkehrsberuhigt«: also wieder verengt, es werden ein paar Bäumchen in netten Betonkübelchen aufgestellt – die indes auch wieder nicht in den Himmel wachsen. Und so weiter und so fort. Ein wechselnd Weben, ein glühend Leben.

So ging das zwanzig, dreißig, vierzig Jahre lang hin. Um die Jahrtausendwende, als sich in der Dorferneuerung eine leise Sinnkrise abzeichnete, wurde der Wahnsinn pädagogisiert und professionalisiert. Seitdem läuft nichts mehr, ohne daß das gesamte Dorf »miteinbezogen« wird. Es werden »Arbeitskreise« gegründet auf Teufelkommraus, und ein Kuhdorf wie Genzing heuert allen Ernstes ein Unternehmensberatungsbüro namens »Identität und Image« an, »Lenkungs-« und »Strategiegruppen« halten »Klausurtagungen« ab, brüten dabei »Leitbilder«, »Leitideen«, »positive Zwischenbilanzen« und, man ahnt es, eine »Genzinger Philosophie« aus. »Entwicklungsleitlinien« werden verabschiedet, und ein Kommunikationsdesigner verkauft dem Dorf, das keines sein will, ein Logo, »das als Wort-Bild-Zeichen mit einem roten, zum Rufezeichen umgedrehten i das Selbstbewußtsein und die Dynamik Genzings zum Ausdruck bringen soll«.

Der Slogan, der Genzing ganz nach vorn bringen soll, lautet: »Vorsprung zieht an«. Das Ganze nennt sich »Stadtmarketingprozeß« (Genzing hat, ohne die eingemeindeten Dörfer ringsum, 4.600 Einwohner), wahlweise auch »ganzheitliches Gemeindekonzept«, und es geht in erster Linie darum, soviel wie möglich plattzumachen. Die Genzinger sind ein einziger schwärender Minderwertigkeitskomplex. Der Selbsthaß der Provinz, in Genzing kann er besichtigt werden.

Dabei sind die Genzinger noch gar nicht auf dem neuesten Stand. Sie haben sich nämlich sozusagen ausmüllern lassen. Ganz locker und von den Genzingern nicht bemerkt, hat die Gemeinde Brennberg im vorderen Bayerischen Wald den Wimpel der Avantgarde in Sachen Dorferneuerung an sich gerissen. Und zwar mit den Mitteln der Geomantie.

Die Sache ist die: So eine Dorferneuerung ist immer eine Suche. Eine Suche nach dem richtigen Ort. Zum Beispiel das Kriegerdenkmal. Es verlangt eigentlich immer nach einer Versetzung. Von der Kirche an die Straße, von der Straße in den Park, im Park von einer Ecke in die andere. Eine Dorferneuerung ohne Kriegerdenkmalsversetzung ist gar nicht vorstellbar. Das Kriegerdenkmal wandert durch den Ort, die toten Helden der Gemeinde hält es nicht länger als drei Jahre am selben Fleck. Freilich hat das für die lebenden Helden der Gemeinde zuweilen einen fatalen Nebeneffekt: Wenn an einem Wintermorgen wieder mal ein erfrorener Mann im Straßengraben liegt, kann man sicher sein, daß es sich um einen gescheiterten Spätheimkehrer handelt, der beim Heimweg aus der Wirtschaft die Orientierung verloren hat, weil das Kriegerdenkmal, das letzte Woche noch hier stand, auf einmal spurlos verschwunden war.

Man sieht, die Suche nach dem rechten Ort war schon immer das A und O der Dorferneuerung. Doch zu Beginn des neuen Jahrtausends stellen sich neue Herausforderungen: Was, wenn man das Sach auch bei hellichtem Tag nicht mehr findet? Das Kriegerdenkmal! Die Dorflinde! Und wo steht gleich nochmal der Kirchturm? Die Genzinger hatten extra sündteure Städteplaner und Landschaftsarchitekten angeheuert, die ihnen dann nach langwierigen Recherchen mitteilten, daß ihre Kirche »markant auf einer Anhöhe steht«. Die Brennberger dagegen nahmen nun die Sache selbst in die Hand. Mit Hilfe der Geomantie, also dem Gespür für die Erde und die kosmischen Energien, müßte der Krempel doch zu finden sein. Und siehe da, der »Arbeitskreis Lebensraum« zeitigte erste bahnbrechende Erfolge. Man entdeckte vor dem Wirtshaus Zur Burg – eine Linde. Zwei Dutzend Eingeborene wurden zusammengetrommelt, Männer, Frauen, Kinder, und der Baum wurde auf

der Stelle umzingelt. Händchenhaltend standen die Leute um die unverhofft entdeckte Linde herum und spürten nach Zeugenaussagen »die Kraft dieses guten Ortes«. Heiner Weigl, der alte Wirt der Gaststätte Zur Burg will von alledem nichts bemerkt haben. Doch Olga, die Bedienung, hat es genau gesehen: Eine geschlagene Stunde habe die Baumbeschwörung gedauert.

Nun wird mancher vielleicht fragen, ja, und was jetzt? Wozu soll das gut sein, wenn in einem Dorf eine Linde entdeckt wird? Aber wer solche Fragen stellt, hat den Grundgedanken der Dorferneuerung nicht verstanden. Denn was noch nicht aufgefunden wurde, kann auch nicht versetzt werden. Und gerade das Baumversetzen erfreut sich in letzter Zeit größter Beliebtheit. Die Genzinger sind praktisch von früh bis spät mit nichts anderem beschäftigt. Man schneidet die Bäume, die man entdeckt, heutzutage nicht mehr um. Das wäre barbarisch und unökologisch. Versetzen ist viel sanfter, natürlicher, nachhaltiger. Und vor allem aufwendiger: Es kommt schon fast ans Maibaumaufstellen hin. Und wenn der Baum dann in der andern Ecke steht, hat man auch gleich wieder genug zum diskutieren: Ob der neue Standort jetzt rein Feng-shui-mäßig und erdstrahlentechnisch wirklich so optimal ist.

So ist denn auch die »Neugestaltung« des Platzes zwischen dem Wirtshaus Zur Burg und der Kirche eins der zentralen Probleme der Brennberger Dorferneuerung. Wobei das größte Hindernis vor drei Jahren schon mal beseitigt wurde: Das Schulhaus aus dem frühen 19. Jahrhundert, das direkt an den Friedhof grenzte, wurde abgerissen. Mit der Historie hält man sich nicht lang auf auf dem Land, man hat es nicht mit dem alten Zeug. Der Hauptgrund aber ist der: Man braucht Raum, Lebensraum, zum »Umgestalten«. Wie soll die bayerische Landbevölkerung ihre Kreativität spielen lassen können, wenn sie von altem Krempel eingeengt wird? So aber werden auf einen Schlag neue Alternativen sichtbar: Man könnte zum Beispiel die Linde zehn Meter weiter Richtung Kirche versetzen. Oder jedenfalls sonst irgendeinen genialen gestalterischen Eingriff vornehmen. Der Platz mitsamt der Linde gehört zur einen Hälfte der Gemeinde, zur andern der Kirche. Heiner Weigl, der alte Wirt, will mit den Lindenumzinglern und den geomantischen Dorferneuerern nichts zu tun haben: »Für den Krampf daad i aa no a Geid ausgem.«

Das Geld kommt indes sowieso vom Staat. Auch der spiritistische Ringelpiez und das geomantische Aufspüren »guter Orte« wurde jetzt von höchster Stelle abgesegnet. Peter Czommer, seines Zeichens Präsident der Direktion für Ländliche Entwicklung in Regensburg, nahm bei einem Besuch in Brennberg manuellen Kontakt mit einem Granitblock auf der Burgruine über dem Dorf auf und gab zu Protokoll, »vielleicht doch ein schwaches Kribbeln gespürt« zu haben. Und das reicht allemal. Wenn so ein gestandener 60jähriger Beamter dann noch einen Satz wie den fallen läßt: »Der Mensch ist Teil der Natur, und es ist nur zu seinem Wohl, wenn er auf die Natur eingeht«, dann steigt der kosmische Energiepegel im Dorf gleich auf Steinzeitniveau.

»Der Denkansatz, sich in den Ort einzufühlen, ist für viele neu, ungewohnt«, stellte der Reporter der Lokalzeitung fest: »Früher hat man das anders gemacht. Das Kriegerdenkmal, zum Beispiel, steht neben der Hauptkreuzung, dem ›Stachus‹ von Brennberg. Warum so unglücklich? ›Weils woanders keinen Platz hatte‹, heißt es.« Womit wir bei der zweiten großen Entdeckung in Brennberg sind. Kaum ist man vom Gasthaus Zur Burg über den alten Friedhof bei der Kirche (»Alle Sorgen groß und klein / Schlumern (!) mit dem Tode ein«, gibt ein schwarzer Grabstein zu bedenken) zur Hauptstraße hinuntergegangen, steht man auch schon an der Brennberger Hauptverkehrskreuzung. Die Dorfstraße gabelt sich hier, in der Mitte kündet eine blitzsaubere Verkehrsinsel von der letzten Umgestaltung, die schon wieder Jahre her zu sein scheint. Einmal in der Stunde brettert ein Bauer mit seinem Bulldog vorbei, auch dann und wann ein Auto. Manchmal gar zwei hintereinander. Ein Junge auf dem Fahrrad. Keine zehn Minuten später: Ein Bundeswehr-Fahrschul-LKW mit Anhänger hat sich hierher verirrt. Brennberger Rushhour.

Und hier, an diesem Ort des rastlosen Verkehrs, hat man es wiedergefunden: das Kriegerdenkmal. Zwei Granitsteine links und rechts mit den Namen der Gefallenen, in der Mitte eine Säule mit dem schwarzen Kreuz des deutschen Militärs obendrauf. Man sieht sofort, wie unglücklich es hier steht, wie sehr es danach schreit, von den Kosmikern des Arbeitskreises Lebensraum einen angemessenen Standort ausgependelt zu bekommen. In der Ferne gehen zwei Frauen vorbei. Hat die eine nicht eine Wünschelrute in der Hand? Ist man schon auf der Suche nach einem besseren Ort? Oder war das eben nur eine Mistgabel?

Aber inzwischen dämmert es bereits, die Dunkelheit senkt sich über Brennberg, und nichts Gewisses weiß man nicht. Nur der alte Mann, der langsam die Reimarstraße daherkommt, der ist deutlich zu erkennen. Klein, Halbglatze, eine eher quadratische Erscheinung, und unterm Arm trägt er einen dicken, roten Wälzer. Ist es Wirnto I., der Herr der Brennberger Burg im 12. Jahrhundert, bzw. sein Wiedergänger? Ritter waren ja von kleiner Gestalt. Nur, waren sie auch so dick? Aber jetzt leuchtet das Buch unter seinem Arm rot auf: Dürig – Herzog – Maunz. Es ist das Grundgesetz. Kein Zweifel, bei der Erscheinung handelt es sich um Hermann Höcherl, den größten Sohn, den das Dorf hervorgebracht hat, gleich nach dem Minnesänger Reimar, der im 13. Jahrhundert die Brennbergerinnen so lauthals besang, daß es heute noch nachklingt.

Hermann Höcherl dagegen sang nicht. Meistens verweigerte er vielmehr ebenso beredt wie charmant die Aussage. Wie es sich für einen Innenminister unter Adenauer und Erhard geziemte. Nur ein einziges Mal entschlüpfte ihm ein, wie er es nannte, »unkomplizierter Hinweis«. Das war im September 1963, als er auf den ihm unterstehenden Verfassungsschutz

angesprochen wurde, der ebenso fleißig wie illegal Telefongespräche abhören ließ und in dem SS-Koryphäen ihre Karriere vollendeten. Da antwortete der Hermann Höcherl aus Brennberg mit dem schönen Satz, daß seine »Verfassungsschützler halt nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen« könnten.

Seit seinem seligen Hinscheiden am 18. Mai 1989 wandert nun der begnadete CSU-Politiker ruhelos durch sein Heimatdorf. Das Grundgesetz unterm Arm. Auf der Suche nach dem Hermann-Höcherl-Denkmal. Keine Frage, bei der diesmaligen Dorferneuerung muß endlich der historischen Tatsache Rechnung getragen werden, daß es ein Brennberger war, der die Notstandsgesetze konzipierte und der fünf Jahre lang das Vaterland gegen den Feind im Innern tapfer verteidigte. Der Arbeitskreis Lebensraum, dem man immerhin dankbar sein muß, daß er nur irgendwelche Bäume im eigenen Dorf belagert und nicht fremde Städte, der Arbeitskreis Lebensraum wird bei seiner nächsten Sitzung unweigerlich zu dem Schluß kommen: Brennberg braucht ein Hermann-Höcherl-Denkmal. Ob bei der Suche nach dem rechten Ort dafür auch die Geomantie »zum Einsatz kommt«, wie es im Unfreiwilligen Feuerwehrdeutsch so schön heißt, das steht noch in den Sternen.

Florian Sendtner schrieb in KONKRET 9/02 über das zehnjährige Jubiläum des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen

Konkret 07/03, S. 70

Ale□ ander Kasbohm

Melodie & Rh□ thmus

Llo□ d Cole: Music in a Foreign LanguageSanctuar□ /Zomba

Lloyd Cole war schon immer eine etwas merkwürdige Gestalt, schon 1984, als das Album »Rattlesnakes« von Lloyd Cole & The Commotions die intellektuelle Alternative zu den Smiths war, für alle, denen Morrissey zu jammerig war.

Musik für Leute mit zu vielen Büchern im Schrank. Der Soundtrack für Abende, an denen man einfach nur gut aussehen und sich überlegen fühlen wollte. Für verdammt viele Abende also. Man hatte zu viele Bücher gelesen, zu viele Filme gesehen. Oder konnte sich zumindest vorstellen, es zu tun.

Cole war immer etwas zu angestrengt. Immer etwas zu altklug, eitel und larmoyant. Hatte immer ein paar Charakterfehler zu viel. Er schrieb: »You say you□re so happy now, you can hardly stand, well, lean over on the book case, if you really want to get straight read Norman Mailer or get a new tailor.« Das war schon clever. Aber natürlich auch vollposig. Damit überzeugt man keine Frauen von seiner Sensibilität.

Er wollte schreiben wie Joan Didion und Raymond Carver. Er wollte beweisen, wieviel er weiß. Wie er später beweisen wollte, daß er rocken, vier Freundinnen gleichzeitig haben und seine Kreditkarte gnadenlos überziehen kann, um morgens mit einem echten Rock□n□Roll-Hangover aufzuwachen. Er hat als Rocker jämmerlich versagt; er weiß es. Und er ist froh darüber. Er hat das Rockerstadium genauso hinter sich gelassen, wie seine frühere Pose als sensibler belesener Intellektueller. Er sagt: »Verglichen mit Billy Idol bin ich natürlich belesen. Verglichen mit Martin Amis bin ich Billy Idol.«

Die Plattenfirmen haben längst die Hoffnung aufgegeben, an Cole zu verdienen. Seit sich niemand mehr für ihn interessiert, macht er eine hervorragende Songwriter-Platte nach der anderen, »Music in a Foreign Language« ist die entspannteste, geradezu liebevoll. Er hat eine Gelassenheit gefunden und die Erkenntnis, daß man scheitern muß, wenn man anderen zuviel beweisen möchte. Er ist locker genug, nur noch Musik zu machen, wenn er es will, immer mit der Option, es ganz zu lassen und sich nur noch um die Familie zu kümmern.

Was er heute erzählt, ist natürlich gesellschaftlich nicht relevant. Niemand wartet auf eine neue Lloyd-Cole-Platte, doch wenn sie dann da ist, kann sie immer noch mit präzisen Beobachtungen ins Leben eingreifen. Denn die Beobachtungen haben sich nicht weit vom eigenen Leben entfernt. Und ihre Brillanz hat nicht nachgelassen. Es ist beruhigend zu hören, wie manchen das Altern so offensichtlich gut bekommt.

Konkret 07/03, S. 70

Michael Sailer

Melodie & Rh□ thm□ s

Whirl□ ind Heat: Do Rabbits Wonder? XL Recordings/Beggars Gro□ p/Zomba

Ich mag gute Musik. Aber ich kann es nicht ausstehen, wenn man sie mir mit Stiefeln in Ohren, Augen und Hals hineintreten will. Z.B. die White Stripes, diese billige Jon-Spencer-Mudhoney-Melange, die nun ans Licht gezerrt wurde, weil man im Nachrumpeln der Strokes eine Band brauchte, die Krach macht und mit »The« anfängt, nun dekorativ rot-weiß von den Titelbildern leuchtet, overexposed bis zur Selbstkompostierung, und von der man in zehn Jahren soviel reden und wissen wollen wird wie heute von Classix Noveaux und Bucks Fizz.

Die White Stripes haben neuerdings ein eigenes Label □ weil, wie wir wissen, die Kuh gemolken werden muß, solange sie fliegt. Derlei Nachwuchsförderung haben einst auch die Rolling Stones und Led Zeppellin betrieben; die Ergebnisse waren ulkig bis peinlich, höchstens. Es herrscht also ein gesundes Mißtrauen, wenn wir das erste Produkt des Labels auflegen.

Whirlwind Heat ist, obwohl von Jack White produziert, keine Stripes-Nachgeburt. Ihre Ader für Krach ist eine Vene, durch die der Schmutz der Welt aus den Körperzellen gewaschen und Platz gemacht wird für eine wackelige, sympathisch verwilderte Ordnung. Außerdem röhrt, wumpt und donnert da ein Baß, dafür fehlt die Gitarre, deren Aufgaben sich Synthesizer und Stimme teilen. Instrumente werden, wenn sie sich ins Gehege zu kommen drohen, in andere Räume gesperrt, was das Hören der Platte mit Kopfhörer zu einer Erinnerung an die Tatsache macht, daß für Musikaufnahmen Mischpulte benutzt werden. Die Songs, die auf Etüden in enigmatischer Selbsterfahrungskreispoesie beruhen, sind nach Farben benannt und folgen einem Spektrum, das man als langsame Entfernung von Körperlichkeit und Hitze deuten könnte: Es beginnt mit orange, schwarz und purpur und endet mit silber, weiß und grau.

Bestimmt steckt dahinter eine Idee, aber die macht man sich beim Hören lieber selbst, dann kann man sich das öde Vergleichen sparen. Die Plattenfirma gibt Devo vor; das ist so blödsinnig wie treffend, was den lange vergessenen typisch US-amerikanischen Pop-Humor angeht. Was einen an anderes erinnert und zugleich drängt, Vergleiche zu vermeiden, ist meistens ziemlich gut. Es gibt keine Erzeuger mehr, nur noch Vertreter (Karl Kraus) □ hier: einer Stilrichtung, einer Stadt, eines »Trends«. Vielleicht mag man Whirlwind Heat deshalb nicht vergleichen, weil sie nichts vertritt, außer sich selbst.

Und die Gewißheit, daß Whirlwind Heat zu eigensinnig, zu sperrig musiziert, um in die Phrasenhülsen der Produktempfehlungspresse hineinzupassen, macht die Platte noch sympathischer. Vielleicht wird man in zehn Jahren von dieser Band reden wollen.

Konkret 07/03, S. 70

Jonathan Scheiner

Melodie & Rh□ thm□ s

Anna Maria Jopek & Friends □ ith Pat Methen□ : Upojenie. Warner M□ sic Poland, □ □ □ .annamariajopek.pl

In einigen der »angesagtesten Locations« der westlichsten aller polnischen Städte, wie Berlin seit der Wiedervereinigung gerne bezeichnet wird, liegt derzeit ein Album auf den Plattentellern, das es diesseits von Oder und Neisse gar nicht zu kaufen gibt. Dennoch ist es über konspirative Treffpunkte wie dem »Club der polnischen Versager« nach Deutschland eingesickert. Der Titel des Albums der polnischen Sängerin und Pianistin Anna Maria Jopek, »Upojenie«, bedeutet so viel wie »Rausch« oder »Taumel«.

Daß ein polnisches Produkt, das in seinem Herkunftsland bereits 80.000 Mal verkauft wurde, auf dem deutschen Markt nicht erhältlich ist, mag angesichts der schwierigen historischen Nachbarschaft nicht erstaunen, zumal der EU-Beitritt Polens auf sich warten läßt. Doch gemessen an der Tatsache, daß bei der CD mit Pat Metheny der derzeit berühmteste Jazz-Gitarrist wesentlich mitgewirkt hat, kommt der Verdacht auf, daß die westliche Musikindustrie kategorische Vorbehalte gegenüber Musik aus dem östlichen Nachbarland hegt. Dabei klingt diese Musik alles andere als fremd, zumindest für Pat-Metheny-Hörer.

Diese Vertrautheit rührt daher, daß acht der 14 Kompositionen von »Upojenie« bereits auf Methenys Megasellern »Secret Story«, »Still Life« und »Speaking of Now« erschienen sind. Obwohl auch Songs von Jopek zu hören sind, gewinnt man zunächst den Eindruck, es handle sich bei »Upojenie« um eines jener kunstvoll gesponnenen Alben aus jazzigen Popsongs der gehobenen Machart, wie sie Metheny nicht zum ersten Mal seit seiner Abkehr von ECM abgeliefert hat.

Wäre da nur nicht dieser fremdartige Klang der polnischen Songtexte, die demjenigen nachgerade kakophonisch anmuten, der ein weiteres biederes Metheny-Album erwartet hat. So wird etwa aus der Kuschelrock-Nummer »Tell her you saw me« in der polnischen Version der zungenbrecherische Konsonanten-Rüttelreim »Przyplyw, odplyw, oddech czasu«. Ist derlei phonetische Exotik Schuld daran, daß die CD nicht schon längst im Westen für tiefschwarze Verkaufszahlen gesorgt hat?

An mangelnder Virtuosität der mehr als ein Dutzend beteiligten Musiker kann es jedenfalls nicht liegen. Kennenlernen kann man die Platte allerdings nur, wenn man wie der Rezensent infolge des Privilegs einer platinblonden Babysitterin aus dem oberschlesischen Sosnowiec, die ohne Aufenthaltsgenehmigung mit ihrer Tochter illegal in einer Hinterhofwohnung im Berliner Wedding lebt, über persönliche Kontakte ins Nachbarland verfügt. Oder aber wenigstens einen Internetanschluß gekoppelt mit einer gängigen Kreditkarte besitzt, um die CD für neun Euro über die auch in deutscher Sprache verfügbare Homepage zu bestellen. Es lohnte sich jedenfalls.

Konkret 07/03, S. 71

Martin Büsser

Platte des Monats

The Hidden Cameras: The Smell Of Our Own. Rough Trade / Sanctuary / Zomba

In seinem Buch *Queer Noises* geht John Gill der Frage nach, ob die Homosexualität von Musikern Auswirkungen auf ihre künstlerische Arbeit hat, genauer gesagt, ob die Erfahrung gesellschaftlicher Marginalisierung eine besonders rebellische Klangästhetik nach sich zieht. Er wurde nicht wirklich fündig, denn die von ihm aufgeführten schwulen Vertreter avantgardistischer Musik, darunter Benjamin Britten, John Cage und die Elektronik-Wave-Band Tuxedomoon, sahen keinen Zusammenhang zwischen ihrer Homosexualität und der eigenen Arbeit. Eine schwule Musiktradition wurde dementsprechend nicht im Bereich der Avantgarde, sondern im Pop-Mainstream ausgebildet. Gruppen wie Village People und Frankie Goes To Hollywood nutzten dabei die für Pop typische Strategie, ihre Songs so zu schreiben, daß sie für das Massenpublikum harmlos wirkten, Insidern jedoch explizite Botschaften eröffneten. Hinter »YMCA« steckte eben nicht nur der Verein christlicher Männer, sondern auch der Name eines Schwulenclubs, während der Sommerhit »Relax« noch einen Schritt weiter ging und all jenen, die genau hinhörten (»relax – don't do it when you wanna come«), den Analverkehr schmackhaft machen wollte.

Schwule Gitarrenmusik war gegenüber den Disco-Nummern, die textlich schnell auf den Punkt kommen müssen, stets distinguierter und nicht selten romantisch verquast, spielte wie im Fall von The Smiths mit dem ganzen Ballast homoerotischer Decadence-Ästhetik von Oscar Wilde bis zum Heiligen Sebastian (»The Boy With A Thorn In His Side«), dem zur schwulen Ikone stilisierten Leidenspatron. Erst in den ausgehenden Achtzigern veröffentlichte ein obskures Duo namens The Frogs mit »It's Only Right And Natural« eine schräge Indiepop-Platte, die schwules Leben in allen Facetten einschließlich sexueller Details schilderte, vom Straßenstrich bis zu Priestern, die sich an kleinen Jungs vergreifen. »Als rauskam, daß die Frogs gar nicht schwul sind«, erzählt Joel Gibb, Kopf hinter den Hidden Cameras, »war das ein riesiger Skandal. Die Gay Community fühlte sich aufs Korn genommen. Ich mag die Band trotzdem, denn sie rüttelten an einem Tabu: Zwei Heteros mußten den Schwulen erst einmal zeigen, wie freche, witzige schwule Songs funktionieren.«

In Sachen Frechheit stehen The Hidden Cameras den Frogs in nichts nach, doch ihre ungemein direkten Texte (Zeilen wie »he is peeing on my sholders and knees / a warm wet, yellow breeze«) stehen in direktem Kontrast zu bittersüßem, mit unschuldigem Gesang vorgetragenem Orchestral-Pop, den Gibb als »Gay Church Folk Music« charakterisiert. Tatsächlich beginnt ihr Debüt »The Smell Of Our Own« mit dem mächtigen, den Raum erfüllenden Klang einer Kirchenorgel, Harfen kommen hinzu, dann aber entwickelt sich die Nummer zu einem großartigen Pop-Hybrid, das Beach-Boys-Melodien in Gospelchöre einbindet. Mit der Singleauskopplung »Ban Marriage«, die sarkastisch nach dem Sinn gleichgeschlechtlicher Ehe fragt, hatten sie bereits einen kleinen Hit, der durchaus repräsentativ ist für die zehn Nummern des Albums.

Die Stücke bestehen aus einem permanenten Klimax, gönnen sich keine Ruhepausen, sondern schnellen mit Akustikgitarren und Streichern nach vorne. The Hidden Cameras arbeiten treibend, fast gehetzt, kommen aber über weite Strecken ohne konventionelles Schlagzeug aus. Manchmal setzen sie perkussive Instrumente ganz im Carl-Orff-Stil ein, manchmal wird der Rhythmus dieser sehr höhenbetonten Musik aber auch vom Piano oder einem Schellenring vorgegeben. »Gay« meint in diesem Fall also nicht nur schwul, wie Gibb anmerkt, sondern auch im eigentlichen Wortsinne »fröhlich«. The Hidden Cameras reihen sich damit in die offensiv optimistische Tradition des Queer Pop ein, nicht ohne sehr viele Elemente aus den frühen Achtzigern zu zitieren – die immer auch in Gay-Kreisen beliebte Musik von Aztec Camera, Go-Betweens, ABC, Prefab Sprout und – beinahe selbstredend – The Smiths.

In ihren frechsten Momenten klingt die Band so, als hätte Phil Spector Marquis de Sade mit den für ihn typischen opulenten Arrangements vertont. Zeilen wie »Making a cut with a knife on my hand / than he uses his tongue, licks, swallows and grins« führen in explizite S/M-Tiefen, an anderer Stelle wird das Kokettieren vieler Schwuler mit militaristischen und rechten Männerbünden bloßgelegt: »We could be in the army or the clan / 'cause if we're brothers in blood, I think we're brothers in band.«

Joel Gibb, der alle Songs schreibt und den chaotischen Haufen von bis zu fünfzehn Bandmitgliedern zusammenhält, hat dadurch vor allem mit Anfeindungen aus der Gay-Community zu kämpfen. »Ich ziehe es vor, narrativ zu arbeiten«, sagt er, »also die verschiedenen Aspekte homosexueller Lebensentwürfe zu beschreiben, ohne irgend etwas schönzufärben. Viele Schwule verlangen, daß man ihr Leben in der Kunst als Idyll darstellt, um für mehr Toleranz zu werben. Doch gerade dieses Idyll macht Homosexualität zu einem angreifbaren Stereotyp.«

In Kanada haben sich The Hidden Cameras bereits einen Namen gemacht, denn nicht nur ihre spektakulären, von Striptänzern garnierten Auftritte, sondern auch die Auftrittsorte haben sich schnell rumgesprochen: Mal spielten sie in Sexshops, mal in – privatisierten – Kirchen, konventionelle Clubs findet Gibb eher unattraktiv, »auch wenn sie sich wohl kaum vermeiden lassen, sobald wir außerhalb Kanadas auf Tour gehen«. Während Städte wie Quebec und Montreal eine breit gefächerte Musikszene aufweisen, beklagt Gibb, daß Vancouver, die amerikanischste unter den kanadischen Städten,

absolut tot sei. Aus dieser isolierten Situation heraus haben sich die Hidden Cameras ihren eigenen Kosmos geschaffen: »Wir haben uns einerseits marginalisiert, andererseits aber auch den Ehrgeiz entwickelt, die Leute mit einer möglichst perfekten Show und perfekten Arrangements um den Finger zu wickeln. Diese Mischung aus radikaler Außenseiterposition auf der einen Seite, und kristallklarem Pop andererseits, hat dafür gesorgt, daß wir niemandem egal sein konnten.«

The Hidden Cameras hätten John Gill auf seiner Suche nach »Queer Noises« auch nicht wirklich weiterhelfen können, denn sie setzen weder auf Lärm noch auf um Toleranz werbende Agitation. Ihre durchweg elegante Musik verstört vielmehr durch Zwischentöne innerhalb von Texten, die Schwulsein längst als völlig normales Alltagsphänomen wie beiläufig benennen, um am Ende all jene Schwulen zu verulken, die dieser Beiläufigkeit selbst entgegenwirken – sei es durch übertriebene Anpassung an den heterosexuellen Rest der Gesellschaft, sei es durch Fetischisierung und also Überbewertung des Geschlechts.

Konkret 07/03, S. 73

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Am Mittag des 5. Juni wollten (wie seit abertausend Tagen auch) etwa zwanzigtausend Kinder in Trikont nicht mehr leben und legten sich darum zum Sterben (die zwanzigtausend nicht mehr leben wollenden Kinder der Mitternacht/Mittag/Schicht waren schon verscharrt). Viele bedienten sich beim Ableben des bewährten Verhungerns, viele sagten sich »doppelt genäht hält besser« und griffen extra zu Aids und anderen Kaltmachern. Viele dämmerten auf einer Holzpritsche oder ebenerdig im Dreck apathisch hinüber, viele machten beim Sterben Krach, da ihnen die Suizidhilfe von Machete, Mine oder Granate Teile des Körpers schmerzhaft entwendet hatte. Vielen hielt eine Mutter die Hand, vielen aber auch war ein Abschied in Einsamkeit beschieden, kein Hund, geschweige ein Priester spendete ihnen Trost.

Am Mittag des 5. Juni wollte auch ein Kind im fernen Deutschland sterben: Das Kind Jürgen W. Seine Spielkameraden wollten nicht mehr mit ihm spielen. Das war furchtbar für das Kind. Aber dann sollte auch sein geliebtes Kinderzimmer durchsucht werden, noch dazu von fremden Leuten. Da beschloß das Kind Jürgen W. zu sterben und – starb. Er hinterließ ein wunderschönes Kinderzimmer und ein paar Millionen Mark Taschengeld. Jetzt ist er im Kinderhimmel, zusammen mit den ebenso wie er nicht mehr leben wollenden Kindern von Trikont. Ich meine: Jedes Kind, das nicht mehr leben will und sich deswegen umbringt, ist eins zuviel. Deshalb mein Appell an die Kinder sowohl in Trikont wie in Deutschland: Kinder, lebt (statt euch umzubringen)!

Lieber Michel Friedman!

Mir hat Ihr Fragen mit hartem Nacken (zum Beispiel: »Sind Sie, Herr Bundesminister, für die Expropriation der Expropriatöre, ja oder nein? Ja oder nein?«) immer über die Maßen gefallen. Sie waren für mich ein großer Frager, wenn nicht der größte. Ich sage »waren«. Denn es steht zu befürchten, daß Sie es nicht mehr sein werden, nach all dem, was bislang zu sehen und zu hören und zu lesen war. Ich gehöre, weißgott, nicht zur Rotte der Vorurteilverblendeten und sehne viel lieber die Stunde herbei, da die Ihrem Haar entnommene Probe gegen den Kokainverzehrvorwurf zeugt. Aber – sollten Sie denn dann doch die eine oder andere Linie gezogen haben, dann trifft Sie, lieber Michel, leider mein verständnisloses Kopfschütteln: Wie, um Himmelswillen, kann man den Stoff bei sich zuhaus oder im Bureau bunkern? Jeder von uns, der Fragen an Bundesminister stellt, namentlich solche wie »Sind Sie, Herr Bundesminister, für die Expropriation der Expropriatöre, ja oder nein? Ja oder nein?!« bedarf der wagemutmachenden Droge, sei es Augustiner-Hell oder Escorial grün oder Kokain. Nun wird Kokain als die hinterfragewagemutigstmachende Droge vom Staat, der Eskorte der Expropriation, irgendwie zurecht kriminalisiert. Ergo kann man als Gegner der Expropriation, wie Sie einer sind, sie nicht bei sich rumliegen lassen, sondern muß sie auslagern. Ich, lieber Michel, habe meine Kokainbriefchen zusammen mit Wohnungs-, Haus- und Briefkastenzweitschlüssel (nie wieder Schlüsselnotdienst für 150 Euro!) in der näheren Nachbarschaft (deutlicher möchte ich nicht werden) unterirdisch deponiert. Wann immer mir nach Koksusus zumute ist, grab ich aus und ziehe ein. Und halte aber auch immer, begleitet von meiner geliebten Gitarre, Zwiesprache mit dem Pulver, in meinem Medellin-Blues:

O Kokain von Medellin

Der Männer Dingdong machst du länger stehend
Denn die Pfahlbauten von Uhldingen

Und der Frauen Urschlmurschl machst du gleitender
Denn die überfrorene Nässe auf der A 9 ganze Kolonnen von Trucks

Und der Sprache des Menschen
Und der Sprache des Körpers des Menschen
Machst du Beine, behende, mit einer Peitsche,
Wie kein Bacchus geschweige ein Gambrinus
Sie zu schwingen vermag
Aber dieses Kleingedruckte da, dieser

Wellfeeldepridissens, diese Staatsanwälte,
diese unter den Schlägen der Zeilen in
den Gazetten zersplitternden Beziehungs-
kisten und Karrieren, hättest du das nicht ein
bißchen größer, also praktisch lesbar

Ach, sei so gut
O Kokain von Medellin

Dear Mr. Barlea,

the »German-Hungarian-Romanian-Club Grafrath« published a report on the tour, that it has done last year in september to Romania. In this report you can find follwoing lines literally: »In der Stadt Sigheta Mara-Muresch besichtigten wir das Holocaust-Museum, das die Geschichte der Widerstandskämpfer gegen die Kommunisten dokumentiert.« (Translated: »In the City Sigheta Mara-Muresch we visited the holocaust museum which is documenting the history of the member of the resistance movement against the communists.«)

Now I did an interview with the secretary of this organization, Mrs. W.* She insisted, that the woman, who was the guide at this 17th of september 2002, told the visitors that the name of the memorial in Sigheta Mara-Muresch is »holocaust museum«.

Dear Mr. Barlea, please can you tell me: Is holocaust museum the name how the memorial is called? Or is there another official name?

I am looking forward to hear from you.

With my best regards

Horst Tomayer

Dear Mr. Tomayer,

We have received your fax and we would like to make a few specifications: The official name of Memorial from Sighet is » The Memorial Museum of Victims of Communism and of the Resistance«.

We apologize for this misunderstanding. Maybe the »holocaust« has been used just to make a comparasion between the victims of communism in Romania and the victims of nazism.

My best regards

Prof. Dr. Gheorghe Mihai Barlea

---

* Siehe KONKRET 3/03

Konkret 07/03, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Rätselhafte »Welt«:

Präsident George W. Bush versicherte, die Täter würden ihrer gerechten Strafe zugeführt. Es seien neun verkohlte Leichen gefunden worden, bei denen es sich vermutlich um die Selbstmordattentäter handele.

Wie will der Präsident die neun verkohlten Leichen der Täter ihrer gerechten Strafe zuführen? Läßt er sie zu Muckefuck mahlen und im Weißen Haus aufbrühen, wenn Schröder kommt?

»**N**ennen Sie mich doch nicht immer ›Herr Direktor‹!« – »Aber ein Herr, der nichts ist, kein Doktor, kein Professor, kein Hofrat – sagen Sie selber, Herr Direktor, wie soll man so ein Arschloch nennen?« Ein österreichischer Witz aus der Zeit, als ein Titel für Leute, die an der Hochschule sowenig zu gebrauchen sind wie in der Redaktion, noch nicht erfunden war. Er ist's längst und heißt Publizist bzw. Publizistin. Wie diese:

Die Publizistin Ulrike Ackermann stellte die Frage, ob also im Umgang mit dem Nationalsozialismus Hypermnesie, dem Kommunismus gegenüber Amnesie herrsche.

Amnesie ist Gedächtnisschwund, Hypermnesie soll ein übermäßiges Erinnern bedeuten. Der Satz, aus den Wolken seiner Worte in die Pfütze seiner Bedeutung geholt, heißt: Es wird zu oft an die Juden gedacht und zu wenig an unsere Brüder und Schwestern in der Zone. Von diesem Einfall lebt die Publizistin seit 1997, als sie auf Spesen des Hamburger Instituts für Sozialforschung erklärte:

Erst wenn der Antifaschismus nicht mehr als Legitimationsfigur das Schweigen über die Verbrechen des Kommunismus perpetuiert, kann sich der Blick auf beide Totalitarismen öffnen. Und dies hätte gerade der politische Diskurs in Deutschland, das beide totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts durchlaufen hat, bitter nötig.

Celans Todesfuge ins Publizistische übersetzt, ginge etwa so: Bei den Weltmeisterschaften im Durchlaufen wurden die Deutschen zweimal erster.

Daß einer in einer Hochschule zu gebrauchen war oder ist, soll aber nicht heißen, daß er einen Publizisten nicht unterbieten könnte. Der emeritierte Historiker Arnulf Baring von der Freien Universität Berlin kann:

Unser Volk wird erst dann mit sich ins Reine kommen, seine Selbstachtung und Würde zurückgewinnen, wenn es nicht nur die Opfer in den von Deutschland zeitweilig beherrschten Ländern betrauert, sondern sich die Trauer auch um alle eigenen Toten gestattet.

Wem er es sagt, der Sudetendeutschen Landsmannschaft, läßt keinen Zweifel, daß er weiß, was er sagt: *Alle eigenen Toten* sind die Männer der Wehrmacht, der Einsatzkommandos, der SA, der SS, die in Nürnberg Gehenkten. »Böhmen und Mähren« aber, das NS-Reichsprotektorat, nennt Baring

während des gesamten Zweiten Weltkriegs relativ ruhige, unbehelligte Gebiete, wenn wir von der fürchterlichen Judenverfolgung und der allgemeinen Unterdrückung absehen.

Man muß nur wollen, dann kann man auch. Baring kann. Der Tod ist ein Ackermann aus Böhmen.

Die »Frankfurter Allgemeine« erinnert sich:

In den fünfziger und sechziger Jahren traf man in Deutschland noch viele Kriegsversehrte. Inzwischen sind sie aus dem Straßenbild verschwunden.

Ach.

Deutschland blickt jetzt auf eine lange Periode des Friedens zurück. Doch es ist immer noch ein kriegsversehrtes Land.

Es leidet nicht an Amnesie. Aber an Anamnese.

Die »Insel-Zeitung für Usedom, Wolgast und Umland« erinnert sich unentwegt an das revolutionäre Erbe der Deutschen:

Pudaglaer Eltern und Lehrer gehen auf die Barrikaden

Pudagla ist ein Kaff mit vielleicht fünfhundert Einwohnern und einer Bushaltestelle. Seine drei Lehrer haben ihren ganzen Todesmut zusammengenommen und einen Brief an den sehr geehrten Herrn Minister geschrieben. So geht Ça ira auf Vorpommersch.

Die Reform der Rechtschreibung hat mit der Reform des Sozialsystems gemein, daß in beiden Fällen Abschaffung gemeint ist.

»Die Erste zu sein«, so S. viel sagend, »ist von kommerziellem Wert.«

Das Wort des S. ist vielsagend, weil S. nicht viel sagend ist. Aber lehre einer deutschen Schriftgelehrten Deutsch!

Der Klatschkolumnist Mainhardt Graf Nayhauß will erzählen, was geschieht,

wenn es gilt, dem grünen Koalitionspartner das Fürchten zu lehren.

Der Graf wollten natürlich nicht sagen, es gelte, dem Koalitionspartner Vorlesungen über das Fürchten zu halten, sondern ihm Furcht einzuflößen, nicht jedoch die vor dem Akkusativ, dessen es hier bedurft hätte. Wie wohl werden der Graf, der sein Geld als Bedürfnismann auf dem Abort der deutschen Presse verdient, meinen Vorhalt quittieren? Mit einem herzlichen Scheiß drauf!

Eine Moderedakteurin der »Süddeutschen Zeitung« ruft einem Mannequin in schönstem Latein zu, es möge doch geschwiegen haben:

Si tacitus!

Dieser wiederum sagt in seinem »Dialogus de oratoribus«: »Crescit enim cum amplitudine rerum vis ingenii«, was aber, liebe Rebecca Casati, nicht heißt, Eminem habe einer Undine an der Ampel den fiesen Ingenieur gemacht, sondern daß mit der Größe der Aufgabe die Kraft des Geistes wachse. Hätten Sie nicht gedacht, Sie holde Philosopha, oder?

Michail Gorbatschow sagt vielsagend:

Der Kalte Krieg ist beendet, aber die Welt ist nicht besser geworden.

Die alle Kommunisten guten Willens seit Beginn der Perestrojka umtreibende Frage, ob der ehemalige Generalsekretär der KPdSU ein Filou sei oder ein Depp, ist beantwortet.

Unter Einäugigen ist der Blinde König:

Die Goldene Feder, der Medienpreis der Bauer Verlagsgruppe, geht in diesem Jahr an die Journalisten Stefan Aust (»Spiegel«), Hans Mahr (RTL) und Klaus Jacobi sowie an Dieter Bohlen und seine Biographie-Schreiberin Katja Keßler.

Warum heißt der Preis Goldene Feder? Wäre dem Lebenswerk des Verlegers die Verleihung des Kalten Bauern nicht angemessener? So verschieden die von Bauers Preis Gezeichneten im übrigen sein mögen: männlich oder weiblich, altersfromm oder dauerscharf, das *tertium comparationis,* dem Heinz Bauer zu gefallen, macht sie gleich preiswert. Wie ein anderer Preis die Mutter der deutschen Frauenbewegung und den Vater der Rasenpflege:

Erstmals wurde ein Greenkeeper, Claus-Detlef Ratjen aus Aukrug, für persönliche Verdienste mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Das auch Alice Schwarzer trägt. Ein Greenkeeper schert den Rasen rund ums Loch so gleichmäßig kurz, daß keine Unebenheit den Lauf des Balls behindert und dem beteiligten Mittelständler den Spaß verdirbt. Also ganz wie Alice auf ihre Weise auch.

Leben in spannenden Zeiten:

Der Grünen-Landesvorsitzende Schmidt forderte von der SPD eine baldige Zukunft der Koalition. »Die SPD muß auf ihrem Parteitag in zwei Wochen klar sagen, ob sie die Koalition mit uns fortsetzen will oder nicht«, sagte er; eine Aussage, was andernfalls die Grünen tun würden, machte er nicht.

Soll ich? Ach, darüber können Sie doch alleine lachen.

Erinnerung an eine Doppelseite vom 27. März 2003:

1.000 tote Iraker in 72 Stunden. Der Krieg hat sich festgekrallt. Er ist jetzt Regisseur. Gnadenlos spult er sein dreckiges Programm ab. Bomben, Granaten, Feuerstöße, Explosionen. In allen Kampfgebieten Leichen, Verstümmelte.

Es war ein Tag der Ungewißheit. Würden die Amis sich blamieren? Gingen die irakischen Massen für ihren geliebten Führer in den Tod? Gehörte, wer es heute mit den Amis hielt, morgen zu den Verlierern? Gewiß, Artikel fünf des Anstellungsvertrags verbot ausdrücklich jede antiamerikanische Äußerung. Aber würde das nach dem Krieg noch gelten? Stundenlang hat die Redaktion mit sich gerungen, bis der Chef das Motto ausgab: Sicher ist unsicher, alles bleibt offen, morgen läuft eine andere Sau durchs »Bild«. Und so geschah’s.